

FEST FÜR DIE PRAXIS

© Jörg Trampert - pixelio.de



Hans Diefenbacher
Oliver Foltin
Benjamin Held
Dorothee Rodenhäuser
Rike Schweizer
Volker Teichert
Marta Wachowiak

Richtung Nachhaltigkeit

Indikatoren,
Ziele und Empfehlungen
für Deutschland



IMPRESSUM

Die Evangelische Studiengemeinschaft e.V. wird getragen von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gliedkirchen der EKD, den Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag.

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans-Joachim Gehrke

Leiter der Forschungsstätte:
Prof. Dr. Eberhard Schmidt-Aßmann

Autorinnen und Autoren:
Hans Diefenbacher
Oliver Foltin
Benjamin Held
Dorothee Rodenhäuser
Rike Schweizer
Volker Teichert
Marta Wachowiak

Graphisches Konzept und Realisation:
Titel: Cinzia Fenoglio, artefatti, Mannheim cinzia.fenoglio@gmx.de
Heft-Layout: Benjamin Held

Copyright-Nachweis einzelner Bilder vgl. Aufstellung auf Seite 181
Copyright Titelbild: Jörg Trampert / Pixelio

Druck: dbusiness.de gmbh
digital business and printing gmbh

Greifswalder Strasse 152
D-10409 Berlin

Bestellungen erbeten an: Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg Tel: 0049-6221-
9122-0 Fax: 0049-6221-1670257 info@fest-heidelberg.de

Preis: 15 Euro

FEST FÜR DIE PRAXIS Bd. 8
ISBN: 978-3-88257-061-X

Auflage: 1.000 Stück

FEST FÜR DIE PRAXIS

Hans Diefenbacher
Oliver Foltin
Benjamin Held
Dorothee Rodenhäuser
Rike Schweizer
Volker Teichert
Marta Wachowiak

Richtung Nachhaltigkeit

Indikatoren, Ziele
und Empfehlungen für Deutschland

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort: Zu Anlass und Zielsetzung der vorliegenden Studie	4
ZUR NATIONALEN NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG IN DEUTSCHLAND	
Statistik auch als „normative Wissenschaft“?	6
Alternative Messkonzepte	7
Accounting-Ansätze	8
Composite Indicators	9
Indikatorenmodelle	9
WELCHE ANSÄTZE SIND GEEIGNET? KRITERIEN UND GRUNDLAGEN	
Gesamtrechnungssysteme als Basis für Nachhaltigkeitsberichterstattung	11
Kriterien für Indikatoren und Indikatorenmodelle	11
Erreichbares und Unerreichbares in der Statistik	13
DAS INDIKATORENSYSTEM DER FEST	
Warum noch ein Indikatorenmodell?	15
Die Konstruktion des Indikatorensystems der FEST	15
Zum Aufbau der Indikatorenblätter	16
ÖKOLOGIE	
1 Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner und Jahr	22
2 Wiedergewonnene Wertstoffe in Prozent der Siedlungsabfälle	24
3 Luftqualitätsindex	26
4 Zahl der Tage, an denen der Schwellenwert für Ozon von 120 µg/Kubikmeter Luft überschritten wurde	28
5 Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche	30
6 Rohstoffproduktivität	32
7 Häufigkeitsverteilung deutscher Messstellen (EUA-Messnetz) gemäß der Durchschnitte der erfassten Nitratwerte	34
8 Anteil der zertifizierten forstwirtschaftlichen Flächen an den forstwirtschaftlich genutzten Flächen insgesamt	36
9 Kohlendioxid-Emissionen in t pro Einwohner und Jahr	38
10 Primärenergieverbrauch in Petajoule	40
11 Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner	42
12 Güterverkehrsleistung in Mrd. tkm und Anteil der auf Schiene und Schiff entfallenden tkm	44
13 Anteil der streng geschützten Gebiete des Naturschutzes an der Gesamtfläche	46
14 Artenvielfalt und Landschaftsqualität	48
15 Anteil der Bevölkerung, der angibt, von Lärm stark belästigt zu werden	50
16 Ausgaben des Prod. Gewerbes, des Staates und der privatisierten öffentlichen Unternehmen für Lärmbekämpfung	52
ÖKONOMIE	
17 Lohnstückkosten (preisbereinigt 2000=100)	56
18 Arbeitslosenquote nach Geschlecht	58
19 Saldo der Außenhandels- und Kapitalverkehrsbilanz	60
20 Entwicklung der Terms of Trade	62
21 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	64
22 Kapazitätsauslastung nach Wirtschaftsbereichen	66
23 Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung in Prozent (2005 = 100)	68
24 Preisindex des nachhaltigen Warenkorbs	70
25 Öffentliche Schulden in Euro pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2000)	72
26 Steueraufkommen pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2005)	74
27 Anzahl der EMAS-validierten Organisationen	76
28 Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen	78
29 Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche in % der landwirtschaftlichen Nutzfläche insgesamt	80
30 Anteil der Öko-Betriebe an Agrarbetrieben insgesamt	82
31 Marktanteile bei ökologischen Lebensmitteln und Produkten des „fairen Handels“	84
32 Entwicklung von Angeboten des „ökologischen“ Tourismus	86

SOZIALES		
33	Einkommen der ärmsten 20 % der Bevölkerung im Verhältnis zum Einkommen der reichsten 20 % der Bevölkerung ..	90
34	Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld pro 1.000 Einwohner.....	92
35	Bevölkerungsanteil der 20-24-Jährigen mit Hochschulreife	94
36	Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI)	96
37	Ausgaben für Hochschulen in Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts.....	98
38	Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner	100
39	Wanderungssaldo.....	102
40	Bevölkerung nach Altersgruppen	104
41	Lebenserwartung bei der Geburt	106
42	Krankheiten der Atmungsorgane, Standardisierte Sterbeziffer pro 100.000 Einwohner	108
43	Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner	110
44	Verkehrstote pro 1.000.000 Einwohner	112
45	Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen von Kindern (unter 18 Jahren).....	114
46	Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe.....	116
47	Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des Bruttonationaleinkommens.....	118
48	Deutsche Handelsbilanz mit Entwicklungsländern (DAC-Liste).....	120
PARTIZIPATION		
49	Anteil der Bevölkerung, der sich ehrenamtlich engagiert.....	124
50	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner.....	126
51	Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen	128
52	Anzahl der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien in Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre	130
53	Anteil der Kommunen mit Agenda 21-Arbeit unter den 50 größten Kommunen in Deutschland.....	132
54	Anteil der Kommunen mit Nachhaltigkeitsberichterstattung.....	134
55	Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag und im EU-Parlament (deutsche Staatsangehörigkeit).....	136
56	Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede	138
57	Anteil der Abgeordneten unter 35 Jahren im Verhältnis zum Anteil der 18-35jährigen an der Gesamtbevölkerung.....	140
58	Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht	142
59	Anteil von Deutschen und Ausländern mit allg. Hochschulreife bzw. ohne Hauptschulabschluss	144
60	Arbeitslosenquote aller Ausländer sowie Differenzierung nach Geschlecht	146
61	Umsetzungsgrad „barrierefreies Bauen“ in öffentlichen Gebäuden	148
62	Arbeitslosenquote bei Erwerbspersonen mit mindestens 50 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit	150
63	Anteil der Pflegeversicherungsfälle in der Bevölkerung über 65 Jahre.....	152
64	Anteil der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherung an der Gruppe der über 65jährigen	154
ÜBERSICHT DER INDIKATOREN		
Zustand- und Trendbewertungen aller 64 Indikatoren		156
Bewertung von Zustand und Entwicklung der Indikatoren im Vergleich zur nat. Nachhaltigkeitsstrategie – eine Übersicht...		158
BEDINGUNGEN DER ÖKOLOGISCH-SOZIALEN TRANSFORMATION – EIN DISKUSSIONSVORSCHLAG		
Das Steuersystem öko-sozial reformieren		163
Ein konsistentes Ressourcenmanagement umsetzen		165
Ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen		167
Teilhabe durch Bildung steigern		169
Regionales und lokales Wirtschaften ausbauen		170
Globale Verantwortung wahrnehmen		171
Die Weltfinanzmärkte begrenzen		172
Das gesellschaftliche Berichterstattungssystem verändern		173
Neue Formen der Demokratie etablieren		174
Epilog		175
Literatur- und Bildverzeichnis		178
Die Autoren		182

VORWORT:

ZU ANLASS UND ZIELSETZUNG DER VORLIEGENDEN STUDIE

Mit der hier vorliegenden Veröffentlichung verfolgen wir zwei Zielsetzungen. Zum einen legen wir damit die zweite Aktualisierung unseres „alternativen Indikatorensystems“ zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vor, das wir im Juni 2004 zum ersten und im Februar 2008 zum zweiten Mal vorgestellt haben.¹ Das Statistische Bundesamt hat die Indikatoren zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zuletzt 2010 vorgestellt.² Außerdem ist im Mai 2011 ein Entwurf zum Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erschienen; auch dieser Bericht enthält einen wiederum leicht veränderten und aktualisierten Indikatorenteil.³ Die Veröffentlichung des Indikatorenberichts 2010 und des Entwurfs zum Fortschrittsbericht 2012 war für uns der Anlass, unser alternatives System erneut kritisch zu evaluieren und nach Möglichkeit auch die Zeitreihen unserer Indikatoren zu aktualisieren. Die fachliche Debatte um eine angemessene Repräsentation des Leitbilds der Nachhaltigen Entwicklung durch Indikatorensysteme kann weder in Deutschland noch auf der Ebene der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen als abgeschlossen betrachtet werden. Mit der vorliegenden Publikation möchten wir erneut einen Beitrag zu einem „freundlichen Wettbewerb“ der Indikatorensysteme zur Beurteilung der Nachhaltigkeit ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklungen in Deutschland leisten.

Das zweite Ziel, das mit der vorliegenden Veröffentlichung erreicht werden soll, ist im Gespräch mit Klaus Wiegandt und der Stiftung „Forum für Verantwortung“ neu entstanden. Hier entwickelte sich die Idee zu prüfen, wie denn ein in sich stimmiges politisches Instrumentarium aussehen könnte, das die Bundesrepublik Deutschland ein deutliches Stück in Richtung Nachhaltigkeit voranbringen würde. In einem ersten Schritt nehmen wir dazu die 64 Indikatoren der vorliegenden Studie zum Ausgangspunkt und überlegen, wie die 64 Einzelziele, die in den Indikatoren abgebildet werden, positiv beeinflusst werden könnten; diese Überlegungen finden sich jeweils am Ende der Beschreibung der einzelnen Indikatoren. Das abschließende Kapitel ist dann der Versuch einer Synopse. Bei ihrer Erarbeitung wurde jedoch deutlich, dass es sich hier noch um kein in sich abgestimmtes Gesamtkonzept handelt. Allerdings kann die These gewagt werden, dass keine Diskussion über eine Politik der Nachhaltigkeit an diesen Themen vorbei gehen kann, wenn nicht nur das tagesaktuelle Geschehen in den Blick genommen wird, sondern der Zeitraum der nächsten dreißig Jahre betrachtet werden soll. Insofern soll der Versuch eines Gesamtentwurfs im letzten Kapitel nicht mehr, aber auch nicht weniger sein als eine Einladung zur Diskussion über die Frage, welches denn die Mindestanforderungen an eine Politik sein müssten, die dem Ziel der Nachhaltigkeit wirklich die erste Priorität einräumen würden.

Wir danken der Stiftung „Forum für Verantwortung“ für die großzügige Unterstützung, ohne die dieses Projekt in dieser Form nicht realisiert werden können. Die vorliegende Veröffentlichung ist zugleich auch Band 2 in der Reihe der Bildungsinitiative „Mut zur Nachhaltigkeit“, die in Kooperation der Stiftung „Forum für Verantwortung“, der ASKO-Europa Stiftung und der Europäischen Akademie Otzenhausen entstanden ist.

Heidelberg, November 2011

Hans Diefenbacher, Oliver Foltin, Benjamin Held,
Dorothee Rodenhäuser, Rike Schweizer,
Volker Teichert, Marta Wachowiak

ZUR NATIONALEN NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG IN DEUTSCHLAND

Statistik auch als „normative Wissenschaft“?

Bis Mitte dieses 21. Jahrhunderts sollte die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft in den entwickelten Ländern weitgehend abgeschlossen sein, wenn Zukunftsfähigkeit nach der Definition des Brundtland-Berichtes erhalten bleiben soll. Um dieses Ziel zu erreichen, kommt der statistischen Berichterstattung über die ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen im Blick auf Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle zu. Denn nur mit deren Hilfe kann festgestellt werden, ob eine Gesellschaft auf dem Weg ist, das Gesamtziel und die vielen, damit verbundenen Einzelziele zu erreichen. Weiter kann mit dem Indikatorenset geprüft werden, ob politische Korrekturen, neue Maßnahmen und Instrumente eingesetzt werden sollen, wenn die Gefahr besteht, die Ziele zu verfehlern – wenn sich also eine so genannte „Nachhaltigkeitslücke“ auftut – die eben nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern vor allem auch in ökologischer und sozialer Perspektive entstehen kann.

Schon vor über 25 Jahren hat Thomas Baumgartner differenziert herausgearbeitet, dass Berichterstattungssysteme nichts „Natürliches“ sind, sondern Produkte der Gesellschaft, die sie verwenden.⁴ Die Scholastik wollte klären, wie viele Engel auf der Spitze einer Nadel tanzen können, im 19. Jahrhundert wurde die Bevölkerungs- und die Produktionsstatistik aufgebaut, die Krise der 1930er Jahre und die Planung der nachfolgenden Kriegsanstrengungen bereiteten den Boden für eine allgemeine Anwendung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.⁵

Die Sammlung „statistischer Tatsachen“ wurde schon in früheren Jahrhunderten mit dem Ziel einer „sicheren und leichteren Erreichung jener hohen Bestimmung des Staatsvereines“ verknüpft, nämlich „einer schneller fortschreitenden Cultur und eines höheren Wohlstandes unter den Erdenbewohnern“.⁶ Statistiker des 19. Jahrhunderts diskutierten auch bereits die Frage, ob man wirklich „voraussetzungslos“ an die Arbeit der Statistik herangehen kann oder ob jene, die meinen, „wirklich ohne bestimmte Weltsicht an derartige Forschungen zu gehen, nicht im besten Falle sich selbst täuschen“.⁷ In seiner Auseinandersetzung mit den grundlegenden Werken zur Beschreibung statistischer Methoden von Achenwall und Schlözer weist August Ferdinand Lieder in der Tat auch schon 1817 darauf hin, dass die Voraussetzungen statistischen Arbeitens die grundlegende Erfassung dessen sei, was das Glück der Menschen ausmache – und das eben sei dem Statistiker allein mit seinen Methoden nicht möglich.⁸

Die kurze historische Reminiszenz zeigt die Wiederkehr bestimmter grundlegender Fragen. Nachhaltigkeitsberichterstattung demzufolge setzt voraus, sich darüber zu verständigen, was unter Nachhaltigkeit begriffen wird. Berichterstattungssysteme sind damit nicht zeitlos objektiv richtig oder falsch, sondern immer zeit- und interessengebunden. Die Schaffung neuer Berichterstattungssysteme ist immer auch eine Antwort auf gesellschaftliche Problemstellungen und Krisensituationen; „Interessenlagen und Machtverhältnisse sind aber immer entscheidende Filter, die die Entwicklung von Mess- und Buchhaltungssystemen in eine gewisse Richtung lenken und vor allem auch [ihre] praktische Durchsetzung ... bestimmen“⁹.

Die Seltenheit von Statistiken über Einkommens- und vor allem Vermögensverteilung oder der sehr späte Aufbau von Informationssystemen über externe Effekte des Naturverbrauchs sind nicht zufällig, sondern auch Ergebnis der Strategie, über lange Zeit die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als das „objektiv richtige“ Mess- und Buchhaltungssystem darzustellen. Die politischen Entscheidungen, die bei der praktischen Gestaltung der VGR getroffen wurden, die Aushandlungsprozesse in internationalen Gremien bei der Standardisierung der VGR verdrängte man langsam, wie Thomas Baumgartner schrieb, „aus dem kollektiven Bewusstsein“¹⁰. Die Zahlenbasis der VGR und ihre zentrale Kennziffer, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), wurden über Jahrzehnte nur von einer Randgruppe innerhalb der Wirtschaftswissenschaften und der angewandten Statistik in Zweifel gezogen.

Verlangen nun neue Konzepte die Etablierung neuer Monitoringsysteme und neuer Messverfahren – oder ist darüber hinaus noch ein ganz anderer Zugang zur Wahrnehmung von Realität erforderlich? Nicolas Sarkozy sprach am 14. September 2009 bei der Vorstellung des Endberichts der von ihm eingesetzten „Commission sur la mesure de la performance économique et sociale“, der so genannten Stiglitz-Kommission, dass es notwendig sei, der von den entwickelten Gesellschaften konstruierten „religion du chiffre“ noch viel weiter gehend abzuschwören und betonte: „Nous commençons à percevoir l’énormité des conséquences de cette enfermement.“¹¹

Alternative Messkonzepte

Nun war das Bruttoinlandsprodukt nie dazu gedacht, die ökologische und soziale, ja im Grunde noch nicht einmal die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit abzubilden – obwohl ihm die letztgenannte Eigenschaft jedenfalls manchmal zugesprochen wird: So enthält nach wie vor auch der Entwurf zum Fortschrittsbericht 2012 das BIP je Einwohner als Indikator für „wirtschaftlichen Wohl-

stand“.¹² Um zu einer aussagekräftigen Nachhaltigkeitsberichterstattung zu gelangen, sind prinzipiell drei Wege möglich:

- Mit so genannten „accounting-Ansätzen“ wird versucht, das BIP um Komponenten zu erweitern, die nachhaltigkeitsrelevante Faktoren in einem monetären Gesamtindex abbilden.
- „Composite Indicators“ versuchen, auf Nachhaltigkeit bezogene Indikatoren unterschiedlicher Dimensionen durch Normierungs-, Gewichtungs- und Aggregationsverfahren in ein Maß zusammenzurechnen.
- Schließlich können Indikatorensysteme verschiedene Teilespekte der Nachhaltigkeit durch Einzelindikatoren erfassen, die dann zunächst unverbunden nebeneinander stehen. Systeme dieser Art können eine sehr verschieden große Anzahl von Indikatoren enthalten.

Accounting-Ansätze

Bei den Accounting-Ansätzen werden Rechnungen in Form einer an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung angelehnten Form der Buchführung durchgeführt, wobei die Berechnungen der Einzelvariable von vornherein in einer einheitlichen Dimension durchgeführt werden. Zwei Beispiele sollen hier genannt werden:

- der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI)¹³, der als Weiterentwicklung von Vorläufern wie dem Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) und dem Genuine Progress Indicator (GPI) angesehen werden kann und als monetärer Wert wie das BIP ausgewiesen wird und
- der ökologische Fußabdruck (Ecological Footprint, EF)¹⁴, bei dem die Zusammenrechnung von unterschiedlichen Variablen über die Umrechnung in „Hektar Land“ erfolgt.

Accounting-Ansätze müssen zwei für sie typische Problemkonstellationen bewältigen. Erstens: Es ist nicht von vornherein durch einen etablierten wissenschaftlichen Konsens vorgegeben, welche Variablen in den Gesamtindex eingehen; auch dies ist nur in einer Mischung aus normativen und sachlichen Überlegungen zu begründen. Zum Beispiel muss beim NWI festgelegt werden, welche negativen externen Effekte im sozialen und im ökologischen Bereich berücksichtigt werden sollen. Zweitens ergeben sich bei den Accounting Ansätzen immer wieder Bewertungsprobleme, die mehr oder minder schwer zu lösen sind: Was kann als durchschnittlicher Schadenskostenansatz für die Emission einer Tonne Kohlendioxid beim NWI zugrunde gelegt werden, oder wie kann der Verbrauch nicht erneuerbarer energetischer Ressourcen in sogenanntes „Energieland“ umgerechnet und dann in den EF eingehen?

Sicher bieten Accounting-Ansätze die Möglichkeit, da sie ihr Ergebnis in eine Zahl konzentrieren, dem Leitindikator BIP strukturell ähnlich zu begegnen: die Zeitreihen – BIP, NWI, EF – können leicht miteinander verglichen werden, abweichende Entwicklungen zeigen, dass die Realität auf sehr unterschiedliche Weise interpretiert werden kann. Aber die einzelnen Phänomene geraten auch hier leicht aus dem Blickfeld.

Composite Indicators

Der zweite mögliche Weg, einen Kontrapunkt zum BIP zu setzen und Einzelinformationen in einen zentralen Index zusammenzufassen, besteht im Versuch, einen zusammengesetzten Index zu entwickeln, der Indikatoren verschiedener Dimensionen in eine Maßzahl aggregiert. Auch hier sollen zwei unterschiedliche Ansätze erwähnt werden, die wiederum als Repräsentanten unterschiedlicher Grundtypen dieses Verfahrens angesehen werden können:

- der Human Development Index (HDI)¹⁵ und
- der Happy Planet Index 2.0¹⁶.

Die Ansätze unterscheiden sich vor allem auch durch den Typus der Variablen, die in den jeweiligen CompositeIndicator eingehen.

Zwei Probleme sind allen Composite Indicators zu eigen: Erstens kann die Normierung der unterschiedlichen Dimensionen – beim HDI etwa Lebenserwartung, ein kombinierter Bildungsindex und Bruttonationaleinkommen – über die Entfernung der Ist-Werte von Zielwerten, über ein relatives Ranking oder über andere, kombinierte Verfahren erfolgen. Zweitens muss festgelegt werden, ob die einzelnen, in den composite indicator eingehenden Variablen in ihrer Bedeutung unterschiedlich gewichtet werden. Beide Probleme erfordern methodologische Festlegungen, für die es keine wissenschaftliche Standardisierung gibt, sondern die jeweils in einer Mischung aus normativen und ethischen Grundsatzentscheidungen und sachlichen Plausibilitätsüberlegungen festgesetzt werden müssen; das macht Indikatoren angreifbar. Dennoch können Indices dieser Art eine hohe öffentliche und politische Aufmerksamkeit erreichen; die beiden genannten Indices sind gute Beispiele dafür.

Indikatorensysteme

Der dritte Weg besteht darin, Indikatorensysteme zu konzipieren und den „Abnehmern“ zuzumuten, die Einzelinformationen, die ein solches System bietet, zur Kenntnis zu nehmen. Ein Vergleich von Indikatorensystemen mit unterschiedlich vielen Indikatoren zeigt die grundsätzlichen Dilemmata dieser Art der Nachhaltigkeitsberichterstattung: Je sorgfältiger die Komplexität der Sachverhalte in

das jeweilige Indikatorensystem Eingang finden soll, desto umfangreicher – und dabei unübersichtlicher – wird es. Je mehr Indikatoren ein System enthält, desto sperriger wird es nicht nur in der Darstellung, sondern es entzieht sich auch in der Regel einer einfachen Interpretation der Ergebnisse, wenn man etwa Zeitreihen der letzten Jahre oder Jahrzehnte gegenüberstellt und dann womöglich widersprüchliche Verläufe im Vergleich der jeweiligen Qualitäts- oder Handlungsziele ausmacht. Fachlich höchst anspruchsvolle Indikatorensysteme zur Nachhaltigkeitsberichterstattung mit über 100 und bis zu 300 Einzelindikatoren aus der „ersten Generation“ der Indikatorensysteme nach der UNCED 1992 wurden durchgehend als nicht handhabbar verworfen, teilweise allerdings erst nach Jahren der Diskussion. In der Regel umfassen Indikatorensysteme, die den Anspruch haben, die verschiedenen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung einigermaßen vollständig abzubilden, in der Regel zwischen 30 und 75 Indikatoren: das Indikatorensystem des Fortschrittsberichts zur bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist damit eher an der unteren, das in dieser Publikation vorgestellte Indikatorensystem eher an der oberen Grenze.

Ein „Gegenkonzept“ zu eher komplexen Indikatorensystemen repräsentiert der Ansatz des „Wohlstandsquartetts“ von Meinhard Miegel mit lediglich vier Einzelindikatoren.¹⁷ Die bewusste Begrenzung auf eine so geringe Zahl von Indikatoren soll die Interpretationsfähigkeit und die Vermittelbarkeit des Ansatzes in Politik und Öffentlichkeit erhöhen. Allerdings besteht auch hier wieder das Problem, dass diese Beschränkung dazu führt, dass wesentliche Teilespekte in die Berichterstattung keinen Eingang finden; so ist das vorgestellte System „blind“, was Veränderungen der Biodiversität, der Luftqualität und anderer wesentlicher Dimensionen der Nachhaltigkeit betrifft.

WELCHE ANSÄTZE SIND GEEIGNET? KRITERIEN UND GRUNDLAGEN

Gesamtrechnungssysteme als Basis für Nachhaltigkeitsberichterstattung

Ein erstes Fazit ist möglich: Die vorhandenen alternativen Berichterstattungssysteme können in verschiedene Grundtypen eingeteilt werden, die wiederum unterschiedliche Problemkonstellationen methodischer Art in sich tragen. Nach Jahrzehnten, in denen dem Thema lediglich eine Randexistenz in wissenschaftlichen Zirkeln beschieden war, hat sich erst in den letzten Jahren ein breiteres Interesse in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit entfaltet. Dadurch wurde deutlich, dass eine Festlegung auf eine bestimmte Alternative gleichzeitig auch eine dementsprechende Art der Deutungshoheit über die Interpretation von Nachhaltigkeit etablieren wird – nicht zuletzt hat die Verbreitung dieser Erkenntnis dann wieder auch zu einer außerordentlichen Belebung der „wissenschaftlichen Revolution“ in Form des Entstehens zahlreicher neuer Ansätze geführt. Ob es schnell gelingen kann, diese Ausdifferenzierung der alternativen Ansätze auf eine oder wenige im Konsens etablierte Alternativen zurückzuführen, erscheint derzeit noch ungewiss.

Kriterien für Indikatoren und Indikatorensysteme

Die Auswahl von Indikatoren gestaltet sich nun, wie gezeigt wurde, in verschiedener Hinsicht als wissenschaftlich angeleiteter, pragmatischer Kompromiss, und zwar nicht nur im Blick auf strategische Überlegungen zur Quantifizierung von Zielen oder nur zur Benennung von wünschenswerten Entwicklungsrichtungen. Folgende Punkte bieten sich an:¹⁸

- Indikatoren müssen wissenschaftlich aussagefähig, jedoch so auf die Entwicklung der Gesellschaft orientiert sein, dass sie als Grundlage für politische Entscheidungen verwendet werden können.
- Des Weiteren müssen Indikatoren die zugrundeliegenden Messwerte oder auf andere Weise gewonnene Informationen so verdichten, dass sie weder durch übergroße Abstraktion aussagelos werden, noch – das andere Extrem – zu viele Einzeldaten unverbunden nebeneinander stehen.
- Indikatoren müssen messbar sein, wobei „messbar“ in einem weiten Sinne zu verstehen ist. Es kann sich um einzelne statistische Angaben handeln, um Zahlenwerte, die aus statistischen Angaben berechenbar sind, ebenso wie um Werte chemischer Analysen oder physikalischer Messungen von Umweltmedien. In Frage kommen aber auch weniger genau quantifizierbare Daten wie die Farbe von Blättern, die Form einer Baumkrone, der Geruch eines Gewässers: Daten, die zwar im Prinzip auf physikalisch-chemische Messwerte reduzierbar wären, bei denen diese Art der Objektivierung in der Regel aber nicht erfolgt.¹⁹

- Indikatoren müssen trennscharf sein. Das bedeutet, dass der jeweilige Wert eines Indikators eine Aussage darüber erlauben muss, ob die bezeichnete Eigenschaft des betrachteten Systems im "guten" oder im "schlechten" Bereich liegt – sofern es möglich ist, über die Zielgröße überhaupt einen gesellschaftlichen Konsens zu finden.
- Schließlich ist es nützlich, wenn Indikatoren Vergleiche zwischen verschiedenen Regionen erlauben – Kommunen, Landkreisen, Bundesländern, Staaten oder anderen relevanten geographisch eingrenzbaren Gebieten, zum Beispiel Wassereinzugsgebieten oder, bei Waldschäden, ähnlichen Wuchsgebieten. Das setzt insbesondere voraus, dass die zugrundeliegenden statistischen Angaben oder Messgrößen auch in anderen Regionen mit der gleichen oder einer vergleichbaren Methode ermittelt werden können.
- Hilfreich ist es immer, wenn Indikatoren ohne großen Aufwand ermittelt werden können und wenn sie leicht verständlich sind. Bei Änderungen des Systemzustands muss sich mindestens ein Indikatorwert ändern, und der neue Wert sollte schnell verfügbar sein.²⁰

Albert Adriaanse stellte drei Kriterien für erfolgreiche Indikatorensysteme auf:²¹

- „Simplification“: Die Indikatoren müssen Entwicklungen wahrnehmbar machen, die ansonsten nicht oder zumindest nicht auf direkte Weise wahrgenommen werden könnten;
- „Quantification“: Die Entwicklungen müssen auf eine aussagekräftige Weise in eine Maßzahl transformiert werden können;
- „Communication“: Die Indikatoren müssen handlungsanleitend wirken, zumindest aber in öffentlichen Diskussionen Eingang finden können.

Victor Anderson hat vorgeschlagen, Indikatoren so zu konstruieren, dass drei Informationen abgerufen werden können:²²

- möglichst lange Zeitreihen zur Entwicklung des Indikators;
- das jeweilige „sustainability level“ des mit dem Indikator angesprochenen Problems in dem damit analysierten Umweltraum;
- „targets“, das heißt für unterschiedliche Zeiträume festgelegte politische Zielsetzungen für die einzelnen Indikatoren in Richtung auf das jeweilige "sustainability level".

Nicht zuletzt muss auch der Kostenfaktor berücksichtigt werden, der O'Connor zu der Forderung nach „optimally inaccurate indicators“ geführt hat. Da Datenerhebung und -aufbereitung kostenintensive und zeitraubende Arbeiten sind, sollten neue Daten beziehungsweise Indikatoren nur dann gefordert werden, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse einen klaren Hinweis gibt, dass die Faktengrundlage für den politischen Entscheidungsprozess noch mangelhaft ist.²³ "Übergenaue" Informati-

onssysteme bergen die Gefahr, als Alibi für politisches Nicht-Handeln missbraucht zu werden. Auf ein Kriterium kann jedoch natürlich nicht verzichtet werden: Auch der optimal ungenaue Indikator sollte korrekte und möglichst zeitgenaue Signale an das politische System liefern.

Erreichbares und Unerreichbares in der Statistik

Vor über zehn Jahren hat Carsten Stahmer in einem Beitrag für das 2. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für Ökologische Ökonomie unter dem leicht melancholisch-resignativen Titel „Verwehte Engel“ ein kritisches Resümee über den Aufbau eines Berichtssystems gegeben, das auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft hilfreich sein könnte.²⁴ Stahmer schlägt – als Minimum! – den Aufbau von neuen Gesamtrechnungssystemen vor, außerdem die kontinuierliche Pflege von Zukunftsszenarien mit Modellrechnungen, die Aussagen über zukünftige Entwicklungen auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Gesellschaft ermöglichen sollen, sowie zusätzlich Indikatorensysteme, die differenziert den Abstand der beobachteten beziehungsweise prognostizierten Entwicklung zu dem erwünschten nachhaltigen Zustand aufzeigen sollen.²⁵ In Fortführung dieser Ansätze hat Stahmer eine Ergänzung der monetären Input-Output-Tabellen durch physische Input-Output-Tabellen und durch Input-Output-Tabellen der Zeitverwendung angeregt. Dieses Gesamtsystem wurde bislang ebenso wenig in der kontinuierlichen amtlichen Statistik umgesetzt wie die umfassenden Berichtssysteme von Anthony Friend und David Rapport²⁶ oder das System of Social and Demographic Statistics (SSDS) von Richard Stone.²⁷ Für eine derart umfassende Reform der statistischen Berichtssysteme scheint noch immer in Wissenschaft und Politik die Kraft zu fehlen.

Denkbar wäre in den nächsten Monaten und Jahren dagegen durchaus, dass einzelne Bausteine alternativer Berichterstattungssysteme und Messverfahren kontinuierlich gepflegt und ausgebaut werden. Wie dieser Weg in nächster Zeit Erfolgversprechend beschritten werden kann, muss intensiv diskutiert werden.

- (1) Alternative Berichterstattungssysteme haben nur dann eine Chance, sich zu etablieren, wenn sie kontinuierlich gepflegt werden. Dazu gehören die periodische Veröffentlichung aktueller Ergebnisse und längerer Zeitreihen und möglichst auch die Erarbeitung internationaler Vergleichsstudien.
- (2) Indikatorensysteme bilden die Basis zusammenfassender Indices. Auch bei einer Konzentration auf Composite Indicators oder auf Accounting Ansätze sollten die grundlegenden Indikatoren beziehungsweise Variablen immer mit veröffentlicht werden.
- (3) Eine diffizile Aufgabe der nächsten Jahre liegt darin, den „optimalen Zeitpunkt“ für eine Standardisierung alternativer Ansätze zu finden, mit anderen Worten: den richtigen Zeitpunkt zu

treffen, zu dem die Entscheidung für ein – oder mehrere – alternative Messverfahren getroffen werden sollte – was deren anschließende Etablierung in der amtlichen Statistik nach sich ziehen sollte.

- (4) Wenn es zutrifft, dass Monitoringsysteme und Messverfahren bis zu einem gewissen Grad die Wahrnehmung der Wirklichkeit und damit eine bestimmte Deutung von Entwicklungen präformieren, ist die Entscheidung für oder gegen bestimmte Systeme oder Verfahren auch eine Frage der politischen Ethik. Den Statistikern ist damit die zusätzliche Bürde auferlegt, Möglichkeiten und Grenzen der Interpretation der von ihnen vorgeschlagenen Verfahren den „Laien“ sehr deutlich vor Augen zu führen. Eine Bedingung der Möglichkeit einer angemessenen Information von Politik und Öffentlichkeit ist eben auch die Vermittlung des Wissens um deren Begrenzung.²⁸

DAS INDIKATORENSYSTEM DER FEST

Warum noch ein Indikatorensystem?

In den Veröffentlichungen aus den Jahren 2004 und 2008 sind wir ausführlich auf das Indikatorensystem zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland eingegangen und haben unsere Kritik und Verbesserungsvorschläge im Einzelnen dargestellt.²⁹ Die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie wurden kontinuierlich weiter entwickelt, und auch im Entwurf zum Fortschrittsbericht 2012 werden Neuerungen und der Stand der Prüfungen zu künftigen Verbesserungsvorschlägen dargestellt.³⁰ Im Einzelnen möchten wir die zuletzt 2008 geäußerte Kritik hier nicht ein weiteres Mal wiederholen; dennoch sind wir der Ansicht, dass unser hier vorgelegtes alternatives Indikatorensystem nicht obsolet geworden ist. Die Zahl der Indikatoren erscheint uns auch im Indikatorenbericht 2012 noch zu niedrig, um ein Bild der nachhaltigen Entwicklung in der erforderlichen Differenziertheit zeichnen zu können. Wesentliche einzelne inhaltliche Kritikpunkt bleiben auch weiterhin bestehen: vor allem die Identifikation von wirtschaftlichem Wohlstand mit der Kenngröße „BIP je Einwohner“³¹ und der Verwendung des BIP in weiteren Indikatoren als Bezugsgröße³² oder, um ein Beispiel eines einzelnen Indikators zu nennen, die Repräsentation der Kriminalität allein durch die Zahl der erfassten Fälle von Wohnungseinbruchsdiebstahl.³³ Daher erneuern wir unseren Vorschlag, das Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend zu verändern, um dem Anspruch, der auch politisch mit einem derartigen Messsystem verbunden werden muss, gerecht zu werden.

Die Konstruktion des Indikatorensystems der FEST

Das nachstehend beschriebene Indikatorensystem wurde anhand folgender Kriterien konzipiert:

- (1) Um den vielfältigen Problemen, die mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden sind, gerecht werden zu können, halten wir eine deutlich höhere Zahl von Indikatoren als in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für notwendig.
- (2) Wir schlagen vor, die Indikatoren nach den Dimensionen „Ökonomie“, „Ökologie“, „Soziales“ und „Partizipation“ zu gruppieren; innerhalb dieser Dimensionen der Nachhaltigkeit sind die Indikatoren nach Themenbereichen geordnet, für die jeweils Ziele festgelegt werden können.
- (3) Jede Dimension wird in eine gleich große Anzahl von Teilzielen untergliedert; insgesamt werden vier mal acht Teilziele der Nachhaltigkeit benannt. Jedes Teilziel wird mit jeweils zwei Indikatoren abgebildet.
- (4) Bei den Indikatorenvorschlägen greifen wir so weit wie möglich auf etablierte nationale und internationale Vorarbeiten zurück, da hier der Nachweis erbracht wurde, dass diese Indikatoren

fachlich fundiert sind und sich auch für Deutschland statistisch realisieren lassen. Im Einzelnen sind dies:

- für den Bereich Ökologie: die Umweltindikatoren des Landes Baden-Württemberg, die wiederum in engem Austausch mit den Diskussionen in der „Länderinitiative Kernindikatoren“ den Umweltämtern und Landesanstalten für Umweltschutz der Bundesländer und des Bund-Länder-Arbeitskreises Nachhaltige Entwicklung konzipiert wurden;³⁴
- für den Bereich Ökonomie: das Referenzsystem ökonomischer Indikatoren der OECD;³⁵
- für die Bereiche Soziales und Partizipation den indikatorengestützten Bericht zur sozialen Lage in Europa von Eurostat.³⁶

Die Indikatoren, die auf diesen Quellen aufbauen, sind entsprechend gekennzeichnet.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst das vorgeschlagene Indikatorensystem aufgeführt. Danach finden sich – nach einer technischen Vorbemerkung zur Darstellungsform – die einzelnen „Indikatorenblätter“ zu den 64 Indikatoren des Systems. Nach den Indikatorenblättern folgt eine kurze Übersicht über die Bewertung der Indikatoren, auch im Vergleich zur Bewertung der Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

In der Übersicht der Indikatoren und Teilziele am Anfang jedes Bereiches sind die Indikatoren kursiv hervorgehoben, die wir im Vergleich zu 2008 verändert haben. Der Hauptteil der Studie – die Indikatorenblätter 1 bis 64 – enthalten die nun jeweils aktualisierten Zeitreihen, Interpretationen und Bewertungsübersichten sowie – erstmalig – Empfehlungen zu Maßnahmen und politischen Instrumenten, die zu einer Verbesserung der Indikatoren führen sollten.

Zum Aufbau der Indikatorenblätter

Auf den folgenden Seiten finden sich die genauen Darstellungen der einzelnen, in den vorangegangenen Listen aufgeführten Indikatoren. Die Blätter enthalten jeweils:

- eine Zuordnung des Indikators zu einem *Teilziel* der Nachhaltigkeit, das mit Hilfe dieses Indikators repräsentiert werden soll;
- eine genaue Benennung und eine *Definition des Indikators*;
- Exakte Angaben zur *Quelle der Daten* oder, sofern diese noch nicht zu ermitteln waren, zur Datenlage beziehungsweise zur Problematik der Datenerhebung;
- sofern Daten vorhanden, ein *Diagramm der jeweiligen Entwicklung* der Zeitreihe in der Bundesrepublik mit einem kurzen Text zur Erläuterung;
- eine mögliche *Zielsetzung* für den jeweiligen Indikator sowie

- ein Diskussionsangebot mit *Empfehlungen* zu Maßnahmen und politischen Instrumenten, die zu einer Verbesserung des Indikators führen sollten.
- Schließlich erfolgt eine grobe Klassifizierung zur *Bewertung* des Zustandes und zur *Entwicklung* des jeweiligen Indikators, die wir ausdrücklich ebenfalls nicht als abschließendes Urteil, sondern als Diskussionsangebot verstanden wissen wollen.
- eine „Ampel“, die die Bewertung des Zustandes visuell symbolisieren soll. Dabei wird der aktuelle Wert des Indikators mit einer Situation verglichen wird, die als nachhaltig bezeichnet werden könnte:
 - : Zustand ist definitiv nicht nachhaltig;
 - : die Bewertung ist unsicher;
 - : der Zustand ist im Großen und Ganzen zufriedenstellend oder gut.
- ein „Pfeil“, der grob die Entwicklung des Indikators in den letzten Jahren in Bezug auf das Ziel der Nachhaltigkeit einschätzt:
 - : die Situation hat sich verschlechtert;
 - : die Situation hat sich nicht oder nur kaum verändert;
 - : Die Situation hat sich verbessert;
 - : ein Kreis steht für eine uneinheitliche Entwicklung, bei der kein Trend festgestellt werden kann.

¹ Diefenbacher, Hans/Frank, Andreas/Leipner, Ingo/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2004): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie [Texte und Materialien, Reihe B, Nr. 30]. Heidelberg: FEST; Diefenbacher, Hans/Frank, Andreas/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2008): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; Fortschreibung 2008 [Reihe FEST für die Praxis, Bd. 2]. Heidelberg: FEST

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2010): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2010. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

³ Bundesregierung (Hrsg.) (2011): Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – Entwurf. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 61 – 122.

⁴ Baumgartner, Thomas (1985): „Wer was wie mißt“, in: Projektgruppe Ökologische Wirtschaft (Hrsg.): Arbeiten im Einklang mit der Natur. Freiburg: Dreisam-Verlag, 177 – 206 (Zitat 182f.).

⁵ Ibid., 183.

⁶ Schnabel, Georg Robert (1832): General-Statistik der Europäischen Staaten nebst einer theoretischen Einleitung. Wien: Verlag J.G. Ritters v. Möslé sel. Witwe, 2. Bde; Bd. I, viii.

⁷ Oettingen, Alexander von (1882): Die Moralstatistik in ihrer Bedeutung für eine Socialethik. Erlangen: Verlag Andreas Deichert, VII.

⁸ Lueder, August Ferdinand (1832): Kritische Geschichte der Statistik. Göttingen: Johann Friedrich Roewer, 536f.: „Das Ideal der Statistik erregte Zweifel gegen die Möglichkeit der Staatsgemälde. Die Statistiker wollten das Glück der Völker messen: die Staaten mit einander vergleichen nach Graden des Wohlstandes und des Elends! Der Kalzmücke aber maaß die Glückseligkeit nach der Menge von Pferdemilch, der Samojede nach seinem Rentiere und der Bewohner der Hudsonsbay nach dem Ueberflusse von Thran.“

⁹ Baumgartner, Thomas (1985), op.cit., 183.

¹⁰ Ibid., 193.

- ¹¹ „Wir beginnen das ungeheure Ausmaß unserer Einkapselung [in diese Religion der Zahl] wahrzunehmen“, aus der Rede von Nicolas Sarkozy bei der Vorstellung des Berichts der Stiglitz-Kommission, im Internet unter <http://videos.tf1.fr/infos/2009/sarkozy-veut-sortir-de-la-religion-du-chiffre-4756602.html>
- ¹² Vgl. Bundesregierung (Hrsg.) (2011), op.cit., 85f.
- ¹³ Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2009): Wohlfahrtsmessung in Deutschland – ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg/Berlin: FEST/FFU, http://www.umweltbundesamt.de/uba-infomedien/mysql_medien.php?anfrage=Kennummer&Suchwort=3902; Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. München: oekom-Verlag.
- ¹⁴ Global Footprint Network (Hrsg.) (2011): Footprint Science – Introduction, http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint_science_introduction/
- ¹⁵ United Nations Development Programme (Hrsg.) (2011): Human Development Reports 1990 – 2010, <http://hdr.undp.org/en/>
- ¹⁶ Vgl. ausführlich dazu New Economics Foundation (2011): The (Un-)Happy Planet Index 2.0; URL: www.happyplanetindex.org/
- ¹⁷ Denkwerk Zukunft (Hrsg.) (2010): Das Wohlstandsquartett – Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern. Bonn: Selbstverlag, <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/WQ-Memo-2010.pdf>
- ¹⁸ Zum folgenden vgl. bereits Diefenbacher, Hans/Karcher, Holger/Stahmer, Carsten/Teichert, Volker (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Heidelberg: FEST.
- ¹⁹ Vgl. dazu u.a. Kay, James J. (1991): "The Concept of Ecological Integrity, Alternative Theories of Ecology, and Implications for Decision-Support Indicators", in: Canadian Environmental Advisory Council (Hrsg.): *Economic, Ecological, and Decision Theories: Indicators of Ecologically Sustainable Development*. Ottawa: CEAC, 23 – 58.
- ²⁰ Vgl. hierzu schon Diefenbacher, Hans/Ratsch, Ulrich (1995): "Zur Konstruktion von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung", in: Diefenbacher, Hans/Sangmeister, Hartmut/Stahmer, Carsten (Hrsg.), *Regionale Umweltberichtserstattung – der Heidelberger Raum und seine Entwicklung 1960 – 1990*. Heidelberg: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 11 – 24; vgl. auch Ruitenbeek, Jack (1991): "The Role of Indicators in the Decision Process", in: Canadian Environmental Advisory Council (CEAC) (Hrsg.): *Economic, Ecological, and Decision Theories: Indicators of Ecologically Sustainable Development*. Ottawa: CEAC, 60 – 91.
- ²¹ Adriaanse, Albert (1993): *Environmental Policy Performance Indicators*. Den Haag: Raad voor Milieu- en Natuuronderzoek, 29.
- ²² Adriaanse, Albert (1995), op.cit., 6; vgl. auch Anderson, Victor (1991): Alternative Economic Indicators. London/New York: Routledge.
- ²³ O'Connor, James (1994): *Towards Environmentally Sustainable Development. Measuring Progress*. Paper presented to the 19th Session of the General Assembly of IUCN, Buenos Aires, Jan. 18-26, 1994.
- ²⁴ Stahmer, Carsten (2000): Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem. Abdruck in Hartard, Susanne/Stahmer, Carsten/Hinterberger, Fritz (Hrsg.) (2001): Magische Dreiecke – Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft. Marburg: Metropolis, 57 – 90.
- ²⁵ ibid., 18 f.; zitiert nach der Textversion unter <http://www.carsten-stahmer.de/downloads/HP.2000-11.%20Verwehte%20Engel.pdf>
- ²⁶ Rapport, David/Friend, Anthony (1979): Towards a comprehensive framework for environmental statistics. Toronto: Statistics Canada; Friend,.. Anthony (2010): Nonlinear Accounting – Concepts and Methods. Oldenburg: ISEE Conference, 22.-25.8.2010
- ²⁷ United Nations (Hrsg.) (1975): Towards a System of Social and Demographic Statistics, Studies in Methods, Series F, No. 18, New York: UN Statistical Office
- ²⁸ Vgl. Groupe de Villemétrie (1986): „Les instruments de connaissance aujourd’hui disponibles permettent-ils d’avancer vers un monde intelligible?“, in: Markhoff, Gérard (Hrsg.): Vers une éthique politique – l’éthique face à l’ingouvernabilité du monde actuel. Paris: Edition de la maison des sciences de l’homme, 331 – 345.
- ²⁹ Vgl. Fußnote 1.
- ³⁰ Siehe Bundesregierung (Hrsg.) (2011), op.cit., 56 – 61.
- ³¹ Vgl. ibid., 85 (Indikator 10).
- ³² Ibid., so die Indikatoren 1a, 1b, 6, 7, 8, 11a, 11b.
- ³³ Ibid., 105 (Indikator 15). Hier erscheinen uns Informationen zur Gesamtkriminalität unverzichtbar.
- ³⁴ Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2003): Umweltdaten Baden-Württemberg. Karlsruhe: LfU, 256ff.
- ³⁵ OECD (Hrsg.) (2002): Main Economic Indicators. Paris: OECD.
- ³⁶ Eurostat/Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (Hrsg.) (2002): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002. Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

ÖKOLOGIE



ÜBERSICHT DER INDIKATOREN

TEILZIEL DER NACHHALTIGKEIT	INDIKATOR
A1 Geringe Abfallmengen	1 Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner und Jahr
	2 Wiedergewonnene Wertstoffe in Prozent der Siedlungsabfälle
A2 Möglichst niedrige Luftverschmutzung	3 Luftqualitätsindex
	4 <i>Zahl der Tage, an denen der Schwellenwert für Ozon von 120 µg/Kubikmeter Luft als 8-Stunden-Mittelwert überschritten wurde</i>
A3 Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	5 Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche
	6 Rohstoffproduktivität
A4 Schonender Umgang mit erneuerbaren Ressourcen	7 Häufigkeitsverteilung deutscher Messstellen (EUA-Messnetz) gemäß der Durchschnitte der erfassten Nitratwerte
	8 Anteil der zertifizierten forstwirtschaftlichen Flächen an den forstwirtschaftlich genutzten Flächen insgesamt
A5 Niedriger Energie-Einsatz	9 Kohlendioxid-Emissionen in t pro Einwohner und Jahr
	10 Primärenergieverbrauch in Petajoule
A6 Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität	11 Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner
	12 Güterverkehrsleistung in Mrd. Tonnenkilometern und Anteil der auf Schiene und Schiff entfallenden Tonnenkilometer
A7 Erhaltung der Ökosysteme und Artenvielfalt	13 Anteil der streng geschützten Gebiete des Naturschutzes an der Gesamtfläche
	14 <i>Artenvielfalt und Landschaftsqualität</i>
A8 Geringe Lärmbelastung	15 <i>Anteil der Bevölkerung, der angibt, von Lärm stark belästigt zu werden</i>
	16 Ausgaben des Produzierenden Gewerbes, des Staates und der privatisierten öffentlichen Unternehmen für Lärmbekämpfung

* KURSIVE SCHREIBWEISE, WENN DER INDIKATOR IM VERGLEICH ZUM LETZTEN INDIKATORENBERICHT VERÄNDERT WURDE.

A1

GERINGE ABFALLMENGEN



INDIKATOR 1: Siedlungsabfälle in kg je Einwohner und Jahr

⇒ DEFINITION

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll, einschließlich hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebenso wenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch (fortlaufend): Tab. 12.5. bzw. 12.6 (Abfallbilanz); Eurostat, Code:TSIEN120

⇒ ENTWICKLUNG

Bis 1998 lag die Menge der Siedlungsabfälle pro Einwohner zwischen 541,4 kg und 555,7 kg. Dann stieg sie deutlich an und erreichte 2002 mit 608,9 kg den größten Wert im betrachteten Zeitraum. In den letzten Jahren waren kaum Bewegungen zu erkennen, und das Müllaufkommen hält sich bei knapp 600 kg/Einwohner. Innerhalb der EU 27 landet Deutschland im Schnitt der letzten vier Jahre auf Platz 8 in der Müllproduktion. Dänemark, bei dem das Müllaufkommen seit 1995 um 45% gestiegen ist, ist mit 822 kg/Kopf (2009) europä-

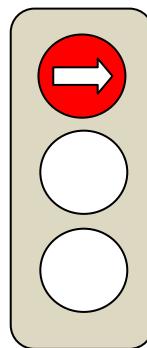
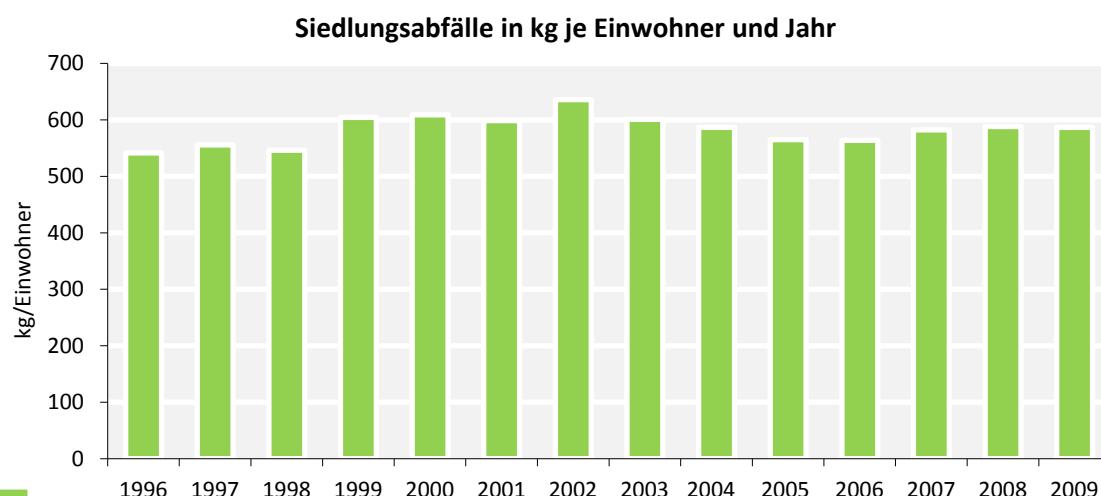
ischer Spitzenreiter in der Müllproduktion. „Positive Schlusslichter“ sind vor allem osteuropäische Länder wie Polen, Slowakei und Tschechien, die weniger als 350 kg Müllaufkommen pro Kopf und Jahr ausweisen. In der 1960er Jahren betrug das Müllaufkommen in Deutschland pro Kopf ein Viertel des heutigen Wertes.

⇒ ZIELSETZUNG

Ein wissenschaftlicher Grenzwert, wie viel Abfall eine Gesellschaft erzeugen sollte, kann es naturgemäß nicht geben, ein gesellschaftlicher Konsens zu einem möglichen Zielwert existiert bislang nicht. Als ethische Norm kann man das Gebot ableiten, so wenig Abfall wie möglich zu erzeugen. Der Vergleich mit unserer Gesellschaft vor fünfzig Jahren zeigt, dass eine Verringerung mindestens um den Faktor 2 angestrebt werden sollte. Generell gilt die Zielhierarchie: Abfall vermeiden – Abfall wiederverwerten – Abfall thermisch nutzen – Abfall sicher deponieren.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die grundlegenden Entscheidungen fallen mit Blick auf die Abfallvermeidung schon bei der Produktion der Güter. In diesem Sinne beginnt eine sinnvolle Abfallvermeidung bereits bei der Konstruktion, dem Design und der Herstellung von Gütern. Viele Produkte haben eine wesentlich geringere „Lebenserwartung“ als es



QUALITATIVE ABFALLVERMEIDUNG

HÖHERE PRODUKTEBENSDAUER

RECYCLINGFÄHIGKEIT

AUFLÄRUNGSARBEIT

möglich wäre.

Abfallvermeidung lässt sich auf verschiedene Weise, quantitativ und qualitativ, und auf unterschiedlichen Ebenen organisieren: dem Staat, Entsorgungsträgern, der Wirtschaft, der Forschung und nicht zuletzt den privaten Haushalte kommen hier entscheidende Rollen zu.

Qualitativ Müll vermeiden bedeutet, in der Produktion möglichst einfache Stoffkreisläufe und möglichst wenig oder keine schädlichen Stoffe zu verwenden. Außerdem geht es darum, dass die Produkte vielfach, für mehrere Personen oder für mehrere Zwecke verwendet werden können: Ein Car-Sharing-Auto wäre ein Beispiel hierfür. Zur quantitativen Abfallvermeidung siehe auch Indikator 2.

Mit Steuern und Abgaben können Anreize geschaffen

werden, abfallärmere Güter herzustellen und Müll zu vermeiden. Öffentlich-rechtliche Versorgungsträger sollten sich um eine starke Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Abfallvermeidung bemühen. Forschung und Wirtschaft werden angehalten, bessere, langlebigere, wieder verwertbare und energieärmere Produkte und Herstellungsverfahren zu entwickeln und zu etablieren. Durch ihre Konsumententscheidungen können die privaten Haushalte Hersteller zu ökologischeren und abfallärmeren Produktionsprozessen bewegen, aber auch die Industrie untereinander nimmt durch Vorgaben Einfluss auf die ökologische Gestaltung von Produkten und Produktionsprozessen.

Weitere Informationen:
<http://www.abfallberatung.de>



A1

GERINGE ABFALLMENGEN



INDIKATOR 2:

Wiedergewonnene Wertstoffe in Prozent der Siedlungsabfälle

⇒ DEFINITION

Wiedergewonnene Wertstoffe sind kompostierbare Abfälle und das Sammelgut aus Getrenntsammlungen (Glas, Papier, Kunststoffe und Elektronikteile). Sperrmüll zählt nicht dazu, weil er zum Teil nicht wieder verwertet sondern auch deponiert oder verbrannt wird.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch (fortlaufend): Tab. 12.5. bzw. 12.6 (Abfallbilanz); (Die Daten für 1998 waren nicht für alle Bundesländer verfügbar)

⇒ ENTWICKLUNG

Die Quote der wiedergewonnenen Wertstoffe stieg stetig: 1999 betrug sie 30,8%, 2001 erreichte sie einen Wert von 34,7%. Der Sprung ab 2002 auf Werte kontinuierlich über 50% ist wenigstens zum Teil auf eine Veränderung der statistischen Erfassung zurückzuführen; nun werden zum Beispiel Garten- und Parkabfälle, soweit biologisch abbaubar, mitgerechnet.

Laut Eurostat, die vermutlich etwas andere Berechnungen anstellen, wurden 2009 in der EU 27 die kommunalen Abfälle zu 38% deponiert, zu 20% verbrannt, zu 24% recycelt und zu 18% kompostiert. In diesem EU-Vergleich kann man Deutschland in seinem Recyclingverhalten durchaus als Vorbild betrachten. Während

fälle deponieren (Bulgarien, Rumänien, Malta, Lettland, Litauen), andere Länder die Verbrennung, die ökologisch durchaus bedenklich ist, verstärkt durchführen (Schweden und Dänemark nahezu 50% und die BeNeLux-Staaten zwischen 35 und 40%), ist Deutschland im Recycling mit 48% an der Spitze. Wenn man die reine Kompostierbarkeit betrachtet, sind Österreich (40%), Italien (32%) und einige andere Länder allerdings weit vor Deutschland (17%).

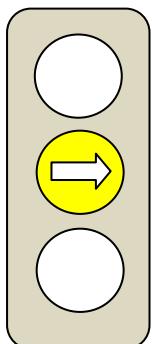
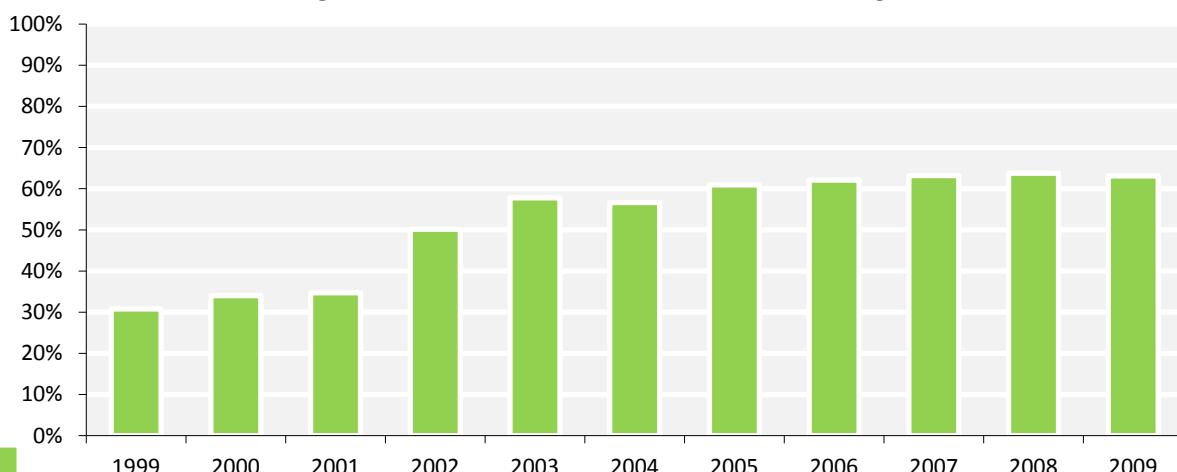
⇒ ZIELSETZUNG

Recycling ist nach der Abfallvermeidung erst die zweite Wahl. Allerdings rechtfertigen die Anforderungen des heutigen Kreislaufwirtschaftsgesetzes das Ziel, den Anteil der im Kreislauf geführten Ressourcen weiter drastisch zu erhöhen: Bis 2020 sollte die stoffliche Verwertung der dann noch vorhandenen Rest-Abfallmenge auf über 80% steigen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Unter quantitativer Abfallvermeidung wird verstanden, für die Produktion möglichst wenig Material zu verwenden und die Produkte so herzustellen, dass sie gut recycelbar, wieder verwertbar oder wieder verwendbar sind. Dies schließt Eigenschaften wie gute Reparaturfähigkeit, Demontagefreundlichkeit, Lebensdauererhöhung etc. ein.

Wieder gewonnene Wertstoffe in Prozent der Siedlungsabfälle



QUANTITATIVE ABFALLVERMEIDUNG

REPARATURFÄHIGKEIT

SAMMELSYSTEME AUSBAUEN

PRODUKT- UND STOFFKREISLÄUFE AUFBauen

Was den Materialverbrauch der Haushalte angeht, lässt sich zunächst einmal über die Verpackung viel erreichen. Auch hier ist zunächst Vermeidung generell das Ziel. Daneben gibt es viel versprechende Substitute, die näher erforscht werden müssen. Die neue Branche des Bio-Plastiks entwickelt Folien, Verpackungen, Plastikelemente aus nachwachsenden Rohstoffen, die kompostierbar sind. Hier müssen weitere Anstrengungen zu umfassenden Technologie-Folgeabschätzungen unternommen werden.

Wichtig ist dann aber vor allem, dass die Sammelsysteme bundesweit ausgebaut und verbessert werden. Dies sollte Hand in Hand mit Bemühungen gehen, die Bürgerinnen und Bürger mit den Anforderungen einer Kreislaufwirtschaft vertraut zu machen, um ihnen auf diese Weise den Nutzen des Getrenntsammlens von Abfällen so nahe zu bringen, dass die Wiederverwertungsquote steigen kann.

Der entscheidende Punkt ist aber, ob es gelingt, in der Kreislaufwirtschaft auch entsprechende Produkt- und Stoffkreisläufe aufzubauen. Die Politik kann dies durch

entsprechende Forschungs- und Entwicklungsprogramme unterstützen. Gefragt sind aber auch die Unternehmen, die sich hier etwa durch verstärkte Kooperation in regionalen Stoffverwertungsnetzwerken bemühen können, den Anteil der Produkte aus Recyclingmaterialien zu erhöhen. Besonders effizient ist Recycling immer dann, wenn nicht mehr benötigte Produkte von einer anderen Person oder einem anderen Unternehmen weiterverwendet werden: der Aufbau von Second-Hand-Vermarktungsformen kann hier erheblich dazu beitragen.

Weitere Informationen:

<http://en.european-bioplastics.org>

<http://www.ask-eu.de/>

Eurostat Pressemitteilung März 2011: Umwelt in der EU 27. Im Jahr 2009 wurde ein Viertel der gesamten behandelten kommunalen Abfälle recycelt. (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-08032011-AP/DE/8-08032011-AP-DE.PDF)



A2

MÖGLICHST GERINGE LUFTVERSCHMUTZUNG



INDIKATOR 3: Luftqualitätsindex

⇒ DEFINITION

Index = $(1/40 * \text{NO}_2 + 1/50 * \text{SO}_2 + 1/40 * \text{PM}10)/3$ – Der Index wurde Ende der 1990er Jahre vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie entwickelt und für Niedersachsen berechnet. Dabei sind jeweils die Zahlenwerte der Jahresmittelwerte für die gemessenen Schadstoffe einzusetzen. Leider konnte bislang in Fachkreisen – etwa dem Bund-Länder-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung – keine Einigkeit über eine Formel zur Berechnung eines Luftqualitätsindex gefunden werden; verschiedene Varianten stehen noch zur Diskussion. Alternativ zum Index könnten auch die Einzelreihen der gemessenen Schadstoffe betrachtet werden. Wir verwenden zur Berechnung des Index für die BRD die Emissionswerte für NO_2 , SO_2 und Staub insgesamt.

Datenquellen:

<http://www.umweltbundesamt.de/emissionen/publikationen.htm>; Umweltbundesamt: Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen 1990 – 2008

⇒ ENTWICKLUNG

Zwischen 1990 und 2000 sank der Index deutlich – auf ein Drittel des Ausgangswertes. Der Rückgang zwischen 2000 und 2008 fiel dagegen weitaus geringer aus. Es ist anzunehmen, dass weitere Verbesserungen nur mit

einem relativ hohen Aufwand zu erzielen sind.

⇒ ZIELSETZUNG

Seit Sommer 2008 ist die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Luftqualität und saubere Luft für Europa in Kraft (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:152:0001:01:DE:HTML>). Die Ziele dieser Richtlinie können als verbindlich angesehen werden. Hier sind Grenzwerte für NO_x , CO , SO_2 , NH_3 und NMVOC definiert.

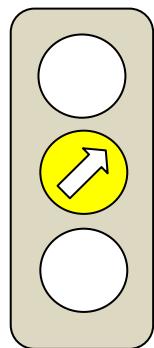
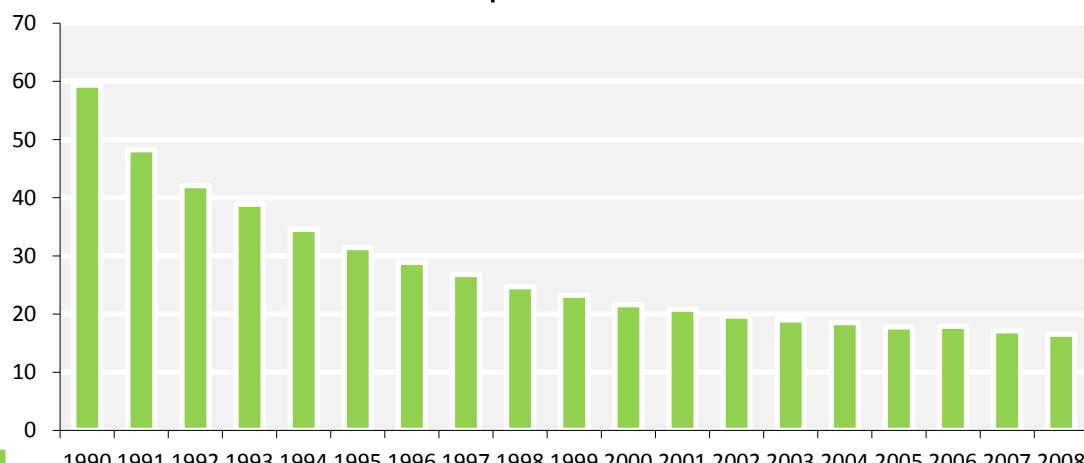
⇒ EMPFEHLUNGEN

Um die Luftqualität zu verbessern und zu sichern, braucht es nicht nur emissionsmindernde Maßnahmen, sondern auch eine kontinuierliche Überwachung der Luftqualität.

Sinnvolle emissionsmindernde Maßnahmen können regional immer erst nach einer umfassenden Analyse der jeweiligen Verunreinigungen und ihrer Herkunft ergriffen werden. Quellen für Partikel können beispielsweise aus Industriefeuерungen, der Landwirtschaft oder aus dem Verkehr stammen; Stickstoffbelastungen kommen zu einem großen Teil durch den Verkehr zustande.

Mobilität und Industrie, danach Raumwärme sind die Hauptverantwortlichen der Luftverschmutzung. Einerseits können also gesetzliche Vorgaben und Auflagen

Luftqualitätsindex



KONTINUIERLICHE ÜBERWACHUNG

REGIONALE ANALYSEN DER HERKUNFT

GESETZLICHE VORGABEN UND AUFLAGEN

FEINSTAUB-ZONEN AUSWEITEN

zur höchst zulässigen Emissionsfracht der jeweiligen Anlagen oder Kraftfahrzeuge beziehungsweise Abgaben auf Emissionen etwas bewirken. Da die Industrie von den Konsumenten abhängt, liegt es andererseits auch in der Hand des Einzelnen, durch seine Kaufentscheidungen und durch sein Mobilitätsverhalten die Höhe der Emissionen zu beeinflussen.

Kritisch sind unter anderem nach wie vor die Feinstaubbelastungen. Der Ausweis von Zonen in Städten,

in denen Kraftfahrzeuge mit der Zeit schärfere Emissionsgrenzen einhalten müssen, wird – je nach Höhe der gemessenen Belastungen – entsprechend den gelgenden EU-Richtlinien weiter ausgedehnt werden müssen.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/environment/youth/air/air_poorair_de.html

http://ec.europa.eu/environment/air/index_en.htm



A2

MÖGLICHST GERINGE LUFTVERSCHMUTZUNG



INDIKATOR 4:

Zahl der Tage, an denen der Schwellenwert für Ozon von 120 µg/Kubikmeter Luft als 8-Stunden-Mittelwert überschritten wurde

⇒ DEFINITION

Die Konzentration des bodennahen Ozons wurde 2005 in Deutschland an 310 Messstationen von Bund und Ländern überwacht. Der Indikator illustriert die Entwicklung der deutschlandweiten Ozonüberschreitungen von 120 µg/Kubikmeter als 8-Stunden-Mittelwert; bei dessen Überschreitung besteht ein Risiko für die Gesundheit besonders empfindlicher Bevölkerungsgruppen; deswegen sind dann unverzüglich geeignete Informationen erforderlich.

(Gegenüber der letzten Ausgabe musste der Indikator verändert werden, da die alte Zeitreihe nicht mehr mit Daten gepflegt wurde.)

Datenquellen:

39. BImSchV (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen); EG-Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa vom 21. Mai 2008; Daten: Umweltbundesamt (Hrsg.) (2010): Ozonsituation 2010 in der Bundesrepublik Deutschland. URL: <http://www.env-it.de/luftdaten/documents.fwd?comp=O3#O3>

⇒ ENTWICKLUNG

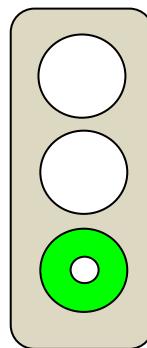
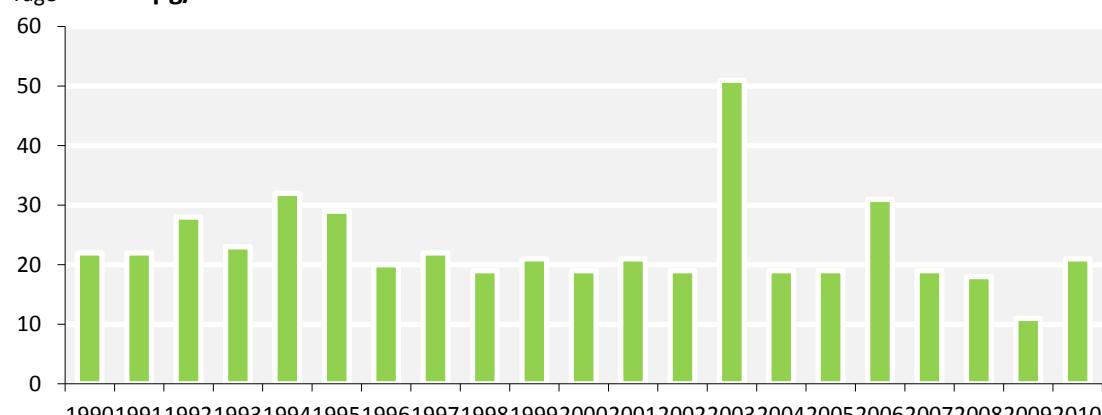
Eine Betrachtung des Zeitraums seit 1990 zeigt, dass zwar die Zahl der Ozonwerte über 180 µg/Kubikmeter Luft im Trend abnimmt, bei den Überschreitungen des

8-Stunden-Mittelwertes von 120 µg/Kubikmeter Luft jedoch im Grunde kein Trend festzustellen ist. Dies ist hauptsächlich auf die jährlich schwankenden meteorologischen sommerlichen Witterungsbedingungen zurückzuführen. Verglichen mit dem Jahr 1990 sind die Emissionen der Ozonvorläuferstoffe (Stickstoffoxide und flüchtige organische Verbindungen) in Deutschland bis heute um etwa 54% beziehungsweise 65% zurückgegangen. Der geringere Ausstoß von Ozonvorläuferstoffen führte bereits in den 1990er Jahren zu einer Abnahme der Ozonspitzenwerte. Im Sommer 2003 wurde eine außergewöhnlich lang anhaltende Wittersituation beobachtet, welche die Ozonbildung begünstigte. Der Ozonsommer 2003 ist daher hinsichtlich der Spitzenwerte ein Sonderfall. Da kein eindeutiger Trend identifiziert werden kann wird ein Punkt vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Die Überschreitung der Grenzwerte für Ozon von 120 µg/Kubikmeter im Stundenmittel einzelner Messstellen sollte vermieden werden. Für 2010 legt die genannte 39. BImSchV beziehungsweise die EG-Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa einen Zielwert fest: 120 µg/Kubikmeter als höchster 8-Stunden-Mittelwert während eines Tages bei 25 zugelassenen Überschreitungen im Kalenderjahr, gemittelt über drei Jahre; dieser Wert wurde mit dem Ziel festgelegt,

Zahl der Tage, an denen der Schwellenwert für Ozon von 120 µg/Kubikmeter Luft als 8-Stunden-Mittelwert überschritten wurde



NO_x UND VOC AUSSTOß SENKEN

EMISSIONSABHÄNGIGE KOMPONENTE DER MAUT WEITER ANHEBEN

FINANZIELLE FÖRDERUNGEN

EINSATZ VON LÖSEMITTELN REDUZIEREN

schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu vermeiden, zu verhindern oder zu verringern. Das Jahr 2010 ist das erste Jahr, das zur Berechnung der über drei Jahre gemittelten Zahl der Überschreitungstage pro Kalenderjahr herangezogen wird. Bis 2020 soll die Überschreitung dieses Wertes komplett vermieden werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Bundesregierung hat 2007 ihr nationales Programm zur Ozonminderung aus dem Jahr 2002 überprüft und erneut verabschiedet. Die mittel- und langfristig wirksamen Maßnahmen zielen auf die Senkung der Emissionen von NO_x und flüchtigen organischen Stoffen (VOC). Dies zielt insbesondere auf den Verkehr: Erleichterung des „frühzeitigen Marktzugangs“ von schweren Nutzfahrzeugen der künftigen Euro-VI-Norm, eine Steigerung der emissionsabhängigen Komponente der Lkw-Maut, finanzielle Förderung der Anschaffung emissi-

onsarmer Nutzfahrzeuge. Für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge geht es um die Einführung der Euro-Norm-Stufen V und VI.

Zusätzliche Maßnahmen zur NO_x- und VOC-Minderung sollen bei Kraftwerken und anderen industriellen Großanlagen und in den Kleinfuerungsanlagen von Haushalten durch Anpassung an den Stand der Technik durchgeführt werden.

Eine Hauptquelle von VOC-Emissionen sind Lösemittel; hier muss weiter daran gearbeitet werden, Lösemittel zu vermeiden, wo immer dies möglich ist. Nach wie vor sind Lösemittel zum Beispiel in vielen Sprays vorhanden. Hier können Konsumenten einen Beitrag leisten, indem sie beim Einkauf auf lösemittelfreie Produkte mit dem Blauen Engel achten (Farben, Lacke, Abbeizmittel). Insbesondere durch ihr Mobilitätsverhalten und bei der Anschaffung von Fahrzeugen können Einzelne einen großen Beitrag zur Ozonreduktion leisten.



A3

SCHONENDER UMGANG MIT NICHT ERNEUERBA- REN RESSOURCEN



INDIKATOR 5: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche

⇒ DEFINITION

Auf der Grundlage der Flächennutzungshaupterhebungen zeigt der Indikator die dort ausgewiesenen Anteile der Siedlungs- und Verkehrsflächen.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt (fortlaufend): Statistisches Jahrbuch, Tabelle Siedlungsfläche nach wirtschaftlichen Aktivitäten

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche stieg kontinuierlich an: 1993 betrug er 11,3%, 2001 waren es 12,9%. Damit hat innerhalb dieses Zeitraums der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche um 14,2% zugenommen. Der Flächenverbrauch liegt damit in Deutschland weit über einer langfristig nachhaltigen Größe.

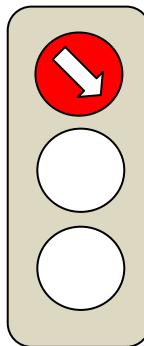
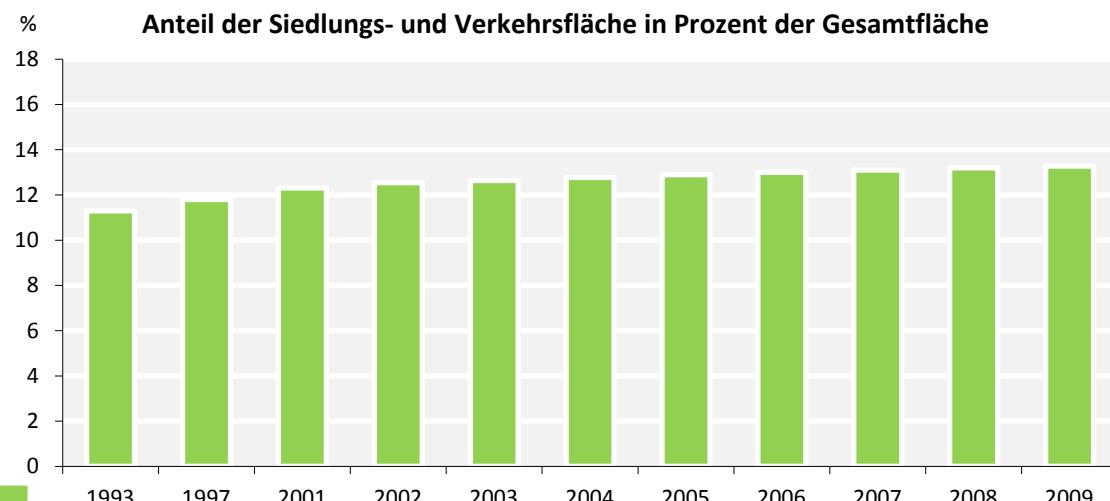
⇒ ZIELSETZUNG

Als politischen Konsens könnte man die Reduktion auf 30 ha neu versiegelte Fläche pro Tag anführen, die die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung postuliert – die aus ökologischer Sicht aber verschärft werden müsste, nämlich auf Null Hektar Neuversiegelung spätestens ab 2050.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Höhere Förderung von Altlastensanierung statt verstärkter Eigenheimzulage macht das Wohnen in Altbauten beziehungsweise in Stadtzentren attraktiver. Eine Einbeziehung der Umweltbelastungen in die Grundstückspreise wäre eine sinnvolle Flächennutzungssteuer. Generell sind Programme zur „Innenentwicklung“ statt Außenentwicklung“ von Kommunen ein Beitrag zur Reduktion von Flächenverbrauch.

Auch ließen sich EU-Agrarförderungen für Revitalisierungsmaßnahmen verwenden, um einen Ausgleich zu Neuversiegelungen zu schaffen. Analog zur Einführung eines Mengenkontingents bei Emissionsrechten könnte man ein Mengenkontingent an versiegelter Fläche einführen und ein dem Emissionshandel entsprechendes Handelssystem einführen. Eine Begrenzung des Fernstraßenbaus beziehungsweise Begrenzung der Nachfrage nach Fernstraßen, wenn über Anreizsysteme das Umsteigen auf Güterschienenverkehr gefördert wird (Abschaffung der Entfernungspauschale, Ausweitung entfernungsabhängiger Straßennutzungsgebühren, Ausbau der Bahnkapazität im Güterverkehr), wären weitere Maßnahmen zur Reduktion des Flächenverbrauchs.



HÖHERE FÖRDERUNG VON ALTLASTENSANIERUNG
FLÄCHENNUTZUNGSSTEUER
HANDELSSYSTEM ANALOG ZU EMISSIONSRECHTEN
ANREIZE ZU UMSTIEG AUF DIE SCHIENE



A3

SCHONENDER UMGANG MIT NICHT ERNEUERBA- REN RESSOURCEN



INDIKATOR 6: Rohstoffproduktivität

⇒ DEFINITION

Die Material- und Energieflussrechnungen des Statistischen Bundesamtes messen die Produktivitäten als Quotient aus dem realen Bruttoinlandsprodukt und dem jeweiligen Einsatzfaktor – dabei wird bei der Rohstoffproduktivität die gesamte verwertete Entnahme abiotischer Rohstoffe und importierter abiotischer Güter betrachtet.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt (fortlaufend) Statistisches Jahrbuch Tabelle Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2005/UGR/Rohstoffeinsatz.psm>; *Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder*: <http://www.ugrdl.de/ae2.htm>

⇒ ENTWICKLUNG

Der gesamte reale Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit wird hier ausschließlich auf den jeweiligen Produktionsfaktor bezogen, obwohl das Produkt nur aus dem Zusammenwirken aller Produktionsfaktoren entstehen kann. Die Material- und Energieflüsse werden auf die jeweils verursachenden Produktionsbereiche nach der Systematik der Input-Output-Gliederung aufgeteilt; die Untergliederung folgt der Klassifikation nach NACE (1.

Revision).

Die Rohstoffproduktivität stieg innerhalb von 15 Jahren kontinuierlich an und lag 2005 um 33,6% höher als 1991.

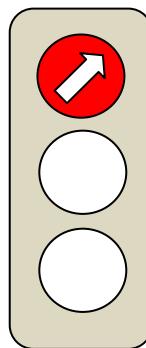
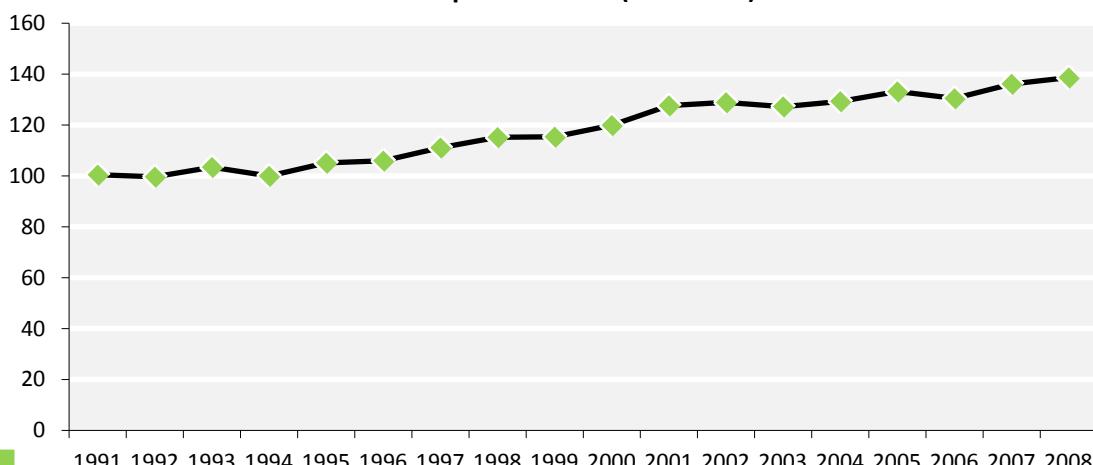
⇒ ZIELSETZUNG

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie soll sich die Rohstoffproduktivität zwischen 1994 bis 2020 verdoppeln. Strategische Überlegungen erklären den „Faktor 4“, also den doppelten qualitativen Wohlstand bei halbiertem Ressourcenverbrauch, zur Zielsetzung, aber dann ist das Ziel der Nachhaltigkeit noch immer in weiter Ferne. Langfristig ist hier auch der „Faktor 10“ in der Diskussion. Als „mittlere“ Zielsetzung wird auch eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in Deutschland von derzeit ca. 60t pro Kopf im Jahr auf 20 t pro Kopf im Jahr 2050 diskutiert.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Zur Steigerung der Rohstoffproduktivität gibt es zahlreiche Instrumente (vgl. auch Indikator 1 und 2). Ein wichtiger Ansatzpunkt ergibt sich durch das Konzept der „Integrierten Produktpolitik“ (IPP). Bei dieser wird das Ziel verfolgt, die Umweltauswirkungen eines Produktes während seines gesamten Lebenszyklus möglichst gering zu halten. Dies umschließt den Abbau der Rohstoffe, die Herstellung, den Vertrieb, die Ver-

Rohstoffproduktivität (1994=100)



INTEGRIERTE PRODUKTPOLITIK

MACHT DES VERBRAUCHERS

KENNZEICHNUNGSPFLICHT ÜBER UMWELTAUSWIRKUNGEN

INTERNALISIERUNG EXTERNER UMWELTKOSTEN IN DEN PREIS

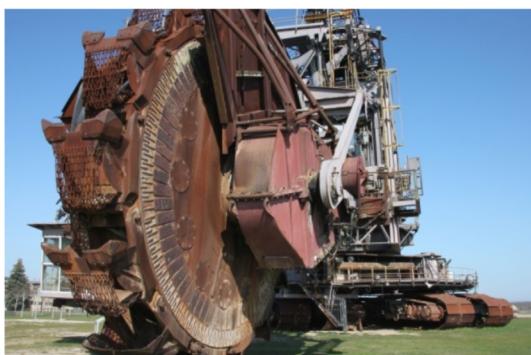
wendung und schließlich die Entsorgung.

In dem von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichten „Grünbuch zur integrierten Produktpolitik“ hat diese ihre Vorstellungen zu einer Stärkung dieses Konzeptes bereits im Jahr 2001 vorgelegt.¹ Darin werden sowohl die Anbieter als auch die Verbraucher und die Politik angesprochen. So muss die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen setzen. Dies bedeutet vor allem, dass eine Integration der externen Umweltkosten in den Produktpreis erfolgt sollte, zum Beispiel über eine ökologische Steuerreform. Dabei könnte auch die Mehrwertsteuer entsprechend der Umweltverträglichkeit der Produkte gespreizt werden. Weitere Aufgaben der Politik bestehen darin, durch Kennzeichnungspflichten dem Verbraucher eine

informierte Kaufentscheidung zu erleichtern und durch ordnungsrechtliche Grenzwertsetzungen und -anpassungen besonders umweltschädliche Produkte vom Markt zu verdrängen und Innovationen zu stärken.

Auch die Produzenten sind in der Pflicht. Sie müssen bereits beim Design ökologische Aspekte, also etwa die Reparatur- und Recyclingfähigkeit, berücksichtigen und wahrheitsgemäß Informationen über die Umweltauswirkungen ihrer Produkte bereitstellen.

Natürlich kann aber kein Anbieter überleben, wenn seine Produkte nicht nachgefragt werden. Deswegen ist es letztlich der Verbraucher, unterstützt durch vergleichbare und leicht zugängliche Informationen, der durch seine Kaufentscheidung die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit stellt.



¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Grünbuch zur integrierten Produktpolitik, Brüssel 2001

A4

SCHONENDER UMGANG MIT ERNEUERBAREN RESSOURCEN



INDIKATOR 7:

Häufigkeitsverteilung deutscher Messstellen (EUA-Messnetz) gemäß der Durchschnitte der erfassten Nitratwerte

⇒ DEFINITION

Die Belastung des Grundwassers mit Nitrat wird in vier Klassen von < 25 mg/l bis > 50 mg/l eingeteilt. Der gesetzliche Grenzwert der Trinkwasserverordnung beträgt 50 mg/l. Der Indikator erfasst die Häufigkeitsverteilung deutscher Messstellen im Messnetz der Europäischen Umweltagentur (EUA) über die vier Belastungsklassen.

Datenquellen:

Umweltbundesamt, <http://www.umweltbundesamt.de/wasser/grafik/nigeha1.pdf>;
<http://www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/grundwasser/nigehalt.htm>

⇒ ENTWICKLUNG

Ein Blick auf die Häufigkeitsverteilungen zeigt, dass in allen Zeiträumen an mehr als der Hälfte aller Messstellen Konzentrationen oberhalb des Trinkwassergrenzwertes von 50mg/l Nitrat festgestellt wurden. Auch wenn aktuell die Anzahl höher belasteter Messstellen gegenüber der Nitratbelastung vor dem ersten Aktionsprogramm (Überwachungszeitraum 1992 bis 1994) um 4,4% zurückgegangen ist, ist dies ein Hinweis auf anhaltende Grundwasserverunreinigungen im landwirtschaftlichen Einzugsbereich. Andererseits nahm die Anzahl der Messstellen, die Konzentrationen vonweni-

ger als 25 mg/l Nitrat aufweisen, kontinuierlich um insgesamt 4,9% zu. Die Entwicklung zeigt eine Verbesserung auf, liegt allerdings weit entfernt von einem befriedigenden Niveau.

⇒ ZIELSETZUNG

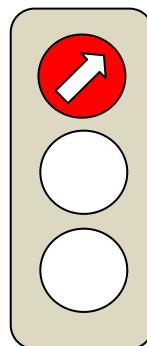
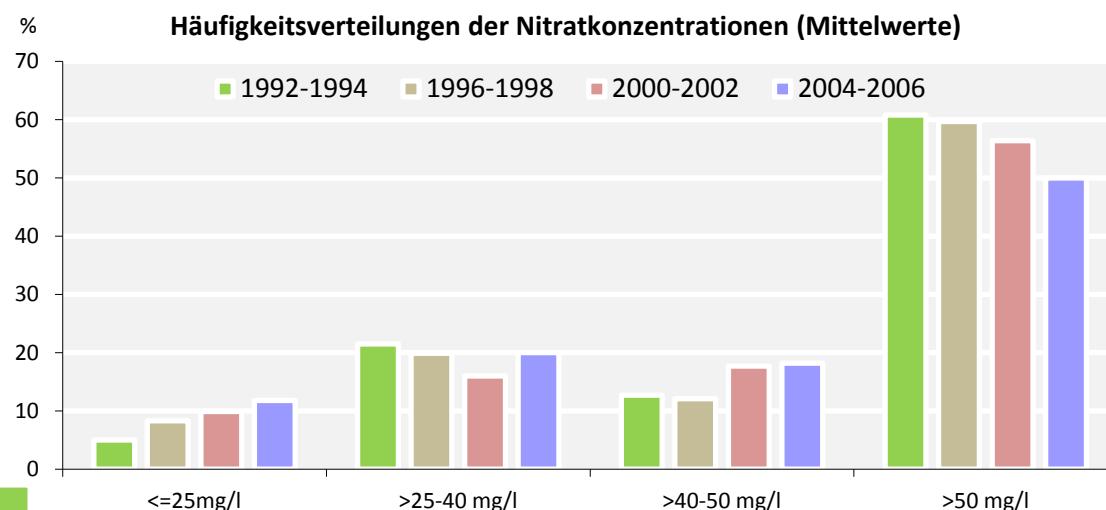
Der Indikator steht stellvertretend für Ziele der Wasserreinhaltung. Hier müssen Ziele ausdifferenziert werden:

Grundwasser; übergeordnetes Ziel: Orientierung an Trinkwasserqualität

- 50 mg NO₃ l/ (Nitrat)
- Nitrogen 1 mg / l
- 5000 P2O µg/l (Phosphor)
- Viele weitere Grenzwerte für Einzelstoffe
- Reduzierung der Stickstoffeinträge durch landwirtschaftliche Aktivitäten. Ziel: Stickstoffüberschuss maximal 80 kg/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Weitere Absenkung bis 2020.

Gewässer, zum Beispiel Flussökosysteme, Seen

- Anteil in % an einem „guten ökologischen Zustand“ gemäß Europäische Wasserrahmen- Richtlinie (EC/ 2000/60). Ziel 2015; Planungseinheiten sind Wassereinzugsgebiete – mit vier Wasserqualitätsklassen.



GERINGERER EINSATZ VON DÜNGEMITTELN

ENTSORGUNG CHEMISCHER SUBSTANZEN BESSER REGELN

SANIERUNG VON ALTLASTEN

FÖRDERUNG VON ÖKO-LANDBAU

⇒ EMPFEHLUNGEN

Zur Reduktion der Nitratbelastung im Grundwasser muss insbesondere die Landwirtschaft angesprochen werden. Aber nicht nur mit Blick auf die Verwendung von Düngemitteln ist die Landwirtschaft der Hauptadressat; durch die Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln können gravierende Belastungen durch zahlreiche und sehr unterschiedliche einzelne Wirkstoffe entstehen. Hier ist die Fortsetzung des Betriebs und in Problemgebieten der Ausbau eines umfassenden Überwachungssystems erforderlich. Der Umstieg auf standortgerechte, ökologisch orientierte Landbaumethoden würde langfristig einen erheblichen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten.

Kontaminationen des Wassers gehen jedoch nicht nur

von der landwirtschaftlichen Nutzung, sondern auch von unsachgemäßer Verwendung und vor allem Entsorgung chemischer Substanzen und von Altlasten aus. Die Klärung von Altlastenverdachtsflächen und die Sanierung der Altlasten selbst sind hier dringend erforderlich.

Durch das EU-Programm „REACH“ (Registration, Evaluation, Authorization and Restriction of Chemicals) ist ein EU-weites System zur Behandlung von Chemikalien und zur Erfassung ihrer Umweltwirkungen entstanden, das weiter ausgebaut und genutzt werden sollte.

Weitere Informationen:

<http://www.reach-info.de/>



A4

SCHONENDER UMGANG MIT ERNEUERBAREN RESSOURCEN



INDIKATOR 8:

Anteil der zertifizierten forstwirtschaftlichen Flächen an den forstwirtschaftlich genutzten Flächen insgesamt

⇒ DEFINITION

Zugrunde gelegt werden Waldflächen, die durch mindestens eine von zwei Organisationen anerkannt worden sind: „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) und „Forest Stewardship Council“ (FSC). Berechnet wird der Anteil dieser Flächen an der gesamten forstwirtschaftlichen Fläche.

Datenquellen:

PEFC: http://pefc.de/stand_zertifizierung/deutschland.phtml; <http://www.fsc-deutschland.de/infocenter/stand.htm>, FSC certified forests (Mai 2007), Seite 17; http://www.fsc.org/en/whats_new/fsc_certificates PEFC Jahresbericht 2009 und FSC Geschäftsbericht 2009

⇒ ENTWICKLUNG

Die Zertifizierung hat eine umweltfreundliche, sozialförderliche und ökonomisch sinnvolle Bewirtschaftung von Wäldern zum Ziel. Das Zertifikat garantiert, dass kein Chemieeinsatz stattfindet und Holzernte nur von qualifiziertem Personal und unter den Richtlinien der Arbeitssicherheit stattfindet. Es wird auf natürliche Artenvielfalt in der jeweiligen Region und auf artgerechten Totholzbestand geachtet. Ein solcher naturnah bewirtschafteter Wald ist auch für den Menschen ein sinnvoller Erholungsraum. 2004 waren insgesamt 69% der forstwirtschaftlichen Flächen in Deutschland zertifi-

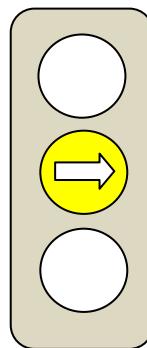
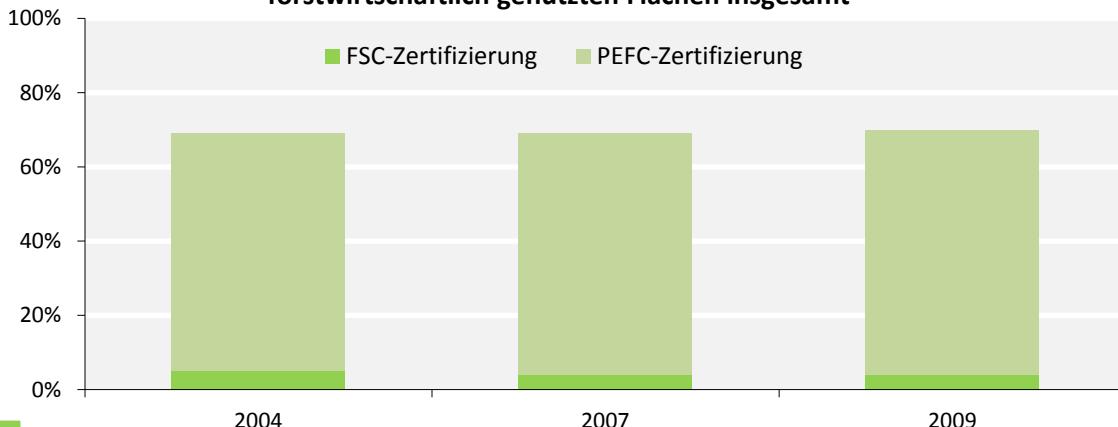
ziert, wobei 5% ein Zertifikat von FSC und 64% ein Zertifikat von PEFC bekamen. Bis 2007 hat PEFC der FSC-Zertifizierung einen Prozentpunkt „abgenommen“. PEFC ist national orientiert, während FSC international arbeitet und seiner Zertifizierung strengere Kriterien zugrunde legt. Der Anteil der zertifizierten Flächen hat in den letzten Jahren nicht mehr zugenommen.

⇒ ZIELSETZUNG

Zertifizierung aller forstwirtschaftlichen Flächen. Auch dieses Ziel steht als „Hilfsgröße“ für das Ziel eines sehr guten Zustandes von Wald-Ökosystemen, das gekennzeichnet wäre durch:

- Keine Überschreitung der Critical Loads für Versauerung von Waldböden.
- Keine Überschreitung von Critical Levels bezüglich Luftschadstoffen.
- Keine Überschreitung von Critical Levels bezüglich Ozon.
- Landschaftsqualität im Sinne des „Nachhaltigkeitsindikators für die Artenvielfalt“: 100% bis 2015.

Anteil der zertifizierten forstwirtschaftlichen Flächen an den forstwirtschaftlich genutzten Flächen insgesamt



ZERTIFIZIERUNG POLITISCH FÖRDERN

WERBEKAMPAGEN UND AUFKLÄRUNGSARBEIT

ÖKOLOGISCHEM WERT ERKLÄREN

⇒ EMPFEHLUNGEN

Maßnahmen zur Zertifizierung müssen von politischer Seite angestrebt und unterstützt werden.

Um sowohl Unternehmen als auch Konsumentinnen und Konsumenten zu motivieren, müssen Werbekampagnen und Aufklärungsarbeit über den Prozess der

Zertifizierung ins Leben gerufen und unterstützt werden. Eine Kundenbindung an zertifizierte Produkte sollte hier am schnellsten wirken. Außerdem muss der Bevölkerung auch der ökologische Wert von zertifizierten Flächen näher gebracht werden.



A5

NIEDRIGER ENERGIEEINSATZ



INDIKATOR 9: Kohlendioxid-Emissionen in t pro Einwohner und Jahr

⇒ DEFINITION

Der Verbrauch der fossilen Brennstoffe Erdöl, Erdgas, Kohle ist in CO₂-Äquivalente umzurechnen und auf die Zahl der Einwohner zu beziehen.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2007, S. 34, Tab. 2.1.1

Umweltbundesamt (April 2007), Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen 1990-2005

Destatis: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2010, S.10f.

⇒ ENTWICKLUNG

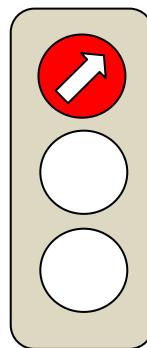
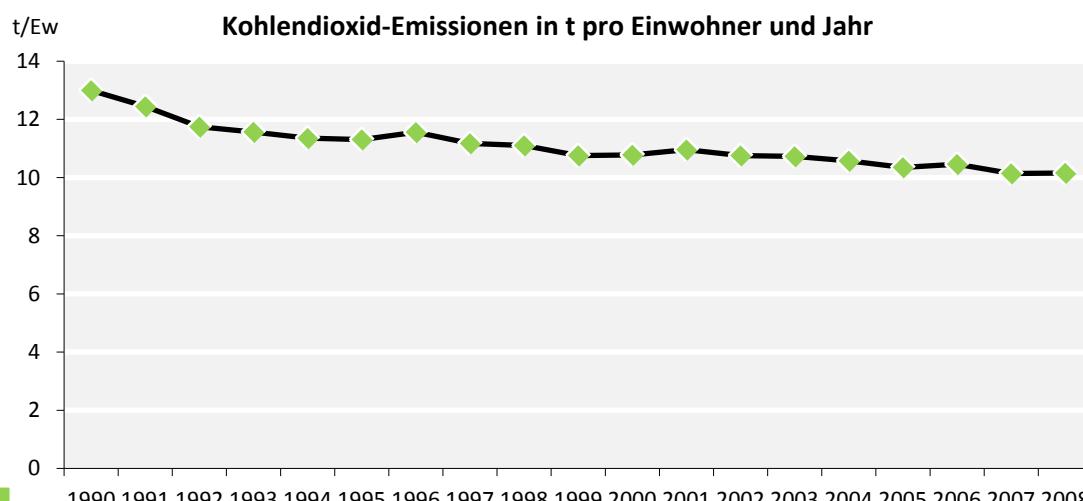
Die Kohlendioxid-Emissionen pro Einwohner betragen 1990 12,7 t und gingen dann langsam zurück, bis es im Jahr 1999 10,4 t waren. 2001 erhöhten sie sich wieder auf 10,6 t je Einwohner, seitdem verringerten sich die Emissionen langsam wieder auf 10,0 t pro Einwohner. Dabei nahm schon im Laufe der 1990er Jahre die Geschwindigkeit der Emissionsreduktion ab. Die Ursache für den Rückgang in der ersten Hälfte dieses Zeitraums war vor allem der Zusammenbruch der Wirtschaft in den neuen Bundesländern.

⇒ ZIELSETZUNG

Eine angemessene Zielsetzung ist „Gleiches Verschmutzungsrecht für alle Erdbewohner“, nach der jeder Mensch zwischen 1 und 1,5 t/a, maximal 2 t/a Kohlendioxid emittieren kann, wenn sich das Klima nicht dramatisch ändern soll: Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius. Für kältere Klimazonen ließe sich hier noch ein Aufschlag rechtfertigen, der aber das Doppelte dieses Wertes keinesfalls überschreiten sollte. Reduktionspfad: bis 2020 Reduktion der Emissionen um 40%, bis 2050 um 80 – 95%.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Zielerreichung kann nicht ohne eine durchdachte und konsequente Klimapolitik erfolgen → Indikator 10. Die Einlagerung von CO₂, das Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS, das viele als Lösung betrachten, ist aufgrund verschiedener Aspekte eher abzulehnen. Unerforschte Risiken, hohe Kosten und indirekte Förderung der Kohlekraftenergie sind kritisch zu betrachten. Zudem sind Alternativen langfristig effizienter, kostengünstiger (Energieeinsparungen, Ausbau erneuerbarer Energien) und setzen bei der Vermeidung der Entstehung von CO₂ an.



KONSEQUENTE KLIMAPOLITIK
CCS NICHT DIE LÖSUNG
ENERGIEEINSPARUNGEN
AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN



A5

NIEDRIGER ENERGIEEINSATZ



INDIKATOR 10: Primärenergieverbrauch in Petajoule

⇒ DEFINITION

Unter Primärenergie versteht man in erster Linie den rechnerisch nutzbaren Energiegehalt aller Energieträger, die in der Natur vorkommen und noch keiner Umwandlung unterworfen worden sind. Dazu gehören die fossilen Energieträger Steinkohle, Braunkohle, Erdöl und Erdgas sowie die Kernenergie. Zu ihr zählen aber auch regenerative Energiequellen wie Wasser, Wind oder Sonne.

Datenquellen:

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen Tab. 2.3 (www.ag-energiebilanzen.de)

⇒ ENTWICKLUNG

Der Primärenergieverbrauch schwankte in Deutschland – mit Ausnahme des Jahres 2009 – in der Bandbreite zwischen 14.100 und 14.800 Petajoule; eine einheitliche Tendenz lässt sich nach wie vor nicht erkennen. Es bleibt abzuwarten, ob der relativ starke Abfall von 2008 auf 2009 eine krisenbedingte Ausnahme ist. Dennoch: Der Pfeil zeigt nach oben, da seit 2006 nun eine kontinuierliche und deutliche Absenkung des Energieverbrauchs bis 2009 zu beobachten ist. 2006 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch 5,8% und stieg bis 2009 auf 8,7%. In der EU soll dieser Anteil bis 2010 auf 12% steigen. was unrea-

listisch scheint.

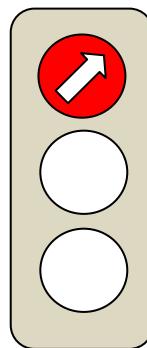
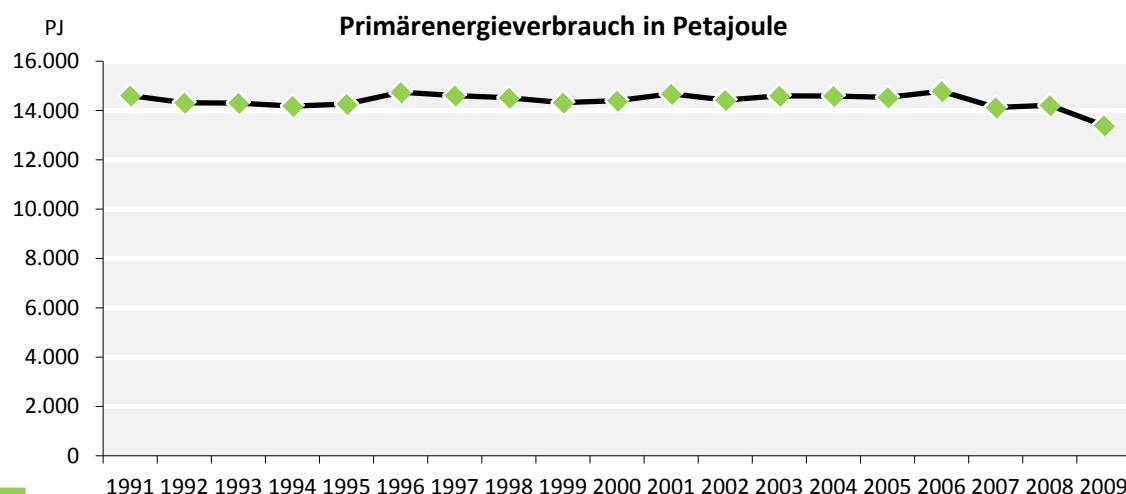
⇒ ZIELSETZUNG

Der Verbrauch nicht erneuerbarer energetischer Ressourcen ist nach den „Management-Regeln der Nachhaltigkeit“ nur zu akzeptieren, wenn in dieser Zeit eine Substitutionskapazität mit erneuerbaren Energieerzeugungstechniken aufgebaut wird, mit deren Hilfe die mit der nicht erneuerbaren Energie produzierten Güter und Dienstleistungen in der Zukunft produziert werden können. Bei erneuerbaren Energieträgern darf die Reproduktionsrate nicht überschritten werden.

Analog zu den Zielen beim Ressourcenverbrauch können auch Ziele für den Energiebereich formuliert werden: Verdoppelung der Energieproduktivität bis 2020, langfristig mindestens um den Faktor 4, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien beim Stromverbrauch bis 2050 auf 100%. Der Stromverbrauch sollte jährlich um ein Prozent verringert werden, drei Prozent aller Altbauten sollten energetisch pro Jahr saniert werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Insgesamt ist eine zukunftsorientierte Energiepolitik ebenfalls im Sinne einer Zielhierarchie zu organisieren: „Energieeinsatz vermeiden – Energie effizient einsetzen – Energie möglichst aus erneuerbaren Energieträgern gewinnen“.



KLIMASCHONENDE DEZENTRALE STROMERZEUGUNG

ZÜGIGER AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN

EMISSIONEN AUS DEM VERKEHRSBEREICH EINDÄMMEN

NUTZUNG FINANZPOLITISCHER ANREIZE

In einem breiten Konsens der beteiligten Verbände, NGOs und kirchlichen Institutionen hat die Klimaallianz die folgenden Punkte für eine Energiepolitik vorgeschlagen:

- (1) Vorrang für eine Klimaschonende, dezentrale Stromerzeugung durch
 - die Beendigung der Benachteiligung von Gaskraftwerken im Vergleich zu Kohlekraftwerken im Emissionshandel;
 - Verdreifachung des Anteils der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis erneuerbarer Energien und Erdgas bis 2020;
 - ein Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke, um den Aufbau einer klimaverträglichen Energieversorgung nicht zu behindern.
- (2) Ausstieg aus der Kernkraftnutzung durch
 - die möglichst schnelle Abschaltung der Atomkraftwerke mindestens nach der Vereinbarung zum Atomausstieg;
 - die strenge sicherheitstechnische Überwachung und eine gegebenenfalls notwendige Nachrüstung der Kernkraftwerke in der verbleibenden Restlaufzeit.
- (3) Zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien durch

- eine konsequente Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Strombereich;
 - ein Fördergesetz für die erneuerbaren Energien im Bereich Gebäudeheizung, -kühlung und Warmwasserbereitung.
- (4) Eindämmung des Emissionswachstums im Verkehr durch
 - strenge gesetzliche Verbrauchsgrenzwerte für PKW;
 - ein generelles Tempolimit auf Autobahnen (120 km/h);
 - eine stärkere staatliche Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs;
 - die effektive Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel;
 - die Einführung einer Kerosinsteuere.
 - (5) Nutzung finanzpolitischer Anreize für die Klimapolitik durch
 - die Besteuerung von Ressourcen und gleichzeitig eine sozial ausgewogene Senkung von Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit;
 - den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen;
 - die Versteigerung der Emissionsrechte.



A6

UMWELT- UND SOZIALVERTRÄGLICHE MOBILITÄT



INDIKATOR 11: Anzahl der PKW pro 1.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Erfasst wird der Bestand der Pkw, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Krafträder bleiben unberücksichtigt.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2007, S. 419, Tab. 16.6
Statistisches Jahrbuch 2010, S.427, Tab. 16.5

⇒ ENTWICKLUNG

Der Pkw-Bestand wuchs in den 1990er Jahren kontinuierlich, 1990 kamen 385 Pkw auf 1.000 Einwohner, 1999 waren es 507 Pkw. Zwischen 1991 und 1993 ist ein verstärktes Wachstum zu beobachten, was zum Teil eine Folge der Wiedervereinigung ist.

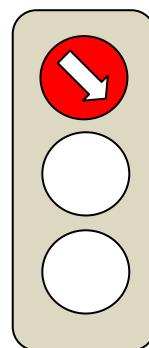
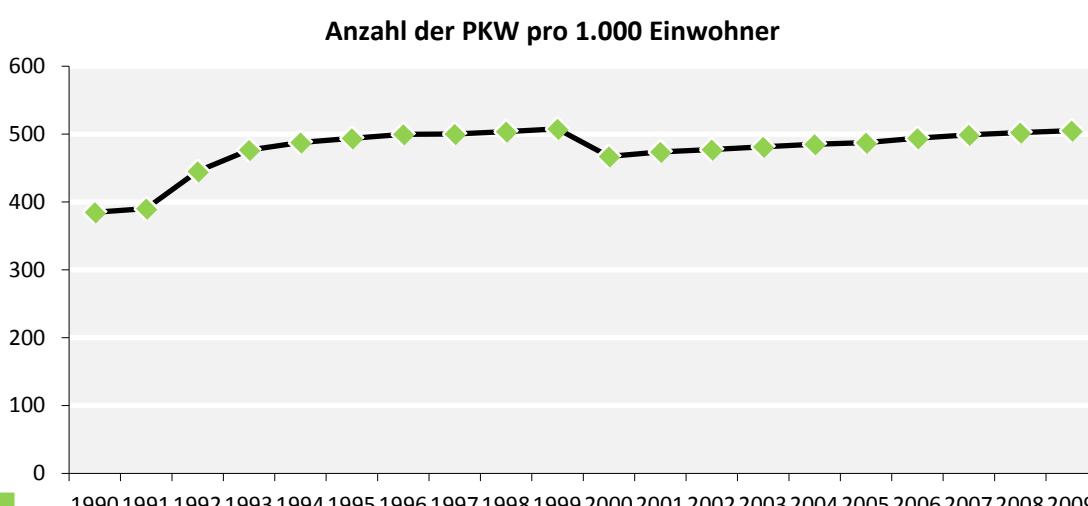
Die weltweit stattfindende Massenmotorisierung ist eine der größten Herausforderungen im Kampf gegen den Klimawandel. 20% der Treibhausgase werden durch Mobilität verursacht. Der Besitz von Pkws variiert zwischen den Ländern. In der EU27 im Jahr 2008 beispielsweise von 187 bzw. 286 (Rumänien und Slowakei) bis 538 bzw. 678 (Zypern und Luxemburg) und innerhalb der Staaten (in Deutschland von 555 im Saarland zu 319 in Berlin). Einheitlich ist allerdings, dass die Werte nirgendwo sinken; ganz im Gegenteil, vor allem die

Schwellenländer legen stark zu.

⇒ ZIELSETZUNG

Einen naturwissenschaftlich-technischen oder politisch begründeten Grenzwert gibt es zur Zahl der nach Kriterien der Nachhaltigkeit möglichen Pkw ebensowenig wie eine ethische Norm, wiederum jenseits des allgemeinen Minimierungsgebotes. Es ist allerdings völlig unbestritten, dass der Motorisierungsgrad der Bundesrepublik nicht auf die ganze Welt übertragbar ist. Der weiterhin ungebrochene Wachstumstrend in Verbindung mit der Tatsache, dass weder der Flottenverbrauch noch die Kohlendioxid-Emissionen der Pkw zukunftsfähige Richtwerte einhalten, führt zur kurzfristigen Zielsetzung einer Beendigung des Zuwachses; langfristig sollte der motorisierte Individualverkehr deutlich rückläufig sein, dazu können folgende qualitative Ziele beitragen:

- Möglichst Beendigung der unfreiwilligen Mobilität,
- Verlagerung weg von der motorisierten individuellen Mobilität hin zur Mobilität per pedes und Fahrrad oder zu öffentlichen, vorzugsweise schienengebundenen Verkehrssystemen,
- drastische Reduktion des Flugverkehrs.

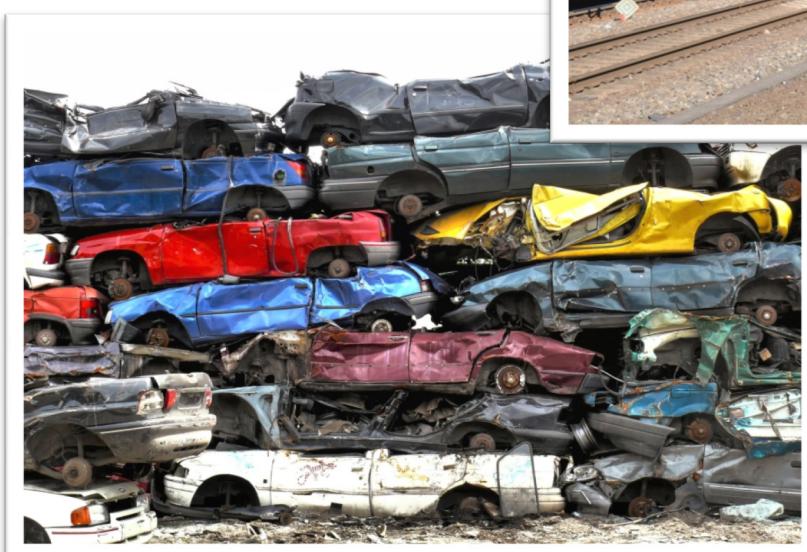


ALTERNATIVE VERKEHRSMITTEL UNTERSTÜTZEN ANREIZE ZUR BESCHRÄNKUNG DES INDIVIDUALVERKEHRS BEENDIGUNG DER PREISLICHEN BEVORTEILUNG DES FLUGVERKEHRS INTERNALISIERUNG EXTERNER EFFEKTE

⇒ EMPFEHLUNGEN

Politische Instrumente sind vielseitig und lassen sich in folgende Bereiche untergliedern: Erstens müssen alternative Verkehrsmittel unterstützt werden z.B. durch Ausbau von Schienenverkehrsnetzen oder durch höhere steuerliche Absetzbarkeit bei Nutzung des ÖPNV. Zudem müssen Anreize zur Beschränkung der individuellen motorisierten Mobilität geschaffen werden, um

eine Regulierung zu erzielen. In der Konsequenz sollten bisherige Anreize für eine Erhöhung des Pkw-Verkehrs – etwa durch steuerliche Subventionierung von Dienstwagen – beendet werden. Insbesondere die preisliche Bevorteilung des Flugverkehrs müsste durch konsequente Internalisierung der externen Effekte beseitigt werden.



A6

UMWELT- UND SOZIALVERTRÄGLICHE MOBILITÄT



INDIKATOR 12: Güterverkehrsleistung in Mrd. Tonnenkilometern und Anteil der auf Schiene und Schiff entfallenden Tonnenkilometer

⇒ DEFINITION

Der Indikator erfasst das inländische Verkehrsaufkommen, dazu gehören der Straßengüterverkehr, der gewerbliche Verkehr, der Werksverkehr und der Verkehr mit ausländischen Lkw. Außerdem zählen Transporte mit Schiff oder Eisenbahn dazu. Die Einheit „Tonnenkilometer“ steht für das mathematische Produkt aus Transportmenge und Beförderungsentfernung.

Datenquellen:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen 2007, Tab.8.1

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen 2010, Tab 8.1

⇒ ENTWICKLUNG

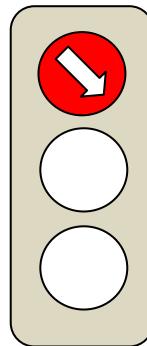
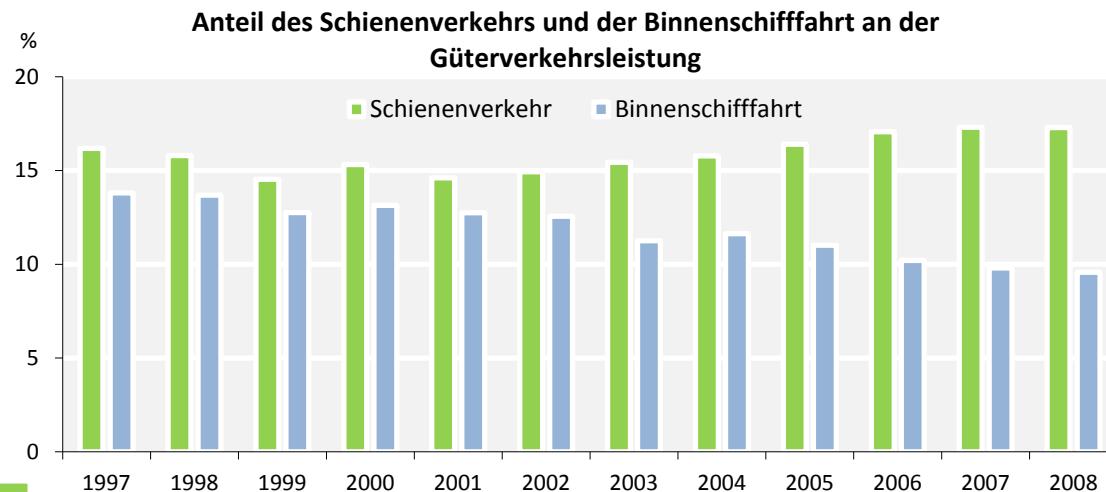
Während der Güterverkehr zwischen 1997 und 2008 insgesamt von 450,6 Mrd. tkm auf 669,4 Mrd. tkm zunahm, hat sich der Anteil der Bahn seit 2001, dem Jahr mit einem Tiefststand von 14,6%, zwar wieder erhöht, ist mit 17,3% jedoch heute nur wenig höher als 1997 (16,2%). Der Anteil der Binnenschifffahrt ist jedoch kontinuierlich von 13,8% im Jahre 1997 auf 9,6% (2008) gefallen. Der Anteil der umweltfreundlichen Transportmittel am gesamten Güterverkehr ging also deutlich zurück.

⇒ ZIELSETZUNG

Der Anteil der umweltfreundlichen Gütertransporte sollte mittelfristig mindestens die Hälfte der Gütertransporte insgesamt ausmachen. Letztlich sollte die Gütertransportintensität der Wirtschaft kurzfristig zumindest nicht weiter steigen, langfristig tendenziell wieder fallen; sehr langfristige Zielsetzung könnte eine Halbierung der Gütertransportintensität sein.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Ökologisch betrachtet ist der Güterverkehr über Wasserwege der sinnvollste. Eine Politik, die dies berücksichtigt, muss diese Transportform attraktiver gestalten. Über Flusswege erreicht man weite Teile Deutschlands bzw. Europas auf Verkehrsstraßen, die bei weitem nicht ausgelastet sind. Straßenwege dagegen sind ausgelastet und ein weiterer Ausbau führt zu Landschaftszerschneidungen, erhöhter Lärmbelastung der umliegenden Siedlungen und einem erhöhten CO₂-Ausstoß. Auch die Schienennetze sollten ausgebaut werden, sodass hier weitere Kapazitäten für Gütertransporte entstehen.



WASSERWEGE UND SCHIFFFAHRT STÄRKEN

AUSBAU VON SCHIENENNETZEN

UMSCHICHTUNG VON STRAßENVERKEHR AUF SCHIENE UND WASSER



A7

ERHALTUNG DER ÖKOSYSTEME UND ARTENVIelfALT



INDIKATOR 13: Anteil der streng geschützten Gebiete des Naturschutzes an der Gesamtfläche

⇒ DEFINITION

Streng geschützte Gebiete des Naturschutzes sind rechtsverbindlich festgelegte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Der Indikator gibt ihren Anteil an der Gesamtfläche von Deutschland wieder.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch (fortlaufend) Tab. 12.18 (Naturschutz); für 1991, 1993, 1996, 1997 und 2000 keine Daten

⇒ ENTWICKLUNG

Die Zahl der Naturschutzgebiete erhöhte sich in den 1990er Jahren deutlich: Ihr Anteil an der Gesamtfläche stieg von 1,3% im Jahr 1990 auf 2,8% (2001). In den folgenden vier Jahren ist der Anteil weiter auf 3,3% gestiegen. Trotz dieses kontinuierlichen Anstiegs vergeben wir eine rote Ampel, da seit über zwanzig Jahren aus fachlicher Sicht des Naturschutzes große Biotopverbundsysteme und eine wesentlich deutlichere Ausweitung der Naturschutzflächen für notwendig erachtet wird, um einen dauerhaften Naturschutz zu gewährleisten.

Zwar sind in der EU 24% der Flächen so genannte Schutzgebiete, allerdings sind die Gebiete, die nicht Teil von Natura 2000 oder Naturschutzgebiete sind, unter

weit weniger strengen Schutzauflagen.

⇒ ZIELSETZUNG

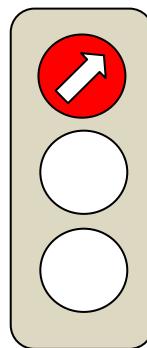
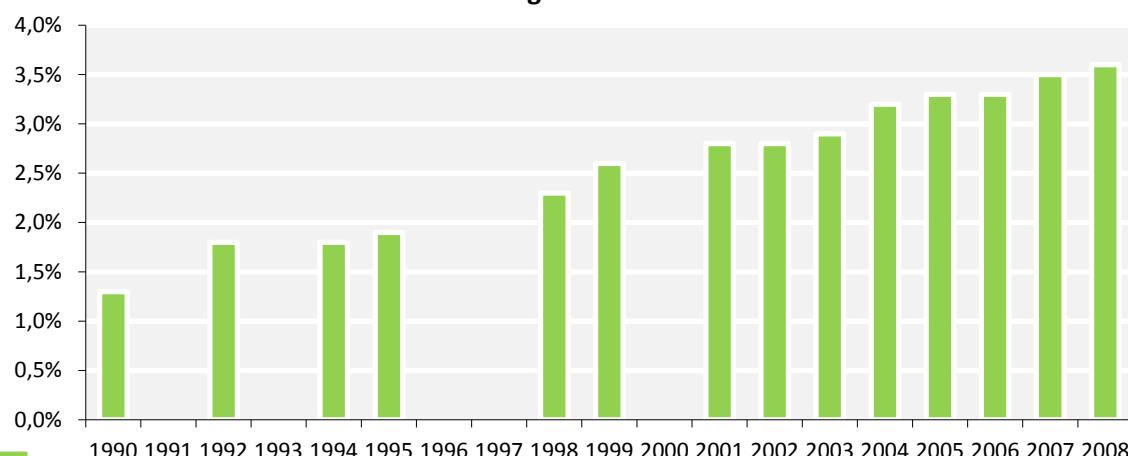
Langfristig ist anzustreben, die Gebiete, die den Schutzstatus eines „Naturschutzgebiets“ erhalten, auf ca. 12% der Fläche auszuweiten (knapp Faktor 4). Ein wichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass rund 60% der Naturschutzgebiete in Deutschland unter 50 ha groß sind, also eine Flächengröße haben, die nicht ausreichend gegen negative Einflüsse von außen gesichert werden kann. Die Flächenausweitung sollte hier großräumige Verbundsysteme schaffen.

- Erhalt ökologisch wertvoller Flächen. Bewahrung von strukturreichen, vernetzten und unzerschnittenen Lebensräumen. Bewusste Intensivierung und Extensivierung von Landnutzungen.
- Berücksichtigung von „Tabuzonen“: Errichtung, Erhalt oder Ausweitung der Flächen von strengst naturschutzrechtlich geschützten Gebieten in Deutschland (z.B. Bannwälder).

⇒ EMPFEHLUNGEN

Ziel einer nachhaltigen Naturschutzpolitik muss es also sein, zu kleine Naturschutzflächen auszuweiten. Außerdem muss bei Neuversiegelungen (→Indikator 5) stärker darauf geachtet werden, ob die Fläche an ein

Anteil der Naturschutzgebiete an der Gesamtfläche



ZERSCHNEIDUNG VERMEIDEN

KLEINE NATURSCHUTZGEBIETE AUSWEITEN

SENSIBILISIERUNG FÜR RESSOURCEN AUS EMPFINDLICHEN GEBIETEN

BERÜCKSICHTIGUNG VON TABUZONEN

Naturschutzgebiet grenzt, ein solches zerschneidet oder aber zu einem solchen ernannt werden könnte. Außerdem muss die internationale Politik – und die Konsumentinnen und Konsumenten in den Industrieländern – sehr viel stärker auf den Naturschutz in den Ländern des Südens und in ökologisch besonders sensiblen Gebieten achten. Zum Beispiel: Kein Bezug von

Ressourcen aus der Tiefsee oder ökologisch sehr empfindlichen Gebieten wie primären Regenwäldern oder der Antarktis.

Weitere Informationen:
http://www.bfn.de/0308_nsg.html



A7

ERHALTUNG DER ÖKOSYSTEME UND ARTENVIELFALT



INDIKATOR 14: Artenvielfalt und Landschaftsqualität

⇒ DEFINITION

Erfasst wird die Entwicklung der Bestände von 59 ausgewählten Vogelarten, die den Zustand der wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten und Meere sowie die Alpen). Wir übernehmen hier den Indikator zur Artenvielfalt aus dem Indikatorenbericht Nachhaltige Entwicklung in Deutschland 2010, da es in den Statistischen Jahrbüchern nach 2004 keine Daten über die Entwicklung des Anteils der Farn- und Blütenpflanzen auf den Roten Listen mehr gibt. Die zuletzt 2004 veröffentlichten Daten geben auch nur den Wert des Jahres 1996 an.

Der Index des Bundesamtes für Naturschutz ist unseres Erachtens nach seiner Erweiterung der derzeit beste verfügbare Index für Artenvielfalt. Ein Expertengremium hat für jede einzelne Vogelart Bestandszielwerte für das Jahr 2015 festgelegt, die erreicht werden könnten, wenn die gesetzlichen Vorgaben für den Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Aus dem Grad der Zielerreichung wird jährlich ein Wert für den Index berechnet.

Datenquellen:

Bundesamt für Naturschutz; E-Mail Anfrage,
Destatis: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2010, S.16f.

⇒ ENTWICKLUNG

Der Wert für die Artenvielfalt lag im Jahr 1990 deutlich unter den Schätzwerten, die für die Jahre 1970 und 1975 angenommen werden. In den folgenden 15 Jahren hat sich der Indikatorwert dagegen kaum noch verändert. 2005 lag er bei 74% des Zielwertes für 2015. Eine Zielerreichung zum vorgegebenen Zeitpunkt ist angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren ohne zusätzliche Anstrengung nicht denkbar. In einigen Lebensräumen, z.B. Küsten und Meeren, Binnengewässern, Siedlungen bewegt sich der Indikator seit Jahren signifikant vom Ziel weg. Lediglich in den Wäldern sind deutlich positive Entwicklungen zu beobachten.

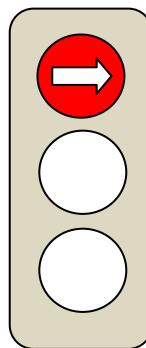
⇒ ZIELSETZUNG

Der Zielwert für den vorgegebenen Index ist der Wert 100 für das Jahr 2015. Dieser Wert steht aber „pars pro toto“ für den Schutz von Ökosystemen und vor allem für die Artenvielfalt. Daher muss die Zielbestimmung ergänzt werden:

- Beendigung des anthropogen verursachten Artenrückgangs; kein weiterer Eintrag in die „rote Liste“,
- Erhalt der Vielfalt der Ökosysteme.

Artenvielfaltsziele müssten unter Umständen nach Hauptlebensräumen weiter ausdifferenziert werden, zusätzlich Ziele für Boden als Grundlage von Ökosystemen:

Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Index 2015=100)



SORGFÄLTIGE PLANUNGEN BEI JEDEM NEUEN FLÄCHENVERBRAUCH

RENATURIERUNGSMÄßNAHMEN

AUSBAU STRENGER SCHUTZGEBIETE

- Einhaltung der Critical Loads für Säurebildner, Schwermetall- und Nährstoffeinträge,
- Erhalt von Humusschichten als nicht-erneuerbarer Ressource.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Der Gefahr des Artensterbens muss durch sorgfältige Planungen bei jedem neuen Flächenverbrauch und durch Renaturierungsmaßnahmen (→ Indikator 5) ent-

gegengegangen werden; zudem fördert ein Ausbau strenger Schutzgebiete (→ Indikator 13) den Erhalt der heimischen Tier- und Pflanzenarten.

Zusätzliche Quellen:

Rote Liste: www.iucnredlist.org

Umweltbundesamt (Critical loads):

<http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=3670>



A8

GERINGE LÄRMBELÄSTIGUNG



INDIKATOR 15: Anteil der Bevölkerung, der angibt, von Lärm stark belästigt zu werden

⇒ DEFINITION

Erfasst wird der Anteil der Bevölkerung, der – differenziert nach Lärmquellen – in einer Repräsentativumfrage angibt, von Lärm stark belästigt zu werden.

(Der Indikator musste umgestellt werden, da die Datengrundlage des bisherigen Indikators nicht mehr vorhanden ist.)

Datenquellen:

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2010): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2010, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, Berlin 2010, URL: <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/document/downloadImage.do?ident=20446>

⇒ ENTWICKLUNG

Die Befragung zeigt, dass die Lärmbelästigungen insbesondere beim Straßenverkehr als sehr störend empfunden werden. Die Tendenzen sind bei allen Lärmquellen – bis auf Industrie und Gewerbe – in den letzten Jahren in der Tendenz rückläufig. Beim Fluglärm war der Wert 2010 so niedrig wie nie zuvor, lag in den Jahren 2006 und 2008 jedoch über dem Wert von 2004. Es fällt auf, dass die Lärmelästigungen durch Nachbarn die zweitwichtigste Quelle von Störungen

darstellen.

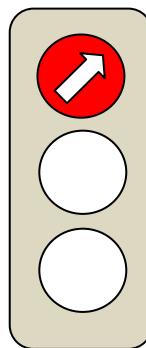
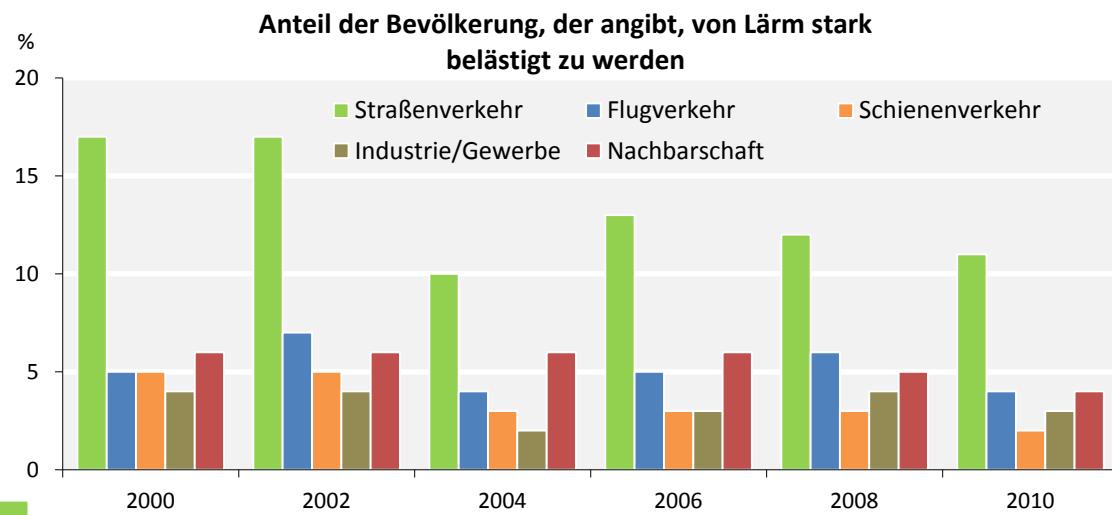
⇒ ZIELSETZUNG

Im Indikator sind – im Gegensatz zum Indikator, der bislang gewählt wurde – keine naturwissenschaftlich-medizinischen Grenzwerte (Tag- und Nacht-Bevölkerung mit einer Lärmelästigung durch Straßenverkehr über 60 dB(A) bzw. 50 dB(A)) enthalten, oberhalb derer es mit hoher Signifikanz Verschlechterungen des Gesundheitszustandes geben kann, wenn Menschen diesen Lärmpegeln über längere Zeit ausgesetzt sind. Es muss jedoch angestrebt werden, dass Menschen in einem Wohn- und Arbeitsumfeld leben, in dem sie möglichst frei von schweren Beeinträchtigungen durch Lärm sind. Daher wäre ein Zielwert für den hier gewählten Indikator jeweils bei nahe Null anzusetzen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Eine umfassende Lärmschutzpolitik muss bei den Lärm verursachenden Faktoren auf unterschiedliche Weise ansetzen. Überall dort, wo nicht – oder zu wenig – Lärm vermieden oder abgeschwächt werden kann, müssen Maßnahmen zwischen Lärmverursachung und Lärmwahrnehmung gefördert und weiterentwickelt werden.

Im Bereich der Linderung und Vermeidung sind lärm-



LÄRMVERURSACHUNG UND -WAHRNEHMUNG

LÄRMÄRMERE FAHRBAHNBELÄGE

GESCHWINDIGKEITSBEGRENZUNGEN

SCHALLISOLIERUNGEN

lärmere Fahrbahnbeläge im Flugverkehr (Start-Landebahn), im Straßenverkehr (Flüsterasphalt), der Einsatz lärmärmerer Reifen seit Jahren im Gespräch, aber noch zu wenig im Einsatz. Ein zweischichtiger offennporiger Asphalt auf einer Bundesstraße mindert den Geräuschpegel um ca. sieben Dezibel gegenüber herkömmlichem Asphalt. Auch Geschwindigkeitsbegrenzungen wirken Lärm mindernd.

Zusätzlich müssen weiter Lärmschutzwälle ausgebaut

und Schallisoliierungen an Bauwerken eingesetzt werden.

Weitere Informationen:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

(<http://www.bmu.de/laermenschutz/aktuell/1690.php>)

Umweltbundesamt

(<http://www.umweltbundesamt.de/laermprobleme/>)



A8

GERINGE LÄRMBELÄSTIGUNG



INDIKATOR 16: Ausgaben des Produzierenden Gewerbes, des Staates und der privatisierten öffentlichen Unternehmen für Lärmbekämpfung

⇒ DEFINITION

Aufgrund einer Neufassung der Statistik des Statistischen Bundesamtes sind im Unterschied zum ersten Indikatorenbericht nun auch die laufenden Ausgaben und die Investitionen der privatisierten öffentlichen Unternehmen erfasst. Die Statistik des Produzierenden Gewerbes enthält keine Angaben aus dem Bereich Baugewerbe und ab 1998 auch keine Angaben über die laufenden Ausgaben für Lärmbekämpfung im Bereich Energie- und Wasserversorgung.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch (fortlaufend): Tab 12.17 (Ausgaben und Aufwendungen für Umweltschutz)

⇒ ENTWICKLUNG

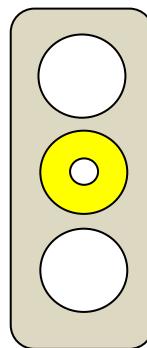
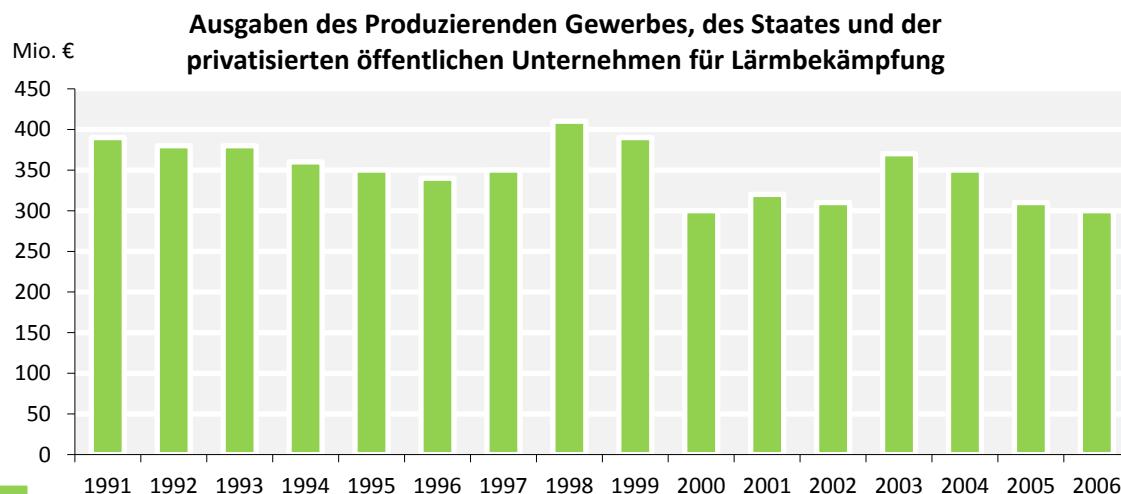
Die Ausgaben des Produzierenden Gewerbes und des Staates für Lärmbekämpfung gingen von 390 Mio. Euro im Jahr 1991 auf 340 Mio. Euro im Jahr 1996 zurück. Dann stiegen sie wieder an und betrugen 1998 400 Mio. Euro. Bis auf einen weiteren Höhepunkt 2003 gehen sie seitdem zurück und lagen 2006 bei „nur“ noch 300 Mio. Euro. Es werden ein Punkt und eine gelbe Ampel vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Zur Bestimmung der Zielwerte müsste man den Gesamtinvestitionsbedarf ermitteln, um den derzeitigen Zustand bis zu einer grünen Ampel im Indikator 15 zu verändern. Dann bräuchte man eine Kalkulation der erforderlichen laufenden Ausgaben (Ersatzinvestitionen und Ausgaben für Wartung und Pflege, um den Indikator 15 weiterhin zu erfüllen). Sodann bräuchte man eine politische Vorgabe, in wieviel Jahren man dieses Ziel erreichen will. Die Investitionen, dividiert durch Anzahl der Jahre, plus die jährlichen laufenden Ausgaben wären dann das Maß für die Zielsetzung. Eine solche Rechnung liegt nicht vor; ein sinnvolles Zeitmaß wären maximal zehn Jahre, und solange die Abschätzung des Investitionsbedarfs nicht vorliegt, eine Verdoppelung der Ausgaben im Schnitt der letzten Jahre.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Wie → Indikator 15, zusätzlich müsste in zahlreichen öffentlichen Haushalten eine Budgetierung stattfinden, durch die in den nächsten Jahren in jedem Haushaltjahr eine bestimmte Summe fest für Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen ist. Des Weiteren fehlen noch immer verlässliche statistische Daten über die faktische Lärmbelastung der Bevölkerung; hier wäre es erforderlich, zumindest für Großstädte und



FESTES BUGDET FÜR LÄRMSCHUTZMAßNAHMEN

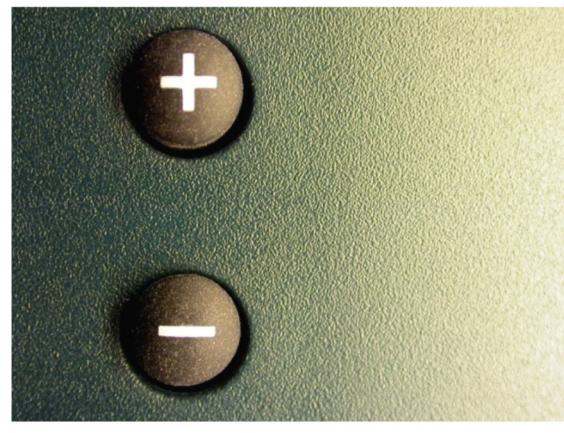
MEHR STATISTISCHE DATEN ERHEBEN

INFORMATIONSLAGE VERBESSERN

z.B. ÜBER LÄRMKATASTER, FALLSTUDIEN UND MODELLRECHNUNGEN

Ballungsgebiete Lärmkataster anzulegen, die regelmäßig fortgeschrieben werden müssten, und darüber

hinaus die Informationslage über Fallstudien und Modellrechnungen zu verbessern.



ÖKONOMIE



ÜBERSICHT DER INDIKATOREN

TEILZIEL DER NACHHALTIGKEIT	INDIKATOR
B1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit	17 Lohnstückkosten (preisbereinigt 2000=100) 18 Arbeitslosenquote nach Geschlecht
B2 Stabilitätsfördernde Außenwirtschaftsbeziehungen	19 Saldo der Außenhandels- und Kapitalverkehrsbilanz 20 Entwicklung der Terms of Trade
B3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	21 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 22 Kapazitätsauslastung nach Wirtschaftsbereichen
B4 Hohe Preisniveaustabilität	23 Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung in Prozent (2005 = 100) 24 Preisindex des nachhaltigen Warenkorbs
B5 Gesunde Struktur der Öffentlichen Haushalte	25 Öffentliche Schulden in Euro pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2000) 26 Steueraufkommen pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2005)
B6 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	27 Anzahl der EMAS-validierten Organisationen 28 Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen
B7 Umweltverträgliche Landwirtschaft	29 Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche in % der landwirtschaftlichen Nutzfläche insgesamt 30 Anteil der Öko-Betriebe an Agrarbetrieben insgesamt
B8 Veränderung von Konsumgewohnheiten	31 Marktanteile bei ökologischen Lebensmitteln und Produkten des „fairen Handels“ 32 Entwicklung von Angeboten des „ökologischen“ Tourismus

* KURSIVE SCHREIBWEISE, WENN DER INDIKATOR IM VERGLEICH ZUM LETZTEN INDIKATORENBERICHT VERÄNDERT WURDE.

B1

GLEICHMÄßIGE VERTEILUNG VON ARBEIT



INDIKATOR 17: Lohnstückkosten (preisbereinigt 2000=100)

⇒ DEFINITION

Die Lohnstückkosten geben den Anteil der Arbeitskosten an der Produktion wieder. Sie werden gemessen als Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen. Erst durch einen Bezug zum Produktionswert sind Aussagen möglich, inwieweit steigende Arbeitskosten die Wettbewerbsposition von Unternehmen tatsächlich verschlechtern, weil der Produktivitätsfortschritt eine Zunahme der Arbeitskosten zum Teil kompensiert.

Datenquellen:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen, Ausgaben 2003, 2004, 2005, 2006, 2009, 2010, 2011, Tab. 1.10, 1.9, 2.1, 5.1; eigene Berechnung

⇒ ENTWICKLUNG

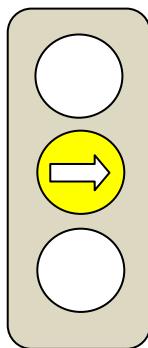
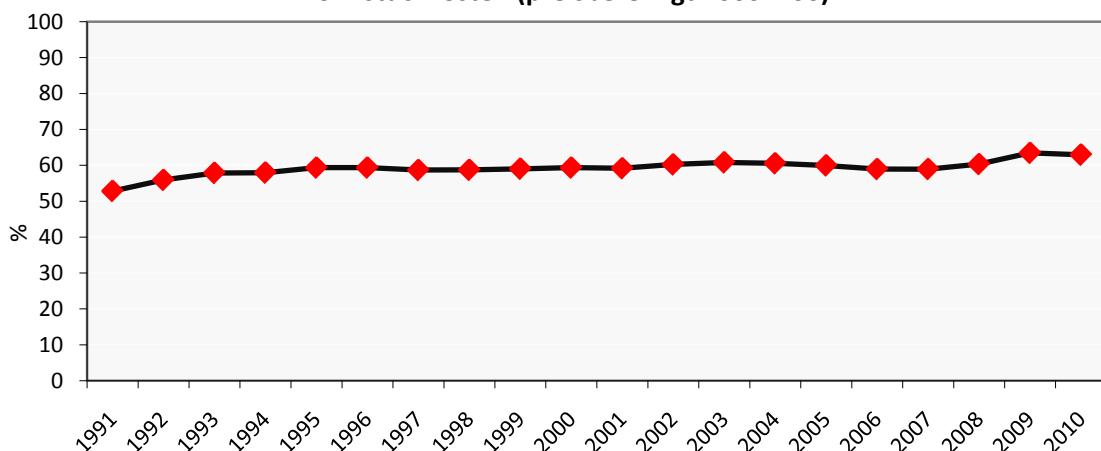
Im Jahr 1991 betrug der Anteil der Arbeitskosten je Arbeitnehmer am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen 52,8%. Bis 1993 stiegen die Lohnstückkosten auf 57,9% an. In den darauf folgenden Jahren erfolgte nur ein moderater Anstieg auf einen Wert von 60,8% im Jahr 2003. Danach kam es zunächst sogar zu einem kurzfristigen Rückgang. Erst zwischen 2008 und 2010 erfolgte ein deutlicher Anstieg der Lohnstückkosten auf einen Wert von nunmehr 62,9%. Die Lohnstückkosten sind eine der bestimmenden Größen für die internatio-

nale Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland sind die Lohnstückkosten – abgesehen von dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 bis 2010 – jedoch auf einem einigermaßen konstanten Niveau geblieben und waren vor den Krisenjahren zeitweise sogar rückläufig, wodurch sich die Wettbewerbsposition Deutschlands verbessert hat. Ab dem Jahr 2010 kam es wieder zu einem Rückgang auf 62,9%, ausgehend von dem Höchstwert von 63,5% im Jahr 2009. Die weitere langfristige Entwicklung in den nächsten Jahren gilt es abzuwarten, daher wird vorerst ein waagrechter Pfeil vergeben. Das Niveau wird im Verhältnis zu anderen Industriestaaten jedoch immer noch als hoch eingeschätzt (gelbe Ampel).

⇒ ZIELSETZUNG

Die Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland, insbesondere deren deutlicher Anstieg in den vergangenen drei Jahren – nachdem diese seit Mitte der 1990er Jahre auf einem relativ konstanten Niveau blieben – wirft die Frage auf, ob sich die deutsche Wettbewerbsposition verschlechtert hat. In Deutschland fallen die Kosten je Arbeitnehmer im Vergleich zu anderen Ländern zwar teilweise deutlich höher aus, setzt man diese allerdings in ein Verhältnis mit der Arbeitsproduktivität, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Deren kontinuierlicher Anstieg hat in den 1990er und

Lohnstückkosten (preisbereinigt 2000=100)



PRODUKTIVITÄTSFORTSCHRITT INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

LOHNERHÖHUNGEN

ÖKOLOGISCH-SOZIALE FINANZREFORM

2000er Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz steigender Kosten je Arbeitnehmer die Lohnstückkosten verhältnismäßig konstant blieben. In Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kam es zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, wohingegen die Zahl der Erwerbstätigen weitestgehend konstant blieb. In den gestiegenen Lohnstückkosten der Krisenjahre 2008, 2009 und teilweise auch 2010 spiegeln sich daher die Auswirkungen der Kurzarbeit und der daraus folgende Abbau von Überstunden wider. Mit diesem Instrument konnte jedoch die Zahl der Erwerbstätigen nahezu konstant gehalten werden. Seit dem Jahr 2010 ist die Exportnachfrage nach deutschen Gütern wieder angestiegen und die Kurzarbeit weitestgehend ausgelaufen; es ist daher damit zu rechnen, dass die Lohnstückkosten in Deutschland wieder teilweise sinken werden. Ob diese für Deutschland positive konjunkturelle Entwicklung jedoch dauerhaft anhält, darf aufgrund der weltweiten Schuldenkrise bezweifelt werden. Das Ziel bleibt jedoch weiterhin, die Lohnstückkosten auf einem konstanten Niveau zu halten.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Bei diesem Indikator stellt sich die grundlegende Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt überhaupt geeignet ist, die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung abzubilden. Dies leisten alternative Wohlfahrtsmaße, etwa der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI), besser. Ein weiterhin dauerhafter Anstieg des Bruttoinlandsproduktes, um die Lohnstückkosten bei steigenden Lohnkosten konstant zu halten, erscheint daher nicht als erstrebenswertes Ziel einer zukünftigen Wirtschaftspolitik. Eine Möglichkeit, die Lohnnebenkosten und damit auch die Lohnstückkosten langfristig konstant zu halten, könnten vielmehr die Instrumente einer ökologisch-sozialen Finanzreform bieten. Bei dieser steht die Internalisierung negativer Umweltauswirkungen im Vordergrund der Überlegungen. So könnte etwa durch die Besteuerung von CO₂-Emissionen, gewichtet nach Verursachergruppen, eine Finanzierung der Beiträge für die Sozialsysteme erfolgen. Eine langfristig gleichmäßige Verteilung der Löhne und Einkommen wird als ein weiteres erstrebenswertes Ziel angesehen, das jedoch mit diesem Indikator nicht abgebildet werden kann.



B1

GLEICHMÄßIGE VERTEILUNG VON ARBEIT



INDIKATOR 18: Arbeitslosenquote nach Geschlecht

⇒ DEFINITION

Mit der Arbeitslosenquote wird der prozentuale Anteil der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen an der Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen. Die Differenzierung nach Frauen und Männern erlaubt Aussagen über geschlechtsspezifische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Datenquellen:

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Deutschland - Zeitreihen bis 2010, Tab. 8.2. Arbeitslosenquoten in Deutschland nach Strukturmerkmalen - Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose)

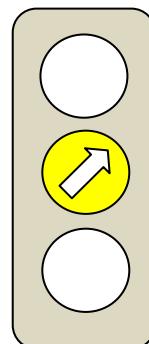
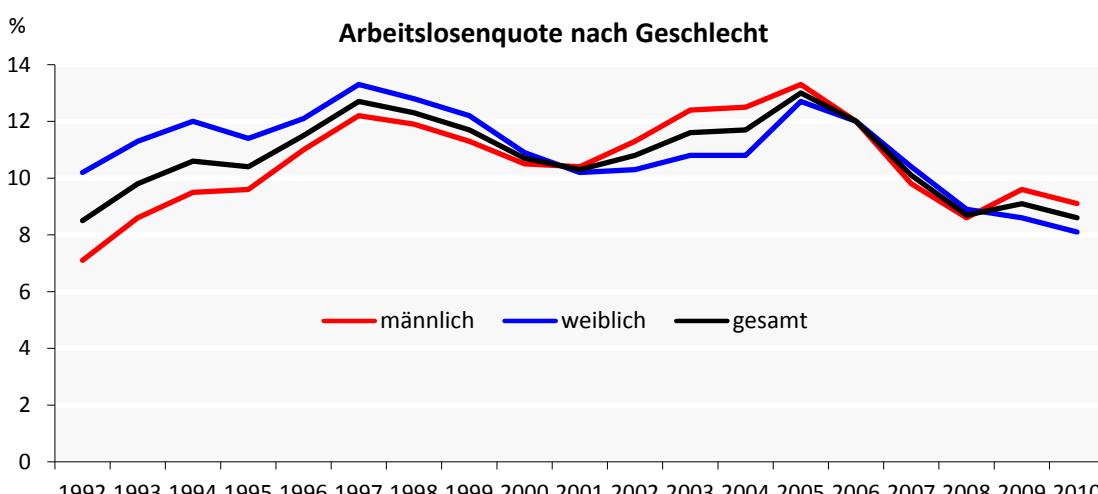
⇒ ENTWICKLUNG

Die Arbeitslosenquote stieg bis 1997 an; in diesem Jahr erreichte sie mit 12,7% den höchsten Wert in den 1990er Jahren. Bis 2001 sank die Quote jedoch kontinuierlich auf 10,3%. In den folgenden Jahren kam es jedoch erneut zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Mit 13% wurde im Jahr 2005 ein neuer Höchststand erreicht. In den Jahren nach diesem Anstieg sank die Arbeitslosenquote – ähnlich wie die Entwick-

lung gegen Ende der 1990er Jahre – wieder auf nunmehr 8,6% im Jahr 2010. Auf Grund des raschen Absinkens der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren auf einen Wert, der letztmals in der Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung erreicht wurde, aber immer noch als deutlich zu hoch erscheint, wird der Indikator mit einer gelben Ampel bewertet. Bei der Verteilung der Arbeitslosenquote nach Geschlecht waren Frauen bis zum Jahr 2000 stärker betroffen. In den Folgejahren war jedoch die Arbeitslosenquote der Männer höher und erreichte erst 2006 den gleichen Wert wie die entsprechende Quote der Frauen. In den Jahren 2009 und 2010 waren Frauen von Arbeitslosigkeit dann geringfügiger betroffen als Männer. Der Rückgang der Arbeitslosenquote in den Jahren 2006 bis 2010 wird mit einem positiven Pfeil bewertet, da die Verbesserung in den letzten Jahren sehr markant war; natürlich kann nicht vorhergesagt werden, ob dieser Abwärtstrend längerfristig anhalten wird.

⇒ ZIELSETZUNG

Das langfristige Ziel sollte ein Rückgang der gesamten Arbeitslosenquote auf einen Wert zwischen zwei und drei Prozent sein, sodass am Arbeitsmarkt nur friktionselle Arbeitslosigkeit herrscht. Damit wird der Umstand berücksichtigt, dass Arbeitssuchende auf Grund von Informationsasymmetrien nicht immerzu unmittelbar



KOMBILÖHNE STÄRKEN

REDUZIERUNG DER ARBEITSZEITEN

SABBATICALS ERLEICHTERN

GRUNDEINKOMMEN

eine neuen Arbeitsplatz finden und in dieser Zeit ihrer Suche dann arbeitslos gemeldet sind. Ein Schwerpunkt der Anstrengungen sollte vor allem in der Schaffung und Vermittlung von Stellen speziell für Arbeitssuchende mit niedriger Qualifikation liegen. Für diese Gruppe von Arbeitssuchenden gestaltet sich eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt oftmals schwierig.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Es ist notwendig, auch weiterhin Arbeitsplätze durch staatlich geförderte Kombilöhne zu schaffen – wie es bereits in vielen Regionen Deutschlands praktiziert wird –, die den Arbeitgebern als Anreiz dienen, vor allem Langzeitarbeitslose einzustellen. Durch einen staatlich geförderten Kombilohn liegt das Lohnniveau über der staatlichen Zuwendung des Arbeitslosengelds und setzt somit deutliche Anreize, eine solche Stelle anzunehmen. Als Maßnahme zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit könnte in Deutschland auch die staatliche Förderung von so genannten „sabbaticals“ in Betracht kommen. Bei diesem Modell bekommen Arbeitnehmer für die Zeit ihrer Arbeitsunterbrechung, die sie etwa für weiterqualifizierende Maßnahmen nutzen, staatliche Unterstützung. In der Zwischenzeit werden diese freigewordenen Stellen überwiegend mit Langzeitarbeitslosen besetzt, die so eine Möglichkeit bekommen, sich wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. DesWeite-

ren stellt sich die Frage, ob sich nicht eine grundsätzliche Reduzierung der Arbeitszeiten insbesondere in der formellen Ökonomie als sinnvoll erweisen würde, wenn dies mit einem stärkeren Engagement im informellen Sektor einherginge. Allerdings scheint es notwendig, dies durch ein garantiertes Grundeinkommen zu unterstützen und somit den Anreiz, sich im informellen Bereich zu betätigen, deutlich zu erhöhen, und dieses Engagement auch entsprechend zu würdigen. Die Höhe, die Dauer und der Empfängerkreis eines garantierteren Grundeinkommens müssen jedoch noch im Einzelnen diskutiert und in ein schlüssiges Gesamtkonzept gebracht werden – dass eine solche Maßnahme jedoch grundsätzlich notwendig ist, erscheint uns eindeutig der Fall zu sein.

Weitere Informationen:

www.hamburg.de/contentblob/162422/data/hamburg-er-modell-evalubericht-04-2005.pdf

www.hamburger-arbeit.de/service-center_hamburger_modell.html

Teichert, Volker (2011): „Arbeiten zwischen formeller und informeller Ökonomie. Zur (Un-) Vereinbarkeit von Arbeits- und Lebenswelt“, in: Pinter, Djordje/Schubert, Uwe (Hrsg.): Wirtschaft – Gesellschaft – Natur. Ansätze zu einem zukunftsfähigen Wirtschaften, Marburg: Metropolis-Verlag, 367-391.



B2

STABILITÄTSFÖRDERNDE AUßenwirtschaftsbe- ziehungen



INDIKATOR 19: Saldo der Außenhandels- und Kapitalverkehrsbilanz

⇒ DEFINITION

Der Indikator weist Überschüsse oder Defizite in der Außenhandels- und Kapitalbilanz aus. In der Außenhandelsbilanz stehen sich die Ein- und Ausfuhren eines Landes gegenüber; in der Kapitalverkehrsbilanz werden Kapitalexporte und -importe erfasst.

Datenquellen:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2009, 2010, 2011, Tab.4.6

⇒ ENTWICKLUNG

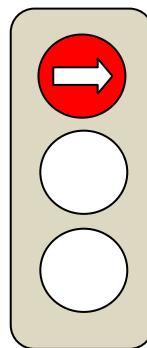
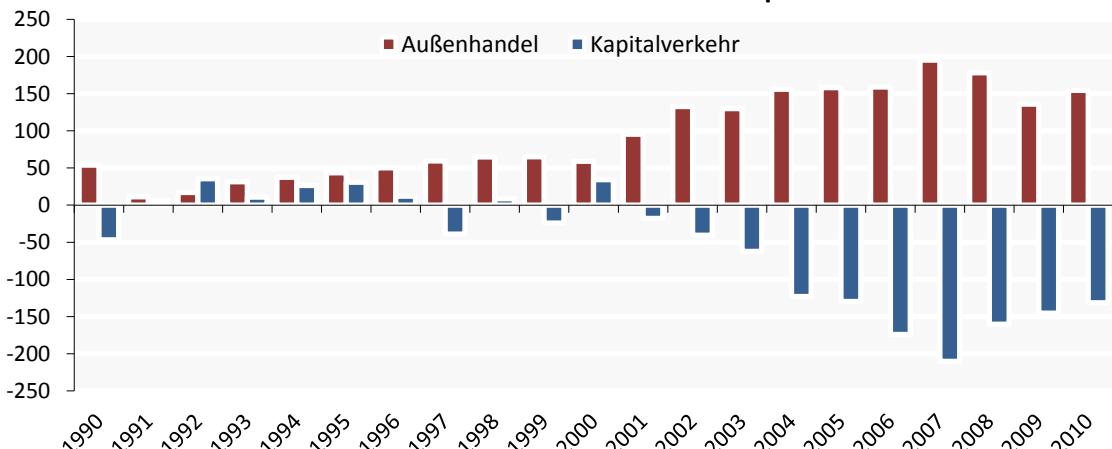
Der Außenhandelsbilanzüberschuss lag im Jahr 1990 bei 53,9 Mrd. Euro, fiel dann auf 11,2 Mrd. Euro im Jahr 1991 und steigerte sich bis 2007 fast kontinuierlich auf 195,3 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2009 sank der Wert – in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise – allerdings wieder auf rund 135,9 Mrd. Euro; 2010 kam es mit einem Außenhandelsüberschuss von 154,5 Mrd. Euro erneut zu einem Anstieg. Die Kapitalverkehrsbilanz schwankte hingegen von 1990 bis 2000 zwischen Werten von -46,7 und +34,2 Mrd. Euro und erreichte schließlich 2007 einen Stand von -210,2 Mrd. Euro. Danach stieg der Wert – ebenfalls als Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise – bis auf 131,4 Mrd. Euro im Jahr 2010. Nach Maßgabe des

Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von 1967, das eine ausgeglichene Außenbilanz fordert, ist die Entwicklung der letzten drei Jahre als Annäherung zu werten (waagrechter Pfeil). Jedoch ist der weiterhin enorme Kapitalabfluss und die hohe Differenz zwischen den Größen als negativ zu betrachten. Deshalb wurde hier eine rote Ampel vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Aufgrund der im Vergleich zu anderen Ländern deutlich positiven Außenhandelsbilanz – es werden also wertmäßig mehr Waren exportiert als aus dem Ausland importiert – wird Deutschland oftmals als „Exportweltmeister“ bezeichnet. Die Vorteile eines solchen Überschusses liegen zunächst auf der Hand: hohe Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft und als Folge davon eine Steigerung der heimischen Produktionskapazitäten, meist verbunden mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. In gleichem Maße ist aber die inländische Wirtschaft von den Exporten und damit auch von der konjunkturellen Lage der jeweiligen Handelspartner abhängig. Dies zeigt sich insbesondere in den starken Einbrüchen des Exportüberschusses Deutschlands in den Jahren 2008 und 2009. Ein Außenhandelsüberschuss ist zudem auch immer mit einem positiven Nettokapitalexport verbunden, also einem

Mrd. € **Überschüsse bzw. Defizite der Außenhandels- und Kapitalverkehrsbilanz**



REGIONALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

GRÜNES WACHSTUM

Anstieg der Forderungen an das Ausland. Hier zeigt sich zugleich die Kehrseite der Exportweltmeisterschaft Deutschlands, die zulasten anderer Länder geht. Dieses Ungleichgewicht kann teilweise mit Hilfe von flexiblen Wechselkursen ausgeglichen werden. Schwierig wird es hingegen innerhalb der Eurozone, wo dieses geldpolitische Instrument seit der Einführung einer gemeinsamen Währung nicht mehr zur Verfügung steht. Den deutschen Überschüssen im Export stehen also in anderen Ländern Importüberschüsse gegenüber. Dies führt dort zu einer wachsenden Verschuldung. Das langfristige Ziel in Deutschland sollte daher eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz sein.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Für das Ziel einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz ist eine stärkere gemeinsame Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, insbesondere der Euroländer, notwendig. Dazu zählen etwa eine Vereinheitlichung des Rentenalters sowie die Anpas-

sung der Höhe von Sozialbeiträgen. Eine Währungsunion ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, langfristig betrachtet, der Gefahr ausgesetzt zu scheitern. Eine weitere Maßnahme wäre eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft, um Abhängigkeiten von der konjunkturellen Lage auf den Weltmärkten zu reduzieren. Dies würde für Deutschland zwar einen Rückgang der Exportleistungen bedeuten, in den Ländern mit bisher hohen Importüberschüssen jedoch zu einem Ausbau von entsprechenden Wirtschaftsstrukturen führen. Diese Umgestaltung sollte jedoch im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung insbesondere durch Förderung von „grünem Wachstum“ erfolgen. Langfristig wäre eine solche Entwicklung für Deutschland sicherlich sinnvoller, als durch die ungleiche Verteilung der Wirtschaftsleistungen innerhalb der Eurozone viele Milliarden Euro zur Stabilisierung von verschuldeten Ländern – mit unklaren Aussichten auf Erfolg – bereitstellen zu müssen.



B2

STABILITÄTSFÖRDERNDE AUßenwirtschafts- BEZIEHUNGEN



INDIKATOR 20: Entwicklung der Terms of Trade

⇒ DEFINITION

Die Terms of Trade werden bestimmt, indem die Werte des Ausfuhrpreisindex durch die Werte des Einfuhrpreisindex dividiert werden. Nehmen die Terms of Trade ab, muss ein Land für die gleiche Menge Importgüter mehr exportieren (Verschlechterung der Terms of Trade). Nehmen die Terms of Trade zu, kann ein Land bei gleicher Menge der Exportgüter mehr importieren (Verbesserung der Terms of Trade).

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2010, Tab. 20.11 und 20.12

⇒ ENTWICKLUNG

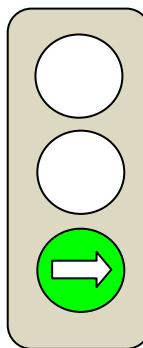
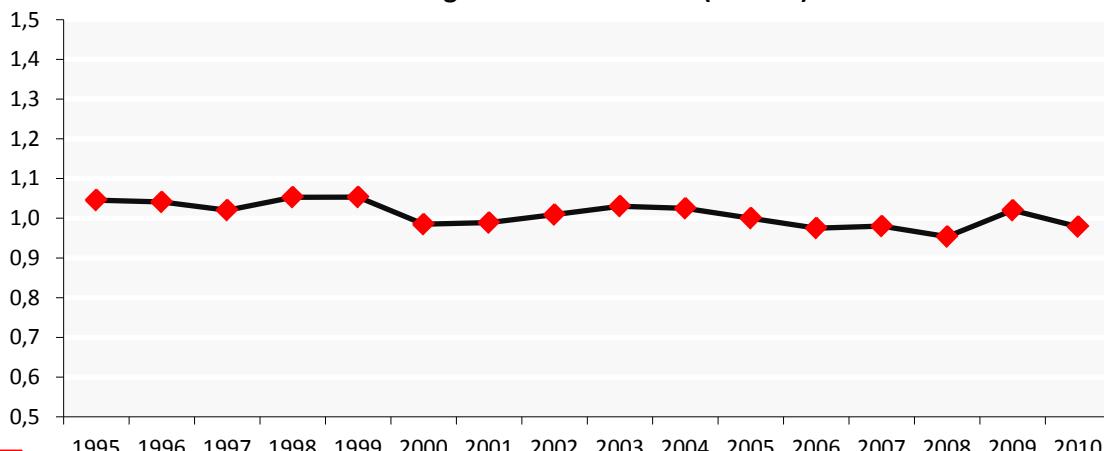
Zwischen 1995 und 2009 variierten die Terms of Trade nur leicht um den Wert 1, mit einer leichten Tendenz in den letzten Jahren zu einem Wert unter 1. Der Wert erreichte 1999 mit 1,05 seinen höchsten Stand und sank in den Folgejahren bis 2008 auf seinen niedrigsten Wert von 0,95. Im Jahr 2009 nahmen die Terms of Trade einen Wert von 1,02 an und stiegen somit im Vergleich zum Vorjahr deutlich, bevor es im Jahr 2010 mit 0,98 wieder zu einem Rückgang kam. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich in Deutschland die Export- und Importpreise sehr gleichmäßig entwickelt haben, was seinen Ausdruck in den kaum

schwankenden Terms of Trade findet. Aufgrund der langfristigen Stabilität wird eine grüne Ampel vergeben, der Pfeil bleibt auch weiterhin waagrecht. Dies entspricht der letzten Bewertung.

⇒ ZIELSETZUNG

Die Terms of Trade auf Güterbasis in Deutschland bewegen sich seit Jahren um den Wert 1 – das Verhältnis von Export- und Importpreisen hat sich sehr gleichmäßig entwickelt. In den Jahren vor der Wirtschaftskrise lagen die Terms of Trade unter einem Wert von 1. Eine Verschlechterung der Terms of Trade war in den vergangenen Jahren oftmals steigenden Rohstoffpreisen – insbesondere den stark gestiegenen Öl- und Gaspreisen – geschuldet. Die Verbesserung der Terms of Trade auf einem Wert von über 1 im Jahr 2009 – für eine Einheit an Importgütern musste Deutschland dann weniger exportieren – sind aufgrund des weltweiten zaghafte beginnenden Konjunkturaufschwungs nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Anstieg der Nachfrage nach deutschen Exportwaren zuzuschreiben. Langfristig wäre aber ein erneuter Rückgang der Terms of Trade auf einen Wert knapp unter 1 nicht sonderlich dramatisch.

Entwicklung der Terms of Trade (2005=1)



ROHSTOFFABHÄNGIG VERMINDERN ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

FAIRTRADE STÄRKEN

⇒ EMPFEHLUNGEN

In diesem Indikator spiegelt sich in besonderem Maße die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten von den Weltmärkten wider. Dauerhaft ist diese Abhängigkeit nur mit einem deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie einer Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz entgegenzuwirken. Eine Beschleunigung dieser Entwicklung sollte mit staatlichen finanziellen Anreizen unterstützt werden. Ein deutlicher Kritikpunkt an dem Indikator im Hinblick einer nachhaltigen Entwicklung ist die Tatsache, dass

mit den Terms of Trade keine Bewertung der Gerechtigkeit der Austauschverhältnisse erfolgen kann. So spielt etwa die Berücksichtigung von Fairtrade keinerlei Rolle, und auch die immer noch praktizierte Abschottung des europäischen Agrarmarktes gegenüber Importen aus den Ländern des Südens wird mit diesem Indikator nicht berücksichtigt. An dieser Stelle wird daher auf Indikator 48 verwiesen. Dort werden in den Empfehlungen die Möglichkeiten eines „gerechteren Handels“ näher erläutert.



B3

AUSGEGLICHENE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR



INDIKATOR 21: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

⇒ DEFINITION

Erwerbstätige sind Arbeitnehmer, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Es wird zwischen drei Sektoren unterschieden: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor); produzierendes Gewerbe, bestehend aus Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung und Baugewerbe (sekundärer Sektor); Dienstleistungsbereich bestehend aus Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, öffentliche und private Dienstleister (tertiärer Sektor). Zugrunde gelegt wird das Inlandskonzept in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Datenquellen:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen, Ausgaben 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2009, 2010, 2011, Tab. 1.10, 1.9

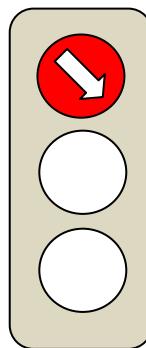
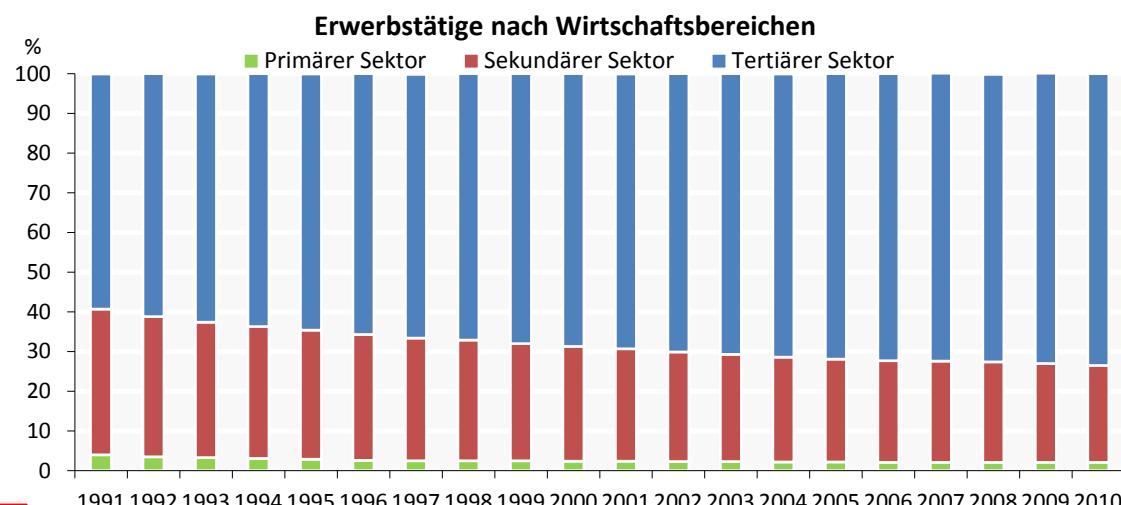
⇒ ENTWICKLUNG

Die Erwerbstätigengruppe hat sich vom primären und sekundären Sektor hin zum tertiären Sektor verlagert. Der Anteil des primären Sektors fiel im Zeitraum zwischen 1991 und 2010 von 4,0% auf 2,1%, im sekundären Sektor nahm der Anteil von 36,7% auf 24,4% ab. Der Anteil des tertiären Sektors stieg dagegen in die-

sem Zeitraum von 59,2% auf 73,5% an. Der Indikator weist auf einen starken Strukturwandel hin, der zu einem immer unausgewogeneren Verhältnis zwischen den Sektoren führt. Da auf diese Weise die Krisenanfälligkeit der Ökonomie zunimmt, wird hier eine rote Ampel vergeben. Diese Entwicklung hat auch in den letzten Jahren angehalten, weshalb ein Pfeil nach unten den kurzfristigen Trend wiedergibt. Die Bewertung hat sich damit im Vergleich zu den früheren Ausgaben der Studie nicht verändert.

⇒ ZIELSETZUNG

In den vergangenen Jahren ist im primären und sekundären Sektor die Zahl der Beschäftigten weiter gesunken, wohingegen der tertiäre Sektor – ungeachtet der Finanz- und Wirtschaftskrise – weiter zulegen konnte. Es ist jedoch für eine nachhaltige Entwicklung wichtig, dass der tertiäre Sektor nicht auf Kosten der beiden anderen Sektoren wächst. Auch wenn es in den letzten Jahren einen Stärkung des Dienstleistungssektor gegeben hat, sollte der Anteil der Erwerbstätigen des primären und sekundären Sektors nicht weiter zurückgehen, sondern vielmehr wieder gestärkt werden. Als Ziel einer nachhaltigen Entwicklung kann die Erhaltung einer funktionsfähigen kompletten Wirtschaftsstruktur mit entsprechenden Branchen im primären, sekundären und tertiären Sektor angesehen werden, um einer



RESSOURCENVERBRAUCH ENTKOPPELN

REGIONALE LANDWIRTSCHAFT

QUALITATIVES WACHSTUM

ÖKOLOGISIERUNG DER PRODUKTE

Krisenanfälligkeit der Ökonomie entgegenzuwirken. Zudem sollten die Sektoren jeder für sich langfristig in Bezug auf ihre Güter und Dienstleistungen nachhaltig ausgerichtet werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die angestrebten Ziele sind nur erreichbar, wenn der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastungen vom Wachstum entkoppelt werden. Im primären Sektor bestehen vor allem durch den Ausbau einer ökologischen, aber auch stärker regional ausgerichteten Landwirtschaft große Potenziale einer Wiederbelebung und zur Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten. Im sekundären Sektor kann durch so genanntes „grünes Wachstum“ eine Erhöhung der Zahl von Beschäftigten in entsprechenden Wirtschaftsbereichen bewirkt werden, die in anderen Industriezweigen durch die Abwanderung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer verschwunden sind. Mit „grünem Wachstum“ geht eine Ökologisierung der Produktion und Produkte und somit ein deutlich geringerer Ressourcen- und Energieverbrauch einher. Darunter fällt auch eine stärker als bis-

her ausgeprägte Kreislaufwirtschaft, indem Produkte und Rohstoffe nach ihrer Gebrauchsphase zurückgenommen, in ihre Einzelbestandteile zerlegt und die enthaltenen Produktteile und Rohstoffe wieder- oder weiterverwendet werden. „Grünes Wachstum“ erfordert außerdem eine Internalisierung aller externen Kosten, die bei der Produktion entstehen. So müssen sich etwa die Kosten der produktionsbedingten CO₂-Emissionen auch in den Produktpreisen beim Käufer widerspiegeln. In Deutschland sollte mit einer solchen Umorientierung auf „grünes Wachstum“ schnellstmöglich begonnen werden. Als Beispiel für aufstrebende Länder wie Indien, China und Brasilien kann demonstriert werden, dass die Umgestaltung einer Industriegesellschaft von einer reinen quantitativen Wachstumsorientierung hin zu einem qualitativen, grünen Wachstum verbunden mit Ressourcen- und Energieeffizienz durchaus möglich und im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung ebenso sinnvoll ist – auch wenn dies kurzfristig mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus einhergehen kann.



B3

AUSGEGLICHENE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR



INDIKATOR 22: Kapazitätsauslastung nach Wirtschaftsbereichen

⇒ DEFINITION

Dargestellt wird die jeweilige Auslastung der Produktionskapazitäten verschiedener Wirtschaftsbereiche in Prozent der Vollauslastung.

Datenquellen:

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Zeitreihen für Deutschland, Industriekennzahlen, ZR061 Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe,
www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/zeitreihen/ZR061.xls

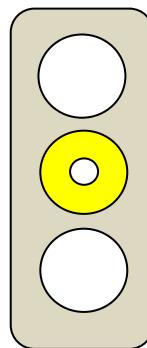
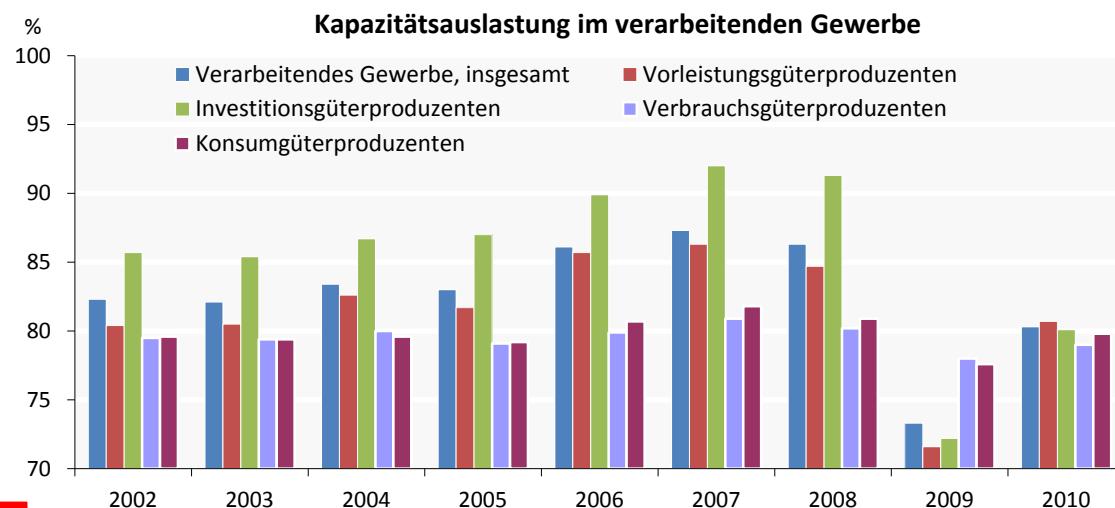
⇒ ENTWICKLUNG

Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe wies in den einzelnen Bereichen deutliche Unterschiede in der Auslastungsquote auf. Insbesondere bei den Investitionsgüterproduzenten war dieser Wert bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise hoch. Kurz vor der Krise konnten die Investitionsgüterproduzenten eine Kapazitätsauslastung von 92% verzeichnen. Die Auslastung der Vorleistungsgüterproduzenten und des verarbeitenden Gewerbes insgesamt lag bei 86,3 bzw. 87,3%. Bei den Konsumgüterproduzenten betrug der Wert 81,8% und bei den Verbrauchsgüterproduzenten 80,9%. Im Jahr 2008 sank die Auslastung geringfügig – wohingegen es im Jahr 2009 zu einem deutlichen Ein-

bruch kam. Bereits ab 2010 zeichnete sich jedoch eine leichte Erholung bei der Kapazitätsauslastung ab. Die Kapazitätsauslastung korreliert somit stark mit dem Konjunkturverlauf. Da die Auslastung in allen Bereichen stark eingebrochen ist und sich in den letzten Jahren eine Differenz zwischen den verschiedenen Branchen herausbildete, sich die Auslastung 2010 jedoch wieder etwas erholte, wird eine gelbe Ampel vergeben. Für den Trend wird ein Punkt vergeben, da auf Grund der Finanzkrise starke Schwankungen vorlagen. Bei der letzten Bewertung wurde ein waagerechter Pfeil vergeben, da die Kapazitätsauslastung relativ gleichbleibend war.

⇒ ZIELSETZUNG

In Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 sank die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe. Betroffen waren davon insbesondere Vorleistung- und Investitionsgüterproduzenten. Hier zeigte sich eine starke Konjunkturabhängigkeit dieser vor allem auf den Export ausgerichteten Branchen. Die Nachfrage nach Konsum- und Verbrauchsgütern blieb dagegen in den Jahren 2009 und 2010 nahezu unverändert. Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist ein langfristiger Anstieg der Kapazitätsauslastung auf ein Niveau von rund 90 Prozent in allen Wirtschaftsbereichen.



MÖGLICHST HOHE AUSLASTUNG

ÜBERKAPAZITÄTEN VERMEIDEN

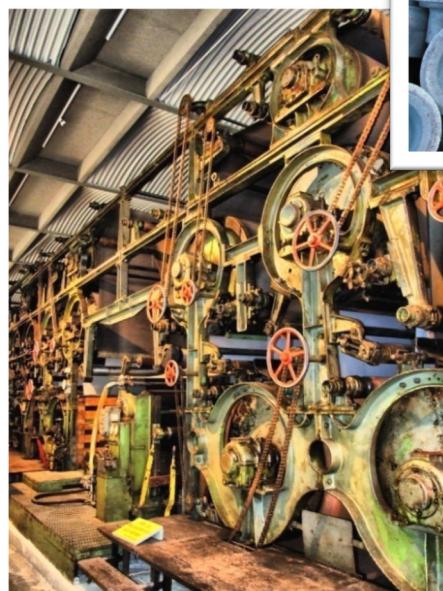
ANTIZYKLISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

GRÜNES WACHSTUM

⇒ EMPFEHLUNGEN

Durch eine höhere Kapazitätsauslastung und Nutzung bestehender Strukturen wird zugleich eine Überinvestition in neue Kapazitäten vermieden. Allerdings sollte diese Erhöhung der Auslastung mit einer Ökologisierung der Produktionsprozesse und Produkte einhergehen; wie dies bereits bei den anderen Indikatoren aus dem Bereich Ökonomie unter dem Stichwort „grünes

Wachstum“ gefordert wird. Des Weiteren ist eine konsequente antizyklische Wirtschaftspolitik notwendig, um einem so genannten „Schweinezyklus“ auf der Angebotsseite entgegenzuwirken und die Nachfrage auf einem annähernd konstanten Niveau zu halten. Dies führt langfristig dazu, die Kapazitätsauslastungen in den einzelnen Branchen auf einem annähernd gleichen Niveau zu halten.



B4

HOHE PREISNIVEAUSTABILITÄT



INDIKATOR 23: Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung in Prozent (2005 = 100)

⇒ DEFINITION

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wird aus den Preisveränderungen von rund 750 Waren und Dienstleistungen errechnet. Der Index bezieht sich auf einen statistischen Durchschnittshaushalt, das heißt, er ist nicht unmittelbar auf die Situation des eigenen privaten Haushalts übertragbar. Abweichend von Indizes für die Lebenshaltung von Vier-Personen und Zwei-Personen-Haushalten steht dieser Preisindex nicht für eine einzelne Gruppe, sondern für einen Bevölkerungsquerschnitt.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2010, Tab. 20.10

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anstieg der Verbraucherpreise lag in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre im Schnitt bei jährlich unter 2%. Erst kurz vor und während der Finanz- und Wirtschaftskrise lagen die Werte 2007 und 2008 bei 2,3% bzw. 2,6%. Als Folge der Krisenjahre stieg der Preisindex für die Lebenshaltung 2009 nur um 0,4% – legte aber bereits 2010 wieder auf 1,2% zu. Insbesondere der starke Preisanstieg von Benzin, Diesel und Heizöl führte 2007 und 2008 zu dem starken Zuwachs bei den Verbraucherpreisen – wie auch im Jahr 2010, als die

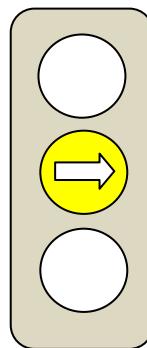
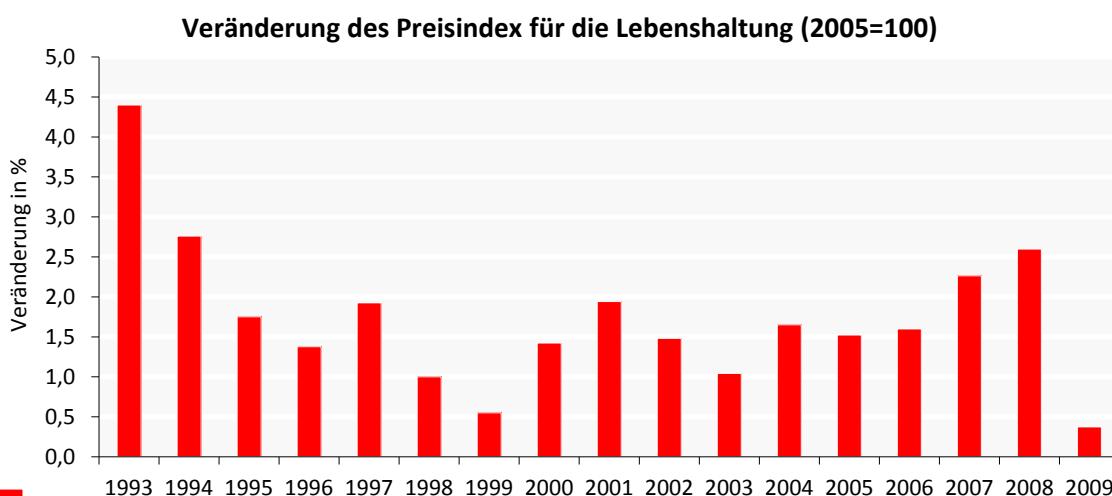
Rohölpreise auf den Weltmärkten wieder deutlich zulegten und zu neuen Höchstständen führten. Ebenfalls angestiegen sind die Preise für Strom und Gas, wobei die Preisänderungen dort etwas geringer ausfielen.¹ Diese moderate Inflationsrate wurde von Ökonomen als günstig beurteilt, weil sie deflationäre Tendenzen vorbaute und eigentlich mit Preisniveaustabilität gleichzusetzen war, wenn man Qualitätssteigerungen bei Gütern berücksichtigte. Jedoch lässt sich aus der Entwicklung des Indikators vor allem in den letzten Jahren keine eindeutige Entwicklung ablesen, sodass dieser insgesamt nur mit einer gelben Ampel bewertet wird. Der waagrechte Pfeil ergibt sich, da die Inflationsraten bis 2009 stabil bei Werten unter 3% lagen und die Situation sich kaum verändert hat. Im Jahr 2009 sank die Inflationsrate mit einem Wert von 0,4% im Vergleich zum Vorjahr mit 2,6% wieder stark ab.

⇒ ZIELSETZUNG

Das Ziel ist langfristig eine moderate Inflationsrate, sodass eine weitgehende Preisniveaustabilität erreicht wird, ohne in die Gefahr einer Deflation zu laufen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die steigenden Preise auf dem Energiemarkt tragen zu einem nicht unerheblichen Teil zu den Steigerungen der Verbraucherpreise bei. Auf Dauer kann diesem



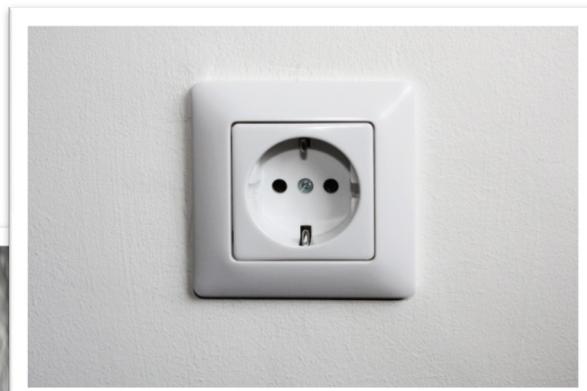
VERRINGERUNG VON ROHSTOFFIMPORTEN

ENERGETISCHE SANIERUNG

PREISNIVEAUSTABILITÄT

Anstieg nur mit einer Verringerung der Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten entgegen gewirkt werden. Dazu ist jedoch ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien einhergehend mit einer Steigerung der Energieeffizienz notwendig. Um Anreize für Unternehmen, aber auch für private Haushalte zu setzen, diesen Weg zu beschreiten, ist zum einen eine weitere gezielte staatliche Förderung von entsprechenden Maßnahmen – etwa Programme zur energetischen Sanierung von Gebäuden – notwendig. Zum an-

deren sollten durch die Internalisierung von externen Kosten, die etwa der Klimawandel in Folge von CO₂-Emissionen verursacht, die Produktpreise auch die tatsächlichen Kosten wiedergeben. Mittelfristig könnte dieser Prozess mit einem vorübergehend stärkeren Anstieg der Verbraucherpreise einhergehen. Langfristig können dadurch jedoch die Weichen gestellt werden, das Preisniveau stabil zu halten und eine nachhaltige Entwicklung der Ökonomie zu fördern.



¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.) (2011): Preismonitor des Statistischen Bundesamtes, www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/Preismonitor/Uebersicht/Preismonitor;templateId=renderPrint.psml

B4

HOHE PREISNIVEAUSTABILITÄT



INDIKATOR 24: Preisindex des nachhaltigen Warenkorbs

⇒ DEFINITION

Gemessen wird das Verhältnis eines Preisindex, der auf der Basis eines „nachhaltigen Warenkorbs“ berechnet wird, zum Preisindex der Lebenshaltung allgemein.

⇒ ERLÄUTERUNG

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 2003 ein Projekt durchgeführt, das Kriterien und Empfehlungen zum Konsum nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit systematisch zusammengestellt hat; in den vergangenen Jahren wurden diese Empfehlungen immer weiter ausgebaut und aktualisiert. Näheres findet sich unter:

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltiger-warenkorb/>

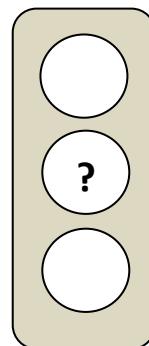
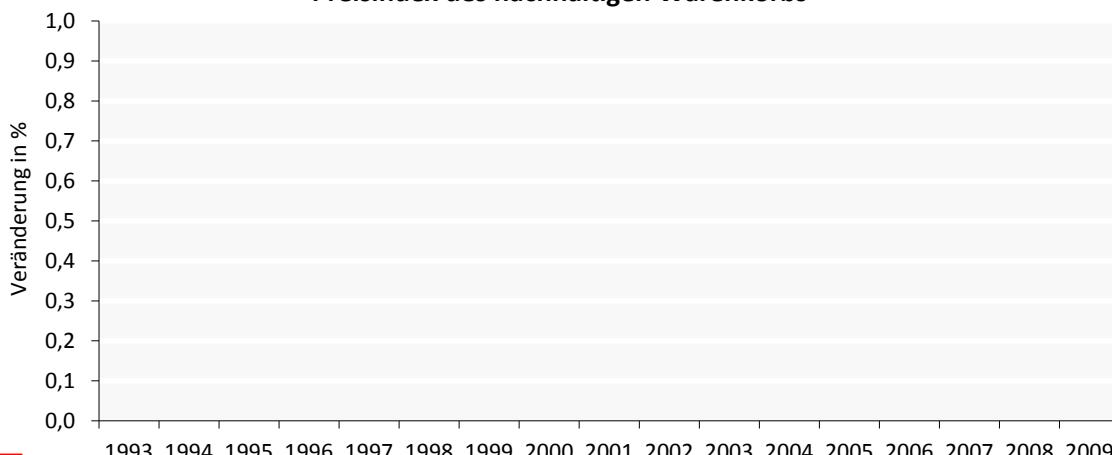
Auf der Grundlage dieser Kriterien könnte ein Warenkorb, der zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten verwendet wird, mit den jeweils entsprechenden „nachhaltigen“ Gütern und Dienstleistungen gefüllt werden. Die Preisdifferenz gäbe dann an, um wie viel teurer es ist, den Konsum auf nachhaltigere Weise zu gestalten.

Eine Gesamtberechnung für die Bundesrepublik Deutschland liegt nach wie vor nicht vor. Während wir 2004 noch damit rechneten, dass es in absehbarer Zeit

verlässliche Daten zu dieser Frage geben könnte, ist es heute noch immer nicht abzusehen, ob und wann sich die amtliche Statistik mit dieser Aufgabe beschäftigen wird. Ein entsprechendes Forschungsprojekt ist von Seiten der FEST in Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen für 2012 bis 2013 geplant.

Einen allerersten, weder auf die gesamte Bundesrepublik noch auf die gesamten Lebenshaltungskosten übertragbaren Hinweis gibt eine Diplom-Arbeit, die 2006 an der Universität Heidelberg entstanden ist und deren Verfasser eine eigene empirische Untersuchung der Preisverhältnisse zwischen konventionellen und nachhaltigen Produktalternativen im Bereich Nahrungs- und Genussmittel – beschränkt auf die Stadt Heidelberg – durchgeführt hat. Das Ergebnis weist auf erhebliche Zusatzkosten bei einem nachhaltigen Konsumstil im Vergleich zu konventionellem Konsum hin. Setzt man für das Jahr 2006 den Indexwert bei konventionellem Konsum auf 100, so beträgt der Indexwert für nachhaltige Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke 250,5; bei alkoholischen Getränken beträgt der Indexwert 161. Aufgrund des geringen Anteils der Nahrungs- und Genussmittelausgaben bei den Lebenshaltungskosten insgesamt relativiert sich das Ergebnis wieder: Würde man diese beiden Bereiche auf einen nachhaltigen Konsumstil umstellen, die übrigen Ausgaben unverän-

Preisindex des nachhaltigen Warenkorbs



FEHLENDE DATENGRUNDLAGE

“GRID-PARITY“ FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

ECONOMIES OF SCALE NUTZEN

dertlassen, läge der Gesamtlebenshaltungskosten-Index bei 117,8.

Gerade in der letzten Zeit sind deutliche Annäherungen der Preisindizes durch mögliche Preissenkungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien abzusehen – die so genannte „grid-parity“, also gleiche Kosten bei der Nutzung erneuerbarer und nicht erneuerbarer Energieträger – wird noch in diesem Jahrzehnt erwartet. Die

Nutzung der „economies of scale“ eines nachhaltigen Lebensstils wird dann möglich, wenn der Anteil der entsprechenden Nachfrage wächst.

Quelle: Haubach, Christian (2006): Ein Index der KostenNachhaltiger Lebenshaltung – die Kosten nachhaltigen Konsums am Beispiel Heidelbergs. Dipl.Arbeit an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg.



B5

GESUNDE STRUKTUR DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE



INDIKATOR 25: Öffentliche Schulden in Euro pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2000)

⇒ DEFINITION

Erfasst werden die Schulden der Öffentlichen Haushalte insgesamt: Dies umfasst Kreditmarktschulden, Kasenverstärkungskredite und innere Darlehen. Wegen der zunehmenden Ausgliederung von Einrichtungen aus den Öffentlichen Haushalten ist die Vergleichbarkeit der Daten über die Zeit beeinträchtigt.

Datenquellen:

Öffentliche Schulden: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2010, Tab. 23.6.1; Einwohner: Statistisches Jahrbuch 2010 Tab. 3.1.1; Diskontrate siehe Indikator 23, Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5, 2009

⇒ ENTWICKLUNG

Die öffentlichen Schulden pro Einwohner stiegen von 8.519 Euro im Jahr 1992 auf 20.698 Euro im Jahre 2009 an. In den Jahren 1992 bis 1995 und zwischen 2008 und 2009 war der Anstieg dabei am stärksten, von 2000 auf 2001 war kurzfristig sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Danach verlief der Anstieg wieder etwas stärker als in den Jahren von 1996 bis 2000. Das hohe Niveau der Staatsverschuldung hat durch umfangreiche Zins- und Tilgungszahlungen den Handlungsspielraum staatlicher Institutionen erheblich eingeschränkt; überdies werden kommende Generationen mit den Schuldenzahlungen

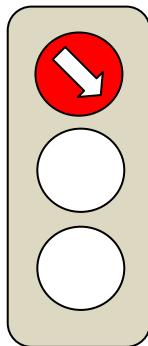
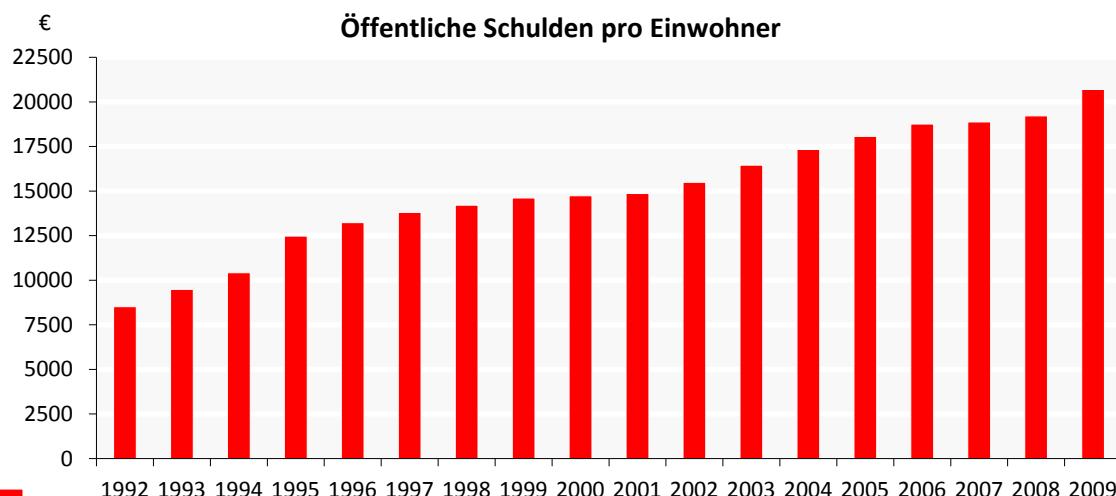
belastet, ohne dass sich die kreditfinanzierten Staatsausgaben unbedingt für sie auszahlen. Daher ist die Verschuldung des Staates mit einer roten Ampel zu bewerten. Der fallende Pfeil wird gewählt, weil die Verschuldung pro Kopf in den letzten Jahren weiter angestiegen ist.

⇒ ZIELSETZUNG

Hier sollte der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt des Maastricht-Vertrags eingehalten werden, das heißt, ein Haushaltsdefizit von 3% und eine Schuldenstandsquote von 60% sollten als dauerhafte Obergrenzen für die Staaten der Europäischen Union gelten. Zusätzlich hat Deutschland 2009 beschlossen, eine Schuldenbremse im Jahr 2011 einzuführen. Demnach soll das strukturelle Defizit auf maximal 0,35% des BIP zurückgeführt werden. Ausnahmen gelten bei schweren Rezessionen und Naturkatastrophen. Ab 2020 dürfen die Länder überhaupt keine Schulden mehr machen, es gilt dann ein Verbot der Nettokreditsaufnahme der Länder.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Einführung der Schuldenbremse in Deutschland wurde kontrovers diskutiert. Einerseits kommt es den künftigen Generationen zugute, wenn die öffentlichen Schulden reduziert werden, in Zukunft weniger für Zins-



PRIORITÄT VON BILDUNGSausgaben

SCHULDENobergrenze

Ausgabenkonzept

und Tilgungszahlungen ausgegeben werden muss und dafür die Staatsausgaben besser für nachhaltige Politikmaßnahmen verwendet werden können. Vor allem den Bildungsausgaben sollte eine hohe Priorität eingeräumt werden, denn Investitionen in das Humankapital sind in einer Gesellschaft ohne Rohstoffe langfristig gut angelegt. Anderseits basieren solche Ziele wie etwa die Schuldenbremse auf Vorausberechnungen der Staateinnahmen. Diese können allerdings im Falle einer Rezession und schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung auf den globalen Finanzmärkten ganz anders ausfallen

als prognostiziert. Durch die Verabschiedung einer Schuldenobergrenze hat der Staat dann nur noch begrenzte Investitionsmöglichkeiten.

Das wohlbekannte Dreieck – Ausgaben reduzieren, Steuern erhöhen und unnötige Subventionen senken – ist der beste und nachhaltigste Weg für eine gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte. Daher sollte ein Ausgabenkonzept statt einer Schuldenbremse überlegt werden. Die Ausgaben sind weniger vom Konjunkturverlauf abhängig und deswegen besser in den darauf folgenden Zeiträumen kontrollierbar.



B5

GESUNDE STRUKTUR DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE



INDIKATOR 26: Steueraufkommen pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2005)

⇒ DEFINITION

Erfasst werden die kassenmäßigen Einnahmen von Steuern und steuerähnlichen Abgaben, nicht hingegen Gebühren, sonstige Entgelte und Einnahme des Staates aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Datenquellen:

Steueraufkommen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2010, Tab. 23.1.1; Einwohner: Statistisches Jahrbuch 2010 Tab.2.1.1; Preisindex: Statistisches Jahrbuch 2010, Tab. 20.10

⇒ ENTWICKLUNG

Das Steueraufkommen pro Einwohner liegt derzeit bei 10.391 Euro pro Einwohner der Bundesrepublik. Die Entwicklung verlief nicht einheitlich, der höchste Stand wurde im Jahr 2000 mit 10.048 Euro erreicht. Danach ist es bis 2005 kontinuierlich gefallen, um 2006 stark anzusteigen. Auch in den Anfängen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde ein erneuter Höchststand erreicht. Angesichts eines dauerhaften Defizits des staatlichen Haushalts wurde eine rote Ampel vergeben, weil das Niveau der Steuereinnahmen strukturell zu niedrig war, um alle staatlichen Ausgaben zu finanzieren. Da die Steuereinnahmen im Jahr 2009 wieder gefallen sind, wird ein waagerechter Pfeil vergeben. Der Pfeil wurde von steigend auf waagerecht verändert, die

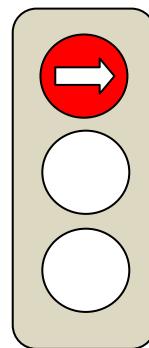
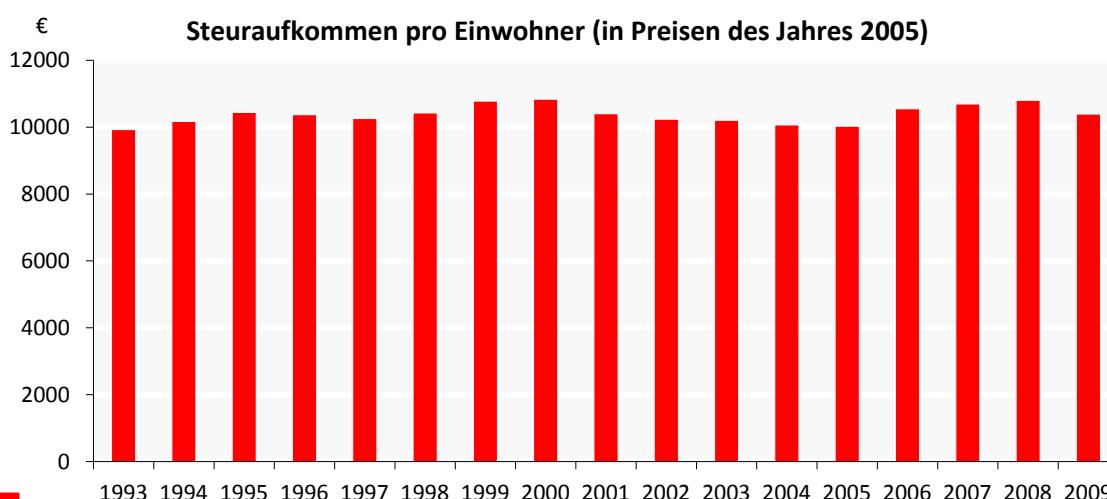
Ampel blieb gleich.

⇒ ZIELSETZUNG

Das Ziel ist eine nachhaltige Finanzpolitik, die sich etwa in der weiteren Ausgestaltung der Ökosteuer dokumentieren könnte. Bei einer nachhaltigen Finanzpolitik geht es letztlich darum, Fehlentwicklungen langfristiger Natur zu vermeiden und weit in die Zukunft reichende Wirkungszusammenhänge zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt steht also ein zeitlich weit gefasstes Verständnis von Haushaltsdisziplin und notwendiger Haushaltskonsolidierung. Allerdings wird der auf die Finanzpolitik bezogene Begriff der Nachhaltigkeit in vielerlei Bedeutungen gebraucht: Dahinter verbirgt sich ein ganzer Komplex von mehr oder weniger eng miteinander verwobenen und nicht immer eindeutig voneinander trennbaren Zielaspekten. Teils steht dabei die langfristige Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit des Staates im Vordergrund, teils werden Fragen der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit verhandelt, um zwischen Arm und Reich auszugleichen und nicht auf Kosten der künftigen Generationen zu leben.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Laut den Daten des Statistischen Bundesamtes hat im Jahr 2010 die Umsatzsteuer am stärksten bei den Staatseinnahmen mit ca. 180 Mrd. Euro zu Buche ge-



TRANSPARENTES STEUERSYSTEM

VEREINFACHUNG DES STEUERSYSTEMS

INTRAGENERATIONELLE GERECHTIGKEIT

schlagen, gefolgt von der Lohnsteuer mit ca. 127 Mrd. Euro, der Energie- und Gewerbesteuer mit 39 Mrd. Euro beziehungsweise 35 Mrd. Euro. Die Schwankungen der letzten Jahre waren mit einer starken Volatilität der gewinnabhängigen Steuern verbunden. Das deutsche Steuersystem ist mit seinen zahlreichen

Sonderregelungen sehr kompliziert und komplex. Ein übersichtlicheres System würde die Akzeptanz in der Öffentlichkeit verbessern und Verzerrungen vermindern. Hierfür müsste die Transparenz des Steuersystems erhöht werden, indem es so weit wie möglich vereinfacht und übersichtlicher gestaltet wird.



INDIKATOR 27: Anzahl der EMAS-validierten Organisationen

⇒ DEFINITION

Erfasst werden alle Organisationen, die nach der „Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung“ validiert worden sind. Ab 2003 wird nicht mehr nach Standorten, sondern nach Organisationen erfasst, weshalb der Wert geringer ausfällt.

Datenquellen:

Daten der Deutschen Industrie- und Handelskammer, www.dihk.de; Umweltbundesamt: <http://www.envt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=2342>

⇒ ENTWICKLUNG

Die Anzahl der EMAS-validierten Organisationen erreichte im Jahre 2000 mit 2.669 ihren Höchststand und ist seitdem kontinuierlich gefallen. Aufgrund der Umstellung der Erfassung ist die Vergleichbarkeit der Daten vor und nach 2003 nur eingeschränkt möglich, doch der Abwärtstrend hält an. Die Anzahl der EMAS-validierten Organisationen lag 2010 (Stand Oktober) bei nur noch 1.327. Der Anteil der EMAS-validierten Unternehmen an der Gesamtzahl von über drei Millionen ist damit nach wie vor verschwindend gering,

sodass die Bewertung bei rot bleibt. Auch der Pfeil zeigt aufgrund der abnehmenden Anzahl weiterhin nach unten.

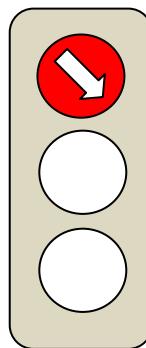
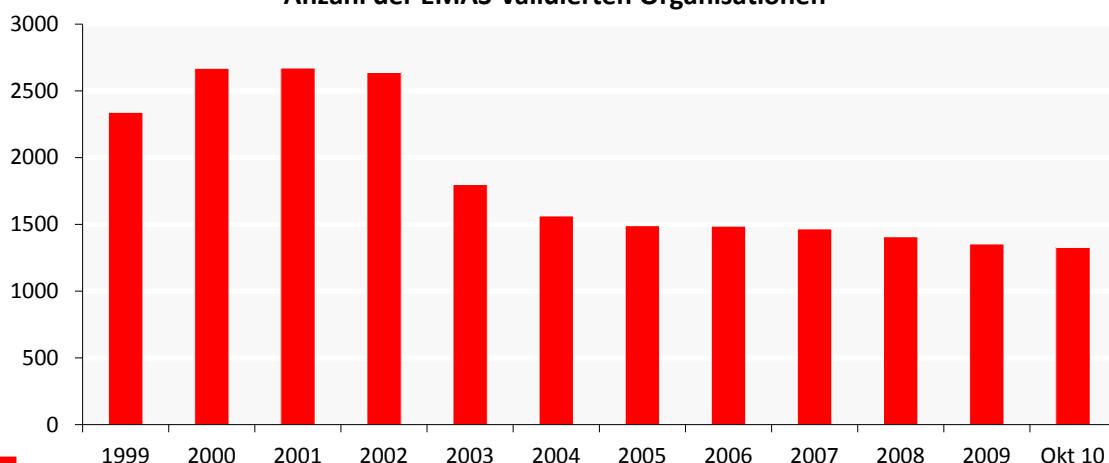
⇒ ZIELSETZUNG

Bis 2015 sollen – nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission – 23.000 Unternehmen bzw. Organisationen nach EMAS und bis 2020 35.000 registriert werden. Bezogen auf Deutschland würde das bedeuten, dass 2015 7.100 Organisationen validiert sein müssten, und 2020 10.800 Organisationen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Im November 2010 (laut der Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses, erstellt nach dem Europäischen EMAS-Register) kamen 28% aller nach EMAS validierten Organisationen in Deutschland aus Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern mit 21% und Nordrhein-Westfalen von 11%. Mehr als die Hälfte der EMAS-Organisationen konzentrieren sich also auf drei Bundesländer. Viele Unternehmen verweisen auf die Kosten als wesentlichen Faktor für die Einführung eines Umweltmanagements nach der DIN EN ISO 14001. Vor allem die Kosten für die Erstellung der Umwelterklärung und deren Druck wird als Argument angeführt. Den möglichen Nutzen durch die Information der Öffentlichkeit wird dabei nicht gesehen. In aller Regel sind

Anzahl der EMAS-validierten Organisationen



NORD-SÜD-GEFÄLLE BEI EMAS-ORGANISATIONEN

ANREIZE AUF EUROPÄISCHER EBENE SCHAFFEN

BEVORZUGUNG BEI ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN

diese Vorteile auch nicht in geldlichen Einheiten messbar. Weiterhin werden die Kosten für das externe Audit (durch einen Umweltgutachter) als aufwändig bezeichnet. Die möglichen Vorteile einer Rechtssicherheit werden dabei durchaus häufig übersehen. Ferner wird kritisiert, dass EMAS nur im europäischen Raum gut etabliert und bekannt sei. Mit EMAS III ist dieses Argument allerdings nicht mehr zutreffend, da nunmehr EMAS weltweite Gültigkeit besitzt. Zahlreiche Studien unterstreichen weitere Vorteile, die sich durch die Teilnahme an EMAS ergeben. Genannt werden etwa die Einbindung der Mitarbeiter in die Umweltpolitik der Organisation, die Steigerung der organisatorischen Leistung, aber auch die mittel- bis langfristige Kostenenkung.

Um die EMAS-Validierung in Europa weiter auszubauen sollten von der EU-Kommission mehr Anreize zur Teilnahme an Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung verabschiedet werden. Die Anreize könnten im steuerlichen Bereich liegen, indem EMAS-Organisationen steuerliche Nachlässe etwa bei der Umsatzsteuer oder der Gewerbesteuer erhalten, daneben sollten sie verbilligte Kredite zur Einführung von ökologischen Maßnahmen (wie etwa beim Bau von Photovoltaik- oder Solaranlagen, Dämmung des Gebäudes) erhalten. Im Weiteren sollten die Bundes- und Landeseinrichtungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die Auftragnehmer mit einer EMAS-Validierung bevorzugen. Dies könnte die Teilnahme an EMAS deutlich erhöhen.



B6

VERBESSERUNG DES BETRIEBLICHEN UMWELTSCHUTZES



INDIKATOR 28: Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen

⇒ DEFINITION

Ausgaben für Umweltschutz sind alle Ausgaben zur Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastungen. Die Ausgaben sind schwierig zu ermitteln, und es gibt viele Grenzbereiche.

Datenquellen:

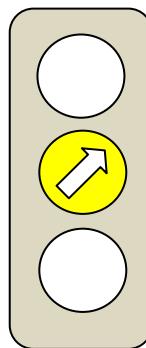
Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher 2004, 2005, 2006, 2008, 2009, 2010 Tab.11.1, Tab. 12.1

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen ist von 1991 bis 2005 von 5,3% auf 2,7% gefallen. Von 1991 bis 1994 stieg der Anteil zunächst auf 6,6% an, um dann bis 1997 kontinuierlich zurückzugehen. Von 1997 bis 2001 gab es kaum eine Veränderung, danach gab es bis 2004 eine disparate Entwicklung, erst ab 2005 ist dann wieder ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Bewertet wird die Entwicklung mit gelb, denn im Vergleich zu den 1990er Jahren ist der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen zurückgegangen, allerdings seit 2005 wieder leicht steigend. Der Pfeil zeigt nach oben, da in den letzten drei Jahren ein anhaltender Anstieg zu verzeichnen ist.

Die Erhebung des Statistischen Bundesamtes gibt Informationen über Umfang, Struktur und Entwicklung

der Investitionstätigkeit für Umweltschutzmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft; dabei werden Umweltbereiche wie Abfallentsorgung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung oder Luftreinhaltung unterschieden. Dabei handelt es sich sowohl um Ausrüstungen (z.B. Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge) als auch um Bauten (etwa Gebäude, Kanalisationssanlagen, Deponien). Im Jahr 2007 haben die Unternehmen des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Deutschland rund 1,9 Mrd. Euro für Investitionen in den additiven, nachsorgenden Umweltschutz getätigert oder in integrierte Technologien investiert, die Emissionen schon während der Produktion vermeiden. Dies entspricht einer Quote von 4,6% an den Gesamtinvestitionen. 2005 lag der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen noch bei 2,8%. Nach Umweltbereichen gegliedert lag der Hauptanteil der Investitionen für den Umweltschutz im Jahr 2007 bei 850 Mio. Euro (45,9%) bei Maßnahmen zur Luftreinhaltung, wie beispielsweise für Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen. Auf den Bereich Gewässerschutz entfielen 720 Mio. Euro (38,9%) für die Anschaffung von Klärschlammbehandlungsanlagen, Anlagen zur Wasserkreislaufführung und Sicherheitsvorrichtungen für den Umgang mit Wasser gefährdenden Stoffen. In der Abfallwirtschaft (10,3%) und der Lärmbekämpfung (4,9%) fielen die Umweltschutzinvestitionen vergleichsweise gering aus.



NACHSORGENDER UMWELTSCHUTZ

ÖKOSTROM STEUERLICH FÖRDERN

INFORMATIONSANGEBOTE ÜBER FÖRDERANGEBOTE ERWEITERN

⇒ ZIELSETZUNG

Unter der Annahme, dass geringer werdende Umweltschutzinvestitionen auf eine Verbesserung der Umwelt hindeuten, sollten die Investitionen eigentlich kontinuierlich zurückgehen bzw. sich auf einem relativ niedrigen Niveau an den Gesamtinvestitionen bewegen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Jeder Betrieb kann einen Beitrag für die Umwelt leisten. Nicht nur durch die Einführung eines Umweltmanagements nach EMAS, sondern auch durch Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Lärmekämpfung oder Luftreinhaltung kann die betriebliche Umweltbilanz verbessert werden. Umweltschutzinvestitionen dienen aber vor allem dem nachsorgenden Umweltschutz. Bei der Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes geht es letztlich aber um vorsorgende Maßnahmen. So könnte etwa das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiter ausgebaut werden, um Investitionen in

Anlagen zur Energiegewinnung aus regenerativen Quellen (Biomasse, Wind, Sonne, Wasser) auch für Unternehmen des produzierenden Gewerbes attraktiver zu machen. Daneben sollte auch die Nutzung von Ökostrom steuerlich gefördert werden. Ebenso würde es sich anbieten, lärmarme und energieeffiziente Maschinen einzusetzen, denn nach wie vor besteht in der Industrie ein enormes Einsparpotenzial beim Energieverbrauch. Die Schaffung von Informationszentren, Netzwerken etc. in Form von neuen Schnittstellen zwischen Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Politik würde einen regelmäßigen Austausch zu aktuellen Problemen wie Ressourcen- und Energieeffizienz ermöglichen. Es könnte auch eine Anlaufstelle zur Information über Förderprogramme oder auch Best-Practice-Beispiele darstellen. Umweltschutzinvestitionen helfen Kosten einzusparen und die Abläufe in den Betrieben zu optimieren.



B7

UMWELTVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT



INDIKATOR 29: Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche in % der landwirtschaftl. Nutzfläche insgesamt

⇒ DEFINITION

Erfasst wird die ökologisch bewirtschaftete Fläche der Betriebe, die im Sinne der EWG-Verordnung 2092/91 einem Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau unterliegen (EWG-Öko-Verordnung). Die Summe dieser Flächen ist als Anteil an der Landwirtschaftsfläche insgesamt auszuweisen. Der „ökologische Landbau“ wurde im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 erstmals in der amtlichen Agrarstatistik in Deutschland aufgegriffen.

Datenquellen:

Umweltbundesamt: http://www.env-it.de/umwelt_daten/public/theme.do?nodeId=2864;BOLW, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Bilanzkonferenz 2007, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Umweltökonomische Gesamtrechnungen. Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie. Wiesbaden 2011.

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche stieg von 1994 bis 2010 kontinuierlich an. Der Wert erhöhte sich von 1,6% auf 5,9% und hat sich damit mehr als verdreifacht. In ihrer Nachhaltigkeitsstrategie sieht die Bundesregierung einen Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen

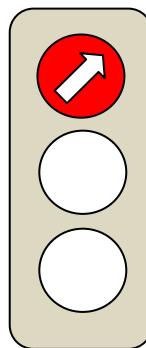
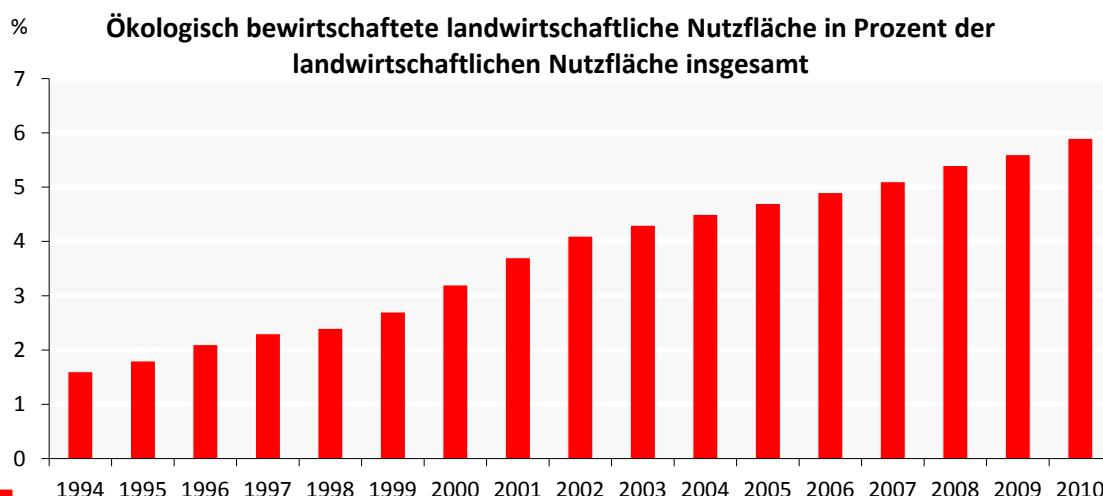
Fläche in Höhe von 20% (ohne zeitliche Vorgabe) vor. Angesichts dessen ist der Wert von 5,9 % nach wie vor zu gering und die Bewertung bleibt bei rot. Der Aufwärtstrend hat jedoch angehalten und der Pfeil zeigt deshalb weiterhin nach oben.

⇒ ZIELSETZUNG

Das Ziel der Bundesregierung liegt bei 20% ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche in Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche insgesamt. Eurostat schätzt den Anteil der Ökolandbaufäche im Jahr 2009 für die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche der EU 27 auf 4,7% (8,6 Mio. Hektar). Da Österreich schon jetzt über einen Anteil von 15,7% verfügt, sollte das Ziel von 20% bis zum Jahr 2020 erreicht werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Am 11. Juli 2011 hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung in Deutschland neue Empfehlungen zum Thema „Gold-Standard Ökolandbau: Für eine nachhaltige Gestaltung der Agrarwende“¹ veröffentlicht. Die Nachfrage nach ökologischen Produkten steigt rasant und erfordert weitere Flächen für den Ökolandbau. Was auf dem heimischen Markt nicht zu bekommen ist, wird zurzeit aus dem Ausland eingeflogen und trägt damit zu einer steigenden CO₂-Bilanz bei. Der Rat nennt in seiner Agrarwende die notwendigen Schritte zur Erreichung



AGRARWENDE FÖRDERN

VORRANG FÜR LEBENSMITTELPRODUKTION

ROADMAP 2020 ENTWICKELN

des Ziels von 20% Ökolandbau an der Gesamtfläche in Deutschland. Dazu zählt unter anderem der Vorrang der Ackerfläche für die Lebensmittelproduktion (Konkurrenz um den Faktor Boden), die Reform der Europäischen Agrarpolitik (Mittel für Agrarumweltprogramme nicht kürzen), Förderung von Ökoprodukten (neue Marktzugänge schaffen) sowie Schaffung von politischen Rahmenbedingungen. Zusätzlich fordert der Rat die Landwirtschaft als integrierten Teil der Energiewende anzusehen. „Um negative Umweltwirkungen und zunehmende Flächenkonkurrenz zu vermeiden, sollten vorrangig die Verwertung von landwirtschaftlichen Reststoffen und besonders naturverträgliche Bauverfahren und Kulturen gefördert werden“, so der Rat in seiner Empfehlung.² Als notwendig wird angesehen, die Vergütungsstruktur des EEG zu prüfen und die Biogasproduktion nach ökologischen Richtlinien durch Einführung eines Nachhaltigkeitsbonus zu fördern. Weiter fordert der Rat den „Aktionsplan ökologischer Landbau“ in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirt-

schaft, Wissenschaft und Politik zu entwickeln und zu beschließen. Dies könnte in einer Art Roadmap 2050 festgehalten werden. Auch in der Landwirtschaft muss unternehmerisch gehandelt werden.

Angesicht der Entwicklungen (höhere Konsumnachfrage nach ökologischen Nahrungsmitteln) sollte schon heute eine gekürzte und vorläufige „Roadmap 2020“ entwickelt werden, um auch mittelfristig an den wichtigsten Eckpunkten der Agrarpolitik festzuhalten. „Da die europäische Landwirtschaft (...) dann international nicht wettbewerbsfähig (ist), wenn anderenorts auf diese Anforderungen verzichtet wird oder diese nicht in Kosten umgesetzt werden. Umso mehr ist die Politik, aber auch die Wirtschaft dazu aufgerufen, verlässliche Strukturen und neue Allianzen zwischen Teilnehmern am Markt und in der Forschung aufzubauen, um das Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft auch im globalen Kontext umzusetzen, stellt der Rat abschließend in seiner Publikation fest.³



¹ Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.)(2011): „Gold-Standard Ökolandbau“: Für eine Nachhaltige Gestaltung der Agrarwende. Texte Nr. 40, Berlin

² ebenda, S. 6

³ ebenda, S. 8

B7

UMWELTVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT



INDIKATOR 30: Anteil der Öko-Betriebe an Agrarbetrieben insgesamt

⇒ DEFINITION

Erfasst werden die landwirtschaftlichen Öko-Betriebe und Öko-Flächen in Deutschland, gemessen an Agrarbetrieben und Agrarflächen insgesamt. Erhoben werden diese Daten vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Datenquellen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); [http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Oekolandbau/OekologischerLandbauDeutschland.html, Stand Juni 2011. Tab. 3 und 4](http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Oekolandbau/OekologischerLandbauDeutschland.html,Stand%20Juni%202011.%20Tab.%203%20und%204)

⇒ ENTWICKLUNG

In Deutschland wirtschafteten Ende des Jahres 2010 21.942 landwirtschaftliche Betriebe auf 990.702 Hektar Fläche ökologisch nach den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau, das sind 7,3% der Betriebe auf etwa 5,9% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Seit 1996 ist ein kontinuierlicher Anstieg bei der Zahl der Betriebe (1,4%) auszumachen. Die meisten landwirtschaftlichen Öko-Betriebe in Deutschland sind in Verbänden organisiert. Hierzu gehören unter anderem Bioland, Demeter, Naturland und Ecovin. Trotz der steigenden Werte bei den Öko-Betrieben ist die Entwicklung noch weit von den anvisierten 20% entfernt,

deshalb vergeben wir eine rote Ampel. Der Pfeil zeigt indes nach oben, da in den letzten Jahren eine stetig positive Entwicklung zu beobachten ist.

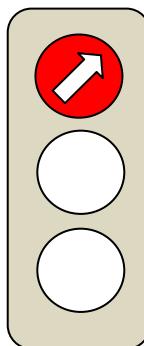
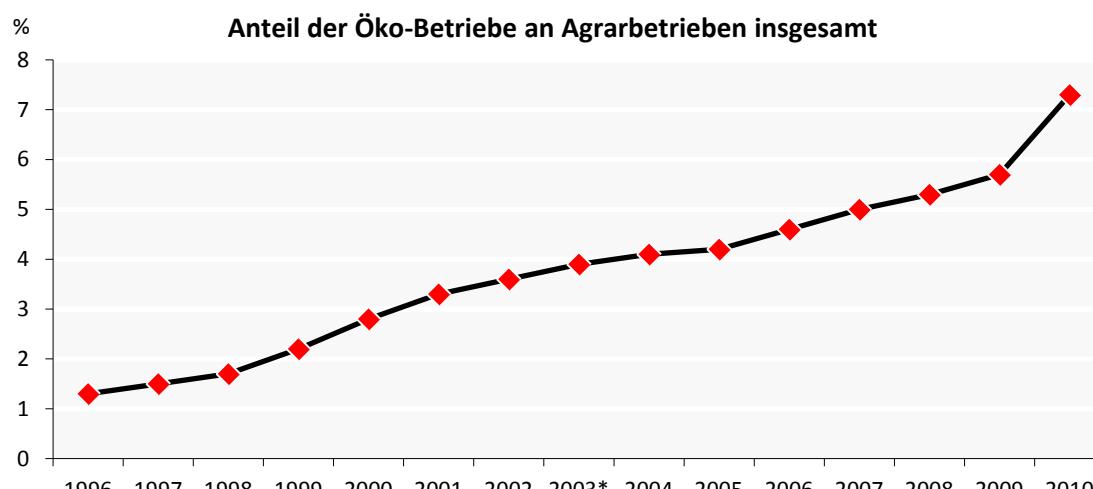
⇒ ZIELSETZUNG

Bis zum Jahr 2020 sollten 20% der landwirtschaftlichen Betriebe auf ökologischen Landbau umgestellt haben. Bei der heutigen Zahl an Landwirtschaftsbetrieben würden 74.380 Öko-Betriebe sein, die bis zum Jahr 2020 umgestellt haben müssten.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Deutschland ist mit großem Abstand der Hauptnachfrager nach Bio-Lebensmitteln in der Europäischen Union und steht weltweit nach den USA an zweiter Stelle. Der Absatz an Lebensmitteln aus ökologischem Anbau (ohne Genussmittel und Außer-Haus-Verpflegung) am gesamten Umsatz mit Lebensmitteln in Deutschland erhöhte sich von 1,5 Mrd. Euro (1997) auf geschätzte 5,9 Mrd. Euro (2010). Das waren 3,4% des Lebensmittelmarktes. Der ökologische Landbau hat nach Einschätzung von Experten auch weiterhin ein deutliches Wachstumspotenzial.

Die ökologischen Produkte spiegeln in besonderem Maße die Wünsche vieler Verbraucherinnen und Verbraucher nach gesunder Ernährung wider. Damit der Absatz von Produkten aus ökologischem Landbau sich



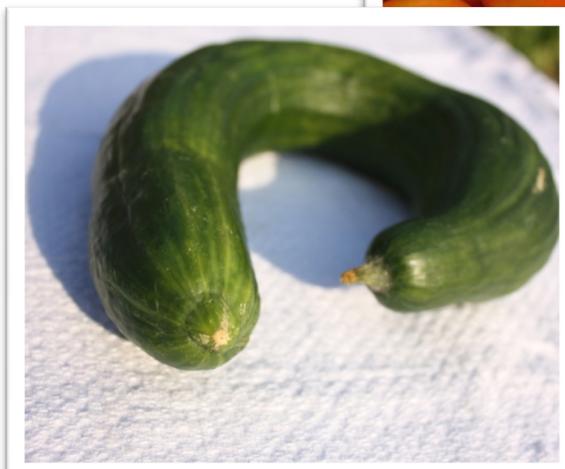
WACHSTUMSPOTENZIAL DES ÖKOLOGISCHEN LANDBAUS NUTZEN

VERANTWORTUNG DER VERBRAUCHERSTÄRKEN

VERMARKTUNG VON BIO-LEBENSMITTELN AUSWEITEN

weiterentwickeln kann, ist die Vermarktung auszuweiten und das Erreichen größerer Verbraucherschichten notwendig. Die Entwicklung des Ökolandbaus wird aber auch davon abhängig sein, ob Verbraucherinnen und

Verbraucher bereit sein werden, für ökologisch erzeugte Produkte höhere Preise zu bezahlen und damit auch die besonderen Umweltleistungen und Qualitätsmerkmale der Öko-Landwirte zu honorieren.



VERÄNDERUNG VON KONSUMGEWOHNHEITEN



INDIKATOR 31: Marktanteile bei ökologischen Lebensmitteln und Produkten des „fairen Handels“

⇒ DEFINITION

Der Anteil der Lebensmittel aus ökologischem Anbau gemäß EG-Öko-Verordnung wird als Anteil am Gesamtumsatz aller Lebensmittel in Deutschland ausgewiesen. Fair gehandelte Produkte sind bislang nur für einen kleinen Teil des Lebensmittelsortiments im Handel (vor allem Kaffee, Bananen, Tee, Schokolade, Wein, Reis und Honig), gleichzeitig werden auch non-food-Produkte mit dem Fair Trade-Siegel (u.a. T-Shirts, Jeans und Fußbälle) angeboten, was die Berechnung einer sinnvollen Bezugsgröße erschwert. Für den Indikator wird daher hilfsweise der Anteil des fair gehandelten Kaffees am Kaffeemarkt insgesamt ausgewiesen. Grundlage ist der Import von Kaffee mit dem TransFair-Siegel gemäß den Kriterien der Fairtrade Labelling Organizations International, FLO.

Datenquellen:

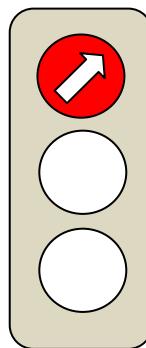
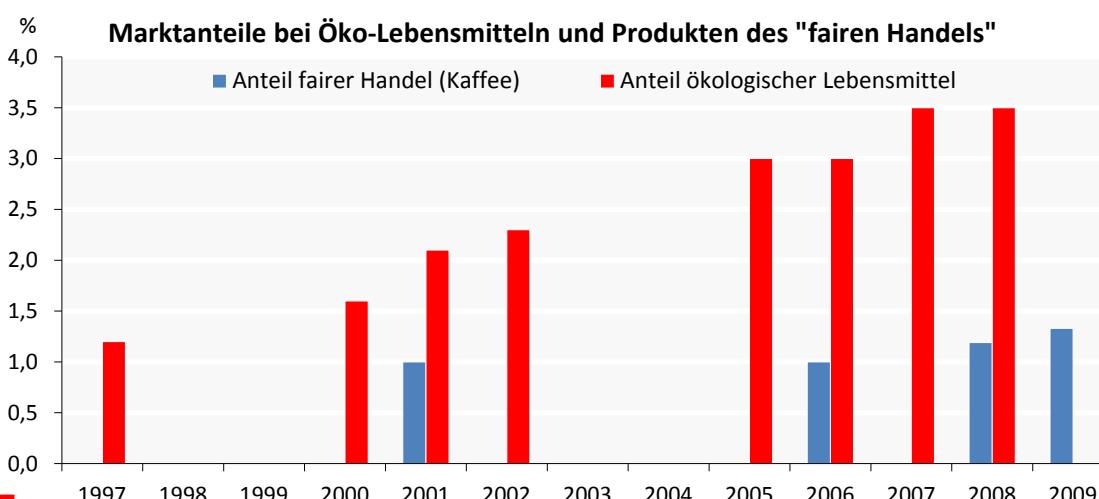
Eigene Berechnungen, Datengrundlage vgl.
[http://www.transfair.org/produkte/absatz-fairtradeprodukte.html?tx_jppageteaser_pi1\[backId\]=22;](http://www.transfair.org/produkte/absatz-fairtradeprodukte.html?tx_jppageteaser_pi1[backId]=22;)
<http://kaffeeverband.de/presse/zahlen-daten-fakten/260-nationaler-markt;>
http://www.boelw.de/uploads/media/pdf/Dokumentation/Zahlen_Daten_Fakten/ZDF2010gesamt.pdf

⇒ ENTWICKLUNG

Der Absatz ökologisch erzeugter Lebensmittel nimmt zu, vom angestrebten Anteil von 20% ist Deutschland mit rund 3,5% aber noch weit entfernt. Der Anteil für fair gehandelten Kaffee wurde von TransFair von 1997 bis 2006 meist mit „etwa 1%“ angegeben. In den vergangenen Jahren stieg der Absatz auf etwas mehr als 1,3% – bezogen auf den deutschen Markt mit Röstkaffee (von 423.600 Tonnen) und 1,1% bezogen auf das Gesamtvolumen von 527.160 Tonnen Rohkaffee in 2009. Der Anteil der fair gehandelten Produkte, die gleichzeitig das Bio-Siegel tragen, ist von 2002 bis 2009 von 40% auf 66% gestiegen. Orientiert man sich an ethischen Normen wie Gerechtigkeit und Fairness, kann der geringe Marktanteil ökologischer und fair gehandelter Produkte nur mit einer roten Ampel bewertet werden. Da der Marktanteil bei beiden Produktgruppen in den letzten Jahren zugenommen hat und immer mehr Produkte und Vertriebswege einzogen werden, ist der kurzfristige Trend positiv.

⇒ ZIELSETZUNG

Trotz steigender Nachfrage und eines schnell wachsenden Angebots ist der Anteil an ökologischen Lebensmitteln und Produkten des „fairen Handels“ nicht hoch. Ziel sollte sein, bei beiden Marktsegmenten bis zum Jahre 2020 auf mindestens 20% des Sortiments zu



AGRAR-SUBVENTIONEN ABSCHAFFEN

KAMPAGNEN DURCHFÜHREN

CARBON CREDIT CARD EINFÜHREN

kommen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Veränderung der Konsumgewohnheiten benötigt Anpassungen sowohl auf der Angebots- als auch der Nachfrageseite (Konsumenten). Um überhaupt auf Produkte aus dem Fairen Handel zugreifen zu können, müssen die Produkte zugänglich sein. Noch vor wenigen Jahren waren es zum größten Teil die „Eine-Welt-Läden“ in den größeren Städten, die die Einwohner mit solchen Produkten versorgt haben. Heutzutage sind es auch die Discounter und Supermärkte, die in ihrem Sortiment ökologische und fair gehandelte Produktgruppen anbieten, um die veränderten Konsumenteninteressen zufriedenzustellen. Sie leisten allerdings nur bedingt die Informationspolitik, die man von „Eine-Welt-Läden“ kennt, wie etwa Kampagnen zu den Auswirkungen des Fairen Handels in den Ländern des Südens. Solche Kampagnen sind insofern wichtig, als sie das Bewusstsein für und die Auswirkungen von Kaufentscheidungen der Konsumenten erhöhen.

Eine Gelegenheit, das Bewusstsein für ökologisch verträgliche und fair gehandelte Lebensmittel und Produkte zu stärken, könnte im Rahmen der UN-Dekade

„Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“, die noch bis zum Jahr 2014 dauert, erfolgen. In der UN-Dekade sind Akteure sowohl der informellen als auch formellen Bildung miteinbezogen. Weiterhin sollten zur Stärkung der ökologischen Lebensmittel die Agrar-Subventionen abgeschafft werden, die die konventionellen Produkte dadurch preisgünstiger machen (Preis-Dumping-Politik gegenüber ökologischen Nahrungsmitteln). Sowohl die Einfuhr von subventionierten und/oder gentechnisch modifizierten Nahrungsmitteln als auch die Exporte etwa in afrikanische Länder sollten eingestellt werden. Um für den Konsumenten das Angebot übersichtlicher zu gestalten, sollten die Labels von Fair Trade-Produkten und ökologischen Nahrungsmitteln vereinfacht und vereinheitlicht werden. Vorstellbar wäre etwa die Einführung des Blauen Engel auch für Lebensmittel.

Nicht zuletzt ist im Rahmen von nachhaltigem Konsum die Idee entstanden, eine „Carbon Allowance Card“ oder „Carbon Credit Card“ einzuführen. Damit könnte jeder Konsument seine verfügbaren und zugewiesenen Mengen CO₂ frei verwenden und gleichzeitig sich bewusst mit dem eigenen CO₂-Fußabdruck befassen.



VERÄNDERUNG VON KONSUMGEWOHNHEITEN



INDIKATOR 32: Entwicklung von Angeboten des „ökologischen“ Tourismus

⇒ DEFINITION

Erfasst wird die Zahl der Betriebe des deutschen Tourismus-Gewerbes mit ökologischer Betriebsführung, die eine Lizenz der Dachmarke „Viabono“ erhalten haben.

Datenquellen:

Viabono, Bergisch-Gladbach: www.viabono.de; Telefon-/Mailanfrage

⇒ ENTWICKLUNG

Im Vorfeld des „Internationalen Jahres des Ökotourismus“ der Vereinten Nationen 2002 wurde in Deutschland auf Initiative des Umweltbundesamtes im März 2001 von 27 Organisationen des Umwelt- und Verbraucherschutzes und des Tourismus die Dachmarke „Viabono“ ins Leben gerufen. Sie soll – ähnlich wie das Bio-Siegel bei Lebensmitteln – die zahlreichen, für die Kunden verwirrenden Ansätze für ökologischen Tourismus zusammenführen und einheitliche Kriterien durchsetzen. Von 2003 bis 2007 hat sich die Zahl der Anbieter fast verdreifacht, was als positiv zu bewerten ist. Die Zahl war jedoch im Jahr 2008 auf knapp 260 Betriebe deutlich zurückgegangen. Danach stieg die Anzahl der Anbieter jedoch wieder auf etwas mehr als 300. Der große Rückgang wird von Viabono damit erklärt, dass es vor 2008 ein Vertriebsprojekt gab, bei dem nicht wirklich „ausgewählt“ wurde. Nicht passende Partner

sind zwischenzeitlich ausgeschieden, haben die Folgeprüfungen nicht bestanden oder haben von sich aus nicht verlängert. Es wird für den Trend ein Punkt vergeben. Die Ampelbewertung wird auf rot gesetzt, da die Zahl der Betriebe mit einer ökologischen Betriebsführung nach wie vor recht niedrig liegt.

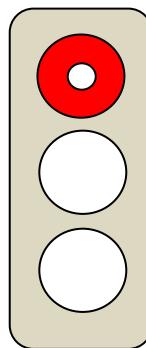
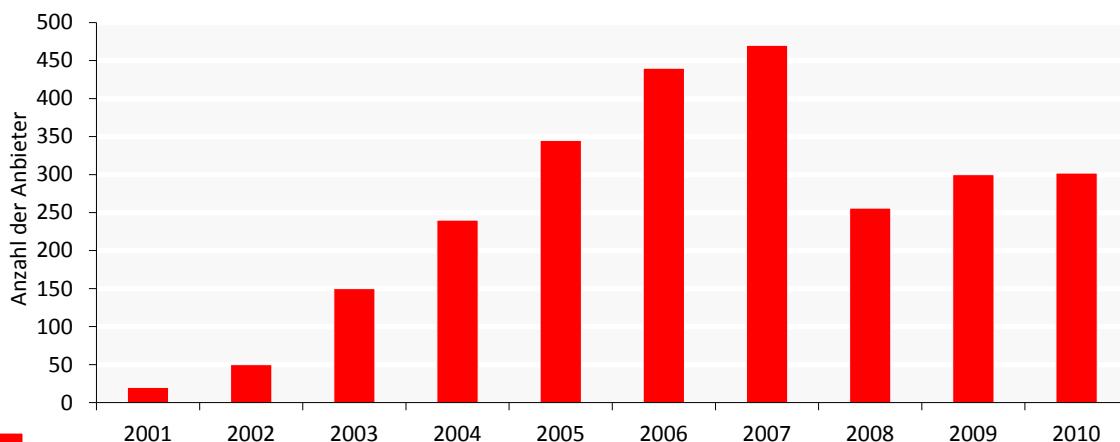
⇒ ZIELSETZUNG

Der Ausbau des ökologischen Tourismus auf 15% bis zum Jahr 2020 ist wünschenswert. Nicht nur um die Natur zu schützen und Ressourcen zu erhalten, sondern auch um die Konsumenten auf die Problematik des Klimawandels zu sensibilisieren und das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bei den Reisenden zu verankern.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die größten Probleme, die beim Reisen entstehen, sind das Abfallaufkommen, der Energie- und Wasserverbrauch, die Flächennutzung und die Treibhausgas-Emissionen durch Flüge, Fahrten mit dem eigenen Auto oder Seereisen. Demgegenüber fördert der ökologische Tourismus die regionalen Strukturen. Der Einsatz lokaler und regionaler Produkte hilft bei der Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, der Verkürzung der Transportwege und der Stärkung der örtlichen Landwirtschaft. So lassen sich Arbeitsplätze in der Region

Entwicklung von Angeboten des „ökologischen“ Tourismus



ARBEITSPLÄTZE IN DER REGION SCHAFFEN

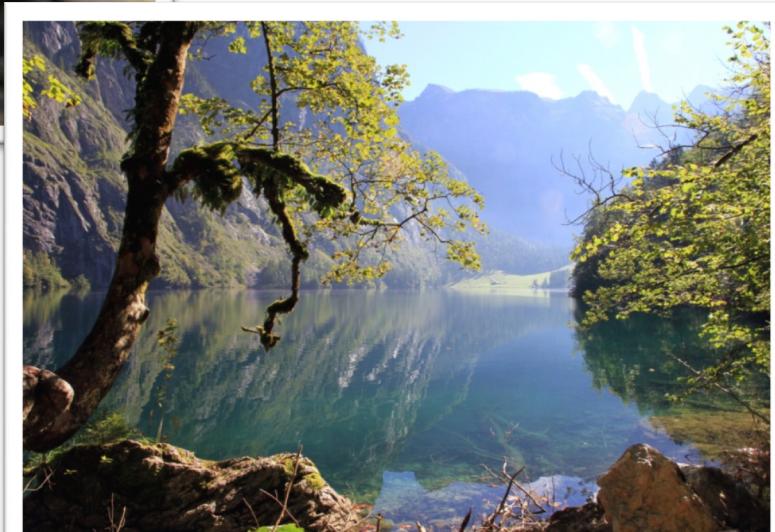
EUROPAWEITREGIONALE TOURISMUSANGEBOTE FÖRDERN

EUROPÄISCHE STANDARDS ENTWICKELN

erhalten und neue werden geschaffen. Zusätzlich wird durch den ökologischen Tourismus die öffentliche Infrastruktur bewahrt und ausgebaut, was zur Verbesserung der Lebensqualität in der Region beiträgt.

Wie kann nun der ökologische Tourismus gestärkt und unterstützt werden, damit bis 2020 15% aller Reisen ökologisch und nachhaltig durchgeführt werden? Eine erste Maßnahme sollte in der europaweiten Förderung von ökologisch regionalen Tourismusangeboten bestehen, da nicht zu erwarten sein wird, dass nur nationale

Projekte von den Touristen angenommen werden. Wie auch beim Konsum von Nahrungsmitteln sollte ein europäischer Standard für Hotels, Reiseveranstalter, Campingplätze und Freizeitanlagen entwickelt werden, aus dem hervorgeht, wie umweltgerecht und nachhaltig das Tourismusangebot ist. Als Kriterien könnten etwa der Energieverbrauch, der Wasserverbrauch, das Abfallaufkommen, die CO₂-Emissionen und der Landschaftsverbrauch für das Tourismusangebot herangezogen werden.



SOZIALES



ÜBERSICHT DER INDIKATOREN

TEILZIEL DER NACHHALTIGKEIT		INDIKATOR
C1	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	33 Einkommen der ärmsten 20 % der Bevölkerung im Verhältnis zum Einkommen der reichsten 20 % der Bevölkerung
		34 Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld pro 1.000 Einwohner
C2	Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung	35 <i>Bevölkerungsanteil der 20-24-Jährigen mit Hochschulreife</i>
		36 <i>Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI)</i>
C3	Hohes Niveau von Forschung und Lehre	37 Ausgaben für Hochschulen in Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts
		38 Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner
C4	Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	39 Wanderungssaldo
		40 Bevölkerung nach Altersgruppen
C5	Hohes Gesundheitsniveau	41 Lebenserwartung bei der Geburt
		42 Krankheiten der Atmungsorgane, Standardisierte Sterbeziffer pro 100.000 Einwohner
C6	Hohes Sicherheitsniveau	43 Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner
		44 Verkehrstote pro 1.000.000 Einwohner
C7	Förderung familienfreundlicher Strukturen	45 <i>Armutgefährdungsquote nach Sozialleistungen von Kindern (unter 18 Jahren)</i>
		46 <i>Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe</i>
C8	Einsatz für internationale Gerechtigkeit	47 Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des Bruttonationaleinkommens
		48 <i>Deutsche Handelsbilanz mit Entwicklungsländern (DAC-Liste)</i>

* KURSIVE SCHREIBWEISE, WENN DER INDIKATOR IM VERGLEICH ZUM LETZTEN INDIKATORENBERICHT VERÄNDERT WURDE.

C1

GERECHTE VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN



INDIKATOR 33: Einkommen der ärmsten 20 % der Bevölkerung im Verhältnis zum Einkommen der reichsten 20 % der Bevölkerung

⇒ DEFINITION

Die Bevölkerung wird in fünf Einkommensklassen zu je 20% eingeteilt (Quintile). Der Indikator stellt die ärmste und reichste Gruppe einander gegenüber (1. und 5. Quintil), indem er jeweils deren Anteil am gesamten Haushaltseinkommen in Deutschland abbildet und ins Verhältnis zueinander setzt.

Datenquellen:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: *Deutschland in Zahlen, versch. Jahrgänge, Tab.6.9*

⇒ ENTWICKLUNG

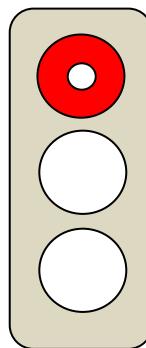
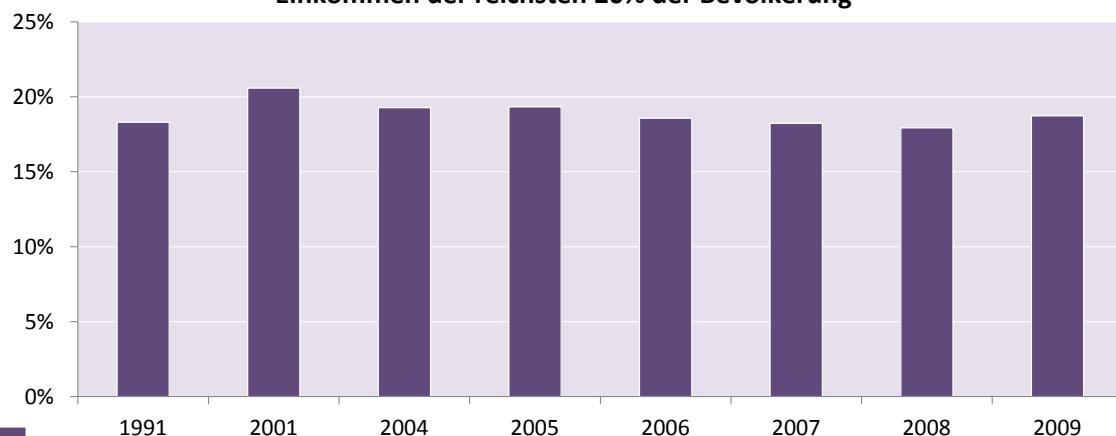
Der Anteil des ersten Quintils am Einkommen des fünften Quintils lag 1991 bei 18,3% und stieg bis 2001 auf knapp 20,6%. Bis 2008 sank der Anteil des ersten Quintils am Einkommen des fünften Quintils wieder auf 17,9%, also um 2,7%-Punkte im Vergleich zu 2001 und damit unter den Wert von 1991. Im Krisenjahr 2009 kam es zu einer Verbesserung auf 18,7%, die in erster Linie auf einen rückläufigen Anteil von Haushalten mit hohen Einkommen zurückzuführen ist, während sich im unteren Bereich die Krise auch dank der unterstützenden Arbeitsmarktmaßnahmen kaum negativ auswirkte.¹ Innerhalb von zwei Jahrzehnten ist es also zu keiner gerechteren Verteilung der Einkommen in Deutschland gekommen, vielmehr hat sie sich in den letzten 10 Jah-

ren sogar verschlechtert. Da der Abwärtstrend 2009 unterbrochen wird, lässt sich die Entwicklungsrichtung der letzten Jahre aber nicht eindeutig bewerten (Punkt statt Pfeil). Es bleibt abzuwarten, ob sich die Entwicklung des Jahres 2009 stabilisiert.

Als weiterer Anhaltspunkt für die gegensätzliche Entwicklung hoher und niedriger Einkommen kann das Verhältnis der Vorstandsvergütung zu den durchschnittlichen Personalkosten (pro Kopf) herangezogen werden. Als Gradmesser dienen die DAX-30 Unternehmen, da diese verpflichtet sind, ihre Vorstandsvergütungen zu veröffentlichen. Die „Vergütungsstudie 2010“ kommt zum Ergebnis, dass die Vorstände im Jahr 2007 rund das 51-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers verdienten.² Dabei handelt es sich um eine relativ neue Entwicklung: 1992 lag der Unterschied noch beim 15-fachen. Vor allem seit 2001 sind die Vorstandsgehälter stark angestiegen. Im Jahr 2009 sank das Verhältnis durch die Finanzkrise auf das 42-fache. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich dabei nur um eine kurzfristige „Verschlechterung“ der hohen Einkommen handelt.

Ursache der zunehmenden Einkommensspreizung sind neben steigenden Spitzeneinkünften vor allem sinkende Einkommen im unteren Quintil. Darüber hinaus nimmt die Zahl der Menschen mit niedrigen Einkommen zu.³

Einkommen der ärmsten 20% der Bevölkerung im Verhältnis zum
Einkommen der reichsten 20% der Bevölkerung



ARBEITSLOSIGKEIT REDUZIEREN

MINDESTLOHN EINFÜHREN

INVESTITIONEN IN BILDUNG UND SOZIALE INFRASTRUKTUR

ERHÖHUNG DER SPITZENSTEUERSÄTZE

⇒ ZIELSETZUNG

Eine exakte Festlegung eines Zielwertes für den Anteil des Einkommens der ärmsten 20% im Verhältnis zum Einkommen der reichsten 20% ist nicht möglich. Der Maximalwert von 100% entspräche einer vollkommenen Gleichverteilung. Dieser Wert ist jedoch unrealistisch und sogar aus rein nutzentheoretischer Sicht nicht erstrebenswert. Der Trend einer weiteren Öffnung der Einkommensschere ist aber auf jeden Fall bedenklich und birgt potenziell großen sozialen Zündstoff. Dies belegen etwa die Autoren Wilkinson und Pickett eindrucksvoll, die einen eindeutig negativen Zusammenhang zwischen einer größeren Ungleichheit in der Einkommensverteilung und zahlreichen anderen sozialen und Gesundheits-Indikatoren (z.B. Kriminalität, Vertrauen, psychische Erkrankungen, Drogenkonsum, Lebenserwartung) in den entwickelten Ländern aufzeigen.⁴

Dass eine gleichere Einkommensverteilung durchaus ein realistisches Ziel ist, zeigt der Blick auf andere Länder. So weist beispielsweise Schweden im Jahr 2008 einen Wert von 28,6% auf.⁵ Für Deutschland wird daher als kurzfristiges Ziel bis 2015 die Rückkehr zum Wert von 2001 (20,6%) vorgeschlagen. Bis 2020 sollte ein

Wert wie in Schweden oder jedenfalls Norwegen und Österreich (27,0%) angestrebt werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Um das anvisierte Ziel zu erreichen, ist eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig. Ein wichtiger Schritt ist die weitere Reduktion der Arbeitslosigkeit (vgl. Indikator 18 sowie die Empfehlungen zu Indikator 35). Dabei ist allerdings dafür Sorge zu tragen, dass Erwerbstätigkeit angemessen entlohnt wird, da von einer reinen Ausweitung des Niedriglohnsektors keine Steigerung der Einkommen im unteren Quintil zu erwarten ist. Hier könnte die Einführung adäquater Mindestlöhne Abhilfe schaffen. Weitere zentrale Maßnahmen sind Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur, die beispielsweise den besonders armutsgefährdeten Alleinerziehenden die Aufnahme einer Arbeit erleichtert (vgl. insb. die Empfehlungen zu den Indikatoren 35, 36 sowie 46). Darüber hinaus könnte die Erhöhung der Steuersätze für hohe und sehr hohe Einkommen sowohl einen Beitrag zur Gegenfinanzierung leisten als auch direkt zu einer Reduktion der Einkommensspreizung beitragen.

¹ Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. DIW Wochenbericht 24/2010: 2, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.357505.de/10-24-1.pdf

² Vgl. Schwalbach, Joachim (2010): Vergütungsstudie 2010; http://www2.wiwi.hu-berlin.de/institute/im/_html/Verguetungsstudie_2010.pdf

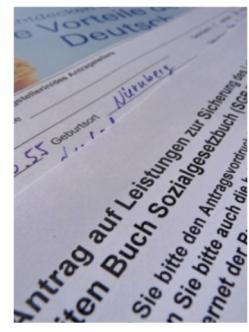
³ Vgl. Goebel/Gornig/Häußermann 2010.

⁴ Vgl. Wilkinson, Richard/Picket, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt Verlag.

⁵ Eurostat, Code: tsisc010; Zugriff: 18.05.2011.

C1

GERECHTE VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN



INDIKATOR 34: Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld pro 1.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Erfasst werden mit diesem Indikator die Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Das Arbeitslosengeld II (ALG II) wurde zum 1. Januar 2005 als Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige auf dem Niveau des soziokulturellen Existenzminimums eingeführt. Es umfasst die frühere Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige und kann auch ergänzend zu anderem Einkommen oder Arbeitslosengeld I bezogen werden. Sozialgeld erhalten hilfebedürftige Personen, die nicht erwerbsfähig sind und mit einem ALG II-Empfänger in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Dazu zählen unter anderem minderjährige Kinder von ALG II-Empfängern, sofern sie mit diesen zusammenleben.

Datenquellen:

Statist. Jahrbuch 2008-2010, Tab. 8.9.1, eigene Berechnung

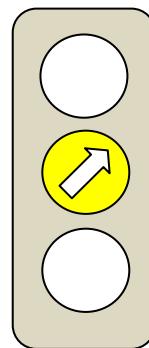
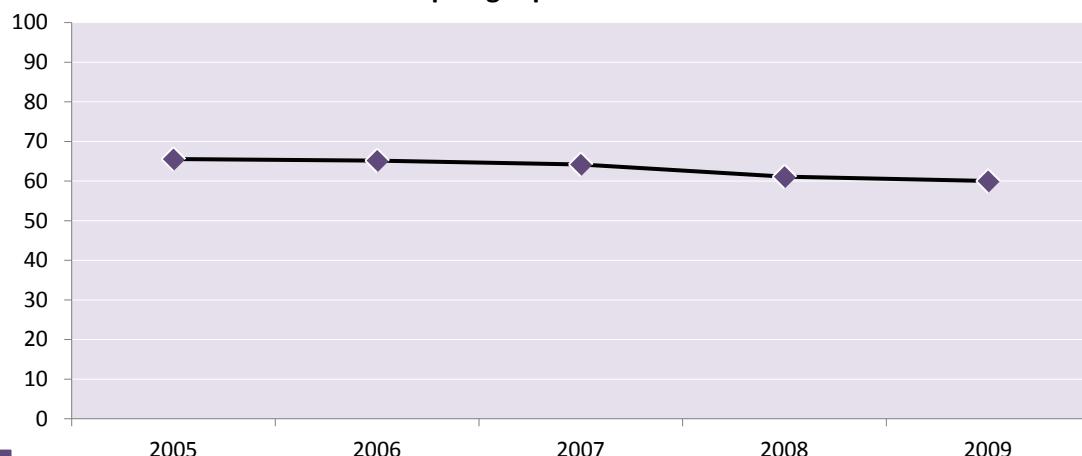
⇒ ENTWICKLUNG

Die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld pro 1.000 Einwohner sank innerhalb von 5 Jahren von 90 (2005) auf 82 Personen (2009). Es zeigt sich also ein positiver Trend. Die Interpretation dieser Daten ist allerdings nicht ganz einfach, da sinkende Zahlen auch auf verschärzte Zugangsbedingungen zu

rückzuführen sein könnten. Zudem hat sich die statistische Erfassung im Zeitraum geändert und einige Werte wurden laut Statistischem Bundesamt geschätzt. Um die Plausibilität einer positiven Interpretation zu prüfen, wird daher auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrachtet.¹ Mit einer Steigerung um ca. 1,2 Mio. Beschäftigte von 26,2 auf 27,4 Mio. im Zeitraum von 2005 bis 2009 zeigt sich auch hier eine klare Verbesserung, die den positiven Trend bestätigt.

Dabei muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor sowie in der Zeitarbeitsbranche entstanden ist. So stieg die Zahl der Niedriglohnbeschäftigen kontinuierlich auf 6,55 Mio. im Jahr 2008 an. Immerhin 12,7% der Vollzeitbeschäftigen und 24,9% der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigen arbeiteten 2008 für einen Niedriglohn.² Waren außerdem im Oktober 2004 noch 1,3% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Zeitarbeit angestellt, verdoppelte sich deren Anteil auf 2,7% im Oktober 2010.³ Diese Entwicklungen tragen auch dazu bei, dass die Zahl der Leistungsempfänger nicht in gleichem Maß zurückging wie die Arbeitslosigkeit. Unter den Empfängern sind zunehmend „Aufstocker“, denen es nicht gelingt, mit ihrem Erwerbseinkommen das Existenzminimum zu decken: Von 23,1% im Jahr 2007 stieg ihr

ALG II-Empfänger pro 1.000 Einwohner



ARBEITSLOSIGKEIT REDUZIEREN

SPEZIFISCHE MAßNAHMEN FÜR RISIKOGRUPPEN

„VERDECKTE“ ARMUT VERMINDERN

GRUNDEINKOMMEN EINFÜHREN

Anteil auf 28,3% im Jahr 2010.⁴

Für den hier präsentierten Indikator über die Empfänger von ALG II und Sozialgeld bleibt dennoch ein positiver Trend festzuhalten, der Pfeil zeigt daher nach oben.

⇒ ZIELSETZUNG

Indikator 34 lässt nur eine qualitative Zielformulierung zu. Im Rahmen des derzeitigen Sozialsystems wäre das Ziel, dass so wenig Menschen *wie möglich* auf ALG II und Sozialgeld angewiesen sind, aber so viele *wie nötig* es erhalten. Bedürftige sollten also in jedem Fall in ausreichendem Umfang unterstützt werden. Inwiefern die aktuelle Transferhöhe dies gewährleistet, ist umstritten, kann durch den hier vorgestellten Indikator aber nicht abgebildet werden. Darüber hinaus sollte das oberste Ziel jedoch sein, möglichst vielen Menschen Alternativen zur Abhängigkeit von (kontroll- und sanktionsbewehrten) Sozialtransfers zu bieten.

Eine Ampelbewertung ist angesichts des Fehlens einer konkreten Zielformulierung schwierig. Um diese Zahl zu verringern, ist das Ziel der Vollbeschäftigung (siehe Indikator 18) zu allererst zu nennen. Da Deutschland von diesem Ziel noch ein Stück entfernt, die Arbeitslosigkeit aber im internationalen Vergleich auch nicht sehr hoch ist, wird eine gelbe Ampel vergeben.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Um die Zahl der Transferempfänger zu verringern, sollte in jedem Fall die Arbeitslosigkeit weiter gesenkt werden. Hier kann auf die bei Indikator 18 aufgeführten Empfehlungen verwiesen werden. Besonderes Gewicht sollte auf der Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit liegen, wobei spezifische Maßnahmenpakete für

besonders benachteiligte Gruppen wie Geringqualifizierte, Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund und Schwerbehinderte notwendig sind. Neben Trainings- und Begleitmaßnahmen, um Langzeitarbeitslose fit für die Aufnahme einer Arbeitsstelle zu machen, können dazu Kombi-Lohn-Modelle beitragen. Langfristig muss die Chancengleichheit insgesamt verbessert werden, insbesondere durch Investitionen in Bildung und Qualifikation, aber auch in Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz von Minderheiten (vgl. dazu auch die Indikatoren 35, 36, 58, 59 und 62). Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Erwerbstätigkeit auch zur Deckung des Existenzminimums ausreicht. Sinnvoll erscheinen dafür die Einführung flächendeckender Mindestlöhne sowie die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, um beispielsweise auch Menschen mit Kindern die Arbeitsaufnahme zu erleichtern (vgl. auch die Indikatoren 33, 46).

Zur Erreichung des Ziels einer optimalen Versorgung sollte außerdem die sog. „verdeckte Armut“ weiter reduziert werden, auch wenn die Nichtinanspruchnahme von Leistungen durch die Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vermutlich zurückgegangen ist.⁵ Dazu müssen Informationsmängel behoben und bürokratische Hürden gesenkt, aber auch die Angst vor Stigmatisierung gemindert werden.

Es erscheint allerdings fraglich, ob solche hinlänglich bekannten „Reparaturversuche“ des Sozialsystems die schwierige Lage der Empfänger bedarfshängiger Transfers tatsächlich ausreichend verbessern kann. Eine mögliche Alternative besteht in der Einführung eines garantierten Grundeinkommens (siehe dazu das Schlusskapitel).

¹ Es werden hier absichtlich nur die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ausgewählt, da die Einzahlung in die Sozialkassen von entscheidender Bedeutung für die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme ist.

² Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglohnbeschäftigung 2008. IAQ-Report 2010-06, <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report2010-06.pdf>

³ Bundesagentur für Arbeit (2011): Zeitarbeit in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Arbeitsmarktberichterstattung Januar 2011, 14.

⁴ Webportal „Sozialpolitik aktuell“ der Universität Duisburg-Essen: Erwerbstätigkeit und Grundsicherungsbezug 2007 – 2010, http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abblV81.pdf, Zugriff 7.9.2011. Hinzu kommen Aufstocker, die Leistungen aus anderen Hilfssystemen wie Wohngeld und Kinderzuschlag erhalten.

⁵ Deutscher Bundestag (2008): Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008, Drucksache 16/9915, 41. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609915.pdf>

C2

HOHES NIVEAU VON AUS- UND WEITERBILDUNG



INDIKATOR 35: Bevölkerungsanteil der 20-24-Jährigen mit Hochschulreife

⇒ DEFINITION

Anteil der 20-24-Jährigen mit Fach- oder allgemeiner Hochschulreife an der Gruppe der 20-24-Jährigen insgesamt.

Datenquellen:

Statist. Jahrbuch, versch. Jahrgänge, bis 2003 Tab. 16.1, 2004-Tab. 5.1, 2006-2009 Tab. 6.1, 2010 Tab. 2.1.1, eigene Berechnung

⇒ ENTWICKLUNG

Immer mehr 20- bis 24-Jährige verfügen über die Hochschulreife: Ihr Anteil an der Bevölkerungsgruppe gleichen Alters ist über den gesamten Zeitraum fast ausnahmslos gestiegen. Von 1991 bis 2009 wuchs er von 23,3% auf 41,2% und damit um rund 18 Prozentpunkte in 19 Jahren. Insbesondere in den Jahren 2006 bis 2008 kam es zu einem raschen Anstieg. Der Pfeil zur Bewertung des Trends zeigt daher nach oben.

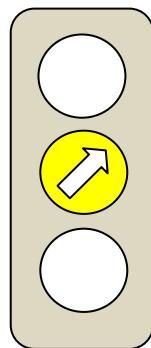
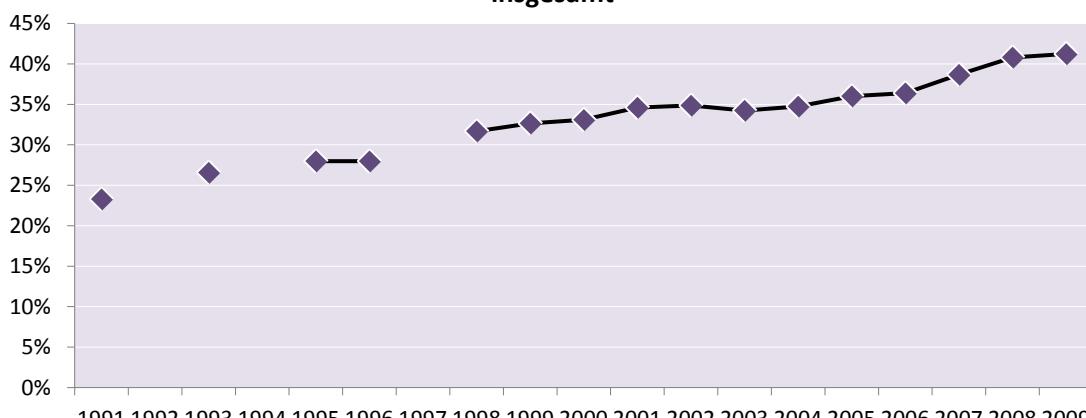
Dabei haben die Frauen mittlerweile deutschlandweit nicht nur auf-, sondern die Männer eingeholt: 2008 hatten 45% der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren, aber nur 36,9% der Männer gleichen Alters (Fach-)Abitur. In acht von sechzehn Bundesländern betrug die Differenz mehr als 10 Prozentpunkte. Am geringsten war der Unterschied mit „nur“ 3,7 Prozentpunkten in Baden-Württemberg. Große Unterschiede zwischen

den Bundesländern zeigen sich auch im Vergleich der Abiturientenquoten insgesamt. Während 2008 in den Stadtstaaten mit Berlin an der Spitze (50%), aber auch in NRW (47,7%) und Hessen (45,4%) über 45% der 20- bis 24-Jährigen über die Hochschulreife verfügen, bleiben besonders Bayern (34,4%), Sachsen-Anhalt (31,3%) und Mecklenburg (28,8%) deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt.¹ Signifikante Unterschiede in Bezug auf die besuchte Schulart und damit auch auf den Erwerb der Hochschulreife ergeben sich im Übrigen in Abhängigkeit von der familiären Herkunft. Menschen aus einem Elternhaus mit niedrigem sozioökonomischen Status und/oder mit Migrationshintergrund (vergleiche dazu Indikator 59) machen deutlich seltener (Fach-)Abitur. So besuchten 2006 61% der 15-Jährigen, deren Eltern in Deutschland geboren waren und die über einen hohen sozioökonomischen Status verfügten, ein Gymnasium. Von den deutschstämmigen 15-Jährigen aus einem Elternhaus mit niedrigem Status waren es dagegen nur 13%. In allen Statusgruppen war zudem der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ein Gymnasium besuchten, geringer als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.²

⇒ ZIELSETZUNG

Ein hoher allgemeiner Bildungsgrad trägt angesichts des Wandels zur „Wissensgesellschaft“ nicht nur zur

Anteil der 20-24-Jährigen mit Hochschulreife an der Gruppe der 20-24-J. insgesamt



CHANCENGLEICHHEIT HERSTELLEN

FRÜHE DIAGNOSE UND FÖRDERUNG

GANZTAGESANGEBOTE AUSBAUEN

DURCHLÄSSIGKEIT ERHÖHEN

Verbesserung der individuellen Berufschancen junger Menschen bei, sondern ist auch volkswirtschaftlich wünschenswert. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern machen deutlich, dass bundesweit durchaus Steigerungsmöglichkeiten bestehen. Auch in anderen Staaten erreichen deutlich mehr Schüler den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss.³ Die positive Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte sollte insofern fortgesetzt werden. Dabei sollte auch eine Konvergenz zwischen Frauen und Männern auf das höhere Niveau des Anteils 20-24jähriger Frauen mit (Fach-)Abitur angestrebt werden. Als konkreten mittelfristigen Zielwert schlagen wir daher einen Anteil von 50% der 20- bis 24-Jährigen bis 2020 vor. Das Erreichen der Hundertprozent-Marke erscheint weder realistisch noch sinnvoll, insbesondere vor dem Hintergrund des sehr erfolgreichen dualen Berufsbildungssystems in Deutschland und der Möglichkeit, auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur zu einem späteren Zeitpunkt nachzumachen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Trotz des stetig steigenden Bevölkerungsanteils von Menschen mit Hochschulreife bedarf es vor allem im Hinblick auf die Gewährleistung von Chancengleichheit weiterer Verbesserungen. Die Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund (siehe dazu auch die Empfehlungen zu Indikator 59) oder aus einem

Elternhaus mit niedrigem sozioökonomischem Status muss verringert werden. Zentrale Maßnahmen sind der Abbau der Leistungsdifferenzen, die bereits im Kindergarten- und Grundschulalter erkennbar werden, durch frühe Diagnose und Förderung besonders im sprachlichen Bereich.⁴ Ein Ausbau des Betreuungsangebots im Vorschulalter und Ganztagsangebote könnten dies unterstützen (vergleiche auch Indikator 46). Einen wichtigen Beitrag könnte zudem längeres gemeinsames Lernen leisten, da in den verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe die Entfaltung von Potentialen sehr unterschiedlich verläuft.⁵ Damit könnten auch Herkunftseffekte gemildert werden, die sich etwa daraus ergeben, dass Eltern mit geringem Bildungsgrad ihre Kinder selbst bei guten Leistungen seltener am Gymnasium anmelden. Bleibt eine grundlegende Strukturreform aus, müssen zumindest Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit im Bildungssystem verbessert werden, um Bildungswege korrigieren zu können.⁶ Mit der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium wird derzeit allerdings eher ein gegenteiliger Weg eingeschlagen, da dies den Übergang von einer anderen Schulart in die gymnasiale Oberstufe erschwert. Neben Gesamtschulen werden daher mittelfristig voraussichtlich Berufs- und Fachgymnasien eine zunehmende Rolle spielen müssen.⁷

¹ Daten auf Anfrage bereitgestellt durch das Statistische Bundesamt.

² Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg. 2010): Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld: Bertelsmann, 65. Online unter <http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=8400>

³ Von internationalen Vergleichswerten wird hier dennoch abgesehen, weil in vielen anderen Ländern kein mit der deutschen dualen Berufsausbildung vergleichbares System besteht und daher ein größerer Teil der Schüler länger allgemeinbildende Schulen besucht.

⁴ Ditton, Hartmut/Krüskens, Jan/Schauenberg, Magdalena (2005): Bildungsungleichheit - der Beitrag von Familie und Schule, in Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 8(2), 301.

⁵ Baumert, Jürgen/Trautwein, Ulrich/Artelt, Cordula (2003): Schulumwelten – institutionelle Bedingungen des Lehrens und Lernens. In: Baumert, Jürgen et al. (Hrsg., 2003): PISA 2000 – Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, 261-333.

⁶ Ditton/Krüskens/Schauenberg (2005): 301.

⁷ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg. 2010): 66.

C2

HOHES NIVEAU VON AUS- UND WEITERBILDUNG



INDIKATOR 36: Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI)

⇒ DEFINITION

Mit diesem Indikator wird die Zahl der Personen mit neuem Ausbildungsvortrag (Stichtag 30.09.) ins Verhältnis zur Zahl aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen gesetzt.¹ Die zuletzt genannte Gruppe (im Nenner) ergibt sich rechnerisch als Summe der neuen Ausbildungsvorträge und der gemeldeten Bewerber/innen, abzüglich jener gemeldeten Bewerber/innen, die in eine Lehrstelle einmünden (andernfalls käme es zu Doppelzählungen).²

Datenquellen:

Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit in Eberhard, Verena /Ulrich, Joachim G. (2010): Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung, in: Bosch, Gerhard/Krone, Sirikit/Langer, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften sowie aus Gehricke, Naomi/Uhl, Alexandra/Ulrich, Joachim G. (2011): Wie hoch ist die Quote der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen? Indikatoren zur Bildungsbeteiligung, in: BiBBwp 1/2011, www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/id/6592.

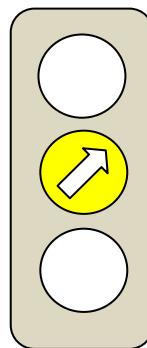
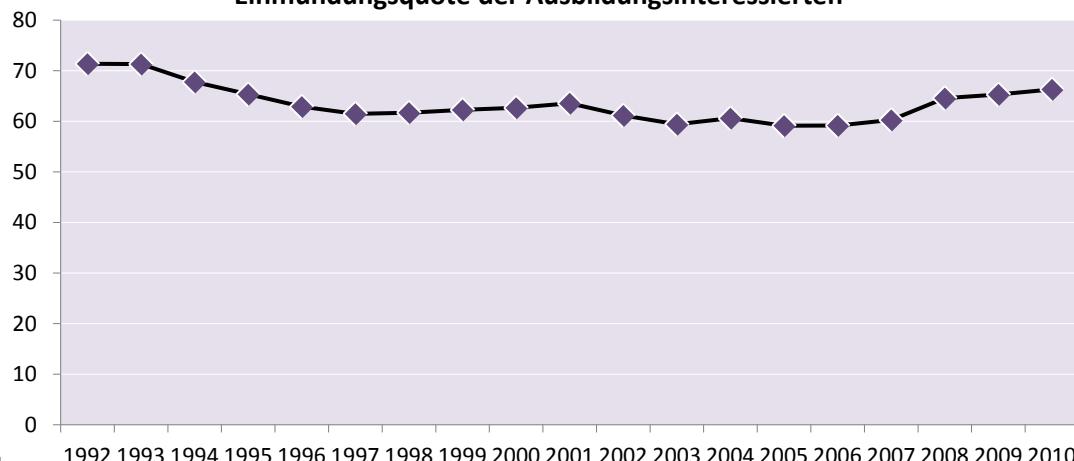
⇒ ENTWICKLUNG

Die Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten

fiel in den 1990er Jahren zunächst deutlich von 71,4 % im Jahr 1993 auf 61,5 % im Jahr 1997. Einer zwischenzeitlichen leichten Steigerung bis zum Jahr 2001 (64 %) folgte in den darauffolgenden Jahren zunächst wieder ein Rückgang. 2005 fanden nur 59,1 % der Ausbildungsinteressierten eine Lehrstelle im dualen Berufsbildungssystem. Ab 2007 ist eine deutliche Steigerung zu erkennen, so dass im Jahr 2010 mit 66,3 % erstmals seit den frühen 1990er Jahren wieder ein Wert über 65 % erreicht wurde. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch, dass noch immer ca. 34 % der Ausbildungsinteressierten keine Lehrstelle finden. Dabei gibt es große regionale Unterschiede. Während in großstädtischen Zentren Westdeutschlands mit günstiger Arbeitsmarktlage und hoher Dynamik ein ausgeglichenes Nachfrage-Angebots-Verhältnis besteht, ist die Situation in großstädtischen Regionen in Westdeutschland mit hoher Arbeitslosigkeit sowie in ganz Ostdeutschland besonders schwierig.³

Die Gründe für die Entwicklung der EQI sind vielfältig. Zu den einflussreichen „Großtrends“ gehört die Entwicklung der Zahl der Ausbildungsinteressierten, die in den 1990er Jahren kontinuierlich stieg, in den Folgejahren auf hohem Niveau schwankte und erst 2009 wieder deutlich fiel. Dem stand aus Gründen des Strukturwandels und gerade in den frühen 2000er Jahren auch konjunkturbedingt keine entsprechende Steigerung der

Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten



BENACHTEILIGTE GRUPPEN UNTERSTÜTZEN EINSTIEGSQUALIFIZIERUNG FÜR JUGENDLICHE ANREIZE FÜR DIE SCHAFFUNG VON AUSBILDUNGSPLÄTZEN INFORMATIONS- UND IMAGEKAMPAGNEN

betrieblichen Ausbildung gegenüber.⁴ In den letzten Jahren resultierten ein zeitweiliger Anstieg der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge (der mit dem allgemeinen Anstieg der Beschäftigung einherging, sich 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise allerdings umkehrte) einerseits, eine rückläufige Ausbildungsnachfrage aufgrund sinkender Schulabgängerzahlen andererseits in einer positiven Entwicklung. Bundesregierung und Wirtschaft erwarten gemäß Nationalem Ausbildungspakt 2010 angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft grundsätzlich eine Fortsetzung dieses Trends.⁵

⇒ ZIELSETZUNG

Menschen ohne eine berufliche Ausbildung haben wesentlich größere Schwierigkeiten, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten oder sind sogar dauerhaft von Arbeitslosigkeit bedroht. Ziel sollte daher sein, jedem ausbildungsinteressierten Jugendlichen in Deutschland einen geeigneten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der bestehenden Lücke von 34 % wird für den aktuellen Zustand eine gelbe Ampel vergeben.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Trotz des erwarteten positiven Trends gilt es, vor allem benachteiligte Gruppen unter den Ausbildungsinteressierten weiterhin zu unterstützen. Dies beginnt bereits im Vorfeld bei der Verbesserung der Bildungschancen

und der Qualifikation im Rahmen der allgemeinen Schulbildung (vergleiche auch die Empfehlungen zu den Indikatoren 35 und 59), aber auch des sog. Übergangssystems.⁶ Sinnvolle Maßnahmen können Programme wie die „Einstiegsqualifizierung für Jugendliche“ (geförderte Betriebspraktika) sein, die im Zuge des Nationalen Ausbildungspaktes ins Leben gerufen wurde, wobei auf eine Fokussierung auf die wichtigsten Zielgruppen zu achten ist.⁷ Dies setzt allerdings die Bereitschaft der Betriebe voraus, sich auch für geringer qualifizierte Bewerber zu öffnen. Auch die Verdrängung regulärer Ausbildungsplätze sollte vermieden werden. Insgesamt gilt es – angesichts stagnierender Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquoten – zudem, weitere Anreize für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu schaffen. Auch sollten Friktionen verringert werden, die einerseits Jugendliche ohne Ausbildungsplatz lassen, andererseits zu offenen Stellen führen: Informations- und Imagekampagnen sowie verbesserte Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten für bestimmte Berufe könnten die Bereitschaft erhöhen, einen bislang weniger bekannten oder beliebten Job zu erlernen. Regionale Diskrepanzen können einerseits durch die Förderung der Mobilität junger Menschen, andererseits durch die Förderung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur in wirtschaftlich eher schwachen Regionen bekämpft werden. Aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung erscheint insbesondere letzteres erstrebenswert.

¹ Gehricke, Naomi/Uhly, Alexandra/Ulrich, Joachim G. (2011): Wie hoch ist die Quote der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen? Indikatoren zur Bildungsbeteiligung, in: BiBB bwp 1/2011, www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/id/6592.

² Die EQI bezieht sich nur auf Jugendliche, deren Berufseignung offiziell als ausreichend eingestuft. Nicht berücksichtigt werden Einmündungen in voll- oder teil-qualifizierende schulische Berufsausbildungen. Gehricke, Naomi/Uhly, Alexandra/Ulrich, Joachim G. (2011): 42.

³ Krone, Sirikit (2010): Aktuelle Problemfelder der Berufsbildung in Deutschland, in: Bosch, Gerhard/Krone, Sirikit/Langer, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

⁴ Dietrich, Hans/Koch, Susanne/Stops, Michael (2004): Ausbildung muss sich lohnen – auch für die Betriebe. IAB-Kurzbericht Nr. 6, 12.3.2004, doku.iab.de/kurzber/2004/kb0604.pdf

⁵ Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2010-2014. Online verfügbar unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Ausbildung-und-Beruf/ausbildungspakt,did=383362.html>.

⁶ Zum Übergangssystem zählen außerschulische Maßnahmen und schulische Bildungsgänge, die zu keinem qualifizierten Berufsabschluss führen.

⁷ Vergleiche die Kritik von Bundesrechnungshof und Bundesagentur an der Umsetzung der Einstiegsqualifizierung. Oschmansky, Frank (2010): Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt, http://www.bpb.de/themen/HUD9Y4,2,0,Die_Lage_auf_dem_Ausbildungsmarkt.html#art2, Zugriff 7.9.2011.

C3

HOHES NIVEAU VON FORSCHUNG UND LEHRE



INDIKATOR 37: Ausgaben für Hochschulen in Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts

⇒ DEFINITION

Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Hochschulen an den Gesamtausgaben öffentlicher Haushalte in Deutschland.

Datenquellen:

Statist. Jahrbuch, versch. Jahrgänge, Tab. Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach ausgewählten Aufgabenbereichen (23.4.5); Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte (23.1.1); eigene Berechnung

⇒ ENTWICKLUNG

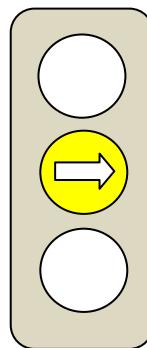
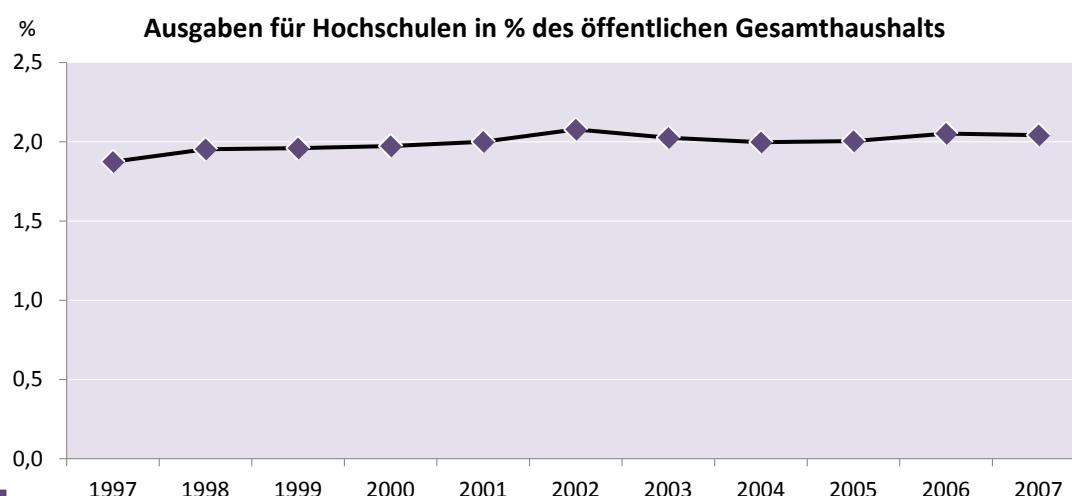
Der Anteil der Hochschulausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt stieg zwischen 1997 und 2002 zunächst von 1,87% auf 2,08 % an. Bis 2004 fiel er allerdings wieder auf 2,00%. Der letzte verfügbare Wert lag 2007 bei 2,04 %. Ein klarer Trend ist nicht erkennbar, weswegen ein waagrechter Pfeil vergeben wird.

⇒ ZIELSETZUNG

Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist nicht der einzige Faktor, der die Qualität der Hochschulbildung beeinflusst. Eine ausreichende Finanzierung ist aber eine zentrale Voraussetzung für eine hochwertige Bildungsinfrastruktur, die nach allgemeinem Verständnis ein wichtiges Ziel in einer „Wissensgesellschaft“ ist.

Der Anteil der Hochschulausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt lässt Rückschlüsse darauf zu, welcher Stellenwert der tertiären Bildung in Deutschland tatsächlich zugemessen wird. Dabei zeigt sich im internationalen Vergleich, dass die Bundesrepublik hier durchaus nicht zu den Spaltenreitern gehört: So wurden beispielsweise in Schweden nach OECD-Angaben 2,59% des öffentlichen Gesamthaushalts 2006 für Hochschulen aufgewandt.¹ Auch gemessen am Anteil der öffentlichen Hochschulausgaben am Bruttoinlandsprodukt zeigt der europaweite Vergleich, dass Deutschland nur im Mittelfeld liegt. 2006 entsprachen die Ausgaben der Bundesrepublik mit 1,1% genau dem Durchschnitt der 27 EU-Staaten. Nicht nur die skandinavischen Staaten liegen darüber (Dänemark mit 2,3% an der Spitze), auch die Niederlande (1,5%) und Österreich (1,5%) geben in Relation zu ihrem BIP deutlich mehr aus als Deutschland.² Die andauernde Unterfinanzierung deutscher Hochschulen wurde darüber hinaus in den letzten Jahren in verschiedenen wissenschaftlichen Studien (erneut) untermauert. Nach Timmermann ist sogar eine seit langem real sinkende öffentliche Hochschulfinanzierung zu beobachten.³ Gleichzeitig haben zahlreiche andere OECD-Staaten ihre Hochschulausgaben deutlich gesteigert.⁴

Betrachtet man (Hochschul-)Bildungsinvestitionen als einen der zentralen Bausteine einer zukunftsfähigen



UMSCHICHTUNG IN ÖFFENTLICHEN HAUSHALTEN

GRÖßEREN SCHWERPUNKT AUF BILDUNG

STAATLICHE FINANZIERUNG SICHERN

SOWOHL IM HOCHSCHUL- ALS AUCH IM PRIMARBEREICH

Gesellschaft, weist Deutschland hier noch Defizite auf. Insgesamt wird deswegen eine gelbe Ampel vergeben. Ziel sollte daher eine Steigerung des Anteils der Ausgaben für Hochschulen am öffentlichen Gesamthaushalt sein. Als Orientierung kann die Prioritätensetzung in den skandinavischen Staaten dienen, die teilweise einen doppelt so hohen Teil ihres BIP in die tertiäre Bildung investieren.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Um dem zentralen Stellenwert von Bildung gerecht zu werden, sollte in den öffentlichen Haushalten Deutschlands umgeschichtet werden. Dabei ist von einer Umschichtung innerhalb des Bildungsbereichs abzuraten; die Unterfinanzierung gerade im Primarbereich ist eher noch größer als die der Hochschulen. Vielmehr sollten

Ausgaben wie umweltschädliche Subventionen⁵ und für Rüstung und Verteidigung auf den Prüfstand gestellt werden. Nimmt man Bildung als gesellschaftliches Ziel ernst, ist aber auch eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen zu ihrer Finanzierung zu erwägen. Auch hierbei lohnt sich ein Blick nach Skandinavien. In Schweden ermöglichen hohe Steuereinnahmen (Grenzsteuersatz der Einkommensteuer derzeit 57%)⁶ eine ganz überwiegend staatliche Hochschulfinanzierung, die – so Timmermann – einerseits aufgrund einer leistungsorientierten Finanzierung der Hochschulen effizient, andererseits durch eine teilweise nachgelagerte Studienfinanzierung – zu Stipendien kommen elternunabhängige kostengünstige Studiendarlehen des Staates – sozial gerecht scheint.



¹ OECD statistics, Expenditure by funding source and transaction type, Zugriff: 17.05.2011; Government expenditure by function, Zugriff: 19.05.2011.

² Geringfügig darüber liegen Belgien mit 1,3% und Frankreich mit 1,2%. Quelle: EACEA (2009): Key Data on Education Europe 2009.

³ Timmermann, Dieter (2010): Alternativen der Hochschulfinanzierung. Arbeitspapier der Hans Böckler-Stiftung, Nr. 211, 29.

⁴ Vgl. Berthold, Christian/Gabriel, Gösta/Ziegele, Frank (2007): Aktivierende Hochschulfinanzierung (AktiHF). Ein Konzept zur Beseitigung der Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen, CHE, Gütersloh, Arbeitspapier, Nr. 96, 12-14.

⁵ Im Jahr 2008 beliefen sich diese in Deutschland laut einer Studie im Auftrag von Greenpeace auf rund 34 Milliarden € (vgl. Greenpeace (Hrsg. 2008): Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes. Berlin), das Umweltbundesamt kam 2010 sogar auf 48 Milliarden €.

⁶ Timmermann, Dieter (2010); op. cit., 62-64.

C3

HOHES NIVEAU VON FORSCHUNG UND LEHRE



INDIKATOR 38: Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Der Indikator erfasst die Zahl der Patentanmeldungen, die als inländische Direktanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) eingegangen sind, sowie deutsche Anmeldungen beim Europäischen Patentamt. Um Doppelzählungen zu vermeiden, können Anmeldungen bei DPMA und EPA nicht zusammenge-rechnet werden.

Datenquellen:

DPMA-Anmeldungen: *Jahresberichte des DPMA, versch. Jahrgänge*, EPA-Anmeldungen: Eurostat; Code: tsiir060, Zugriffsdatum: 23.05.2011 sowie EPA-Jahresbericht 2009, eigene Berechnung.¹

⇒ ENTWICKLUNG

Die Entwicklung der beim Deutschen Patent- und Markenamt eingegangenen Patentanmeldungen folgt im betrachteten Zeitraum keinem klaren Trend. Der Anstieg der Anmeldungszahlen von 1996 bis 2000 kulmi-nierte im Jahr 2000 bei 63 Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner. In den folgenden zehn Jahren schwankte die Zahl angemeldeter Patente pro 100.000 Einwohner zwischen 56 und 60. Die Entwicklung der deutschen EPA-Anmeldungen verlief ähnlich, wies al-lerdings auf deutlich niedrigerem Niveau bis 2008 eine stärkere positive Entwicklung auf.² Da kein eindeutiger

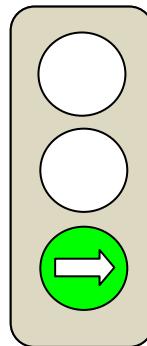
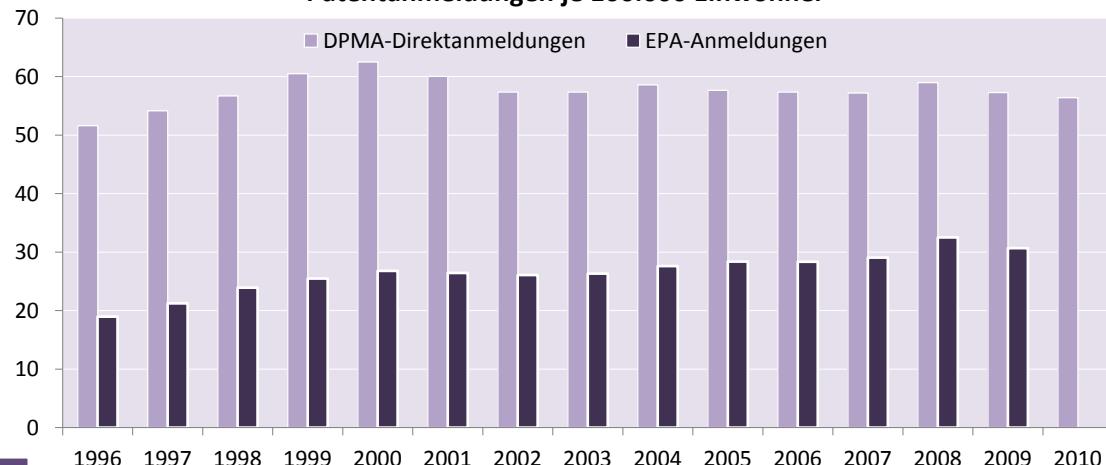
Trend auszumachen ist, wird ein waagerechter Pfeil vergeben.

Die Angaben des Europäischen Patentamts ermöglichen einen Vergleich der Zahl deutscher Patentanmel-dungen mit denen anderer Staaten. Dabei zeigt sich, dass Deutschland einen Spaltenplatz innehat: Unter den Mitgliedern der EU-27 kommt lediglich Schweden im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl 2007 auf etwas mehr Patentanmeldungen. Übertrroffen wird Deutsch-land relativ zur Einwohnerzahl auch von der Schweiz. Betrachtet man die absolute Zahl beim EPA angemel-deter Patente, übertreffen jedoch allein die USA (31.900) Deutschland (23.900).³ Auch Daten zu Patent-anmeldungen im Rahmen des weltweiten „Patent Coop-eration Treaty“ bestätigen die deutsche Spaltenpositi-on. In den letzten zehn Jahren meldeten nur die USA und Japan absolut mehr Patente an.⁴ Insgesamt wird deswegen eine grüne Ampel vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Patente sind Indikator und wichtiger Baustein für Inno-vation zugleich. Den Erfindern einer technologischen Neuerung sichert der Patentschutz die zeitlich begrenzte Verfügungsgewalt über die Nutzung ihrer Erfindung und so die Möglichkeit, damit Gewinn zu erzielen. Dies ist gleichzeitig ein ökonomischer Anreiz, vermehrt in Forschung und Entwicklung zu investieren und fördert

Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner



INNOVATIONS- UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG STÄRKEN

VERBESSERUNG VON BILDUNGSSTRUKTUREN

BÜROKRATISCHEN AUFWAND VERMINDERN

FEHLENTWICKLUNGEN ENTGEGENWIRKEN

die Innovationsleistung einer Gesellschaft, was sich wiederum in höheren Patentzahlen niederschlägt. Deutschland sollte insofern danach streben, die hohe Zahl von Patentanmeldungen aufrecht zu erhalten und weiterhin eine internationale Spitzenposition einzunehmen. Dabei sollte neben der quantitativen auch die qualitative Dimension eine wichtige Rolle spielen: Innovationen und Patentschutz müssen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Um die deutsche Innovationsstärke zu erhalten und weiter zu verbessern, sind staatlicherseits vor allem spezifische Innovations- und Forschungsförderung und Verbesserungen der Bildungsinfrastruktur gefragt. Studien zur Innovationsfähigkeit Deutschlands kritisieren regelmäßig die Unterfinanzierung und Schwächen des deutschen Bildungssystems.⁵ Hier ist unter anderem auf die Empfehlungen zu den Indikatoren 35 bis 37 sowie 59 zu verweisen. Gesteigert werden sollten auch die Absolventenzahlen im Bereich der tertiären Bildung, insbesondere naturwissenschaftlicher und tech-

nischer Studiengänge. Vielfach wird darüber hinaus eine generelle steuerliche Begünstigung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gefordert, unabhängig von speziellen Programmen.⁶ Ziel ist die Verringerung bürokratischen Aufwands, der gerade für kleinere und neu gegründete Unternehmen zum Hindernis werden kann. Eine solche Förderung ohne Ansicht der Forschungsinhalte erscheint jedoch im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise nur dann wünschenswert, wenn die übrigen Rahmenbedingungen eine klare Wende hin zu erneuerbaren Energien sowie Energie- und Rohstoffeffizienz und weg von Umwelt belastenden Produktionsstrukturen einleiten. Bestehen hier noch Zweifel, ist eine gezielte Unterstützung der Innovation vor allem im – in Deutschland ohnehin starken – Umwelttechnikbereich vorzuziehen. Zu warnen ist außerdem vor einer Steigerung der Patentzahlen durch die Ausweitung patentierbarer Bereiche, insbesondere auf lebende Organismen. Bei gefährlichen Fehlentwicklungen auf Kosten von Lebensgrundlagen bzw. des Zugangs dazu sollte entschieden gegengesteuert werden.



¹ Da noch keine aktuellen Zahlen zum Bevölkerungsstand 2010 verfügbar sind, wurde für 2010 mit den Bevölkerungsdaten des Jahres 2009 gerechnet.

² In den Jahren 1990 bis 1995 verzeichneten EPA-Anmeldungen einen sehr raschen Anstieg, was jedoch vermutlich mit einem geänderten Anmeldeverhalten zu erklären ist. Auch der weiterhin positive Trend von 2000 bis 2008 könnte zumindest teilweise durch eine zunehmende „Europäisierung“ der Anmeldungen zurückzuführen sein.

³ Eurostat; Code: tsc00009.

⁴ WIPO (2011): PCT – The International Patent System. Yearly Review. Developments and Performance in 2010. www.wipo.int/pct/en/activity/pct_2010.pdf

⁵ BDI/Deutsche Telekom-Stiftung (Hrsg. 2009): Innovationsindikator Deutschland 2009, <http://www.innovationsindikator.de/der-innovationsindikator/gesamtergebnis/komplette-publikation-zum-download-als-pdf/>

⁶ BDI/Deutsche Telekom-Stiftung 2009, op. cit., 66–68.

C4

AUSGEWOGENE BEVÖLKERUNGS- UND SIEDLUNGSSTRUKTUR



INDIKATOR 39: Wanderungssaldo

⇒ DEFINITION

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug nach Deutschland zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die Deutschland durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.

Datenquellen:

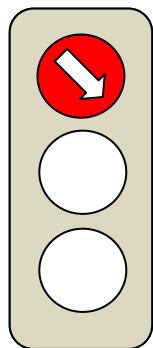
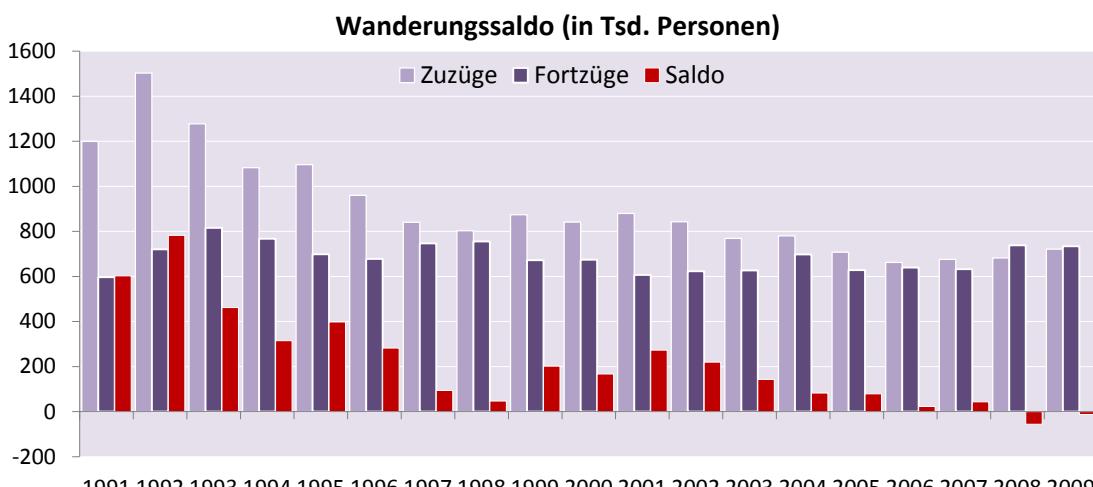
Statist. Bundesamt, www-genesis.destatis.de, Wandernsstatistik, Tab. 12711-0003, Stand: 24.05.2011

⇒ ENTWICKLUNG

Einen hohen positiven Wanderungssaldo verzeichnete Deutschland zuletzt zu Beginn der 1990er Jahre: Die meisten Menschen zogen im Jahr 1992 zu; mit 782.100 war in diesem Jahr auch der Wanderungssaldo am größten. Bis 1998 sank der Saldo, stieg dann aber bis 2001 wieder kontinuierlich an. Danach ging er zurück, bis es 2008 erstmals zu einem negativen Wanderungssaldo von minus 55.743 Menschen kam. Auch im Jahr 2009 trat wieder ein, wenn auch geringerer, negativer Wanderungssaldo von minus 12.782 Menschen auf.¹ Damit weist Deutschland in den letzten Jahren bei tendenziell rückläufigen Zuzugszahlen im Trend eine nur knapp ausgeglichene Wanderungsbilanz auf. Dies beobachtet unter anderem der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) mit Sorge.² Daher wird eine rote Ampel vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Bei der Bewertung dieser Entwicklung spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Ein wichtiger Aspekt ist der demographische Wandel in Deutschland, der in den kommenden Jahrzehnten zu einem drastischen Bevölkerungsrückgang führen könnte. Gemäß der mittleren Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes ist bereits bei einem positiven Wanderungssaldo von 100.000 Menschen jährlich ab 2014 mit einem Rückgang der Bevölkerung um etwa 5 Millionen im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2008 (Bevölkerungsstand 82 Mio.) zu rechnen. Sogar bei einem – wenig wahrscheinlichen – starken Anstieg der Geburtenhäufigkeit (siehe Empfehlungen zu Indikator 40) wäre für den Erhalt des derzeitigen Bevölkerungsstandes ein Zuzug von „netto“ 100.000 Personen nötig. Schon eine alleinige Betrachtung des demographischen Wandels legt daher das Ziel eines positiven Wanderungssaldos von *mindestens* 100.000 Menschen pro Jahr nahe. Darüber hinaus lässt sich das Verhältnis von Zu- und Fortzügen auch als Indikator für die Attraktivität eines Landes lesen: Eine hohe Zahl von Auswanderern bei sinkenden Einwandererzahlen deutet demnach auf eine sinkende Anziehungskraft Deutschlands als Wohn- und Arbeitsort hin. Besonders wenn es sich um Fachkräfte handelt, kann dies hohe volkswirtschaftliche Kosten zur Folge haben. Darüber hinaus machen humanitäre



ABSENKUNG DER EINKOMMENSUNTERGRENZE

MENSCHENRECHTLICHEN VERPFLICHTUNGEN NACHKOMMEN

RESETTLEMENT-PROGRAMM EINRICHTEN

INTEGRATIONSBEMÜHUNGEN VERSTÄRKEN

Gründe eine großzügige Aufnahme von Zuwanderern über wirtschaftliche Nutzenerwägungen hinaus notwendig, nicht zuletzt angesichts der durch den Klimawandel drohenden Verwerfungen und anderer Krisen weltweit. Eine positive gesellschaftliche Grundhaltung zur Migration erscheint somit als wichtiges übergeordnetes Ziel der (Zu-)Wanderungspolitik.³

⇒ EMPFEHLUNGEN

Deutschland steht einerseits vor der Herausforderung, besonders für hoch qualifizierte Einwanderer (und Einheimische!) attraktiv zu bleiben und sogar attraktiver zu werden.⁴ Erste Schritte könnten die Lockerung der Zuwanderungsbestimmungen wie die Absenkung der Einkommensuntergrenze für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte aus nicht EU-Staaten und die erleichterte Anerkennung von Bildungsabschlüssen sein. Als international relativ „unbekanntes“ Einwanderungsland, muss Deutschland verstärkt nach außen signalisieren, dass Zuwanderer willkommen sind. Der SVR empfiehlt dafür ein „übersichtliches und zusammenhängendes Regelwerk für wirtschaftlich erwünschte Zuwanderung“⁵ zu schaffen. Zum Schutz der Rechte migrantischer Arbeitnehmer sollte die Bundesrepublik zudem die UN-Wanderarbeiterkonvention ratifizieren. Andererseits muss Deutschland seinen auf den Menschenrechten gründenden Verpflichtungen nachkommen, Schutzsuchende aufzunehmen und das Recht auf Familiennachzug zu gewähren. Dafür sollte es zum einen seine nationalen Spielräume für eine liberale Aufnahmepraxis nutzen (etwa in Bezug auf die Aufnahme

aus humanitären Gründen, wo individuelle Schutzansprüche fehlen, und Geduldete). Eine wichtige Maßnahme wäre die Einrichtung eines Resettlement-Programmes, über das jährlich eine festgelegte Zahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus einem anderen Erstaufnahmestaat in Deutschland dauerhafte Aufnahme finden würde.⁶ Darüber hinaus sollte die Bundesrepublik im Rahmen der EU auf eine Migrationspolitik dringen, die legale Einreisemöglichkeiten in die Union eröffnet und sich nicht auf Abschottung und Abwehr an den Grenzen beschränkt.

Selbstverständlich ist Einwanderung immer auch eine Herausforderung für das Aufnahmeland. Vor Integrationsschwierigkeiten dürfen Politik und Gesellschaft daher die Augen nicht verschließen, sondern müssen ihnen aktiv begegnen. Eingewanderte müssen die gleichen Chancen auf Beteiligung am Arbeitsmarkt, an Bildung, in der Politik und anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen haben, aber auch die gleichen Verpflichtungen übernehmen wie Einheimische.⁷ Wichtige Schritte dafür sind unter anderem Maßnahmen, wie sie für die Indikatoren 59 (Anteil Ausländer mit Abitur bzw. Hauptschulabschluss im Vergleich zu den Anteilen Deutscher mit entsprechenden Schulabschlüssen) und 60 (Arbeitslosenquote von Ausländern) vorgeschlagen werden. Insbesondere jenen Migranten, die bisher weitgehend vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder langen Wartefristen unterworfen werden (etwa Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte), sollte der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden.

¹ Ein nicht zu quantifizierender Teil der Abwanderung ist jedoch auf die Bereinigung der kommunalen Melderegister in den Jahren 2008 und 2009 zurückzuführen, die sich in erhöhten Fortzugszahlen niedergeschlagen haben. Der Migrationsforscher Klaus J. Bade rät daher, zur Beurteilung der Abwanderungszahlen noch etwas abzuwarten. Vgl. Bade, Klaus (2011): Deutschland - die Talentschmiede der anderen. Tagesspiegel vom 2.1.2011.

² SVR (2011): Migrationsland 2011. Jahrestatistiken 2011 mit Migrationsbarometer. Berlin, 43.

³ Vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche (Hrsg.) (2009): „...denn ihr seid selbst Fremde gewesen“ Vielfalt anerkennen und gestalten. Ein Beitrag der Kommission für Migration und Integration der EKD zur einwanderungspolitischen Debatte. EKD-Texte 108, Hannover.

⁴ Die sehr moderaten Zahlen zugewanderter Arbeitskräfte aus acht ost- und mitteleuropäischen EU-Staaten seit Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Deutschland am 1. Mai 2011 machen deutlich, dass man nicht mehr selbstverständlich davon ausgehen kann, dass ausländische Arbeitnehmer Interesse am deutschen Arbeitsmarkt zeigen.

⁵ SVR (2011): 69. Das von ihm vorgeschlagene 3-Säulen-Modell beinhaltet unter anderem ein Punktesystem, das eine Einwanderung ohne bestehenden Arbeitsvertrag erlaubt und eine Steuerung auch in Bezug auf den demographischen Wandel ermöglichen soll.

⁶ Vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche (Hrsg.) (2009): 29, und SVR (2011), op. cit., 179-188.

⁷ Zu den gesellschaftspolitischen Herausforderungen durch Migration vergleiche bspw. Kirchenamt der Evangelischen Kirche (Hrsg.) (2009).

C4

AUSGEWOGENE BEVÖLKERUNGS- UND SIEDLUNGSSTRUKTUR



INDIKATOR 40: Bevölkerung nach Altersgruppen

⇒ DEFINITION

Der Indikator gibt den Altersaufbau der Bevölkerung wieder, indem er für jedes Jahr die prozentuale Verteilung über die Altersgruppen „unter 15 Jahre“, „15-65 Jahre“ und „über 65 Jahre“ abbildet.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, www-genesis.destatis.de, Bevölkerungsstand, Tab. 12411-0005, Stand: 18.10.2010

⇒ ENTWICKLUNG

Hatte die Gruppe der unter 15-jährigen 1990 noch einen Anteil von 16,2% an der Bevölkerung, sank dieser bis 2009 fast kontinuierlich auf 13,5%. Auch der Anteil der 15-65-jährigen fiel von 69,9% im Jahr 1990 auf 67,0% im Jahr 2009. Nur die Gruppe der über 65-jährigen verzeichnete in diesem Zeitraum ein Wachstum. Sie lag 1990 bei einem Anteil von 13,9% und nahm bis 2009 auf 19,6% zu. Ausgelöst wurde diese Entwicklung zum einen durch die prinzipiell überaus begrüßenswerte Tatsache, dass sich die Lebenserwartung in Deutschland stetig erhöht hat (siehe Indikator 41), zum andern durch die rückläufige Zahl der Geburten in Deutschland. Waren es 1990 noch 905.675 Neugeborene, so wurden 2009 „nur“ noch 665.126 Kinder geboren, also gut ein Viertel weniger.¹ Aufgrund der

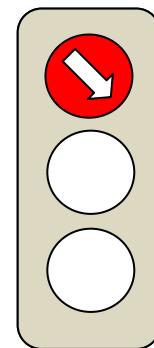
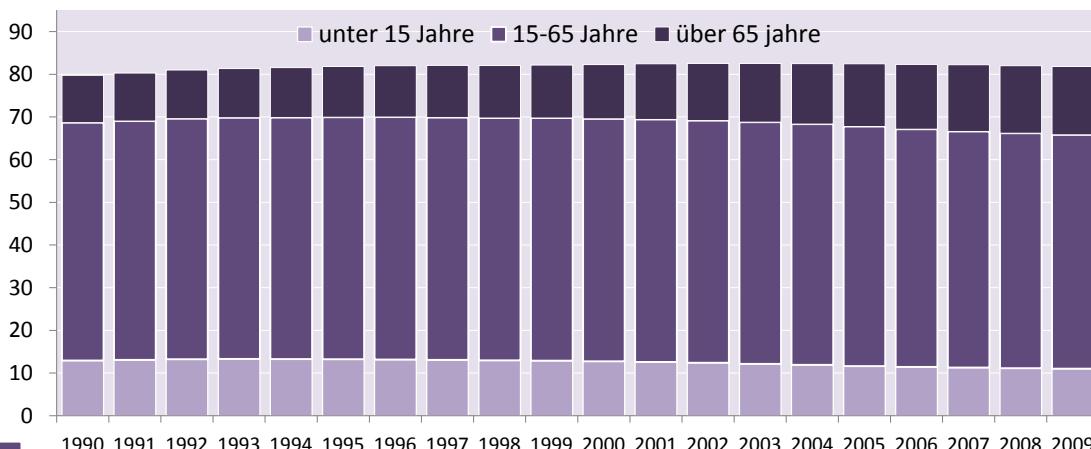
Gesamtentwicklung zeigt der Pfeil nach unten.

Der Trend zur Alterung der Gesellschaft wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen und voraussichtlich sogar weiter verschärfen. Nach der mittleren Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes könnte im Jahr 2050 der Anteil der über 65-jährigen bei 31,8% liegen (12,2 Prozentpunkte mehr als 2009), während die unter 15-jährigen nur noch 11,3%, die 15-65-jährigen nur noch 57,0% der Bevölkerung ausmachen würden.²

⇒ ZIELSETZUNG

Ein wachsender Anteil Älterer an der Bevölkerung bei immer weniger jungen und erwerbstätigen Menschen setzt die Sozialsysteme unter Druck: Mehr Hilfeempfängern stehen weniger „Einzahler“ gegenüber, gleichzeitig steigt der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen. Darüber hinaus verändern sich durch den demographischen Wandel auch andere gesellschaftliche Anforderungen, etwa an Wohnungen, die Zahl von Kinderbetreuungs- und Schulplätzen, aber auch Freizeitmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Auswirkungen müssen durchaus nicht nur negativ sein; in jedem Fall aber stellt die Veränderung der Altersstruktur – die zudem mit einer Schrumpfung der Bevölkerung einhergeht – eine große gesellschaftliche Herausforderung dar. Ziel sollte es daher

Bevölkerung nach Altersgruppen (in Mio. Personen)



KINDERBETreuUNG WEITER AUSBAUEN

FAMILIENFREUNDLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN SCHAFFEN

MOBILISIERUNG DES ARBEITSKRÄFTEPOTENTIALS DER FRAUEN

ANPASSUNGEN AN VERÄNDERTE GESELLSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Sein, einer Überalterung der Gesellschaft entgegen zu wirken und langfristig eine möglichst stabile Altersstruktur zu erreichen, in der dem Anteil älterer Menschen eine ausreichende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und Kindern gegenübersteht. Aufgrund des bereits bestehenden Ungleichgewichts, das sich zwangsläufig in den nächsten Jahren verschärfen wird (jedenfalls sofern es nicht zu einer massiven Einwanderung junger Menschen kommt, was sehr unwahrscheinlich ist, vgl. Indikator 39), wird die Situation mit einer roten Ampel bewertet.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Altersstruktur ist die Geburtenrate, die in Deutschland derzeit bei 1,36 Kindern pro Frau und damit deutlich unter der Reproduktionsrate liegt. Obwohl der finanzielle Umfang der Familienförderung in der Bundesrepublik durchaus bedeutend ist (insbesondere in Form steuerlicher Anreize), gelingt es bisher nicht, die in den vergangenen Jahrzehnten stark gesunkene Zahl der Geburten zu steigern. Notwendig erscheint daher ein – unter anderem mit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Betreuung von Kleinkindern (vgl. Indikator 46) bereits begonnenes – Umschwenken in der Familienpolitik hin zu einer stärkeren Konzentration auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Ein aktueller Vergleich der OECD-Staaten³ identifiziert insbesondere die Verfügbarkeit formaler Kinderbetreuung als Einflussfaktor auf die Geburtenrate (vgl. auch die Empfehlungen zu Indikator 46), während Transferzahlungen einen geringeren positiven Beitrag leisten. Darüber hinaus sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen wichtig. Eine Ausweitung von Arbeitszeitmodellen, die flexible Wechsel zwischen Teil-

und Vollzeitbeschäftigung und familienfreundliche Arbeitszeiten ermöglichen, könnten Schritte in die richtige Richtung sein. Neben der Politik ist hier die Wirtschaft gefragt, Modelle zu entwickeln, die es Eltern erlauben, sich um ihre Kinder zu kümmern, ohne einen erheblichen „Karriereknick“ in Kauf zu nehmen. Dabei sollte die Gleichstellung von Frauen und Männern vorangetrieben werden: Hohe Geburtenraten gibt es gerade in OECD-Staaten mit besonders hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen, allen voran Frankreich und die skandinavischen Länder. Trotz des bestehenden Verbesserungspotentials in der Familienpolitik ist allerdings zu beachten, dass der Effekt politischer Familienförderung begrenzt ist und nicht überschätzt werden sollte.⁴ Ein starker Anstieg der Geburtenrate in den nächsten Jahren ist insofern auch bei erfolgreicher Familienpolitik nicht zu erwarten.

Eine stärkere Mobilisierung des Arbeitskräftepotentials der Frauen ist allerdings auch ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung von Volkswirtschaft und sozialen Sicherungssystemen angesichts des demographischen Wandels. Zur Stärkung der mittleren Bevölkerungsgruppe und damit der Zahl der Erwerbstätigen kann zudem eine verstärkte Zuwanderung insbesondere jüngerer Menschen beitragen (vergleiche Indikator 39).

Neben politischen Anstrengungen, die Altersstruktur der Bevölkerung zu beeinflussen, wird auch eine Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten notwendig sein (vergleiche auch Indikatoren 63 und 64). Maßnahmen wie die Anhebung des Rentenalters müssen dabei jedoch auf ihre soziale Verträglichkeit geprüft werden. Denkbar wäre beispielsweise eine gestaffelte Anhebung, die nach Berufsgruppen unterscheidet.

¹ Statistisches Bundesamt, www-genesis.destatis.de, Code: 12612-0001; Zugriff: 25.05.2011.

² Statistisches Bundesamt, www-genesis.destatis.de, Code: 12421-0002, Zugriff: 26.05.2011. Variante 1-WI, Annahmen: Geburtenhäufigkeit wird mit 1,4 Kindern pro Frau als annähernd konstant angenommen, das Alter der Frauen bei der Geburt nimmt weiter zu, die Lebenserwartung steigt weiter. Der Wanderungssaldo der Bevölkerung beträgt 100.000 jährlich.

³ OECD (2011): Doing better for families. OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264098732-en>

⁴ Ibid, 91.

C4

HOHES GESUNDHEITSNIVEAU



INDIKATOR 41: Lebenserwartung bei der Geburt

⇒ DEFINITION

Die Lebenserwartung bei der Geburt ist aus der so genannten Sterbetafel abgeleitet, einem mathematischen Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums, das zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung dient.

Datenquellen:

Eurostat; Code: tsdph100; Zugriffsdatum: 12.08.2011

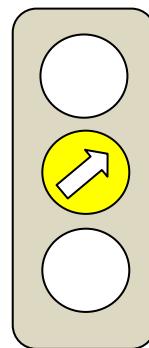
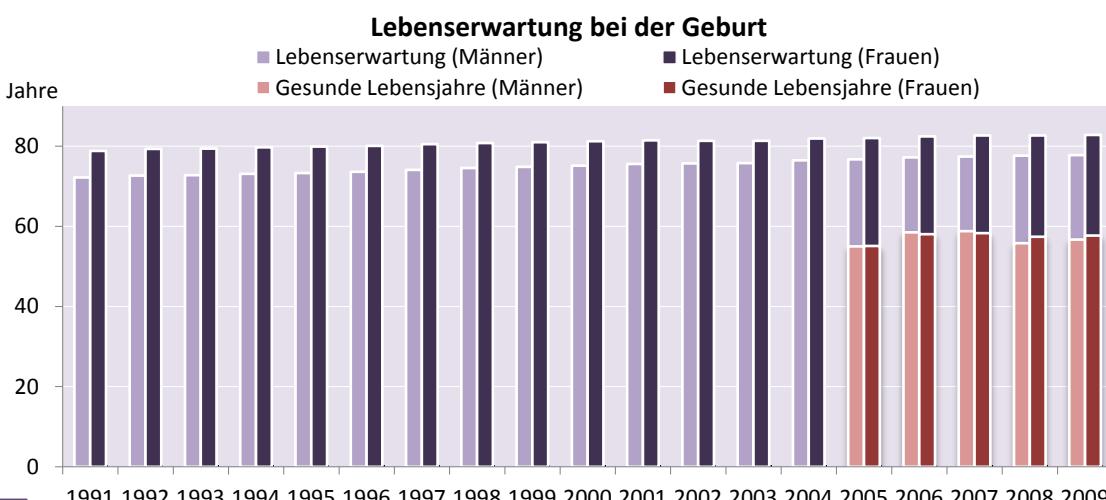
⇒ ENTWICKLUNG

Die Lebenserwartung ist fast kontinuierlich gestiegen: 1991 betrug sie für Männer im Durchschnitt 72,2 Jahre, für Frauen 78,8 Jahre; 2009 wurden Männer im Durchschnitt 77,8 Jahre und Frauen 82,8 Jahre alt. Der Trend ist also positiv, weswegen ein nach oben zeigender Pfeil vergeben wird. Der europäische Vergleich zeigt, dass sich Deutschland bezüglich der Lebenserwartung im Mittelfeld befindet, sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern. Dabei liegt der deutsche Wert jeweils über dem Durchschnitt der EU-27 (2008), der bei den Frauen bei 82,4 Jahren, bei den Männern bei 76,4 Jahren liegt. Die Bandbreite der Lebenserwartung liegt bei den Frauen zwischen 76,5 (Mazedonien) und 85,5 Jahren (Liechtenstein), bei den Männern zwischen

66,3 (Litauen) und 80,0 Jahren (Liechtenstein, Island). Es zeigt sich also, dass durchaus noch eine höhere Lebenserwartung mit dem heutigen Stand der Medizin realisierbar ist, weshalb eine gelbe Ampel vergeben wird. Allerdings ist neben dem Erreichen eines bestimmten Alters ebenfalls die Lebensqualität im Alter von entscheidender Bedeutung. Einen Hinweis auf diese Lebensqualität kann der Indikator „Gesunde Lebensjahre“ bieten. Gesunde Lebensjahre sind dabei durch die Abwesenheit von Funktionsbeschränkungen und Beschwerden definiert.¹ Hier befand sich Deutschland 2008 mit 57,4 Jahren bei den Frauen und 55,8 Jahren bei den Männern klar unter dem europäischen Schnitt (EU-27), der bei 62,0 (Frauen) und 60,9 (Männer) Jahren lag. Spitzenwerte erreicht hier beispielsweise Schweden mit 68,7 (Frauen) und 69,2 (Männer) Jahren.

⇒ ZIELSETZUNG

Ein konkretes Ziel in Bezug auf die Lebenserwartung zu setzen ist schwierig. Grundsätzlich gilt natürlich, je länger desto besser. Als Zielmarken werden hier die europäischen Spitzenwerte herangezogen, also 85 Jahre für Frauen und 80 Jahre für Männer. Bei den „gesunden Lebensjahren“ kann für beide Geschlechter 69 Jahre als Ziel gesetzt werden, was den derzeitigen europäischen Spitzenwerten entspricht.



KINDERSTERBLICHKEIT VERRINGERN

AUFLÄRUNGSKAMPAGNEN

GESUNDER LEBENSSTIL

BETRIEBLICHE GESUNDHEITSFÖRDERUNG

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Lebenserwartung bei der Geburt hängt natürlich von einer Vielzahl von Faktoren ab. Einen großen Einfluss hat die Kindersterblichkeit, also die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind vor Erreichen des 5. Lebensjahres stirbt. Bei dieser Statistik liegt Deutschland mit einem Wert von 3,5 (von 1.000 Kindern) zwar deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 61,0, jedoch nur knapp unter dem europäischen Durchschnitt von 3,6, und deutlich über den Werten von beispielsweise Liechtenstein oder Schweden (jeweils 2,5).² An diesem Punkt könnte also konkret angesetzt werden, z.B. durch verbesserte Präventions- und Nachsorgemaßnahmen. Auch über die Verringerung der Zahl der Verkehrstoten (siehe Indikator 44) ließe sich eine Verbesserung erzielen. Statistisch belegt sind außerdem auch Zusammenhänge zu Armut (siehe Indikator 45), sowie zum Bildungsniveau (siehe Indikatoren 35 und 36).³ Es ist also nicht unbedingt notwendig, eine spezielle Strategie zur

Erhöhung der Lebenserwartung zu verfolgen, vielmehr wird eine Verbesserung der genannten und anderer Faktoren dazu führen, dass die Lebenserwartung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit weiter ansteigen wird. Um den im europäischen Vergleich relativ niedrigen Wert der „gesunden Lebensjahre“ zu erhöhen – und als Beitrag zur Steigerung der Lebenserwartung allgemein bieten sich Aufklärungskampagnen zur Gestaltung eines „gesunden Lebensstils“ an. Eine mögliche Vorgehensweise wäre die Erhöhung der Steuern auf Alkohol und Tabak, um deren Konsum zu vermindern. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die verstärkte Anstrengung im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Gesundheit möglichst lange erhalten bleibt. Dies erhält die Arbeitskraft von dringend benötigten Fachkräften, entlastet die Gesundheits- und Rentenkassen und führt allgemein zu einer Verbesserung der Lebensqualität.

Europa: Lebenserwartung - Männer (2008)

	Land	Wert
1	Liechtenstein	80,0
2	Island	80,0
3	Schweiz	79,8
15	Deutschland	77,6
Ø	EU-27	76,4
32	Estland	68,7
33	Lettland	67,0
34	Litauen	66,3

Europa: Lebenserwartung - Frauen (2008)

	Land	Wert
1	Liechtenstein	85,5
2	Frankreich	84,8
3	Schweiz	84,6
18	Deutschland	82,7
Ø	EU-27	82,4
32	Rumänien	77,2
33	Bulgarien	77,0
34	FYRO Mazedonien	76,5

¹ Erfasst wurde dies über die Frage PH 030 im EU-SILC: „For at least the past six months, to what extent have you been limited because of a health problem in activities people usually do? Would you say you have been: 1) severely limited?; 2) limited?; 3) not limited at all?“

² Quellen: Deutschland, EU: Eurostat; Code: tps00027; Welt: World Bank, World Development Indicators, Mortality rate, under 5 (per 1,000).

³ Siehe z.B. Robert-Koch-Institut (2006): Gesundheit in Deutschland 2006, S.81ff

C4

HOHES GESUNDHEITSNIVEAU



INDIKATOR 42: Krankheiten der Atmungsorgane, Standardisierte Sterbeziffer pro 100.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Die Krankheiten der Atmungssystems werden nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD 10, bis 1997 ICD 9) mit den Code Nummern J00-J99 angegeben. Zu diesen gehören unter anderem akute Infektionen der oberen Atemwege (J00-J06), z.B. Erkältung; Grippe und Pneumonie (J09-J18); sonstige akute Infektionen der unteren Atemwegsgewebe (J20-J22), z.B. akute Bronchitis; sonstige Krankheiten der oberen Atemwege (J30-J39); chronische Krankheiten der unteren Atemwege (J40-J47), z.B. Asthma; Lungenkrankheiten durch exogene Substanzen (J60-J70), z.B. Asbestose, und sonstige Krankheiten der Atmungssystems (J95-J99). Die „Standardisierte Sterbeziffer“ gibt nun nicht die tatsächlich in Deutschland an Krankheiten des Atmungssystems gestorbenen Personen pro 100.000 Einwohner an, sondern ist um die Einflüsse der Altersstruktur bereinigt. Dies ist notwendig, wenn man aussagekräftige Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern anstellen will.

Datenquellen:

Eurostat, Code: hlth_cd_asdr

⇒ ENTWICKLUNG

Von 1994 bis 2001 fiel die standardisierte Sterbeziffer der an Atemwegserkrankungen Gestorbenen pro

100.000 Einwohner in Deutschland deutlich von 44,3 auf 36,2. Bis 2003 stieg sie allerdings wieder an auf 42,4. 2009 lag der Wert mit 39,5 wieder über dem Wert von 2008, mit 37,7. Im Vergleich zu 2005, in dem der Wert bei 40,1 lag, ist er jedoch etwas niedriger. Die Anzahl schwankt also, weswegen ein Punkt zur Trendbewertung vergeben wird.

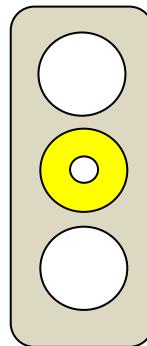
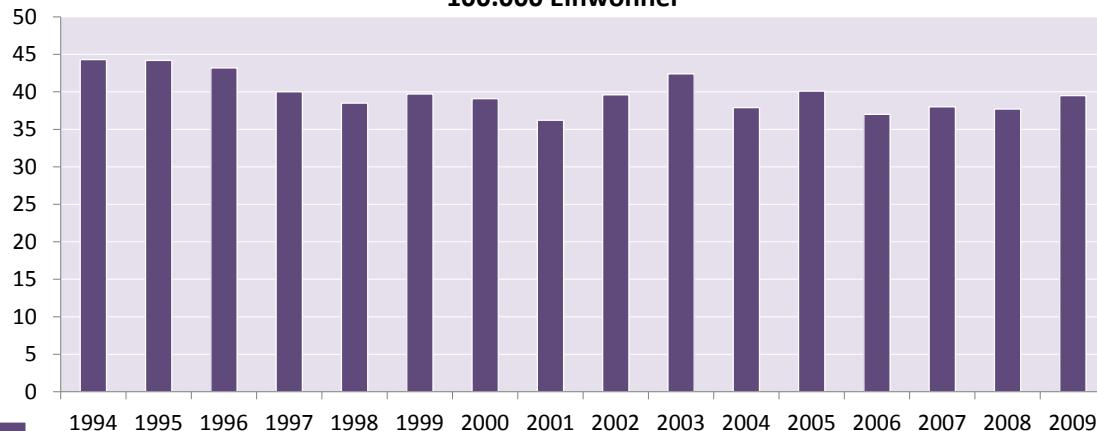
⇒ ZIELSETZUNG

Im europäischen Vergleich für das Jahr 2007 zeigt sich, dass Deutschland sich im oberen Mittelfeld bewegt und damit unter dem EU-27 Schnitt von 45,0 liegt. Die schlechtesten Werte bei diesem Indikator besitzen Portugal (60,5), Irland (67,1) und das Vereinigte Königreich (73,7). Dass aber auch deutlich bessere Werte möglich sind, zeigen die Schweiz (27,2), Estland (27,0) und Finnland (25,8), die die Spitzenpositionen innehaben. Deswegen wird eine gelbe Ampel vergeben und als Ziel der zurzeit beste Wert von Finnland (25,8) gesetzt.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Unter dem Begriff „Krankheiten der Atmungsorgane“ ist eine Vielzahl von Krankheiten zusammengefasst. Ein besonderes Gewicht hat aber sicherlich die Lungenentzündung (Pneumonie). Mit etwa 22.000 Todesfällen (2009) ist sie für etwa 1/3 der Todesfälle durch Erkrankungen verantwortlich.

Krankheiten der Atmungsorgane, Standardisierte Sterbeziffer pro 100.000 Einwohner



ANTIBIOTIKA VERANTWORTUNGSVOLL EINSETZEN

LUFTSCHADSTOFFE REDUZIEREN

TABAKSTEUER ERHÖHEN

kungen der Atemwege (2009: ~63.000) verantwortlich.¹ Vor allem bei Älteren, Menschen mit geschwächtem Immunsystem und Kindern besteht bei einer Infektion erhöhte Gefahr. Besonders bedenklich ist, dass durch den häufigen, manchmal auch unsachgemäßen Umgang mit Antibiotika immer öfter Resistzenzen gegen Bakterien auftreten und so sogenannte multiresistente Erreger (MRE) entstehen. Besonders problematisch ist, dass diese Erreger häufig in Krankenhäusern auftreten. Außerdem ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Antibiotika von großer Bedeutung, um den Aufbau von Resistzenzen zumindest nicht unnötig zu beschleunigen. Eine weitere, wichtige Atemwegserkrankung ist Asthma (Asthma bronchialis). Zwar ist die Sterblichkeit in Folge von Asthma in Deutschland relativ gering (1.415 Todesfälle in 2009) und in den vergangenen Jahren auch deutlich zurückgegangen. Trotzdem beeinflusst diese Krankheit die Lebensqualität der Betroffenen stark. In Deutschland leiden etwa 10-15% der Kinder und 5-7% der Erwachsenen unter Asthma.² Wodurch es ausgelöst wird, ist nicht komplett bekannt. Eine Rolle scheinen

aber Luftschaadstoffe (z.B. Rußpartikel) zu spielen. Eine weitere, wichtige Krankheitsgruppe sind die so genannten „Chronisch obstruktiven Lungenerkrankungen“ (COPD). Dabei handelt es sich um Krankheiten, bei denen eine dauerhafte Verengung der Atemwege auftritt. Weltweit gilt COPD als die vierhäufigste Todesursache. In Deutschland sollen rund 10-15% der Erwachsenen davon betroffen sein.³ Umgangssprachlich werden COPD auch oft als „Raucherlunge“ und deren Symptome als „Raucherhusten“ bezeichnet, was direkt auf ein der häufigsten Krankheitsursachen, das Rauuchen, hinweist. Als konkrete Maßnahme zur Verminde rung der Erkrankungen könnten weitere Bemühungen um Gesundheitsaufklärung sowie eine Erhöhung der Tabaksteuer ins Auge gefasst werden, um so den Tabakkonsum zu reduzieren. Als weitere Ursache von COPD gelten auch Luftschaadstoffe. Eine Verminderung der Luftschaadstoffe (siehe Indikatoren 3 und 4) würde sich also positiv auf die Anzahl der Asthma- und COPD-Erkrankungen, beziehungsweise auf die Symptomatik der Betroffenen, auswirken.

Europäischer Vergleich (2007)		
	Land	Wert
1	Finnland	25,8
2	Estland	27,0
3	Schweiz	27,2
11	Deutschland	38,0
Ø	EU-27	45,0
28	Portugal	60,5
29	Irland	67,1
30	Vereinigtes Königreich	73,7

¹ Krebs ist nicht inbegriffen. Dieser wird in einer separaten Kategorie ausgewiesen.

² Bundes-Gesundheitssurvey 1998 (BGS98).

³ Quelle: Ärzliches Zentrum für Qualität in der Medizin (2011): Nationale VersorgungsLeitlinie COPD Langfassung Version 1.8; http://www.versorgungsleitlinien.de/themen/copd/pdf/nvl_copd_lang.pdf

C6

HOHES SICHERHEITSNIVEAU



INDIKATOR 43: Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundeseinheitlichen, zuletzt zum 1.1.1997 geänderten Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden, zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle, und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das so genannte Dunkelfeld.

Datenquellen:

Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik – Grundtabelle,
http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks_node.html

⇒ ENTWICKLUNG

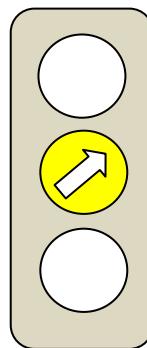
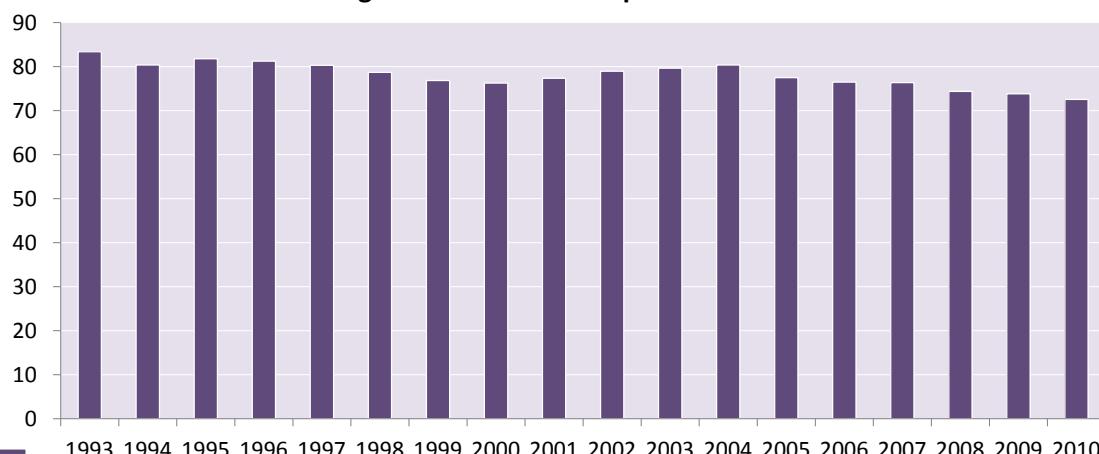
1993 registrierte die Polizeiliche Kriminalstatistik 83 Straftaten pro 1.000 Einwohner. Bis 2000 ging der Wert auf 76 Straftaten zurück. Anschließend stieg die Zahl der Straftaten bis 2004 wieder an zwar auf 80 Straf-

taten pro 1.000 Einwohner. In den letzten Jahren ist wieder ein Rückgang zu verzeichnen. 2010 wurden 73 Straftaten pro 1.000 Einwohner vermeldet. Die Entwicklung ist insgesamt leicht abfallend, also positiv. Deswegen wird ein nach oben zeigender Pfeil vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Häufig liegt die Ursache für Straftaten in sozialen Problemen, die wiederum ihren Hintergrund oft in wirtschaftlichen Ungleichverteilungen haben. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Allerdings spielt, wie erwähnt, bei der Höhe der bekannt gewordenen Straftaten pro 1.000 Einwohner auch das „Anzeigeverhalten“, also ob Straftaten bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden, eine entscheidende Rolle, ebenso wie die Qualität der polizeilichen Statistik. Dies macht internationale Vergleiche sehr schwierig, weswegen auf diese hier auch verzichtet wird. Selbstverständlich sollte es Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Ein konkreter Zielwert ergibt sich daraus jedoch noch nicht. Daher wird hier eine Fortsetzung des positiven Trends, der seit 2004 vorliegt, als Ziel gesetzt. Im Zeitraum von 2004 bis 2010 sind die bekanntgewordenen Straftaten um insgesamt 7,9 pro

Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner



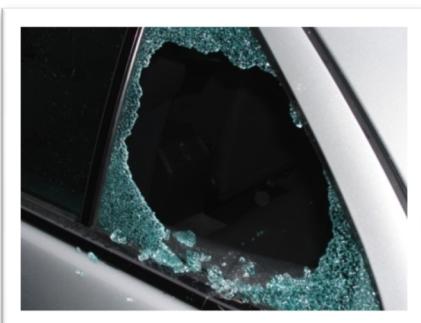
1.000 Einwohner kontinuierlich zurückgegangen. Das entspricht einer durchschnittlichen Verminderung von 1,3 pro Jahr. Wir vergeben eine gelbe Ampel, die ausdrücken soll, dass die Kriminalität in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern nicht übermäßig stark ausgeprägt ist, sie aber trotzdem weiterhin ein großes gesellschaftliches Problem darstellt.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Es gibt zwei Möglichkeiten zur Verhinderung von Straftaten: zum einen die Kriminalrepression und zum anderen die Kriminalprävention. Die Repression umfasst die Verfolgung und Bestrafung von Straftätern. Es ist allerdings zumindest umstritten, inwieweit von ihr, vor allem, wenn sie mit Gefängnis bewehrte Straftaten umfasst, eine kriminalitätssenkende Wirkung ausgeht. Deswegen wird hier auch ausdrücklich für eine Stärkung der zweiten Möglichkeit, der Prävention, plädiert. Dabei wird im Allgemeinen zwischen der primären, sekundären und tertiären Prävention unterschieden. Bei der primären Prävention wird versucht, den allgemeinen Entstehungsbedingungen von Kriminalität entgegenzuwirken, beispielsweise durch Einübung gewaltfreier Konfliktlösung in Kindergärten und Schulen.

Bei der sekundären Prävention wird versucht, tatfördernde Situationen zu minimieren, etwa durch Alarmanlagen. Die tertiäre Prävention soll schließlich nach schon begangenen Straftaten eine erneute Straffälligkeit verhindern, beispielsweise durch eine Berufsausbildung im Strafvollzug. Vor allem im Bereich der primären und tertiären Prävention sollten die Anstrengungen durch Ausweitung der genannten und anderer Maßnahmen verstärkt werden.

Besonderes Gewicht bei einer wirksamen Kriminalitätspolitik muss jedoch insbesondere auch auf die Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität gelegt werden. So meinte schon der Strafrechtler Friedrich von Liszt (1851 bis 1919) vor gut 100 Jahren, dass „eine gute Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik“ sei. Wie oben bereits erwähnt, ist die Kriminalität häufig durch Armut, soziale Ausgrenzung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit begründet. Konkret bedeutet dies, dass eine bessere Bildungspolitik (siehe Indikator 35 und 36), verstärkte Integrationsbemühungen (s. Indikatoren 59 und 60), eine geringere Arbeitslosigkeit (s. Indikator 18) und eine geringere Ungleichverteilung der Einkommen (s. Indikator 33) angestrebt werden müssten, um eine geringere Kriminalitätsrate zu erhalten.



C6

HOHES SICHERHEITSNIVEAU



INDIKATOR 44: Verkehrstote pro 1.000.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Als Verkehrstote erfasst die Statistik Personen, die im Straßenverkehr verunglücken und sofort oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall sterben.

Datenquellen:

1991-2009: Eurostat: Code: tsdtr420; 2010: ETSC, 5th Road Safety PIN-Report,
<http://www.etsc.eu/documents/pin/report.pdf>; S 76

⇒ ENTWICKLUNG

Die Anzahl der Verkehrstoten ist seit 1991 stark zurückgegangen. Betrug sie damals noch 142 (pro 1.000.000 Einwohner), so fiel sie bis zum Jahr 2000 auf 91 und bis 2010 sogar auf 45, beträgt damit also weniger als ein Drittel des Wertes von 1991. Auch für den kurzfristigeren Trend lässt sich festhalten, dass der Rückgang weiter anhält. Im Vergleich zu 2005 (65) fiel der Wert kontinuierlich um insgesamt 20. Auf Grund dieser positiven Entwicklung zeigt der Pfeil nach oben. Im europäischen Kontext befand sich Deutschland bezüglich der Anzahl von Verkehrstoten im Jahr 2010 auf Rang 7. Auf den Spitzenplätzen liegen Schweden (28), Großbritannien (31), und Malta (36). Der Schnitt der EU-27 liegt bei 62, und damit deutlich über dem deutschen Niveau (45). Die letzten Plätze nehmen Bulgarien (102), Rumänien (111) und Griechenland (113) ein.

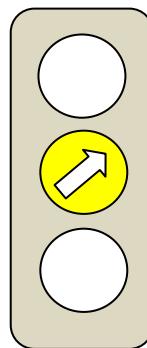
Im „Weißbuch: Die europäische Verkehrspolitik bis 2010“ der Europäischen Kommission von 2001 wurde als Ziel die Halbierung der Verkehrstoten bis 2010 im Vergleich zu 2001 als Ziel gesetzt.¹ Um zu überprüfen, ob dieses Ziel erreicht wurde, muss allein die Zahl der Verkehrstoten betrachtet werden, ohne die Bezugsetzung zur Bevölkerung. Hier zeigt sich, dass es in Deutschland im Jahr 2001 insgesamt 6.997 Verkehrstote gab. Im Jahr 2010 waren es noch 3.648 Verkehrstote.² Dies entspricht einer Verringerung um rund 48%, das Ziel ist also knapp verfehlt worden. Wie die Werte von Schweden und Großbritannien zeigen, sind noch weitere Verbesserungen möglich; deswegen wird eine gelbe Ampel vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Als neue Zielmarken hat die Europäische Kommission im Verkehrs-Weißbuch 2011 eine erneute Halbierung der Verkehrstoten bis 2020 sowie eine Absenkung nahe Null bis 2050 gesetzt.³ Diese auch als „Vision Zero“ bekannte ehrgeizige Zielsetzung bis 2050 erfordert konsequente Veränderungen und Investitionen in unsere Verkehrssysteme.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Ein theoretisch leicht umsetzbarer Punkt ist die Einführung von Tempolimits. Wir folgen hier einem Vorschlag



TEMPOLIMIT EINFÜHREN (120/90/30)

MOBILITÄTSERZIEHUNG VERSTÄRKEN

VERSCHÄRFUNG RECHTLICHER STANDARDS

SHARED-SPACE KONZEPT FÖRDERN

des VCD und empfehlen für Autobahnen ein Tempolimit von 120, für Landstraßen von 90 und Innerorts als Regelgeschwindigkeit 30 km/h.⁴ Neben einer Reduzierung der Verkehrstoten würde dies zudem zur Verminderung von CO₂- und, nicht zu unterschätzen, der Lärm-Emissionen führen. Eine weitere Möglichkeit bietet eine Verstärkung der Mobilitätserziehung, und zwar nicht allein von Kindern, sondern auch für Erwachsene, also beispielsweise durch verpflichtende Fahrsicherheitstrainings. Auch über die Verschärfung der rechtlichen Mindeststandards für die Sicherheitstechnik von Kraftfahrzeugen könnte eine weitere Reduzierung der Verkehrstoten erreicht werden. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf den Schutz von besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmern gelegt werden, also auf den Schutz von Fußgängern, Fahrrad- und Motorradfahrern. Hierfür hat die EU bereits eine Verordnung (78/2009) erlassen, welche besagt, dass Fahrzeugfronten zukünftig so gestaltet werden müssen, dass sie weniger gefährlich für diese Verkehrsteilnehmer sind. Außerdem sollten alle Fahrzeuge mit einem Bremsassistenzsystem ausgerüstet werden. Die Verordnung sieht allerdings einen

Übergangszeitraum bis 2019 vor. Erst dann müssen diese Kriterien bei einer Neuzulassung erfüllt sein. Es könnte überlegt werden, ob diese Übergangszeit nicht verkürzt werden sollte oder aber die Autoindustrie freiwillig diese Standards früher umsetzen könnte. Eine weitere Möglichkeit, vor allem Radfahrer und Fußgänger besser zu schützen, bietet das so genannte „Shared Space“-Konzept. Dahinter steckt die Idee, dass die Straße innerorts wieder besser für die Einwohner nutzbar, also lebenswerter, gemacht werden soll. Dabei wird die Trennung zwischen Straße, Geh- und Fahrradweg aufgehoben und die allermeisten Verkehrszeichen und Signalanlagen abgebaut, wobei die Vorfahrtsregeln weiter Bestand haben. Dies soll zu einem rücksichtsvoller Fahren, einem besseren Verkehrsfluss sowie einer besseren Lebensqualität für die Anwohner führen. In den Niederlanden, wo dieses Konzept bislang am stärksten vertreten ist, hat sich gezeigt, dass vor allem schwere Unfälle in diesen Bereichen zurückgegangen sind. Um dieses Konzept zu fördern, sollte es von der Bundesregierung in die Städtebauförderung und in die Straßenbauprogramme aufgenommen werden.

Europäischer Vergleich (2010)		
	Land	Wert
1	Schweden	28,0
2	Großbritannien	31,0
3	Malta	36,0
7	Deutschland	45,0
Ø	EU-27	62,0
28	Bulgarien	102,0
29	Rumänien	111,0
30	Griechenland	113,0

¹ Quelle: Weißbuch: Die europäische Verkehrspolitik bis 2010; S. 65
http://ec.europa.eu/transport/strategies/doc/2001_white_paper/lb_com_2001_0370_en.pdf

² Quelle: DESTATIS, Pressekonferenz 6. Juli 2011:
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2011/Unfaelle2010/pressebroschuere_unfaelle,property=file.pdf

³ Quelle: Europäische Kommission: Weißbuch Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum,
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0144:FIN:DE:PDF>

⁴ VCD 2009, VCD-Masterplan (Kurzfassung)-Vision Zero; <http://www.vcd.org/visionzero.html>



INDIKATOR 45: Armutgefährdungsquote nach Sozialleistungen von Kindern (unter 18 Jahren)

⇒ DEFINITION

Erfasst wird der Anteil von Kindern (unter 18 Jahren) mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle, die auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) festgelegt ist. Die Daten entstammen dem EU-SILC.

Datenquellen:

Eurostat; Code: tessi120

⇒ ENTWICKLUNG

Leider liegen für diesen Indikator nur Werte seit 2005 vor. Es zeigt sich, dass bis 2009 eine deutlich Erhöhung der Armutgefährdungsquote von Kindern in Deutschland zu verzeichnen ist: von 12,2% (2005) auf 15,0% (2009). Zwar ist der Wert im Vergleich zu 2008 (15,2%) leicht gefallen, trotzdem zeigt der Pfeil für den Trend nach unten, da sich die Situation über die letzten Jahre insgesamt verschlechtert hat.

⇒ ZIELSETZUNG

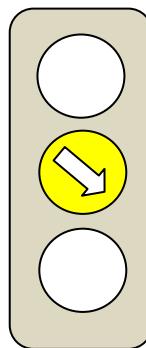
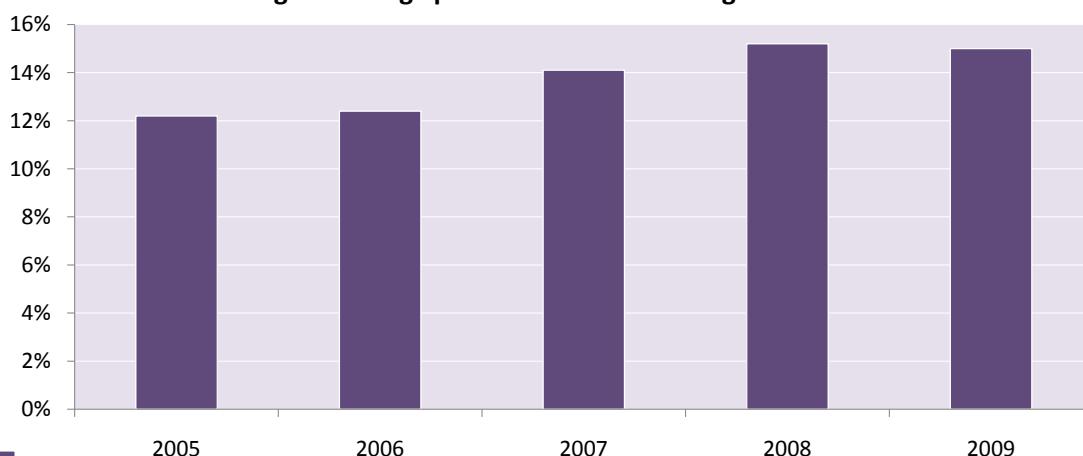
Vergleicht man Deutschland mit den anderen europäischen Ländern, so liegt Deutschland im Jahr 2009 auf dem 10. Platz. Island (9,9%), Dänemark (11,1%) und Slowenien (11,2%) belegen die Spitzenplätze. Der EU-27 Schnitt ist allerdings mit 19,9% deutlich schlechter

als der deutsche Prozentwert von 15,0%. Auf den letzten Plätzen befinden sich Bulgarien (24,9%), Lettland (25,7%) und Rumänien (32,9%). Nun muss man bei der Interpretation der Daten natürlich beachten, dass die Armutgefährdungsschwelle sich am Äquivalenzeinkommen des jeweiligen Landes orientiert, welches in Deutschland deutlich höher ist als z.B. in Slowenien. Allerdings trifft dies auch auf das Preisniveau zu, wodurch sich diese Verzerrung zumindest verkleinert. Trotzdem muss man bedenken, dass es sich bei den hier gezeigten Daten um so genannte „relative Armut“ handelt. Da sich Deutschland im europäischen Mittelfeld befindet, wird eine gelbe Ampel vergeben. Als Ziel werden die europäischen Spitzenwerte, also etwa 10%, gesetzt.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Besonders betroffen von Kinderarmut sind in Deutschland Alleinerziehende und Mehrkindfamilien. So zeigen Untersuchungen für das Jahr 2006, dass die Quote der armutsgefährdeten Kinder bei Alleinerziehenden mit einem Kind bei 38% und mit mehr als einem Kind bei 41% liegt. Im Gegensatz dazu beträgt sie bei Paarhaushalten mit zwei Kindern „nur“ 10%. Dabei liegt natürlich ein starker Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kinderarmut vor. So beträgt die Armutgefährdungsquote von Kindern bei SGB-II beziehenden

Armutgefährdungsquote nach Sozialleistungen von Kindern



ARBEITSLOSIGKEIT VERRINGERN

MINDESTLOHN EINFÜHREN

KINDERBETreuUNG AUSBAUEN

KINDERZUSCHLAG ERWEITERN

Paarhaushalten ohne Erwerbstätigen 65%. Bei Haushalten mit einem Teilzeit-Alleinverdiener sinkt die Quote schon auf 16%, bei Vollzeit auf 10%, bei einem Vollzeit- und einem Teilzeit-Verdiener auf 4%.¹ Dies lässt darauf schließen, dass eine Verminderung der Arbeitslosigkeit (siehe Indikator 18) auch positive Effekte auf die Armutgefährdungsquote hat. Dabei ist aber zu beachten, dass die Armutssquote bei Kindern, deren Eltern arbeiten, zusätzlich jedoch SGB-II Leistungen beziehen müssen, also die so genannten „Aufstocker“, mit 63% nur minimal niedriger ist als bei den Nichterwerbstätigen (65%). Es kommt also natürlich auch auf die Art der Arbeitsstelle an. Durch die Einführung von Mindestlöhnen könnte zumindest ein Teil dieser „Aufstocker“ über die Armutsgrenze gehoben werden. Um überhaupt die Möglichkeit zu haben, arbeiten gehen, zu können muss auch die Kinderbetreuung stark ausgebaut werden (siehe Indikator 46). Perspektivisch ist natürlich auch die Bildung ein entscheidender Faktor, um eine ausreichende Qualifikation und damit Einkommensmöglichkeiten zu schaffen (s. Indikatoren 35 und 36).

Eine konkrete Maßnahme zur Verringerung der Kinderarmut bestünde in einer Erhöhung bzw. Ausweitung des Kinderzuschlages. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er nur in einem gewissen Korridor eines Mindest- und Höchsteinkommens der Eltern gezahlt wird. Das Mindesteinkommen ist dabei so bemessen, dass es die selbstständige Versorgung der Eltern möglich macht. Damit Eltern durch die notwendige Versorgung der Kinder nun nicht unter die Armutsschwelle geraten, wird der Kinderzuschlag gezahlt. Ist das Einkommen hingegen so hoch, dass es eine alleinige Versorgung des Kindes ermöglicht, wird der Kinderzuschlag nicht gewährt. Eine Erhöhung des Kindergeldes wäre natürlich ebenfalls möglich, wirkt aber sehr breit und nicht so zielgerichtet wie der Kinderzuschlag. Eine Erhöhung des Kinderfreibetrages ist hingegen nicht zielführend, da dies einkommensschwache Familien kaum betrifft. Eine weitere Möglichkeit würde die Einführung eines garantierten Grundeinkommens bieten, dass in der Höhe über den derzeitigen ALG-II und Grundsicherungssätzen liegt, oder alternativ die Erhöhung der genannten bislang vorhandenen Sätze.

Europäischer Vergleich (2009)		
	Land	Wert
1	Island	9,9
2	Dänemark	11,1
3	Slowenien	11,2
10	Deutschland	15,0
Ø	EU-27	19,9
28	Bulgarien	24,9
29	Lettland	25,7
30	Rumänien	32,9

¹ Quelle: Prognos AG, BMFSFJ(Hrsg.) (2008): Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

C7

FÖRDERUNG FAMILIENFREUNDLICHER STRUKTUREN



INDIKATOR 46: Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe

⇒ DEFINITION

Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung (mehr als sieben Stunden, ohne Tagespflege) an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe: 0 bis 2-Jährige (17a) sowie 3 bis 5-Jährige (17b). Stichtag der Erhebung ist jeweils der 15. März.

Datenquellen:

Stat. Bundesamt; Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland; GENESIS, Code: 91111-0001

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung ist bei den 0-2-jährigen kontinuierlich von 5,9% (2006) auf 8,7% (2009) gestiegen. Bei den 3-5-jährigen erhöhte er sich von 22,0% auf 29,7%. Der Trend ist also deutlich positiv, der Pfeil zeigt nach oben.

⇒ ZIELSETZUNG

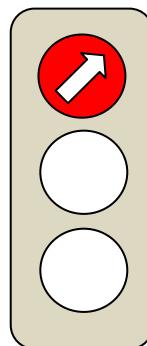
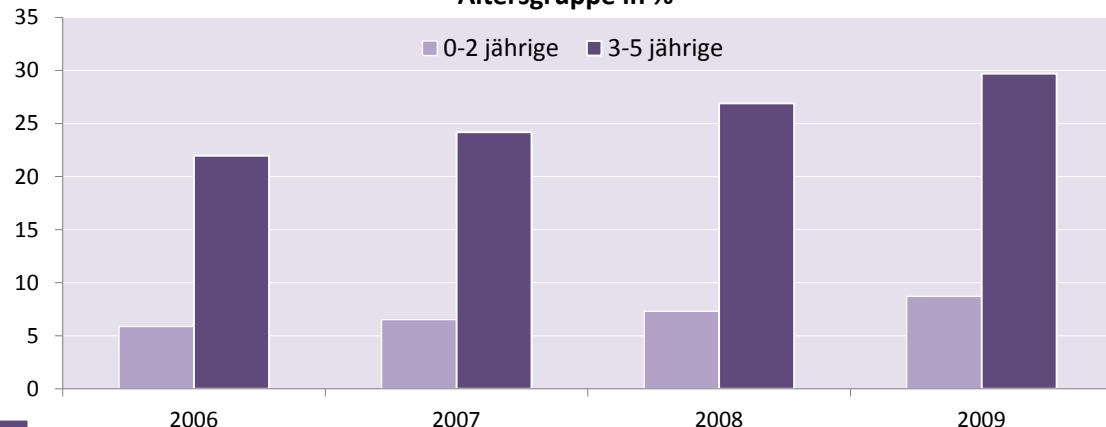
In der Nachhaltigkeitsstrategie ist für die 0-2-jährigen bis 2020 eine Quote von 35% als Ziel angegeben, für die 3-5-jährigen sind es sogar 60%. Zeitnähere Zielwerte gibt das Kinderförderungsgesetz von 2008 aus: Bis 2013 soll für ein Drittel der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren ein Betreuungsplatz, unabhängig vom Betreuungsumfang, bereitstehen. Für Kinder ab einem Jahr wird es dann einen Rechtsanspruch auf einen solchen Platz

geben. Die aktuellen Zahlen sind, vor allem im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, deutlich zu niedrig. Gerade in der Familienphase fehlen Arbeitsplätze, die dem Zeitvolumen und der Zeitstruktur nach mit den Anforderungen des Familienlebens vereinbar sind. Eltern möchten aber zunehmend ununterbrochen erwerbstätig sein. Diese Wünsche fordern eine entsprechende Versorgungsquote bei der Kinderbetreuung. Dies ist momentan noch nicht der Fall, weswegen eine rote Ampel vergeben wird.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Für die Erreichung der gesteckten Ziele ist die Finanzierung der entscheidende Punkt. Vom Familienministerium (BMFSFJ) wurde dabei für den Ausbau und Betrieb der Kindestagesbetreuung von 1-3-jährigen auf 35% im Zeitraum 2008 bis 2013 ein benötigtes Gesamtvolumen von 12 Mrd. € veranschlagt. Durch das so genannte Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz wurden diese Kosten zu gleichen Teilen auf Bund, Länder und Kommunen aufgeteilt. In einer vom FIFO Köln im Mai 2011 herausgegebenen Zwischenevaluierung der Finanzierung und Umsetzung des Ausbaus der Kinderbetreuung in den verschiedenen Bundesländern wird dazu festgestellt, dass die gesamtdeutsche Ausbaugeschwindigkeit pro Jahr nicht hoch genug ist, um dieses Ziel zu erreichen (60.000 statt 70.000).¹ Außerdem wurden

Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe in %



FINANZMITTEL ERHÖHEN

SERIÖSE AUSBAUPLÄNE AUF LÄNDEREBENE

PERSONALSchlÜSSEL VERBESSERN

QUALIFIZIERUNG DER BETREUER

im Zeitraum 2008 bis 2010 bereits 62% der Investitionsmittel des Bundes aufgebraucht. Das liegt daran, dass in dieser Zeit der Länderanteil an der Finanzierung sehr viel kleiner war, als der des Bundes und der Kommunen (sowie sonstiger Träger). Es werden also zunächst die anderen Mittel ausgeschöpft, bevor die Länder sich substantiell an der Finanzierung beteiligen.² Problematisch ist dies deswegen, weil dann, statt einem gleichmäßig über alle Jahre auftretenden kleineren Betrag, deutlich höhere Beträge in den restlichen Jahren allein auf die Länderhaushalte zukommen werden. Inwieweit dies in den Haushaltsplanungen der betroffenen Länder bereits eingeplant ist, konnte nicht festgestellt werden, da diese noch nicht bestehen oder nicht offen gelegt wurden. Es kann aber zumindest hinterfragt werden, ob angesichts der fehlenden Finanzmittel und der grundgesetzlich verankerten Schuldensremse diese Beträge ohne größere Probleme aufgebracht werden können. Dabei unterscheidet sich die Situation in den einzelnen Bundesländern stark voneinander. So ist historisch bedingt die Kinderbetreuung in den „neuen“ Bundesländern bereits sehr viel stärker ausgebaut. Unter den „alten“ Bundesländern wurden vor allem die Fortschritte in Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen als unzureichend bewertet; Bayern und Hamburg konnten nicht bewertet werden,

weil keine ausreichenden Daten vorlagen. Entscheidend für die verbleibenden Jahre – und darüber hinaus – ist es nun, dass jedes Bundesland seriöse Ausbau- und Finanzierungspläne zur Schaffung der benötigten Kinderbetreuungsplätze vorlegt. Nun ist das „Vorhandensein“ eines Betreuungsplatzes allein aber noch nicht ausreichend. Natürlich muss auch die Qualität der Betreuung stimmen. Einen Hinweis darauf kann der „Personalschlüssel“, also die Anzahl der Kinder pro Betreuer, geben. Hier zeigt der von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2010“ ein deutliches Gefälle innerhalb Deutschlands.³ In Ostdeutschland ist er bei den über 3-jährigen mit durchschnittlich 11,9 deutlich schlechter als in Westdeutschland, in dem er 8,3 beträgt. Als Ziel wird in der Veröffentlichung ein Wert von 7,5 gesetzt. Bei den unter 3-jährigen liegt er in Ostdeutschland bei 6,1, in Westdeutschland bei 3,9. Als Ziel wird ein Wert von 3,0 gesetzt. Daraus ergibt sich, dass neben dem durch den Ausbau verursachten erhöhten Personalbedarf weitere qualifizierte Betreuer ausgebildet und angestellt werden müssen, was wiederum zu einem erhöhten finanziellen Bedarf führt. Dieser finanzielle Mehraufwand wird sich jedoch aller Voraussicht nach rechnen, da eine gute frühkindliche Bildung Kosten in der Zukunft einspart.

¹ Quelle: FIFO Köln (2011): Föderale Finanzierung des Kinderbetreuungsausbaus: Ermittlung der Lastenverteilung; <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/kifoeg-zwischenevaluierung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

² Es handelt sich also um eine sogenannte „serielle Gemeinschaftsfinanzierung“ und keine „parallele Gemeinschaftsfinanzierung“

³ Quelle: Bertelsmann Stiftung: Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme; <http://www.laendermonitor.de/laendermonitor/index.html>

C8

EINSATZ FÜR INTERNATIONALE GERECHTIGKEIT



INDIKATOR 47: Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des Bruttonationaleinkommens

⇒ DEFINITION

Der Indikator erfasst den Anteil der Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und der Gesamtleistungen der Bundesrepublik an Entwicklungsländer am Bruttonationaleinkommen.

Datenquellen:

OECD Statistics, ODA by Donor,
<http://stats.oecd.org/Index.aspx>

⇒ ENTWICKLUNG

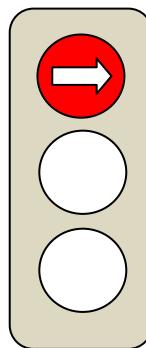
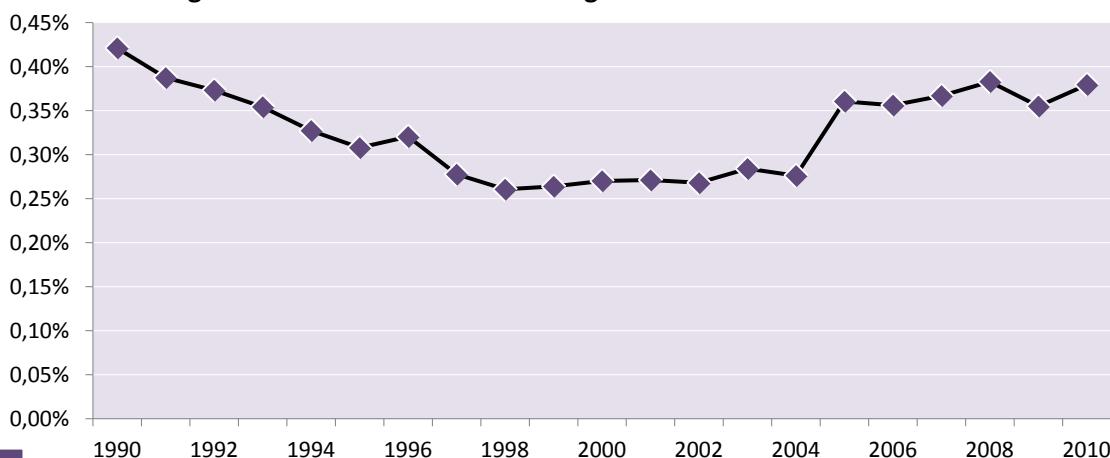
Der Anteil der Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid = ODA) am Bruttonationaleinkommen lag 1990 bei 0,42% und ging bis 1998 auf 0,26% zurück. Zwischen 1999 und 2004 bewegte er sich um 0,28%. 2005 erfolgte eine deutliche Steigerung des Anteils auf 0,36%, um 2008 schließlich mit 0,38% den höchsten Wert seit 1992 zu erreichen. Im Krisenjahr 2009 fielen die Ausgaben auf 0,35%. Im Jahr 2010 stiegen sie hingegen wieder auf den Wert von 2008 mit 0,38%, an. In Euro ausgedrückt waren dies im Jahr 2010 alles in allem 9,6 Mrd. €. Für den Zeitraum seit 2005 lässt sich insgesamt eine Stagnation feststellen, weswegen ein waagerechter Pfeil vergeben wird. Der internationale Vergleich zeigt, dass Deutschland sich im Mittelfeld befindet, was den Anteil der ODA am BNE angeht. Spitzenreiter ist hier Norwe-

gen mit 1,1%. Nun bildet Norwegen durch seine Gewinne aus der Öl- und Gasförderung in gewisser Weise einen Sonderfall; aber zum Beispiel auch Schweden (0,97%), die Niederlande (0,81%), Großbritannien (0,56%) und Frankreich (0,50%) liegen deutlich über dem deutschen Wert.¹

⇒ ZIELSETZUNG

Zwar konnte die Bundesregierung das Ziel von Monterrey (0,33% im Jahr 2006) verwirklichen; vom 0,7%-Ziel, auf das sich die internationale Staatengemeinschaft in der UN-Resolution 2626 im Jahr 1970 geeinigt hatte und welches von den EU-Mitgliedern im so genannten „ODA-Stufenplan“ im Jahr 2005 noch einmal bestätigt wurde, bleibt sie jedoch weit entfernt. Das zeigt sich auch darin, dass Deutschland das Zwischenziel des Stufenplans, nämlich im Jahr 2010 0,51% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, deutlich verfehlt hat. So lagen die deutschen Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit um insgesamt 3,3 Mrd. € niedriger als vereinbart. Deswegen, und auf Grund der oben gezeigten deutlich höheren Werte anderer Staaten, wird eine rote Ampel vergeben. Da international das 0,7% Ziel etabliert ist, wird auch hier an diese Zielvorgabe angeknüpft. Allerdings ist seit dieser Zielsetzung ein großes, neues Problemfeld zur Entwicklungszusammenarbeit hinzugereten: der Klimawandel.

Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in % des BNE



VERBINDLICHEN ZIELPFAD FESTLEGEN

KLIMAGELDER ZUSÄTZLICH ZU 0,7%-ZIEL

NEUE FINANZIERUNGSMITTEL ERSCHLIEßen

z.B. ENERGIE- UND KLIMAFONDS, TRANSAKTIONSTEUER

Um diesem zu begegnen und die Folgen beherrschbar zu halten, müssen weitere Mittel in die Entwicklungsländer fließen. International ist es inzwischen üblich, diese „Klimagelder“ zur Entwicklungshilfe hinzuzurechnen. Prinzipiell ist dagegen nichts einzuwenden. Allerdings haben sich die anderen Problemfelder nicht verkleinert. Deswegen sollten für die Erreichung des 0,7%-Ziels die „Klimagelder“ nicht mit eingerechnet werden, sondern separate Ziele für diesen Bereich geschaffen oder aber das ODA-Ziel entsprechend erhöht werden. Als Größenordnung für die Klimagelder werden 0,3 bis 0,5% des BNE genannt; also müsste bei Einbeziehung dieser Gelder in die ODA ein Ziel von 1,0% bis 1,2% gesetzt werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die OECD empfiehlt Deutschland im „Peer Review 2010“ des Entwicklungsausschusses (DAC), sich neue, realistische jährliche Ziele zur Erreichung des 0,7% Zielwerts bis 2015 zu setzen und diese parteiübergreifend so zu kommunizieren, dass ein breiter Konsens über diesen Zielpfad besteht.² Würde man einen linearen Wachstumspfad wählen, so müsste der Prozentsatz

um jährlich 0,06 Prozentpunkte (entspricht ca. 1,5 Mrd. €) ansteigen um das 0,7%-Ziel bis 2015 zu erreichen. Die von der derzeitigen Regierung veranlasste Fokussierung auf den privaten Sektor wird in dem Review kritisch betrachtet. Es bestehe die Gefahr, dass die aufgewendeten Mittel in Zukunft nicht mehr auf die ODA anrechenbar wären, da nicht die Entwicklungshilfe der Hauptzweck ist, sondern wirtschaftliche Eigeninteressen. Um die notwendigen Mitteln nicht anderen Ressorts streitig machen und um keine Schulden aufnehmen zu müssen, bieten sich für die Finanzierung der aufgestockten Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise zwei Instrumente an: Zum einen könnten durch die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer Mittel verfügbar werden, wovon ein Teil für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden sollte. Eine andere oder zusätzliche Möglichkeit bietet der so genannte „Energie- und Klimafonds“. Dieser Fonds speist sich aus dem Erlös der Versteigerung von Emissions-Zertifikaten und wird in Deutschland ab 2012 etwa 3 Milliarden Euro jährlich beinhalten. Auch hier von könnte mindestens ein Teil für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden.

Internationaler Vergleich ³ (2010)		
	Land	Wert
1	Norwegen	1,10
2	Luxemburg	1,09
3	Schweden	0,97
13	Deutschland	0,38
Ø	DAC insgesamt	0,32
21	Griechenland	0,17
22	Italien	0,15
23	Republik Korea	0,12

¹ Quelle: BMZ; http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/Geber_im_Vergleich-Veraenderung_2010_gegenueber_2009.pdf

² Quelle: OECD 2010: DAC-Prüfbericht Deutschland 2010; <http://www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf>

³ Quelle: siehe Fußnote 1

C8

EINSATZ FÜR INTERNATIONALE GERECHTIGKEIT



INDIKATOR 48: Deutsche Handelsbilanz mit Entwicklungsländern (DAC-Liste)

⇒ DEFINITION

Der Indikator erfasst die Einfuhren und Ausfuhren aus den Ländern, die vom Development Assistance Committee (DAC) der OECD als Entwicklungsländer klassifiziert werden (Stand: 22.08.2011).

Datenquellen:

DAC-Liste: <http://www.oecd.org/dataoecd/32/40/43540882.pdf>; Einfuhr und Ausfuhr: DESTATIS, GENESIS, Code: 51000-0003

⇒ ENTWICKLUNG

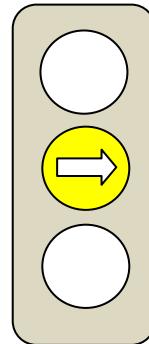
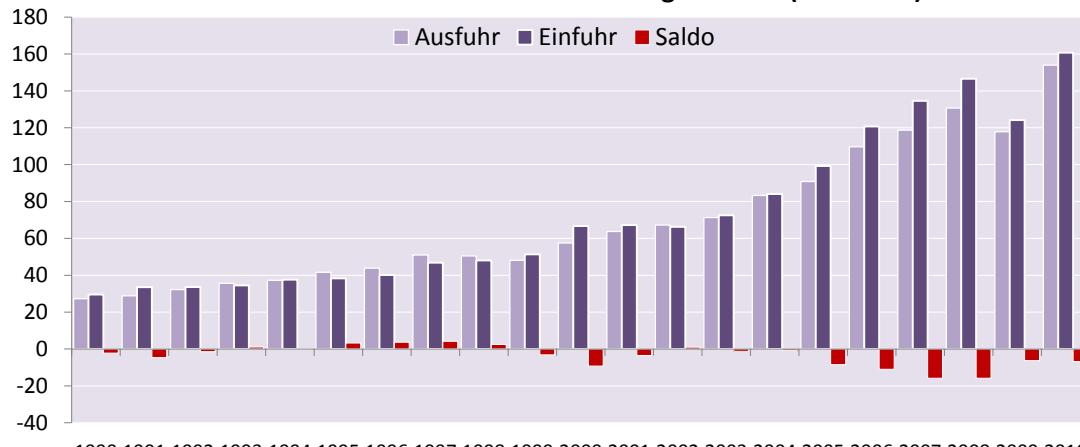
Die Einfuhren aus Entwicklungsländern nach Deutschland haben sich seit 1990 von 29,5 Mrd. € auf 160,8 Mrd. € mehr als verfünfacht. Sehr ähnlich haben sich die Ausfuhren entwickelt. Sie stiegen von 27,3 Mrd. € (1990) auf 154,0 Mrd. €. Der Saldo (Ausfuhr minus Einfuhr) ist dementsprechend sowohl 1990 als auch 2010 leicht negativ, wobei er innerhalb dieses Zeitraums in einigen Jahren auch leicht positiv war. Für das Krisenjahr 2009 lässt sich ein deutlicher Einbruch bei den Ein- sowie den Ausfuhren feststellen. Im Jahr 2010 stiegen Ein- und Ausfuhren jedoch wieder deutlich, und es scheint, als habe der Einschnitt 2009 keine dauerhaften Auswirkungen auf den steigenden Trend gehabt, was den Anteil der ODA am BNE angeht. Es werden eine gelbe Ampel und ein waagrechter Pfeil vergeben.

⇒ ZIELSETZUNG

Zunächst sollte, unabhängig von der Höhe der Ein- und Ausfuhren, der Saldo dieser beiden Posten möglichst nahe Null, die Handelsbilanz also ausgeglichen sein. Andernfalls entstehen zumindest bei einer langfristigen Einseitigkeit Ungleichgewichte und Schuldbeziehungen, die zu Abhängigkeiten und anderen Problemen, z.B. einem dauerhaften Mittelabfluss durch Zinszahlungen, führen können. Bezuglich der Höhe der Ein- und Ausfuhr lassen sich hingegen nur schwierig Zielwerte formulieren. Zwar verspricht die klassische Theorie von Ricardo durch Außenhandel eine Verbesserung für beide beteiligten Länder, dies gilt jedoch in dieser Klarheit nur in den engen Grenzen des dafür verwendeten Modells. Der Grundsatz „Je mehr desto besser“ ist deswegen nicht ohne Einschränkungen haltbar. Vielmehr muss genau untersucht werden, ob gleichberechtigte Handelsbeziehungen bestehen oder aber, ob eine Partei einseitige Vorteile durch den Handel auf Kosten des Partners erzielen kann. Ebenfalls zumindest kritisch zu hinterfragen sind Handelsbeziehungen mit diktatorischen Regimen sowie der Handel mit Rüstungsgütern. Solange externe Effekte noch nicht vollständig internalisiert sind, sind vor einem ökologischen Hintergrund manche Handelsbeziehungen ebenfalls kritisch zu bewerten, z.B. das Pulen von Nordsee-Krabben in Marokko oder die so genannten „Flug-Mangos“.

Mrd. €

Deutsche Handelsbilanz mit Entwicklungsländern (DAC-Liste)



FAIRTRADE STÄRKEN

AGRARDUMPING BEENDEN

SCHUTZ DER AGRARWIRTSCHAFT FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER ZULASSEN

EINFUHRZÖLLE DER EU SENKEN

⇒ EMPFEHLUNGEN

Eine Möglichkeit, für einen „gerechteren“ Handel mit Entwicklungsländern zu sorgen, ist der Kauf von so genannten „Fair Trade“ Produkten. Dafür ist ein Siegel-System geschaffen worden, dass sich auf den internationalen Standards der „Fairtrade Labelling Organizations International“ (FLO) gründet. Hier kann jeder Verbraucher selbst entscheiden, ob er selbst durch das Bezahlen eines, meist nicht übermäßig, höheren Preises über diesen Weg zur Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens beitragen will.

Besonders kritisch, weil Teil der Lebensgrundlage, ist der Bereich der Agrargüter (Stichwort „Agrardumping“). Hier zeichnet sich auch die Europäische Union durch hohe Subventionen im gemeinsamen Agrarmarkt aus. Nun ist es nicht falsch, dass sich die EU ihre Unabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung erhalten will. Jedoch muss sie darauf achten, dass sie damit nicht anderen Ländern diese Möglichkeit nimmt. Vor allem Exportsubventionen sind dabei für Entwicklungsländer besonders schädlich, da sie dazu führen, dass unter dem Marktpreis liegende europäische Produkte die Entwicklungsländer erreichen und so die Existenz der heimischen Landwirtschaft bedrohen. In den vergangenen Jahren wurden die Exportsubventionen erfreulicherweise schon stark zurückgefahren. Bis 2013 sollen diese nun komplett abgeschafft werden, was überaus

zu begrüßen ist und durch die aktuelle Politik nicht wieder zurückgenommen oder abgeschwächt werden sollte.¹ Gerade vor dem Hintergrund stark schwankender und insgesamt steigender Lebensmittelpreise sollte den Entwicklungsländern jedoch gleichzeitig zugestanden werden, dass sie ihre eigene Landwirtschaft, vor allem im Bereich der Grundnahrungsmittel, durch Handelsbeschränkungen – etwa durch Zölle – schützen, um der Gefahr von Hungersnöten durch steigende Weltmarktpreise entgegenzuwirken und ihnen eine Ernährungssouveränität zu ermöglichen.

Ein weiteres Problem stellen die Einfuhrzölle der EU auf weiterverarbeitete Produkte dar. Hier gilt bislang im Grundsatz: Je weiter ein Produkt verarbeitet ist, desto höher ist der Einfuhrzoll. So betrug beispielsweise der Zoll (Jahr 2005) für Rohkakao nur 0,5%, der für Schokolade hingegen 30,6%.² Dadurch werden die Entwicklungsländer daran gehindert, eine eigene verarbeitende Industrie aufzubauen. Deshalb sollte diese Zollpolitik geprüft und in Richtung einer Senkung der Einfuhrzölle für weiterverarbeitete Güter verändert werden. Dadurch würde es den Entwicklungsländern erleichtert, eine eigene weiterverarbeitende Industrie aufzubauen, wodurch sie unabhängiger von Rohstoffpreisen würden, was zu einer Stabilisierung bzw. Verbesserung ihrer Terms of Trade (siehe Indikator 20) führen könnte.



¹ Quelle: <http://www.agrarheute.com/ende-exportsubventionen>

² Quelle: http://www.welthungerhilfe.de/uploads/tx_dwhhinfomaterial/Grafikdienst.pdf, S. 16

PARTIZIPATION



ÜBERSICHT DER INDIKATOREN

TEILZIEL DER NACHHALTIGKEIT	INDIKATOR
D1 Hohes ehrenamtliches Engagement	49 Anteil der Bevölkerung, der sich ehrenamtlich engagiert
	50 Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner
D2 Hohes demokratisches Engagement	51 Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen
	52 Anzahl der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien in Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre
D3 Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess	53 <i>Anteil der Kommunen mit Agenda 21-Arbeit unter den 50 größten Kommunen in Deutschland</i>
	54 <i>Anteil der Kommunen mit Nachhaltigkeitsberichterstattung</i>
D4 Teilhabe von Frauen	55 Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag und im EU-Parlament (deutsche Staatsangehörigkeit)
	56 Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede
D5 Teilhabe von Kindern und Jugendlichen	57 Anteil der Abgeordneten unter 35 Jahren im Verhältnis zum Anteil der 18-35jährigen an der Gesamtbevölkerung
	58 Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht
D6 Teilhabe von Migranten und Migrantinnen	59 Anteil von Deutschen und Ausländern mit allg. Hochschulreife bzw. ohne Hauptschulabschluss bezogen auf die jew. Gruppe der Schulabsolventen
	60 Arbeitslosenquote aller Ausländer sowie Differenzierung nach Geschlecht
D7 Teilhabe von Behinderten	61 Umsetzungsgrad „barrierefreies Bauen“ in öffentlichen Gebäuden
	62 Arbeitslosenquote bei Erwerbspersonen mit mindestens 50 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit
D8 Teilhabe von Seniorinnen und Senioren	63 Anteil der Pflegeversicherungsfälle in der Bevölkerung über 65 Jahre
	64 <i>Anteil der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherung an der Gruppe der über 65jährigen</i>

* KURSIVE SCHREIBWEISE, WENN DER INDIKATOR IM VERGLEICH ZUM LETZTEN INDIKATORENBERICHT VERÄNDERT WURDE.

D1

HOHES EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT



INDIKATOR 49: Anteil der Bevölkerung, der sich ehrenamtlich engagiert

⇒ DEFINITION

Erfasst wird der Anteil der Bevölkerung, der sich regelmäßig freiwillig engagiert (so genannte Engagementquote).

Datenquellen:

Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 6, Grafik Z1

⇒ ENTWICKLUNG

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zum dritten Mal eine Untersuchung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Auftrag gegeben. Somit liegen derzeit drei Werte aus den bundesweiten Survey-Studien vor. Der Anteil der Bevölkerung, der sich ehrenamtlich engagiert, ist in Deutschland seit zehn Jahren stabil geblieben.

Die einzelnen Bereiche des zivilgesellschaftlichen Engagements wurden in der Studie von 2009 in vier Bereiche unterteilt. Eindeutig dominierend sind die Tätigkeiten, die mit Sport und Bewegung zusammenhängen (über 10,1%). Des Weiteren engagiert sich mehr als 6% der Bevölkerung in Kirche, Schule und im Sozial- und Kulturbereich. Zwischen 1,8% und 3,1% investieren ihre freie Zeit in die Jugendarbeit, Feuerwehr und poli-

tische Arbeit. Ein kleinerer Prozentsatz, nämlich 0,7% der Bevölkerung, widmet sich der Schöffentätigkeit und Kriminalitätsarbeit.

In der Studie wird auch erforscht, ob Menschen, die sich aktuell nicht engagieren, es sich in der Zukunft vorstellen können (so genanntes externes Potenzial). Nach dem Survey ist der Anteil von 26% im 1999 auf 37% im Jahr 2009 stark gestiegen. Weiterhin ist in der Studie von einem „internen Potenzial“ die Rede, d.h. von jener Gruppe der Bevölkerung, die sich vorstellen kann, ihre freiwillige Beteiligung am sozialen Leben auszuweiten. Erfreulich ist, dass diese Eigenschaft ganz besonders bei jungen Menschen sichtbar wird.

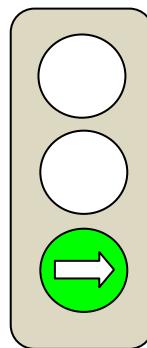
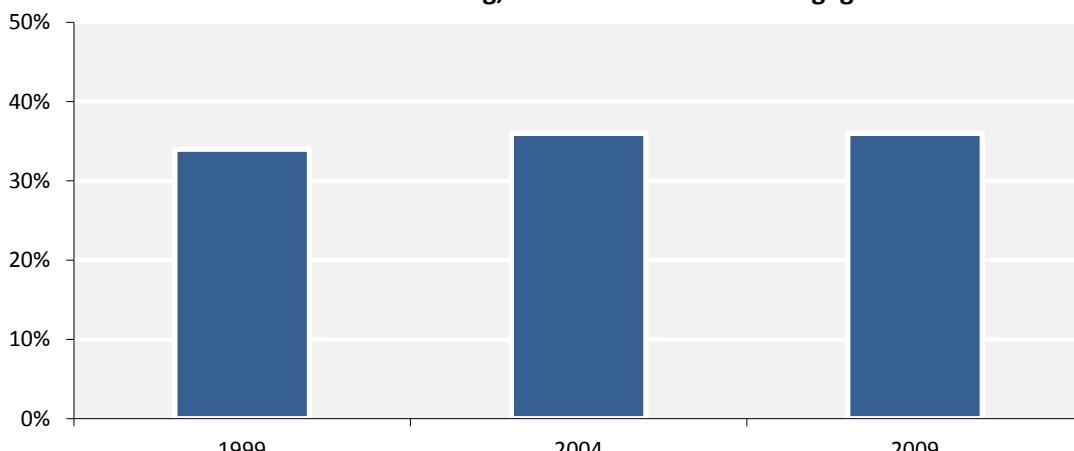
⇒ ZIELSETZUNG

Trotz des relativ hohen und konstanten Engagements der Bevölkerung gilt es weiterhin, freiwillige Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Ziel sollte es sein, dass sich bis 2020 ca. 50% der Bevölkerung (wie etwa in Großbritannien oder Schweden) regelmäßig freiwillig engagieren.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Bundesregierung hat im Oktober 2010 erstmals eine Nationale Engagementstrategie für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen, die jedoch vielfach kritisiert wurde. Beanstandet wurde vor allem, dass sie

Anteil der Bevölkerung, der sich ehrenamtlich engagiert



HALBTAGSGESELLSCHAFT

GARANTIERTES GRUNDEINKOMMEN

ANERKENNUNG VON KOMPETENZEN

VERSICHERUNGSBEDINGUNGEN KLÄREN

eher eine Art Katalog vorhandener bürgerlicher Aktivitäten darstellt als Anstöße für die Aktivierung des noch nicht engagierten Teils der Bevölkerung leistet.

Um weitere Teile der Bevölkerung für die Mitarbeit zu aktivieren, müssen insgesamt die Rahmenbedingungen geändert werden. Das Modell der Halbtagsgesellschaft, d.h. Wahrnehmung eines Halbtagsjobs und in der restlichen Zeit Mitgestaltung des sozialen Lebens, und auch ein garantiertes Grundeinkommen, könnten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für beide Geschlechter deutlich attraktiver machen und ohne Zweifel das frei-

willige Engagement erhöhen. Die Anerkennung von erworbenen Kompetenzen in der informellen Ökonomie könnte für die Tätigkeiten in der formellen Ökonomie von entscheidender Bedeutung sein. Nicht zu vernachlässigen ist in dem Zusammenhang die Frage der Versicherung bei den ausgeübten Tätigkeiten in der informellen Ökonomie. Einheitliche Versicherungsbedingungen für alle Bereiche des freiwilligen Engagements, besonders die Haftpflicht- und Unfallversicherung, sollten daher geregelt werden.

Europäischer Vergleich ¹	
Anteil der Bevölkerung, der sich engagiert	Länder
Sehr hoch (über 40%)	Österreich, Niederlande, Schweden, Großbritannien
Hoch (30%-39%)	Dänemark, Finnland, Deutschland und Luxemburg
Mittel hoch (20%-29%)	Estland, Frankreich und Lettland
Relativ gering (10%-19%)	Belgien, Zypern, Tschechien, Irland, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Rumänien, Slowenien, Spanien
Gering (weniger als 10%)	Bulgarien, Griechenland, Italien und Litauen

¹ Quelle: Study on Volunteering in the EU, Reference N. EACEA/2008/07 contracted by the Education, Audiovisual and Culture Executive Agency (EACEA) to GHK and managed by the Directorate General for Education and Culture (DG EAC) of the European Commission, Final Report submitted by GHK. (17. Februar 2010). Im Internet unter:<http://ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/Volunteering%20in%20the%20EU%20Final%20Report.pdf>

D1

HOHES EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT



INDIKATOR 50: Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner

⇒ DEFINITION

Anzahl der bei den örtlichen Vereinsregistern eingetragenen Vereine bezogen auf die Anzahl der Einwohner.

Datenquellen:

<http://www.registeronline.de/vereinsstatistik>

⇒ ENTWICKLUNG

Die Anzahl der Vereine ist nicht unbedingt zurückgegangen, wie man auf den ersten Blick feststellen mag. Grund ist vielmehr, dass die Amtsgerichte ihr Erfassungssystem auf EDV umgestellt haben. Somit wurden viele „Karteileichen“ aus dem Vereinsregister gelöscht. 6,8 Vereine je 1.000 Einwohner ist weiterhin eine positive Bilanz. Laut der Vereinsstatistik existierten in Deutschland im Sommer 2008 554.401 eingetragene Vereine (e.V.). Das sind ca. 6.743 Vereine auf 1 Million Bundesbürger. Spitzensreiter ist das Land Nordrhein-Westfalen mit mehr als 115.000 Vereinen. Im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen führt das Saarland mit 9.006 Vereinen auf 1 Million Einwohner.

Der Indikator ist nur ein grobes Maß, da er das ehrenamtliche Engagement nur indirekt erfasst. Wie bei Indikator 49 lässt die Datenbasis keine fundierte Bewertung zu. In der wissenschaftlichen Literatur wird die Anzahl der Vereine in Deutschland im internationalen Vergleich als traditionell hoch eingestuft. Der Zustand

des Indikators wird daher – mit der gebotenen Vorsicht – positiv eingestuft (grüne Ampel), aber diesmal mit waagerechtem Pfeil; man muss abwarten, wie die nächsten Zahlen nach der EDV-Umstellung ausfallen werden.

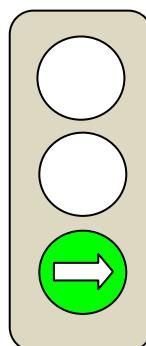
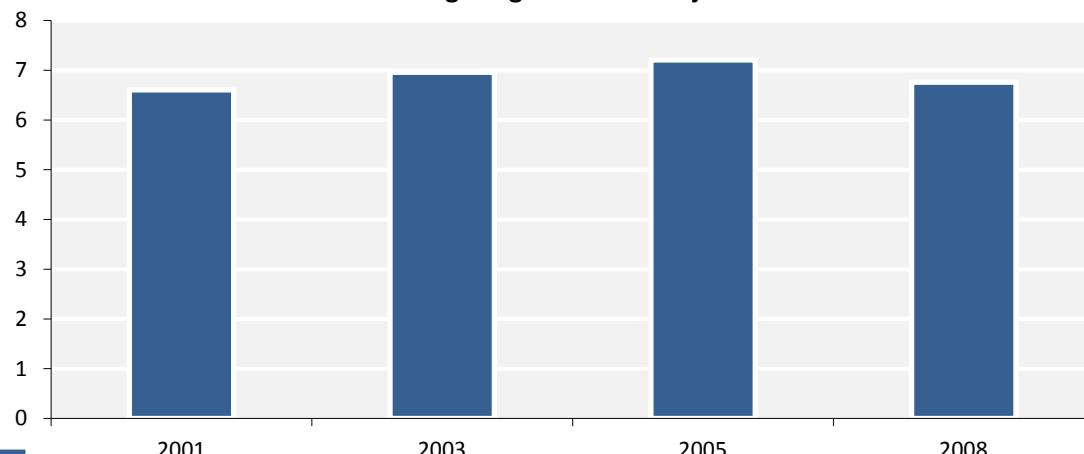
⇒ ZIELSETZUNG

Bei diesem Indikator geht es primär um den Erhalt und um die Modernisierung der vorhandenen vielfältigen Struktur auf hohem Niveau. Da er weder die Aktivitäten der Vereine noch die Mitgliederzahl, sondern nur die Eintragung bei Vereinsgründung (rechtliche Schritte) abbildet, ist eine präzise Zielvorgabe an der Stelle schwierig.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Wie aus Indikator 49 zu entnehmen ist, steigt der Anteil der Bevölkerung, die sich ehrenamtlich engagiert. Dies kann unter anderem eine steigende Zahl von Mitgliedschaften in mehreren Vereinen bedeuten. Allerdings werden dabei nicht die Aktivitäten der Mitglieder in den Vereinen selbst berücksichtigt. Eine steigende Anzahl von Vereinen heißt gleichzeitig, dass vielfältige Bedürfnisse der Bevölkerung abgedeckt werden können. Diese Vielfalt erstreckt sich von Sport-, Tierschutz-, Kunst-, Bildungs- bis hin zu Sammler- und Politikvereinen. Die Verteilung ist jedoch sehr an die örtlichen

Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Ew



UNTERSTÜTZUNG FÜR LÄNDLICHE REGIONEN

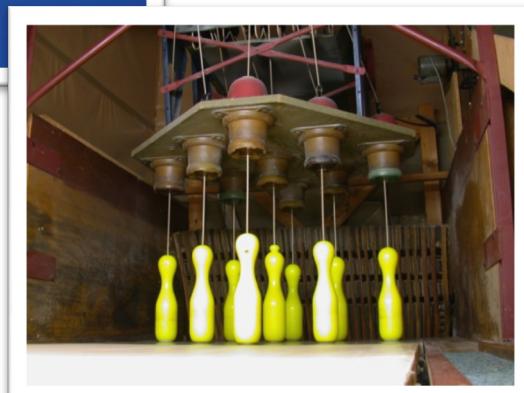
VEREINFACHUNG VON PROZEDUREN

ERHÖHUNG DER STEUERFREIEN EHRENAMTSPAUSCHALE

Gegebenheiten gebunden. Deswegen sollten vor allem in ländlich geprägten Regionen unterstützende Maßnahmen zum Erhalt von Vereinen unternommen werden. Vereine spielen auch im demokratischen Findungsprozess eine wichtige Rolle, da die Entscheidung nicht nur von einer Person abhängig ist. Wenn man zusätzlich die interkulturellen Aspekte berücksichtigt, dann bilden Vereine einen wichtigen Baustein für den Aufbau einer demokratischen und partizipativen Zivilgesellschaft. Die Möglichkeit, sich in das Gemeindebewerben einzubringen, erhöht die Chancen, dass die Sprache erlernt wird. Dies ist im beruflichen Leben für viele

Einwohner mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung.

Damit die Vereine, zumindest in der Gründungsphase, gut funktionieren können, sollten die Prozeduren bei der Erteilung öffentlicher Fördermittel vereinfacht und bundesweit einheitlich eingeführt werden. Bis jetzt sind die Zuständigkeiten für die Förderung gemeinnütziger Vereine in Deutschland von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Zusätzlich könnte die steuerfreie Ehrenamtspauschale angehoben werden, damit diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, einen Teil ihrer Unkosten erstattet bekommen.



D2

HOHES DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT



INDIKATOR 51: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen

⇒ DEFINITION

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus.

Datenquellen:

Bundestag: *Statistisches Jahrbuch 2010*, S. 98

⇒ ENTWICKLUNG

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 lag die Beteiligung bei 78,5%, bei den folgenden Wahlen von 1953 bis 1983 lag sie immer über der 85-Prozentmarke und pendelte zwischen 86,0% (1953) und 91,1% (1972). Seit 1998 fällt die Beteiligung und erreichte 2009 seit fast zwanzig Jahren das niedrigste Niveau von 70,8%. Be trachtet man die Wahlbeteiligung differenziert nach Altersgruppen, zeigt sich, dass in der Gruppe der 18-40 jährigen die Beteiligung unter 60% lag. Die aktivsten Wähler sind zwischen 60-70 Jahre alt, mit einer Beteiligung von 80%.¹

Deutlich geringer als bei den Bundestagswahlen ist die Beteiligung an Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen. Dabei fällt auch der Einbruch der Wahlbeteiligung in den letzten drei Jahrzehnten deutlicher aus als auf Bundesebene. Unter den Nichtwählern befinden sich im Übrigen in der Tendenz überproportional viele Men-

schen mit niedrigem Bildungsgrad und geringem Einkommen. Diese Schieflage verstärkt sich bei sinkender Wahlbeteiligung noch.²

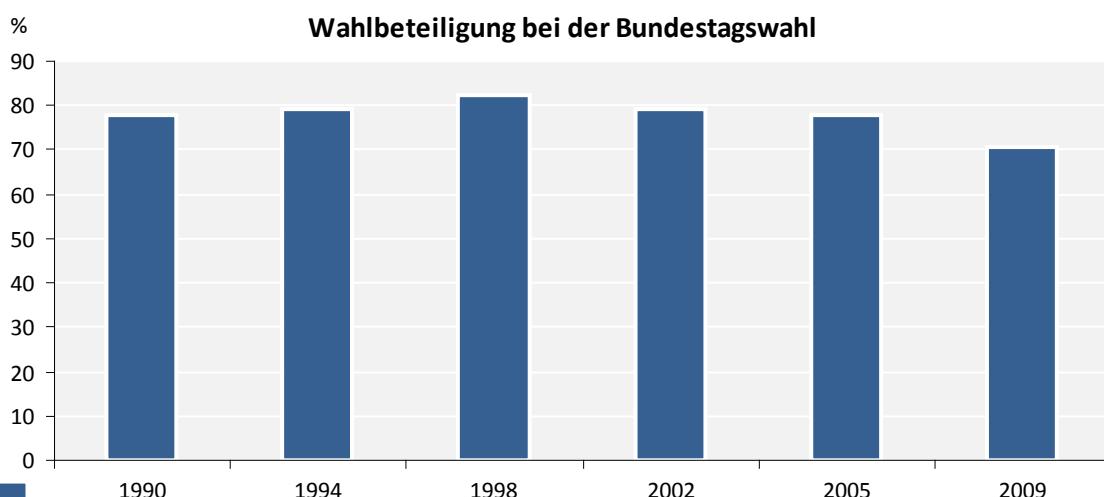
⇒ ZIELSETZUNG

Für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft ist eine möglichst hohe Wahlbeteiligung, sowohl bei den Bundestagswahlen als auch bei Kommunal- und Europawahlen von großer Bedeutung. Nur eine hohe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen garantiert, dass die jeweilige Regierungsmehrheit einen erheblichen Teil der Bevölkerung repräsentiert und über eine entsprechende Legitimität verfügt. Daher sollte eine Beteiligung von mindestens 85% angestrebt werden.

Dass seit der „Wechselwahl“ 1998 eine erneute deutliche Absenkung des Niveaus zu verzeichnen ist, sollte daher mit Sorge betrachtet werden (gelbe Ampel). Der negative Trend seit den 1970er Jahren setzt sich damit fort (fallender Pfeil).

⇒ EMPFEHLUNGEN

Für viele Bürger ist das Nichtwählen ein Ausdruck ihrer Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik und den Parteien. Verschiedene Faktoren tragen zu dieser „Politikverdrossenheit“ bei: Neben ein – nicht zuletzt von Skandalen genährtes – Misstrauen gegenüber der poli-



POLITISCHE BILDUNG VERBESSERN

AUSBAU DER BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN

SOZIALE UNGLEICHHEIT VERRINGERN

tischen Klasse tritt die Wahrnehmung, dass sich die Parteien immer weniger voneinander unterscheiden. Immer weniger Menschen erscheint Parteiarbeit zudem attraktiv. Auch der Eindruck, als Individuum ohnehin keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben, während andererseits mächtige Interessengruppen die Politik bestimmen, kann das Interesse an politischer Beteiligung beeinträchtigen und so zur sinkenden Wahlbeteiligung beitragen.³

Um Bürgerinnen und Bürger wieder verstärkt zur Wahl zu motivieren, werden ganz unterschiedliche Maßnahmen diskutiert. Ein zentraler, aber keinesfalls ausreichender Bestandteil ist die politische Bildung. Da gerade junge Menschen unterdurchschnittlich häufig zur Wahl gehen, erscheinen Schritte, um Jugendliche stärker für Politik zu interessieren und an das Wählen heranzuführen besonders wichtig. Vor allem verstärkte

Beteiligungsmöglichkeiten wie Jugendstadträte, aber auch Projekte wie Wahlsimulationen zum Erleben und Üben von Demokratie sollten verstärkt gefördert werden. Darüber hinaus müssen reale Einflusschancen auf die Politik für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Wünschenswert sind unter anderem Parteistrukturen, in denen mehr Basisdemokratie und Partizipation der Mitglieder das Engagement und die Identifikation mit der Partei stärken. Auch eine größere Beteiligung der Wählerinnen und Wähler etwa bei der Kandidatenauswahl könnte einen positiven Beitrag leisten.

Der Befund, dass gerade sozial Benachteiligte politisch weniger partizipieren verweist zudem darauf, dass eine Gesellschaft, die „das Ideal politischer Gleichheit verteidigen will“, sicherstellen muss, „dass die soziale Ungleichheit nicht noch weiter zunimmt“.⁴



¹ Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, S. 10.

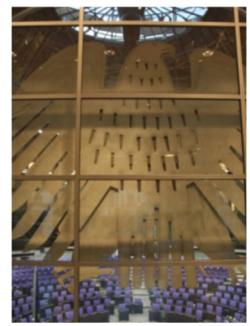
² Schäfer, Achim (2009): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet.

³Neben der „Politik- oder Parteienverdrossenheit“ wird immer wieder die Normalisierungsthese angeführt, die darauf verweist, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland im internationalen Vergleich immer noch hoch ist. Die sinkende Beteiligung sei demnach weniger ein Krisensymptom als ein Zeichen der Gewöhnung an die Demokratie. Dagegen spricht der hohe Anteil Unzufriedener unter denjenigen, die nicht an Wahlen teilnehmen.

⁴Schäfer, Achim (2009): op. cit., 38.

D2

HOHES DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT



INDIKATOR 52: Anzahl der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien in Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre

⇒ DEFINITION

Die Zahl der Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, werden addiert und die Gesamtsumme durch die Zahl der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland mit einem Lebensalter über 18 Jahre dividiert.

Datenquellen:

Prof. Dr. Oskar Niedermayer: *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 15, Berlin, Freie Universität Berlin 2009; E. Jessen „Die Demokratie der BRD“, 8. Aufl., Nomos Verlag; Bevölkerungszahl: Statistisches Bundesamt; www.destatis.de (eigene Berechnung)*.

⇒ ENTWICKLUNG

Der höchste Anteil der Parteimitglieder, gemessen an der Zahl der Bevölkerung wurde im Jahr 1976/1977 mit 4,14% erreicht. Seit den 1980er Jahren ist der Trend rückläufig; dieser Trend setzt sich weiter fort. Tiefpunkt in der Entwicklung ist das Jahr 2008 mit nur noch 2,05%.

⇒ ZIELSETZUNG

Der anhaltende Rückgang bei den Parteimitgliedschaften folgt dem gesellschaftlichen Trend einer rückläufigen Orientierung an Großorganisationen. Für die Vertretung der Parteien in der Fläche und für die Rekrutie-

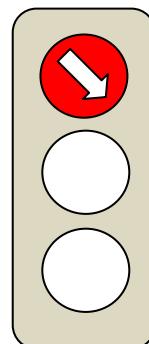
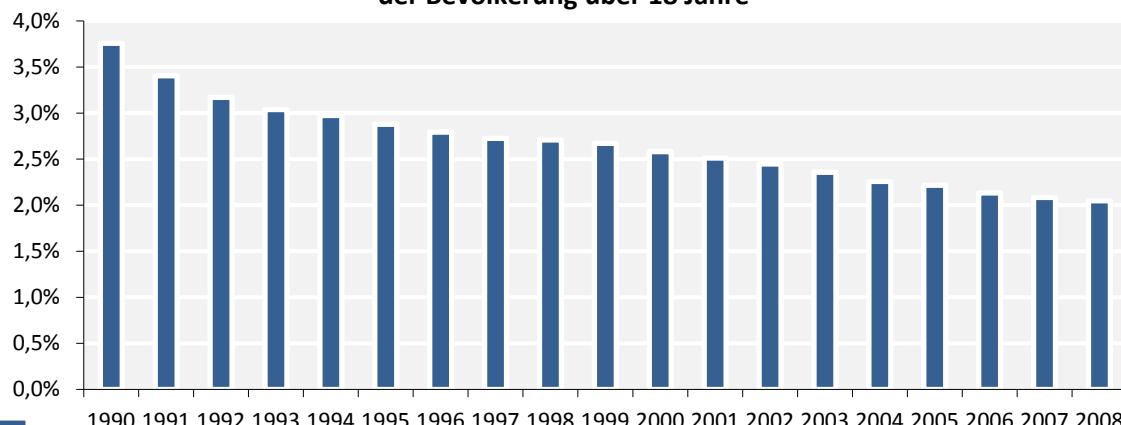
rung von geeignetem, politischem Personal sollte ein gewisses Maß nicht unterschritten werden. Der Wert von 4% Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre sollte nach Möglichkeit wieder erreicht werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Empfehlungen zur Verbesserung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Arbeit der Parteien können nicht von Regierungen oder Ämtern verordnet und in Form politischer Maßnahmen umgesetzt werden. Auf der einen Seite kann die politische Bildung bei Jugendlichen, aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung gefördert und verbessert werden, um so die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Auf der anderen Seite gäbe es sicher für die politischen Parteien selbst Möglichkeiten, neue Wege zu versuchen, um Menschen zur aktiven Beteiligung zu gewinnen. Gerade die erfolgreiche Neugründung von Parteien zeigt, dass es in der Gesellschaft hierfür offenkundig ein Potential gibt. Eine Erhöhung der Transparenz innerparteilicher Entscheidungsprozesse, einer direkten Beteiligung von Parteimitgliedern, die Bereitschaft, sich in offenen Meinungsfindungsverfahren neuen Themen zuzuwenden – dies könnte mittelfristig von Erfolg gekrönt sein.

Anzahl der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien in Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre



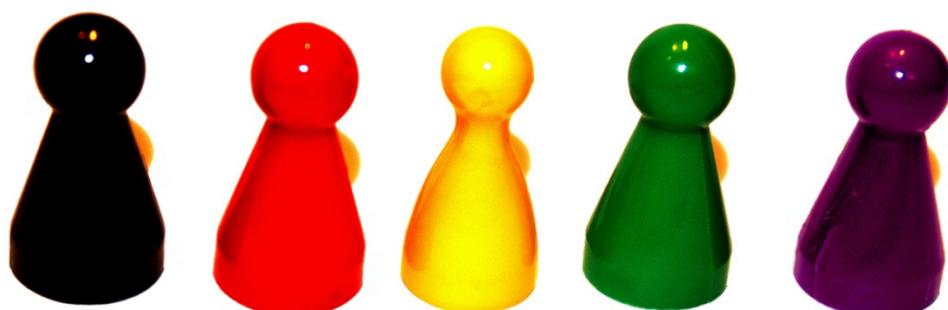
POLITISCHE BILDUNG VERBESSERN

ERHÖHUNG DER TRANSPARENZ

ÖFFNUNG DER PARTEIEN

DIE LINKE.

CDU



D3

TEILHABE AM NACHHALTIGKEITSPROZESS



INDIKATOR 53: Anteil der Kommunen mit Agenda 21-Arbeit unter den 50 größten Kommunen in Deutschland

⇒ DEFINITION

Ausgewiesen wird der Anteil der 50 größten Kommunen in Deutschland, die sich in der Agenda 21-Arbeit engagieren.

Datenquellen:

*Eigene Berechnung; Internet basierte Datenerfassung.
Stand: September 2011*

⇒ ENTWICKLUNG

Der alte Indikator mit der Anzahl der Kommunen mit Agenda-Beschluss konnte nicht fortgeführt werden, weil es keine Datenerhebung zu diesem Thema mehr seit 2005 gegeben hat. Der neue Indikator erfasst daher den Anteil der Kommunen unter den 50 größten Kommunen in Deutschland, die eine Institutionalisierung der Agenda 21 vorgenommen haben und sich mit Agenda-Arbeit innerhalb des Rathauses beschäftigen. Die Agenda-Arbeit konzentriert sich innerhalb von Referaten und Stabstellen wie Umweltamt, Klimaschutz, Stadtentwicklung – nur einige wenige Kommunen haben einen eigenen Agenda-Beauftragten (Stand: September 2011). Für die hohe Anzahl der Kommunen gibt es eine grüne Ampel. Der Trend kann aufgrund mangelnder Datenlage nicht bewertet werden.

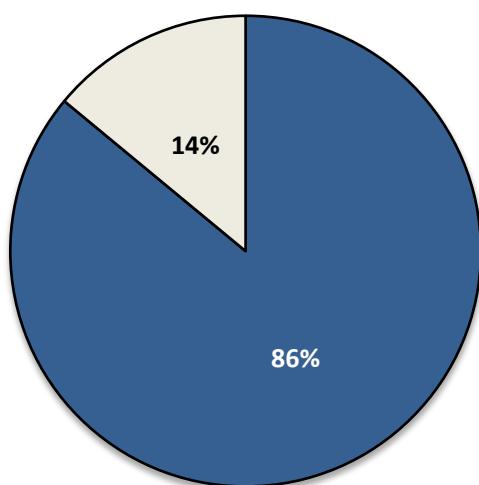
⇒ ZIELSETZUNG

Angestrebgt ist ein 100% Anteil an Kommunen mit Agenda 21 Arbeit bis 2022 an der Anzahl der Kommunen insgesamt (30 Jahre nach Rio).

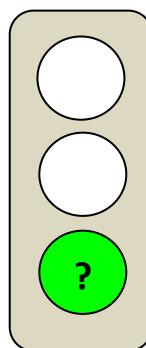
⇒ EMPFEHLUNGEN

20 Jahre nach Rio spielt die Agenda-Arbeit, zumindest unter den 50 größten Kommunen in Deutschland eine wichtige Rolle. Die Institutionalisierung erfolgte entweder durch Eingliederung in die Arbeiten des Umweltamtes oder in Bereiche der Stadtentwicklung. Ein sehr guter Prozess wurde in Nordrhein-Westfalen vollzogen, und zwar mit der Bildung einer Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. mit der Beteiligung von mittlerweile 120 Teilnehmern (wie etwa Kommunen und Kreise, Verbände und Institutionen, Kirchen und Gewerkschaften). Gegründet wurde die Gemeinschaft als Kompetenznetzwerk zur Professionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse.

Die Institutionalisierung und die Ausstattung der Agenda-Arbeit mit einem Minimum an personellen und finanziellen Ressourcen sollte nicht nur in den Großstädten, sondern vor allem auch in den kleineren Gemeinden beibehalten oder, wo dies noch nicht geschehen ist, eingeführt werden. Auch auf Länderebene kann diese Arbeit sehr erfolgreich unterstützt werden, wie



- Anteil der Kommunen mit Agenda-Arbeit
- Anteil der Kommunen ohne Agenda-Arbeit



INSTITUTIONALISIERUNG DER AGENDA-ARBEIT

FINANZIELLE RESSOURCEN BEREITSTELLEN

REGELMÄßIGES MONITORING ORGANISIEREN

das Beispiel des Agendabüros in der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) Baden-Württemberg zeigt. Auf Länderebene oder über den

Deutschen Städtetag und den Deutschen Gemeindetag sollte ein regelmäßiges Monitoring der kommunalen Agenda-Arbeit organisiert werden.



D3

TEILHABE AM NACHHALTIGKEITSPROZESS



INDIKATOR 54: Anteil der Kommunen mit einer Nachhaltigkeitsberichterstattung

⇒ DEFINITION

Ausgewiesen werden sollte der Anteil der Kommunen in Deutschland, die mindestens einmal einen kommunalen Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt haben. Als Ersatz für fehlende Ergebnisse für Deutschland insgesamt werden nur Ergebnisse aus Baden-Württemberg präsentiert.

Datenquellen:

Eigene Berechnung; <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/30327/>

⇒ ENTWICKLUNG

Daten für die gesamte Bundesrepublik liegen nicht vor, sie müssten in einer sehr aufwändigen Recherche erhoben werden. Einzig Baden-Württemberg bietet – über die Arbeit des Agenda-Büros der LUBW – einen internetbasierten Zugang zu den in diesem Bundesland vorliegenden kommunalen Nachhaltigkeitsberichten. Leider lässt sich dieses Bundesland nicht auf die Bundesrepublik Deutschland insgesamt hochrechnen, da nur hier diese Arbeiten auf vielfältige Weise unterstützt werden – von einer äußerst guten Datenzugänglichkeit durch das Statistische Landesamt bis hin zu vielfältigen Beratungsangeboten der LUBW.

Die Zahl der Kommunen, die sich hier engagieren, nimmt kontinuierlich zu – wenn auch recht langsam.

Weitere Berichte sind derzeit in Arbeit.

⇒ ZIELSETZUNG

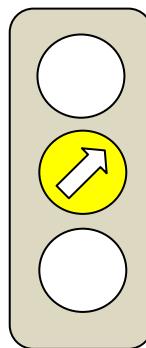
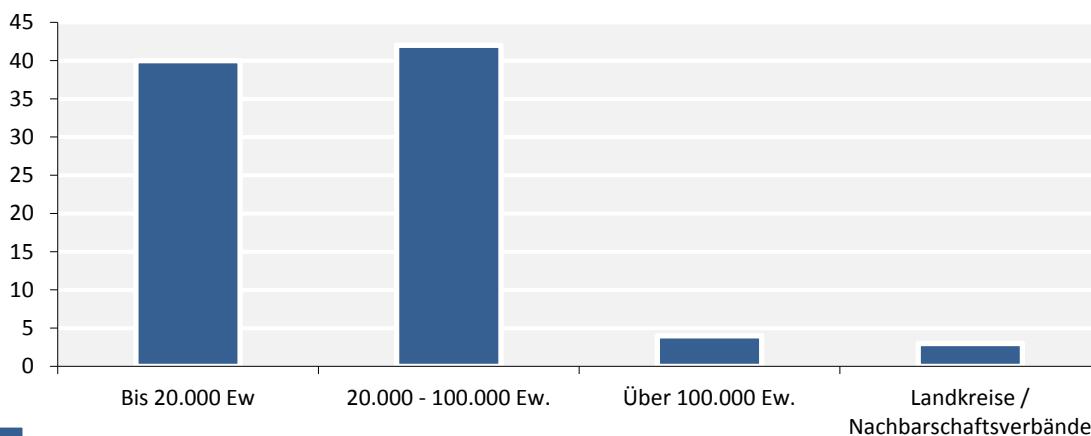
Anzustreben ist ein 50%-Anteil an Kommunen mit Nachhaltigkeitsberichten bis 2022 (30 Jahre nach Rio).

⇒ EMPFEHLUNGEN

Indikatoren sind für die Konkretisierung und Kommunikation des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung zu einem wichtigen Instrument auch der Lokalen Agenda 21 geworden. Sie dienen dem Monitoring der angestrebten Veränderungsprozesse und erfüllen wichtige Funktionen bei der politischen und administrativen Steuerung. Die Anzahl der Kommunen, die ein Indikatoren-System zur nachhaltigen Entwicklung zumindest einmalig eingeführt haben, ist im Beobachtungszeitraum weiter deutlich gestiegen – allerdings gibt es, wie bereits erwähnt, keine Ergebnisse für Deutschland insgesamt; hierfür gibt es zuletzt Ergebnisse aus dem Jahre 2004, wo die Zahl der Kommunen insgesamt für Deutschland auf 250 geschätzt wurde.

Leider deutet vieles darauf hin, dass sich sehr wenige Kommunen bislang entschieden haben, Nachhaltigkeitsberichte als Informations- und Controllinginstrument zu verstetigen. Die Zahl der Kommunen, die Nachhaltigkeitsberichte in regelmäßigen Abständen vorlegen, dürfte bislang in Baden-Württemberg unter

Kommunale Nachhaltigkeitsberichte in Baden-Württemberg



DATENZUGÄNGLICHKEIT VERBESSERN

NUTZUNG DER BERICHTE DURCH DIE KOMMUNEN

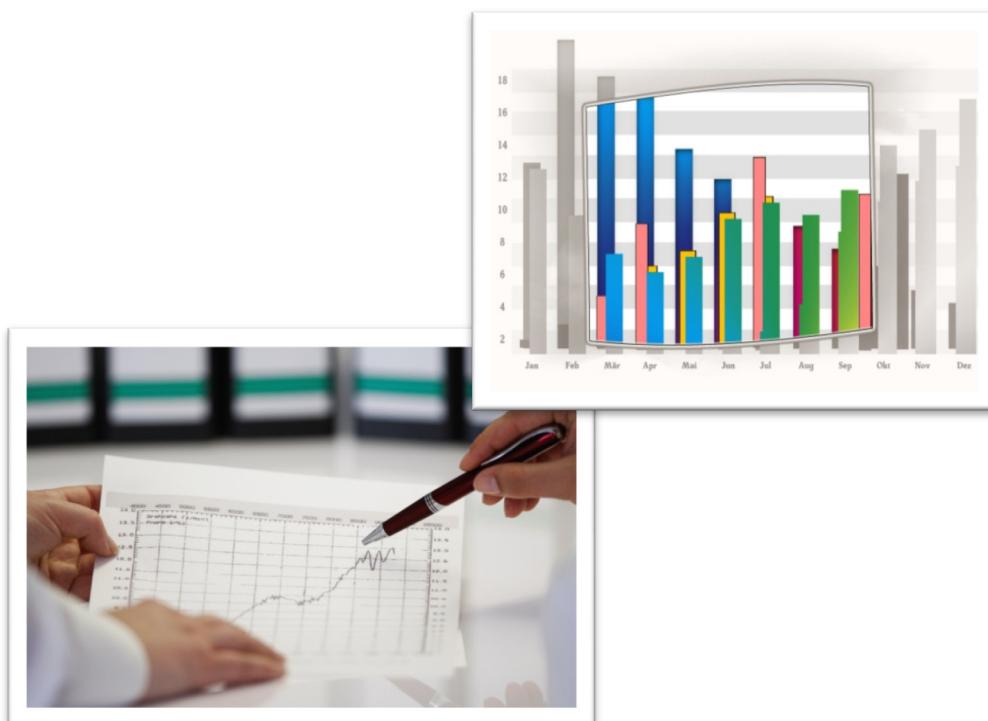
KERN-BERICHT ALS PFLICHT FÜR KOMMUNEN

20 liegen.

Die weitere Verbreitung kommunaler Nachhaltigkeitsberichterstattung wird ganz wesentlich von zwei Faktoren abhängen. Zunächst müsste auch in anderen Bundesländern – nach dem Vorbild von Baden-Württemberg – die Zugänglichkeit der Daten über ein entsprechendes Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes so vereinfacht werden, dass die Erstellung des Kerns eines Berichts ohne große Mühen möglich ist. Zum anderen müssten die Kommunen diese Berichte dann auch erkennbar in ihrer politischen Arbeit nutzen: zur Festlegung kommunalpolitischer Ziele, zum Controlling von Maßnahmen, die zur Verbesserung bestimm-

ter Problemlagen ergriffen wurden, oder im Rahmen einer kommunalen Nachhaltigkeitsprüfung vor Entscheidungen im Stadt- oder Gemeinderat. Kommunen können auch aktiv werden, um Nachhaltigkeitsberichte in ihrer Informationsarbeit für ihre Bürgerinnen und Bürger zu verwenden.

Eine drastische Veränderung dieses Indikators wäre auf mittlere Sicht aber wohl nur dann zu erreichen – so jedenfalls die Einschätzung „zwanzig Jahre nach Rio“ – wenn ein Kern der Nachhaltigkeitsberichterstattung in das statistische Pflichtprogramm der Kommunen aufgenommen würde. Eine solche Initiative ist bislang (noch) nicht in Sicht.



D4

TEILHABE VON FRAUEN



INDIKATOR 55: Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag und im EU-Parlament (deutsche Staatsangehörigkeit)

⇒ DEFINITION

Die Anzahl der weiblichen und männlichen Abgeordneten wird jeweils in Bezug zur Gesamtzahl der Abgeordneten gesetzt. Maßgebend ist das amtliche Wahlergebnis, Veränderungen im Laufe der Wahlperiode werden nicht berücksichtigt. Die Werte werden für den Bundestag sowie für die deutschen Abgeordneten im Europaparlament getrennt ausgewiesen.

Datenquellen:

http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/frauen_maenner.html

http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/men_women_de_txt.html

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anteil der Frauen an den Abgeordneten im Deutschen Bundestag ist von 1990 bis 2002 stetig gestiegen, mit einem geringem Einbruch im Jahr 2004; stieg dann bei der letzten Wahl 2009 wieder leicht und liegt derzeit bei 32,9%. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten hat in der Geschichte des Bundestags stetig zugenommen. 1987 war mit 15,4% erstmals die 10-Prozent-Marke übertroffen, gut zehn Jahre später war dann die 30%-Marke erreicht, die sich seitdem nur noch wenig verändert hat. Als einzige Partei sind die Grünen zu nennen, die kontinuierlich seit 1987 mit mehr als 50%

weiblichen Abgeordneten im Bundestag vertreten sind. Die CSU hat 2009 gerade die Marke von 20,1% übertroffen. Es ist also der im Grundgesetz etablierte Gleichheitsgrundsatz nicht verwirklicht, weshalb eine gelbe Ampel vergeben wird. Der Pfeil zeigt nach oben, da in beiden Parlamenten der Anteil gestiegen ist. Damit ändert sich der Pfeil von fallend auf steigend.

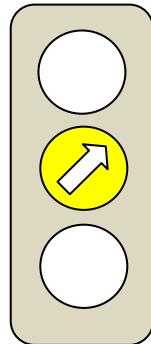
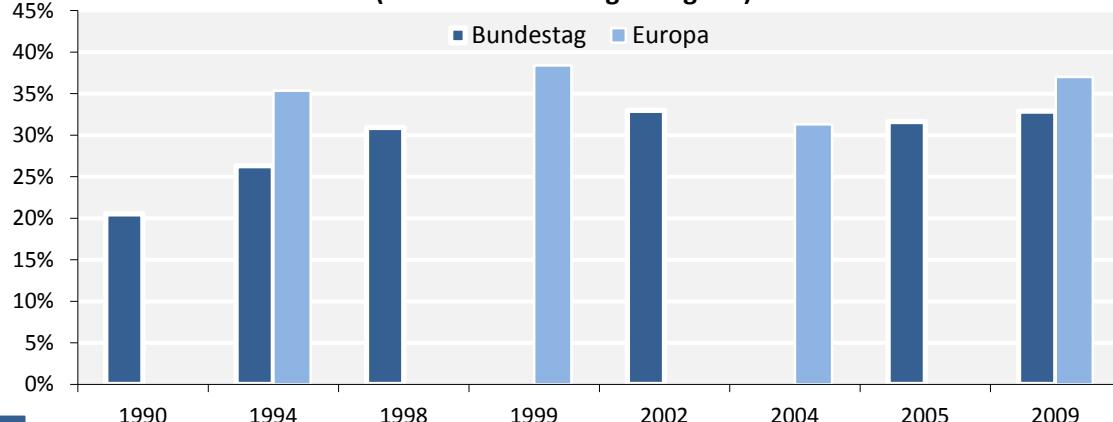
⇒ ZIELSETZUNG

Eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern sollte im Bundestag und im Europäischen Parlament angestrebt werden. Art. 23, Abs.1 der Grundrechtecharta der EU unterstreicht die Gleichheit von Frauen und Männern, somit ist die Europäische Union verpflichtet die Gleichstellung zu fördern. Im Europäischen Parlament wurde ein Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter eingerichtet.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Im Europaparlament ist der Anteil der Frauen an den deutschen Abgeordneten im Jahr 2009 auf 37% gestiegen und erreichte fast das Höchstniveau von vor zehn Jahren. Im europäischen Vergleich ist der Anteil der Frauen im Parlament in Deutschland höher als in den meisten Staaten. Auch die Zahl der Ministerinnen ist in den letzten Jahren gestiegen, und erstmals gibt es eine weibliche Regierungschefin.

**Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag und im EU-Parlament
(deutsche Staatsangehörigkeit)**



GESETZLICHE FRAUENQUOTE

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF VERBESSERN

z.B. FLEXIBLE ARBEITSZEITMODELLE, KINDERBETreuUNG, ...

Die Frauenquote ist bis jetzt ein reines Versprechen der Wirtschaft geblieben, deswegen soll die Frauenquote stufenweise per Gesetz eingeführt werden. Inkludiert werden sollten auch die Bereiche des öffentlichen Dienstes. Der Staat muss dafür allerdings noch Unterstützung leisten. Die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf muss nicht nur auf der unternehmerischen Ebene (Teilzeit-Einstiegsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeitmodelle etc.) stattfinden, sondern auch auf der staatlichen Ebene (Ausbau finanzierbarer Kindergarten- und Krippenplätze etc.).



D4

TEILHABE VON FRAUEN



INDIKATOR 56: Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede

⇒ DEFINITION

In Beziehung zueinander gesetzt werden hier die Bruttostundenverdienste von Frauen und Männern. Angegeben wird der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in % der Bruttostundenverdienste der Männer.

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011 / Indikatoren nachhaltiger Entwicklung Seit dem Jahr 2006 wird der Gender Pay Gap nach EU-weit einheitlicher Methodik berechnet. Aufgrund dieser Umstellung dürfte sich der Wert um etwa einen Prozentpunkt vergrößert haben.

⇒ ENTWICKLUNG

In der relativen Betrachtung haben Männer im Jahr 2008 23% mehr als Frauen verdient – mit steigender Tendenz. Die Verdienstunterschiede zwischen Mann und Frau, auch Gender Pay Gap genannt, lassen sich auf unterschiedliche Ursachen zurückführen. Die Männer arbeiten meist ohne größere Unterbrechungen auf einer Vollzeitstelle. Frauen beginnen zwar häufig zu gleichen Konditionen zu arbeiten (der Unterschied liegt laut Statistischem Bundesamt bei Absolventen bei ca. 8%), haben dann aber oftmals eine Babypause und vollziehen den Wiedereinstieg auf einer Teilzeitstelle. Somit verlieren sie die Jahre an Berufserfahrung, die

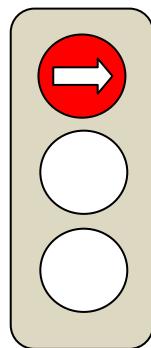
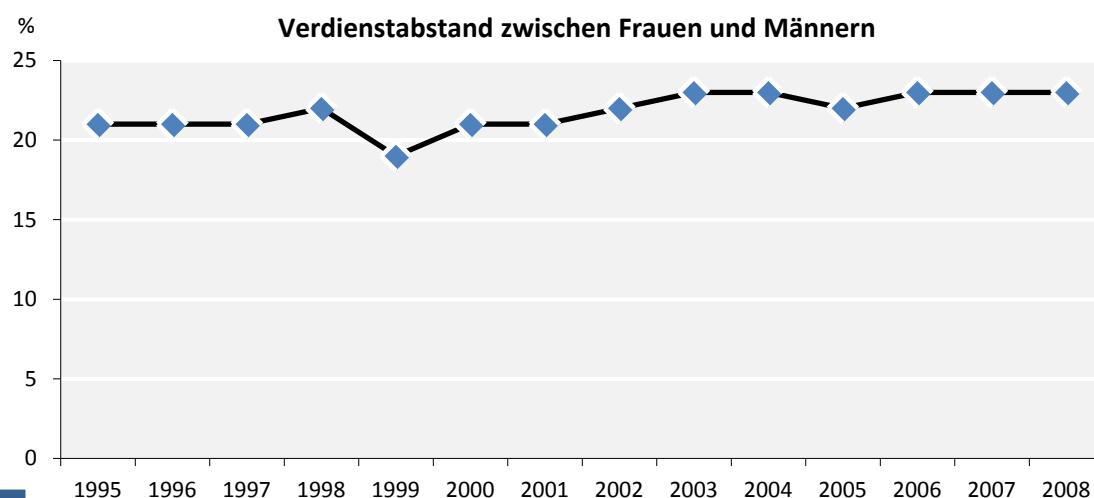
den Männern höhere Verdienste sichern. Erziehungsbedingte Erwerbsunterbrechungen schaden letztlich der Karriere. Es gibt darüber hinaus noch andere Gründe, die den Unterschied bewirken, wie etwa die geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeitswelt, aufgrund derer Frauen vor allem auf niedrig bezahlten Jobs arbeiten. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes ist also nach wie vor nicht verwirklicht, deshalb bleibt die Bewertung bei rot, der Pfeil ist waagerecht, da sich in den letzten Jahren wenig verändert hat.

⇒ ZIELSETZUNG

Die Bundesregierung setzt sich als Ziel, den Verdienstabstand von Männer und Frauen bis 2020 auf 10% zu reduzieren. Bis 2030 sollte kein geschlechtsspezifischer Verdienstunterschied mehr bestehen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Politik hat schon den ersten Schritt gemacht, indem sie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verabschiedet hat. Als nächstes sollte die Transparenz bei der Entlohnung verstärkt werden. Vor allem auch in privaten Unternehmen sollten die Mitarbeiter/innen die Möglichkeit haben, Auskunft über die Entlohnung bei gleicher Qualifikation und Position zu erhalten.



TRANSPARENZ ERHÖHEN
ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ DURCHSETZEN
AUSKUNFTSPFLICHT FÜR UNTERNEHMEN



D5

TEILHABE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN



INDIKATOR 57: Anteil der Abgeordneten unter 35 Jahren im Verhältnis zum Anteil der 18-35jährigen an der Gesamtbevölkerung

⇒ DEFINITION

Der Indikator misst, wie repräsentativ die Gruppe der 18-35jährigen im Bundestag durch Abgeordnete dieser Altersklasse vertreten ist. Dazu wird der Anteil der Abgeordneten unter 35 Jahren ins Verhältnis zum Anteil der 18-35jährigen an der Gesamtbevölkerung gesetzt. Je mehr sich der Indikator dem Wert 100% nähert, desto besser ist die Gruppe der 18-35jährigen im Bundestag repräsentiert.

Datenquellen:

<http://bundestag.de/> (ausgewertet wurden die Zahlen der Abgeordneten in der 13., 14., 15. und 16. Wahlperiode nach ihrem Alter von unter 35 Jahren)

⇒ ENTWICKLUNG

Nach einem Anstieg des Wertes von 26% (1994) auf 46% im Jahre 2002 fällt er 2005 und erreicht schließlich 2009 den Wert von 32,7% (fallender Pfeil). Damit ist die Gruppe der 18-35jährigen im Parlament deutlich unterrepräsentiert (rote Ampel) und der Grundsatz der gleichberechtigten politischen Mitbestimmung nicht verwirklicht.

⇒ ZIELSETZUNG

Ein Anteil von jungen Abgeordneten von mindestens 50% des Anteils dieser Bevölkerungsgruppe an der

Gesamtbevölkerung bis 2020 sollte angestrebt werden; langfristig sollten 100% erreicht werden.

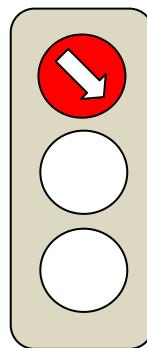
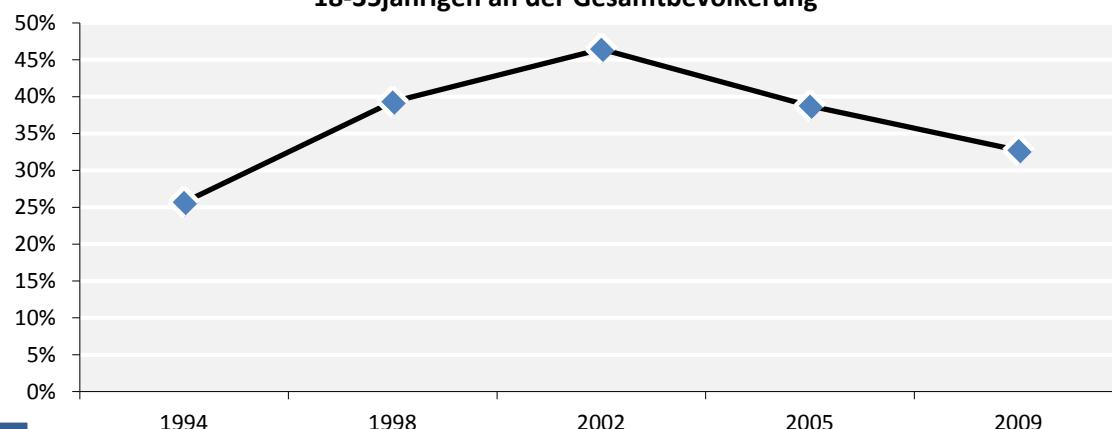
⇒ EMPFEHLUNGEN

Junge Abgeordnete sorgen für mehr Interesse von Gleichaltrigen für das Politikgeschehen im Land. Die von Parteien formulierten Ziele und Postulate werden durch die Massenmedien an die Öffentlichkeit gebracht. Dabei ist die jüngste Wählergruppe am besten und am schnellsten über das Internet als Medium erreichbar. So können die jungen Abgeordneten mit einer höheren Affinität für Technik und Moderne diese Zielgruppe besser erreichen und für ihre Partei gewinnen. Das Wahlergebnis der Piraten-Partei bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus von 2011 unterstreicht diese These.

US-Präsident Obama hat bei der Wahl von 2008 auf das Internet und die Handywerbung gesetzt, um junge Wähler für seine Politik zu gewinnen.

Die neuesten Berechnungen des ZDF zeigen, dass die dem Altersschnitt der Mitglieder nach jüngste Partei in Deutschland zurzeit die Piraten mit einem Durchschnittsalter von 29 Jahren sind. Die Grünen sind auf Platz zwei mit einem Durchschnittsalter von 49 Jahren, gefolgt von der FDP (51 Jahre), CDU (56 Jahre) und SPD (58 Jahre). Die ältesten Parteimitglieder besitzen die Linken bei einem Durchschnittsalter von 62 Jahren.

Anteil der Abgeordneten unter 35 Jahren im Verhältnis zum Anteil der 18-35jährigen an der Gesamtbevölkerung



PARTEIEN MEHR AUF JUNGE WÄHLER EINSTELLEN

MÖGLICHKEITEN ZUR TEILHABE STÄRKEN

EINRICHTUNG VON JUGENDSTADTRÄTEN

Eine hohe Attraktivität der Parteien und die Möglichkeit zur Teilnahme am politisch-öffentlichen Leben sind die besten Anreize für junge Leute, wählen zu gehen und sich selbst aufzustellen zu lassen. Dies muss schon in der schulischen Bildung vermittelt werden, beispielsweise durch die Bildung eines Jugendstadtrates, Besuche bei lokalen Politikern oder die Organisation politischer Kampagnen. Auch die Debatte um die nachhaltige Entwicklung sollte mit der jungen Generation ge-

führt werden, weil sie schließlich mit den Problemen Klimawandel, Ressourcenknappheit, Energieeinsparung und Konsumwandel in ihrem künftigen Leben zu tun haben wird. Schließlich erwartet man von einem jungen Politiker nicht die Erfahrung und das Geschick eines lang gedienten Abgeordneten, aber zumindest ein Interesse daran, die oben erwähnten Probleme nach dem Leitbild der zukunftsfähigen Entwicklung ausrichten zu wollen.



D5

TEILHABE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN



INDIKATOR 58: Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht

⇒ DEFINITION

Arbeitslose unter 25 Jahren werden in der Statistik als Jugendarbeitslose ausgewiesen (Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation, International Labour Organization, ILO).

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt; Erwerbslosenquote: Deutschland, Monate, Geschlecht, Altersgruppen, original/saisonbereinigte Werte

⇒ ENTWICKLUNG

Das Statistische Bundesamt hat bei der Berechnung der Jugendarbeitslosigkeit eine neue Methode eingeführt, indem saisonbereinigte Werte angegeben werden. Die Grafik zeigt die großen Schwankungen bei der Arbeitslosigkeit sowohl bei jungen Frauen als auch bei jungen Männern; tendenziell fällt aber die Quote bei den jungen Frauen geringer aus als bei den jungen Männern. Zwischen 2008 und 2009 sind die Werte bei den Männern von 10,6% auf 12% gestiegen und bei den Frauen von 8,9% auf 8,8% gefallen, obwohl in der Wirtschaftskrise ein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen wäre. 2000 respektive 2001 war die Arbeitslosenquote auf ihrem niedrigsten Niveau: Bei den jungen Frauen lag sie bei 5,9% (2001), bei den jungen Männern bei 8,9% (2000), um danach bis 2005 deutlich anzusteigen –

15,7% bei Männern und 12,3% bei Frauen. Seitdem ist die Quote kontinuierlich zurückgegangen.

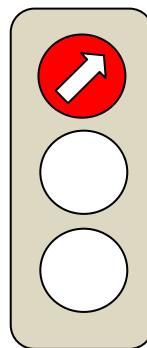
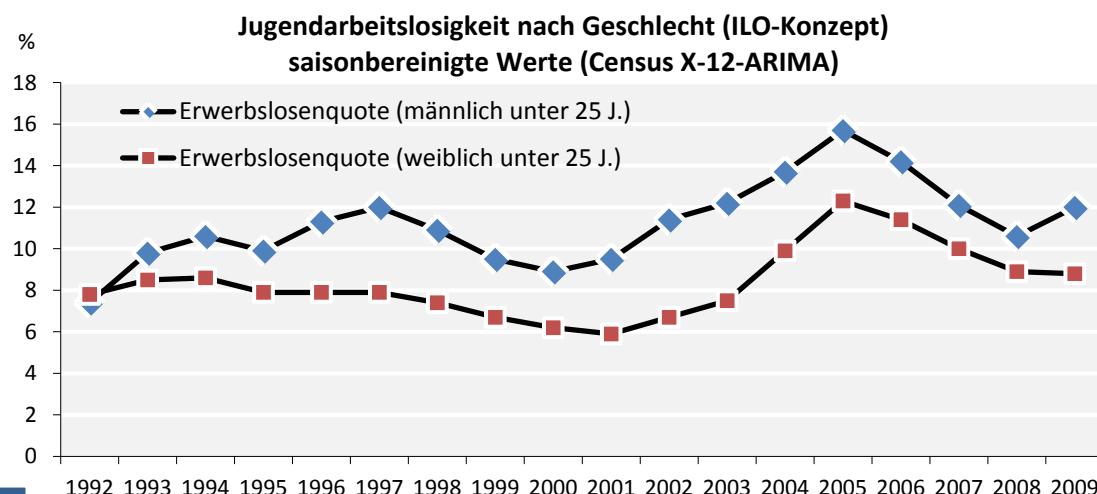
Die Bewertung bleibt rot, da die Folgewirkungen einer hohen Jugendarbeitslosigkeit als problematisch eingeschüchtert werden müssen. Der Pfeil zeigt nach oben, da in der jüngeren Vergangenheit ein Rückgang zu verzeichnen ist.

⇒ ZIELSETZUNG

Die Jugendarbeitslosigkeit sollte auf dem Niveau der Vollbeschäftigung sein, d.h. nicht höher als 3% bis 4% betragen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Eine schlechte Konjunktur macht sich gerade auch bei den Jugendlichen bemerkbar. Die Schwankungen sind meistens deutlicher sichtbar als bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die Jugendlichen, die ihren ersten, meist befristeten Vertrag erhalten haben, werden in schlechten Zeiten als erste gehen müssen oder gar keinen Job bekommen. Jugendliche haben somit oft die Rolle eines Puffers bei konjunkturellen Schwankungen: Sie müssen als erste gehen, wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtert. Offe/Hinrichs (1984) sprechen in diesem Zusammenhang von der so genannten Alternativrolle, die Jugendliche besitzen, indem sie bei Arbeitslosigkeit entweder in die Familie zurückkehren oder in



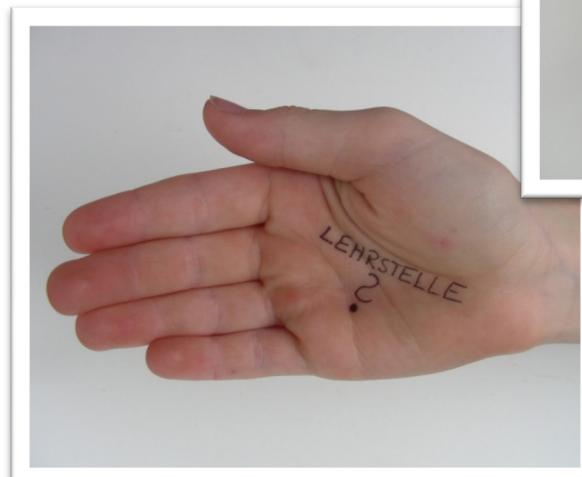
FÖRDERUNG LOKALER BESCHÄFTIGUNGSSINITIATIVEN

ALTERNATIVE ARBEITSZEITMODELLE

BERUFSVORBEREITUNGSPROGRAMME STÄRKEN

eine schulische Ausbildung ausweichen können. Als denkbare Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist die Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen und sozialer Hilfemaßnahmen, die speziell auf junge, unerfahrene Kräfte ausgerichtet sind. Zusätzlich könnten alternative Arbeitszeitmodelle am Anfang einer Beschäftigung eine mögliche Lösung darstellen, um die Hemmnisse bei den Arbeitgebern zu beseitigen. Dabei könnten Steueranreize und/oder-befreiungen

für Betriebe/Branchen, Unternehmensgründer etc. eingeführt werden. In wirtschaftlich schlechten Zeiten wären außerdem Arbeitserfahrungs-, Berufsvorbereitungs- und Praktikantenprogramme denkbar. Ebenso könnten freiwilliges Engagement in Form der Anerkennung von geleisteten Arbeitsstunden und die Anerkennung von nationalen oder internationalen Bildungszertifikaten als weitere Maßnahmen zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit dienen.



D6

TEILHABE VON MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN



INDIKATOR 59: Anteil von Deutschen und Ausländern mit allgemeiner Hochschulreife bzw. ohne Hauptschulabschluss bezogen auf die jeweilige Gruppe der Schulabsolventen

⇒ DEFINITION

Bezogen auf alle Schulabsolventen der jeweiligen Gruppe werden die Anteile von Deutschen und Ausländern gegenübergestellt, die mit Hochschulreife beziehungsweise ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen.

Datenquellen:

<http://www.bundesregierung.de> → 5, 7. und 8. Ausländerbericht.

⇒ ENTWICKLUNG

Die Grafik zeigt eine positive Entwicklung. Nachdem jahrelang der Anteil von Ausländern mit allgemeiner Hochschulreife stabil war, ist er im Schuljahr 2007/2008 deutlich angestiegen und der Anteil der Ausländer ohne Hauptschulabschluss gesunken. Es gibt nach wie vor mehr Ausländer – gemessen an der jeweiligen Gruppe der Schulabsolventen –, die ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen als deutsche Hauptschüler.

⇒ ZIELSETZUNG

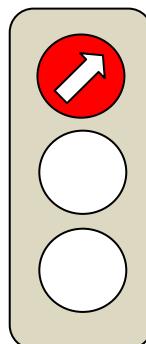
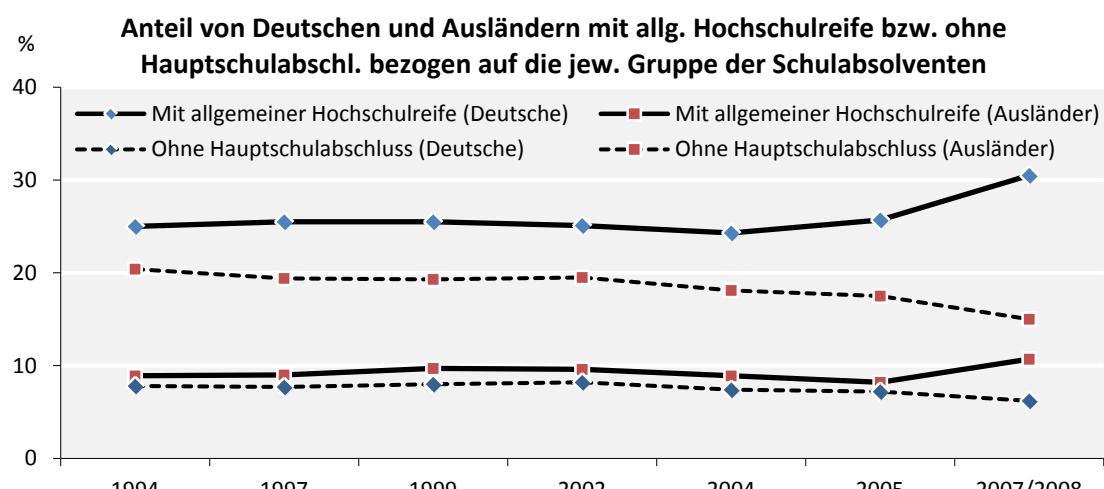
Die Angleichung der Quoten deutscher und ausländischer Absolventen mit Hochschulreife ist wünschenswert. Die Zahl von Hauptschülern ohne Abschluss sollte in beiden Gruppen bis 2030 auf null reduziert werden,

bis 2020 sollte mindestens die Angleichung der beiden Gruppen nach unten erfolgen. Aufgrund der nach wie vor hohen Differenzen vergeben wir hier eine rote Ampel.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund erfordert Maßnahmen im Bildungsbereich. Entsprechende Maßnahmen sollten möglichst früh beginnen, am besten schon im Kindergarten mit einer Sprachförderung. Da der Bildungserfolg bisher stark von der sozialen Herkunft in Deutschland abhängig ist, müssen schon von Anfang an allen Schülern gleiche Chancen eingeräumt werden. Menschen mit keiner oder einer schlechten Bildung haben ein höheres Risiko, arm und sozial ausgeschlossen zu werden. Zudem sind Menschen ohne Ausbildung schlecht auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar, unter anderem auch deswegen, weil die Zahl der Einfach-Arbeitsplätze in den letzten Jahren weiter deutlich verringert wurde.

Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, plädiert für ein verpflichtendes, beitragsfreies Kindergartenjahr. Eine Frühförderung der sprachlichen Entwicklung hilft den Kindern, besser die Sprache zu erlernen. Wichtig dabei ist, die Eltern in die Schularbeit zu integrieren und sie gut zu informieren. Es könnten zum Beispiel Hausaufgabenbetreuungs-



FRÜHE SPRACHFÖRDERUNG

VERPFLICHTENDES, BEITRAGSFREIES KINDERGARTENJAHR

HAUSAUFGABENBETREUUNG AUSBAUEN

gruppen in der Schule oder von lokalen Vereinen eingerichtet werden, die in Absprache mit den Lehrer/innen gezielte Hilfe leisten. Durch die Teilnahme an außer-

schulischen Beschäftigungen wird die Partizipation aller sozialen Gruppen gefördert – sowohl von den Helfenden als auch den Hilfsbedürftigen.



D6

TEILHABE VON MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN



INDIKATOR 60: Arbeitslosenquote aller Ausländer sowie Differenzierung nach Geschlecht

⇒ DEFINITION

Erfasst werden hier die Arbeitslosenquote aller Ausländer sowie Arbeitslosenzahlen differenziert nach Frauen und Männern. Ausländische Arbeitslose müssen sich per Definition regelmäßig mit Hauptwohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Dazu zählen auch Staatenlose.

Datenquellen:

Arbeitsmarkt 2009, S. 157, Tab. IV.G.15 Ausländerbeschäftigung und -arbeitslosigkeit; eigene Berechnungen

⇒ ENTWICKLUNG

Zwischen 2005 und 2009 hat sich die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitnehmer/innen kontinuierlich nach unten entwickelt, und zwar von 25,2% auf 19,1%. Die leichte Zunahme im Jahr 2009 ist wahrscheinlich der Weltwirtschaftskrise zuzurechnen. Auffällig ist in den letzten Jahren eine Reduzierung der Anzahl von ausländischen Arbeitslosen, wobei sich die Anzahl der arbeitslosen ausländischen Frauen im Verhältnis zu denen der Männer stetig verschlechtert hat. 2000 waren fast doppelt so viele ausländische Männer arbeitslos wie ausländische Frauen, während sich die Zahlen 2007 und 2008 fast angenähert hatten. Nach wie vor ist die Arbeitslosenquote der Ausländer doppelt so hoch wie die der Deutschen, deshalb vergeben wir eine rote

Ampel. Die Arbeitslosenzahlen sind zwar 2009 (krisenbedingt) leicht angestiegen, im Vergleich zu 2005 ist jedoch ein positiver Trend zu verzeichnen (Pfeil nach oben).

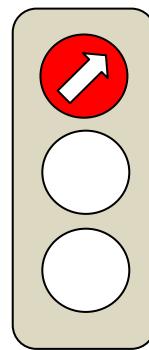
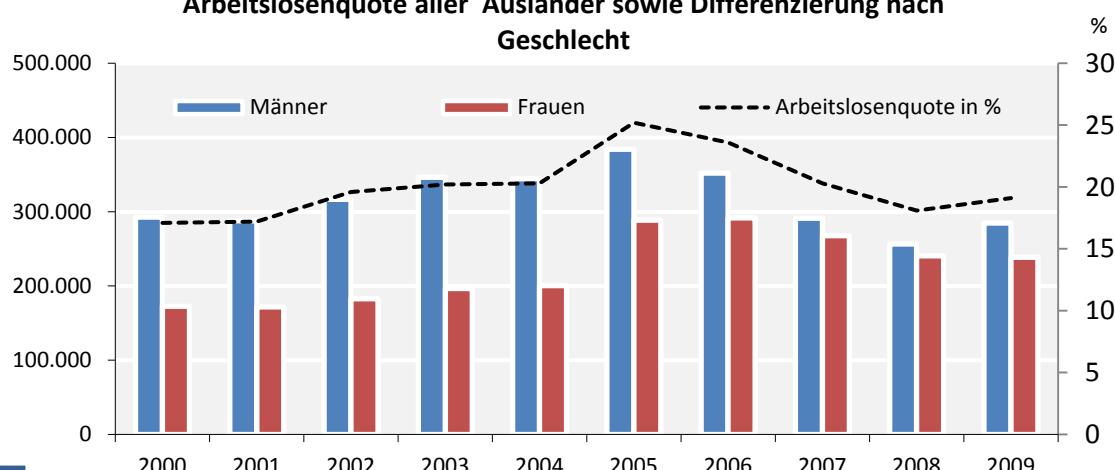
⇒ ZIELSETZUNG

Das Niveau der arbeitslosen Personen mit Migrationshintergrund sollte zumindest gleich dem Niveau der deutschen Arbeitnehmer sein. Langfristig sollte es dem Niveau der Arbeitslosigkeit unter Bedingungen der Vollbeschäftigung von 3 bis 4% entsprechen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von erwachsenen Ausländern muss mit Integrationsmaßnahmen verbunden werden. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse und gute Qualifikationen können Menschen mit Migrationshintergrund nicht wettbewerbsfähig auf dem deutschen Arbeitsmarkt auftreten. Zunächst aber müssten ausländische Qualifikationsnachweise in Deutschland mit weniger bürokratischem Aufwand anerkannt werden. Die Maßnahmen zur Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften sind zum größten Teil mit den Maßnahmen für deutsche Arbeitslose identisch (s. Indikator 18). Zusätzlich kann eine spezielle Arbeitsvermittlung oder eine Berufsberatung durch andere ausländische Arbeitnehmer durchaus hilfreich sein; es fanden

Arbeitslosenquote aller Ausländer sowie Differenzierung nach Geschlecht



INTEGRATIONSMAßNAHMEN VERSTÄRKEN

AUSLÄNDISCHE QUALIFIKATIONSNACHWEISE ANERKENNEN

SPEZIELLE FÖRDERMAßNAHMEN EINFÜHREN

bislang einige Aktivitäten statt, die Menschen mit Migrationshintergrund in unterschiedliche Berufe vermittelten – wie etwa in Tätigkeiten beim Finanzamt oder der Polizei. Eine Stelle in einer anderen Stadt wird oft nicht in Anspruch genommen, weil die Umzugskosten zu hoch sind. Eine anteilige finanzielle Mobilitätsförderung – Gewährung von Umzugskosten oder Fahrtkos-

tenbeihilfen – könnte hierfür mindestens in der Probezeit überlegt werden. Weitere Programme, Umschulungs- und Trainingsmaßnahmen mit einleitender sprachlicher Förderung würden helfen, die notwendigen Kenntnisse und das Fachvokabular für den Berufsbeginn zu vermitteln.



D7

TEILHABE VON BEHINDERTEN



INDIKATOR 61: Umsetzungsgrad „barrierefreies Bauen“ in öffentlichen Gebäuden

⇒ DEFINITION

Menschen gelten in der Bundesrepublik Deutschland als behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilnahme am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie gelten als schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsbüros ein Grad der Behinderung von 50 Prozent oder mehr zuerkannt wurde; bei mehreren Behinderungen wird der Grad der Behinderung nach den Auswirkungen der Behinderung in ihrer Gesamtheit festgestellt.

Datenquellen:

Eine Statistik über den Grad der Verwirklichung des „barrierefreien Bauens“ in öffentlichen Gebäuden existiert auf Bundesebene bislang noch nicht.

⇒ ENTWICKLUNG

Der Fachnormausschuss Bauwesen in Berlin hat zum barrierefreien Bauen vier DIN-Normen erarbeitet:

- DIN 18024-1 „Barrierefreies Bauen – Teil 1: Straßen, Plätze, Wege, öffentliche Verkehrs- und Grünanlagen sowie Spielplätze, Planungsgrundlagen“ (1998)

- DIN 18040-1 „Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 1: Öffentlich zugängliche Gebäude“ (2010)
- DIN 18040-2 „Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 2: Wohnungen“ (2011)

Das Bauordnungsrecht der Länder enthält inzwischen Vorschriften, die sicherstellen sollen, dass vor allem öffentlich zugängliche Gebäude und Einrichtungen für behinderte Menschen, alte Menschen und Mütter mit Kleinkindern nutzbar sind. In Verbindung mit üblichen Hinweisen soll – wenn sinnvoll – auf behindertengerechte Wege mit dem Rollstuhlfahrer-Symbol hingewiesen werden.

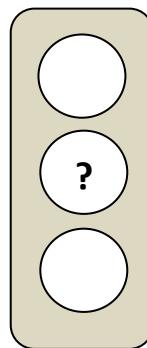
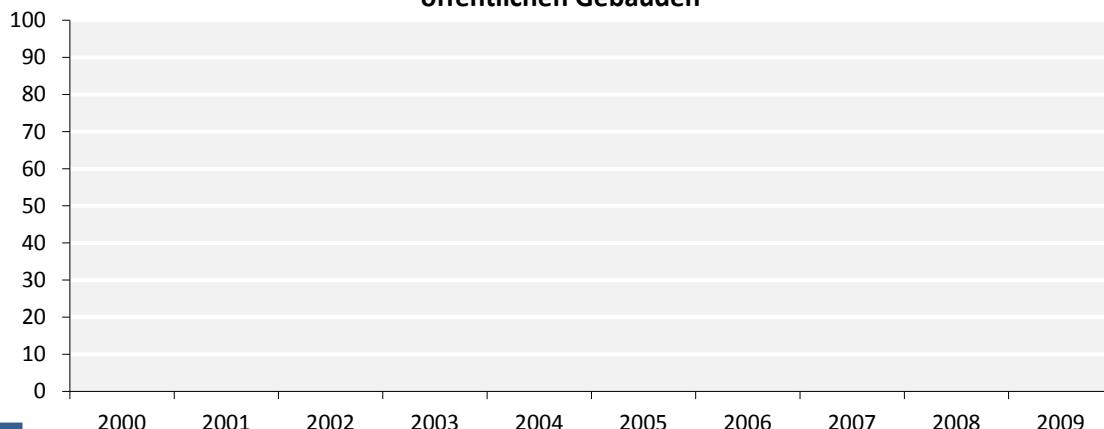
Für die behindertengerechte Gestaltung öffentlicher Gebäude geben zum Teil die Länder finanzielle Hilfen. Mögliche Erleichterungen im sozialen Wohnungsbau werden zum Teil über die örtlichen Wohnungsbauförderungsbüros gewährt.

⇒ ZIELSETZUNG

Die Regierung sollte einen Aktionsplan aufstellen, wie bis 2020 folgende Aspekte bundesweit erreicht werden können:

- Beseitigung von Hindernissen an öffentlichen Plätzen,
- barrierefreier Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln,

Umsetzungsgrad „barrierefreies Bauen“ in öffentlichen Gebäuden



DATEN ERHEBEN UND STATISTIK VERÖFFENTLICHEN

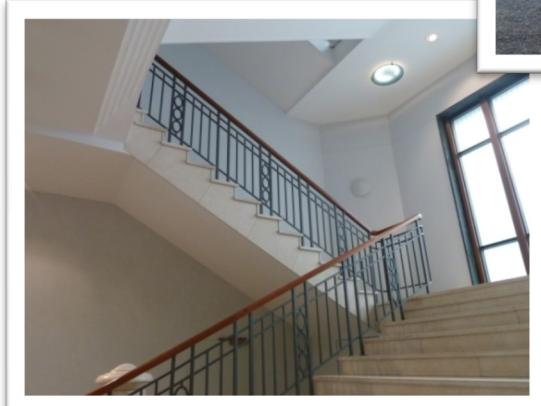
BESEITIGUNG VON HINDERNISSEN AUF ÖFFENTLICHEN PLÄTZEN

BARRIEREFREIER ZUGANG ZU ÖPNV BIS 2020

- barrierefreier Zugang zu öffentlichen Verwaltungsgebäuden.

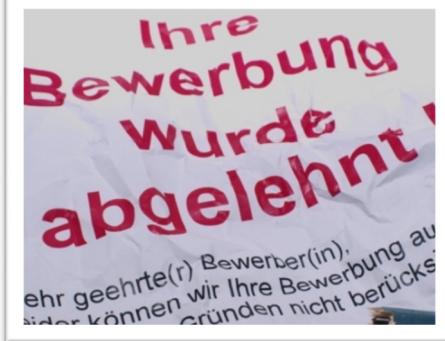
Beispielgebend könnte hier die Stadt Stockholm sein. Dort gibt es für Menschen mit Mobilitäts- und Sehbehinderungen Fußgängerüberwege mit besonderer Kennzeichnung. Für Sehbehinderte ist die Anbringung

einer bei „Grün“ tickenden Hörhilfe unverzichtbar. Für Menschen, die auf Rollstuhl, Rollator oder andere Gehhilfen angewiesen sind, ist die Anbringung von Bordsteinrampen unerlässlich. Inzwischen wurden 60 Prozent aller Fußgängerüberwege nach diesen Vorgaben in Stockholm angepasst.



D7

TEILHABE VON BEHINDERTEN



INDIKATOR 62: Arbeitslosenquote bei Erwerbspersonen mit mindestens 50 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit

⇒ DEFINITION

Schwerbehinderte Arbeitslose sind in ihrer Erwerbsfähigkeit um wenigstens 50% gemindert (vgl. Definition zu Indikator 61). Erfasst wird hier der Anteil der arbeitslosen Schwerbehinderten an der Gesamtzahl der schwerbehinderten Erwerbspersonen (beschäftigte und arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt).

Datenquellen:

Arbeitsmarktbericht 2009, S. 146 Beschäftigung und AL Schwerbehinderter

⇒ ENTWICKLUNG

Die Quote der schwerbehinderten Arbeitslosen fiel von 17,8% (2006) auf 14,6% im Jahr 2009 und erreichte damit den tiefsten Punkt seit 1993. Angesichts des noch immer hohen Indikatorwertes ist die Situation dennoch negativ zu bewerten (rote Ampel), da sich aber die Situation für die schwerbehinderten Arbeitslosen in den letzten drei Jahren verbessert hat, zeigt der Pfeil nach oben.

⇒ ZIELSETZUNG

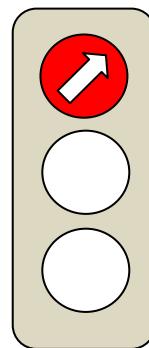
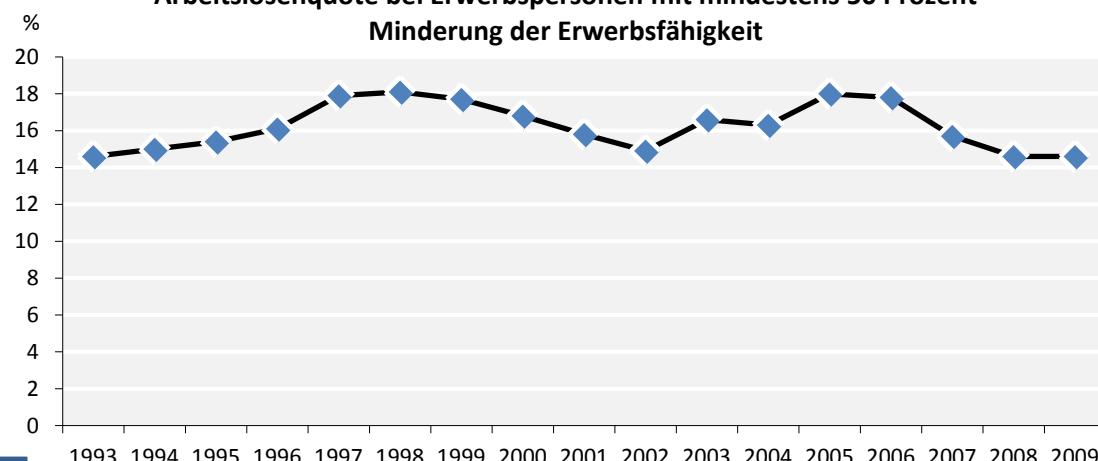
Das Niveau von 3 bis 4 % Arbeitslosigkeit, das auch für die Erwerbstätigen insgesamt als Ziel gesetzt wird, sollte auch hier erreicht werden; auf dieses Ausmaß wird

die so genannte friktionelle Arbeitslosigkeit geschätzt.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann für alle Gruppen nur gewährleistet werden, wenn jeder, der nach einer Stelle sucht und dafür qualifiziert ist, auch einen Arbeitsplatz erhalten kann. Menschen mit Behinderung benötigen zum Teil einen besonders ausgestatteten Arbeitsplatz, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Diese unterstützenden Maßnahmen können jedoch subventioniert werden. Um den Schwerbehinderten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, sind beim Übergang von der Schule in den Beruf vor allem Praktika, eine gute Berufsorientierung und Netzwerke wichtig.¹ Als denkbare Maßnahmen sind unter anderem Prämien für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung vorstellbar, wie etwa Prämien für Behinderte in Ausbildung (im Jahr 2008 wurden 1.347 Ausbildungsverhältnisse bis zu 80% aus öffentlichen Mittel gefördert).² Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen können außer „grünen“ Beschaffungsrichtlinien zusätzlich Arbeitsaufträge an Behindertereinrichtungen in Betracht gezogen werden. Um die Arbeitgeber bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung zu unterstützen, sollten vereinfachte Verfahren zur Bezuschussung technischer Arbeitshilfen, Zu-

Arbeitslosenquote bei Erwerbspersonen mit mindestens 50 Prozent
Minderung der Erwerbsfähigkeit



SUBVENTIONEN FÜR UNTERSTÜTZENDE MITTEL

PRÄMIEN FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG BEHINDERTER

BESCHAFFUNGSRICHTLINIEN ANPASSEN

schüsse zu Schulungskosten, Arbeitsplatzsicherungsbeihilfen und auch Zuschüsse zu Lohn- und Ausbildungskosten gewährt werden. Weiterhin können bei Ausschreibungen spezielle Programme zur Projektförderung unter der Beteiligung von Behinderten angewandt werden.

Weitere Informationen:

Behindertenbericht 2009. Bericht über die Lage von Menschen mit Behinderungen für die 16. Legislaturperiode. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2009.



¹ vgl. Behindertenbericht 2009, S. 43
² ibid., S. 46

D8

TEILHABE VON SENIORINNEN UND SENIOREN



INDIKATOR 63: Anteil der Pflegeversicherungsfälle in der Bevölkerung über 65 Jahre

⇒ DEFINITION

Erfasst wird die Zahl der über 65jährigen, die von der Pflegeversicherung als Pflegefall der unterschiedlichen Stufen anerkannt wurden, im Verhältnis zur Zahl der über 65-jährigen insgesamt.

Datenquellen:

Bundesministerium für Gesundheit

⇒ ENTWICKLUNG

Der Anteil der Pflegeversicherungsfälle in der Bevölkerung über 65 Jahre stieg zwischen 1995 und 2009 von 6,2% auf 10,6% und erreichte damit den bislang höchsten Wert. Das Bundesministerium für Gesundheit erklärt den Anstieg zwischen 2007 und 2009 mit einer verbesserten Erfassung der Leistungsempfänger der Pflegeversicherung. Bemerkenswert war allerdings der Anstieg zwischen 1995 und 1996 von 6,2% auf 9,4%. Die Entwicklung seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung macht deutlich, dass knapp 10% der über 65-Jährigen die Pflegeversicherung in Anspruch nehmen. Der überwiegende Teil der älteren Bevölkerung kommt also ohne finanzielle Fremdleistungen aus. Da jedoch einige, eigentlich abzudeckende Krankheiten bislang nicht bewilligungsfähig sind, wird eine gelbe Ampel vergeben. Die Entwicklung verlief auf relativ gleichbleibendem Niveau (waagrechter Pfeil).

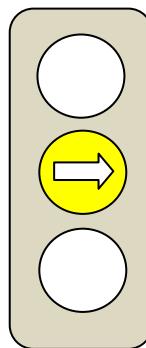
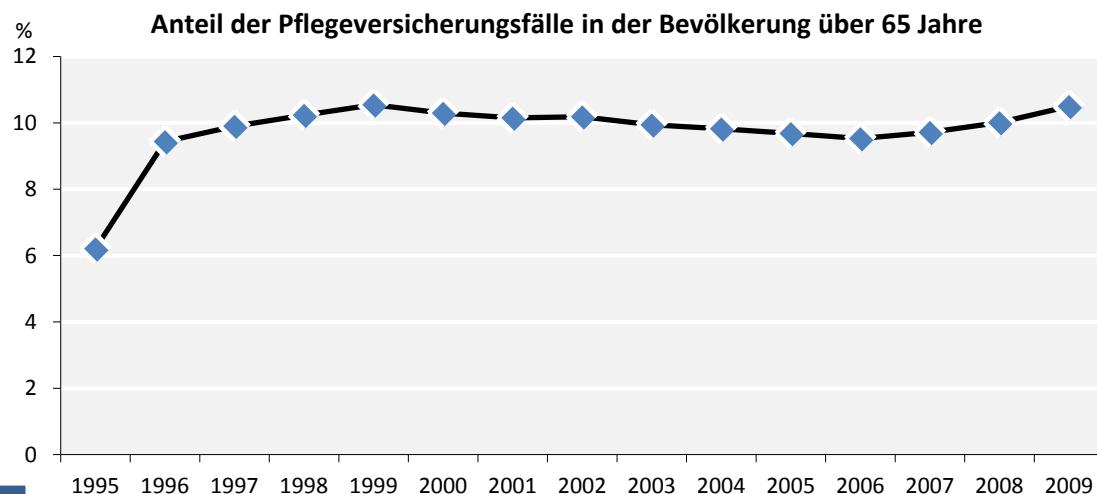
⇒ ZIELSETZUNG

Die Infrastruktur für die Pflege sollte weiter verbessert werden.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Im Jahr 2011 wird vom Bundesministerium für Gesundheit ein besonderer Schwerpunkt auf die Pflege gelegt. Es geht darum, die gesellschaftliche Diskussion um die pflegerische Versorgung von älteren und gebrechlichen Menschen zu verstärken und die Attraktivität der Pflegeberufe zu verbessern. Berufe im Pflege- und Gesundheitsbereich sind Zukunftsberufe mit steigender Nachfrage. Hier wird die Politik gefordert: Sie sollte die Ausbildungsmöglichkeiten erleichtern und deren Attraktivität für junge Menschen erhöhen.

Gesundheitsprävention bedeutet die Kombination von Lebensweise, regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen und körperlichen Aktivitäten; dies hilft Menschen, gesund zu bleiben und verhindert viele Krankheiten im Alter. Gesundheitsprävention sollte sich auch auf Maßnahmen in Betrieben und im öffentlichen Dienst erstrecken; Arbeitgeber sollten effektiver in die Gesundheitsprogramme für ihre Mitarbeiter investieren. Die Präventionsmaßnahmen helfen, krankheitsbedingte Arbeitsausfälle zu minimieren und betriebliche Krankheitskosten zu reduzieren. Auch sollte das gesetzliche Krankenversicherungssystem mehr Prämien und Anrei-



GESELLSCHAFTLICHE DISKUSSION FÜHREN

GESUNDHEITSPRÄVENTION STÄRKEN

AUSWEITUNG DER PFLEGEINRICHTUNGEN

ze für eine gesunde Lebensweise bieten – auch finanzielle, wie etwa spezielle Tarife.

Der demographische Wandel und die höhere Lebenserwartung verlangen nach bestmöglicher Versorgung alter Menschen. Hier sind weitere Maßnahmen erfor-

derlich: Angefangen von Sonderurlaubsregelungen, wie sie es auch für die Betreuung von Kindern nach der Geburt oder bei Krankheit gibt, über die Ausweitung der Zahl der Pflege- und Betreuungseinrichtungen bis hin zu besser geschultem Personal.



D8

TEILHABE VON SENIORINNEN UND SENIOREN



INDIKATOR 64: Anteil der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherung an der Gruppe der über 65jährigen

⇒ DEFINITION

Der Indikator berechnet den Anteil der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherung an der Gruppe der über 65jährigen.

Datenquellen:

Eigene Berechnung; Empfänger von Grundsicherung: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011, Genesis online Tab.-Nr.: 22151; Bevölkerungszahlen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011, Genesis online Tab.-Nr.: 12411.

⇒ ENTWICKLUNG

Die Grundsicherung im Alter wurde ab Januar 2005 als 4. Kapitel des SGB XII (Zwölftes Sozialgesetzbuch) in die Sozialhilfe integriert; bis 2004 war sie in einem eigenständigen Gesetz – dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) – geregelt.

Wegen der neuen Datenlage musste der Indikator in Empfänger von Grundsicherung geändert werden. Eine Zeitreihe ist deswegen erst seit 2003 durchführbar. Die Entwicklung seit 2003 zeigt eine steigende Tendenz: von 1,7% (2003) auf 2,4% im Jahr 2009. Das Niveau erscheint hoch, ist jedoch nicht signifikant anders, als entsprechende Werte anderer Altersgruppen, weswegen eine gelbe Ampel vergeben wird. Der Pfeil zeigt nach unten, da der Anteil in den letzten Jahren anstieg.

⇒ ZIELSETZUNG

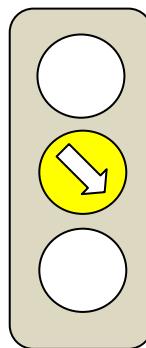
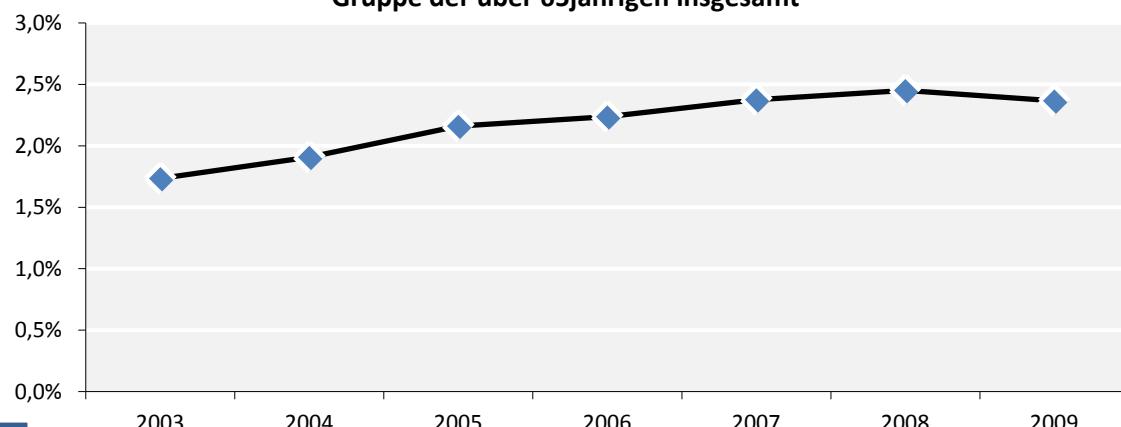
Die häufigste Ursache für die Inanspruchnahme der Leistungen ist eine verkürzte Erwerbsarbeitszeit, die eventuell durch eine Auszeit für Kinder oder durch die Pflege von Angehörigen entstanden sein kann. Auch in diesen Fällen kommt es zu kürzeren Einzahlzeiten in die gesetzliche Rentenversicherung. Das Ziel ist hier, den Anteil an Empfängern von Grundsicherung möglichst gering zu halten, um den Seniorinnen und Senioren eine eigenständige Teilhabe am Leben im Alter zu ermöglichen.

⇒ EMPFEHLUNGEN

Wesentlich zur Absenkung des Anteils der Personen in Altersarmut sind Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit. Außerdem entfallen die Unterbrechungen für Kindererziehung und Pflege von Familienmitgliedern zum überwiegenden Teil auf Frauen. Deren Wiedereinstieg ins Berufsleben findet meistens in reduziertem Umfang statt. Die Zunahme von niedrig bezahlten Jobs (wie etwa 1-Euro-Jobs oder 400 Euro) führt langfristig auch zu Altersarmut.

Mehrere Maßnahmen sind hier denkbar, wie etwa ein anderes Einzahlungssystem in die gesetzliche Rentenversicherung, das Ausfallzeiten besser berücksichtigt, oder die Einführung eines bedingungslosen Grundein-

Anteil der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherung an der Gruppe der über 65jährigen insgesamt



REDUZIERUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

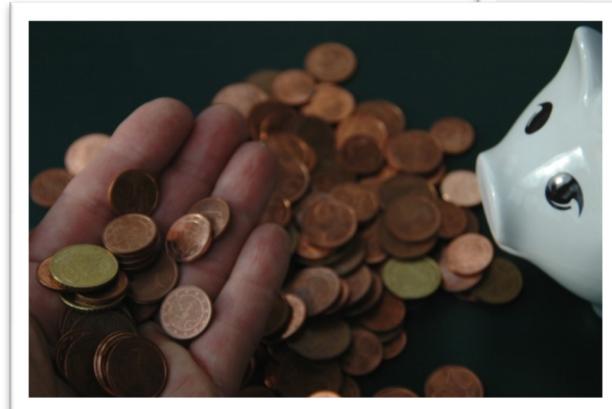
SYSTEM DER RENTENVERSICHERUNG MODIFIZIEREN

ALLGEMEINE GRUNDRENTE EINFÜHREN

kommens und einer allgemeinen Grundrente (vgl. Schlusskapitel).

Weitere Informationen:

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU. Wiesbaden 2011.



ÜBERSICHT DER ZUSTAND- UND TREND

ÖKOLOGIE		ÖKONOMIE	
1 Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner und Jahr		17 Lohnstückkosten (preisbereinigt 2000=100)	
2 Wiedergewonnene Wertstoffe in Prozent der Siedlungsabfälle		18 Arbeitslosenquote nach Geschlecht	
3 Luftqualitätsindex		19 Saldo der Außenhandels- und Kapitalverkehrsbilanz	
4 Zahl der Tage, an denen der Schwellenwert für Ozon von 120 µg/Kubikmeter Luft als 8-Stunden-Mittelwert überschritten wurde		20 Entwicklung der Terms of Trade	
5 Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche		21 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	
6 Rohstoffproduktivität		22 Kapazitätsauslastung nach Wirtschaftsbereichen	
7 Häufigkeitsverteilung deutscher Messstellen (EUA-Messnetz) gemäß der Durchschnitte der erfassten Nitratwerte		23 Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung in Prozent (2005 = 100)	
8 Anteil der zertifizierten forstwirtschaftlichen Flächen an den forstwirtschaftlich genutzten Flächen insgesamt		24 Preisindex des nachhaltigen Warenkorbs	
9 Kohlendioxid-Emissionen in t pro Einwohner und Jahr		25 Öffentliche Schulden in Euro pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2000)	
10 Primärenergieverbrauch in Petajoule		26 Steueraufkommen pro Einwohner (in Preisen des Jahres 2005)	
11 Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner		27 Anzahl der EMAS-validierten Organisationen	
12 Güterverkehrsleistung in Mrd. tkm und Anteil der auf Schiene und Schiff entfallenden tkm		28 Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen	
13 Anteil der streng geschützten Gebiete des Naturschutzes an der Gesamtfläche		29 Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche in % der landwirtschaftlichen Nutzfläche insgesamt	
14 Artenvielfalt und Landschaftsqualität		30 Anteil der Öko-Betriebe an Agrarbetrieben insgesamt	
15 Anteil der Bevölkerung, der angibt, von Lärm stark belästigt zu werden		31 Marktanteile bei ökologischen Lebensmitteln und Produkten des „fairen Handels“	
16 Ausgaben des Prod. Gewerbes, des Staates und der privatisierten öffentlichen Unternehmen für Lärmbekämpfung		32 Entwicklung von Angeboten des „ökologischen“ Tourismus	

BEWERTUNGEN DER 64 INDIKATOREN

SOZIALES		PARTIZIPATION		
33	Einkommen der ärmsten 20 % der Bevölkerung im Verhältnis zum Einkommen der reichsten 20 % der Bevölkerung		49	Anteil der Bevölkerung, der sich ehrenamtlich engagiert
34	Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld pro 1.000 Einwohner		50	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner
35	Bevölkerungsanteil der 20-24-Jährigen mit Hochschulreife		51	Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen
36	Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI)		52	Anzahl der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien in Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre
37	Ausgaben für Hochschulen in Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts		53	Anteil der Kommunen mit Agenda 21-Arbeit unter den 50 größten Kommunen in Deutschland
38	Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner		54	Anteil der Kommunen mit Nachhaltigkeitsberichterstattung
39	Wanderungssaldo		55	Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag und im EU-Parlament (deutsche Staatsangehörigkeit)
40	Bevölkerung nach Altersgruppen		56	Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede
41	Lebenserwartung bei der Geburt		57	Anteil der Abgeordneten unter 35 Jahren im Verhältnis zum Anteil der 18-35jährigen an der Gesamtbevölkerung
42	Krankheiten der Atmungsorgane, Standardisierte Sterbeziffer pro 100.000 Einwohner		58	Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht
43	Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohner		59	Anteil von Deutschen und Ausländern mit allg. Hochschulreife bzw. ohne Hauptschulabschluss bezogen auf die jew. Gruppe der Schulabsolventen
44	Verkehrstote pro 1.000.000 Einwohner		60	Arbeitslosenquote aller Ausländer sowie Differenzierung nach Geschlecht
45	Armutgefährdungsquote nach Sozialleistungen von Kindern (unter 18 Jahren)		61	Umsetzungsgrad „barrierefreies Bauen“ in öffentlichen Gebäuden
46	Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe		62	Arbeitslosenquote bei Erwerbspersonen mit mindestens 50 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit
47	Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des Bruttonationaleinkommens		63	Anteil der Pflegeversicherungsfälle in der Bevölkerung über 65 Jahre
48	Deutsche Handelsbilanz mit Entwicklungsländern (DAC-Liste)		64	Anteil der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherung an der Gruppe der über 65jährigen

DIE BEWERTUNG VON ZUSTAND UND ENTWICKLUNG DER INDIKATOREN IM VERGLEICH ZUR NATIONALEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE – EINE ÜBERSICHT

Das vorliegende Indikatorensystem kann mit vertretbarem Aufwand jeweils mit aktuellen Zahlen versehen werden. Es ist damit möglich, ein für die wichtigsten Dimensionen und Teilziele der Nachhaltigkeit aussagekräftiges Informationssystem für Deutschland zu entwerfen und mit Zeitreihen auszufüllen. Die nachfolgende Gesamtübersicht – siehe unten stehende Tabelle und die beiden folgenden Seiten – zeigt, dass

- lediglich zwei der 64 Indikatoren weiterhin nicht ausgefüllt werden konnten. Bei einem Indikator (Nr. 61, barrierefreies Bauen) sind die Daten nicht verfügbar, der zweite Indikator (Nr. 24, Preisindex nachhaltiger Warenkorb) verweist auf ein Desiderat, das erst durch weitere Forschungsarbeiten realisiert werden kann. Sind die entsprechenden Grundlagen jedoch erst geschaffen, ließen sich beide Indikatoren problemlos fortführen;
- nur bei einem Indikator (Nr. 53, Anteil der Kommunen mit Agenda 21-Arbeit unter den 50 größten Kommunen in Deutschland) die Daten ausschließlich für ein Jahr zu ermitteln waren; das Aufstellen einer Zeitreihe war uns hier nicht möglich. Daher fehlt bei diesem Indikator die „Pfeil“-Bewertung, da wir nicht angeben können, ob eine Verbesserung oder Verschlechterung eingetreten ist.

	Zustand				Trend				
									?
Ökologie	1	4	11	-	7	4	3	2	-
Ökonomie	1	5	9	1	5	5	3	2	1
Soziales	1	10	5	-	7	4	3	2	-
Partizipation	3	5	7	1	6	4	4	-	2
SUMME	6	24	32	2	25	17	13	6	3

- Exakt die Hälfte der Indikatoren werden mit der „roten Ampel“ für einen schlechten Zustand bewertet, etwas weniger als vor vier Jahren; die geringste Zahl schlechter Bewertungen finden sich im Bereich Soziales, die meisten schlechten Bewertungen im Bereich Ökologie. Eine „grüne Ampel“ hat fast weniger als ein Zehntel der Indikatoren.
- 25 Indikatoren haben sich verbessert, die Bereiche mit den meisten positiven Veränderungen in der letzten Zeit sind wiederum die Bereiche Ökologie und Soziales. Die wenigsten positiven Veränderungen hat der Bereich Ökonomie vorzuweisen. Die negativen Veränderungen sind – quantitativ betrachtet – recht gleich verteilt.
- Insgesamt fällt auf, dass die Bewertung der Entwicklung erneut deutlich besser ausfällt als die Bewertung des Ist-Zustandes.

Im Vergleich zu früheren Indikatorenberichten wurde in der Ausgabe 2008 erstmals eine Bewertung der 21 Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vorgenommen; auch im Entwurf des Fortschrittsberichtes wird eine „Statusbewertung“ der Indikatoren in Form von Wettersymbolen durchgeführt.¹ Dabei bedeuten:

- Sonne: Ziel des Indikators ist erreicht oder verbleibende Wegstrecke kann bis zum Zieljahr voraussichtlich bewältigt werden;
- Sonne mit Wolken: Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber im Zieljahr verbliebe, wenn sich die Entwicklung so fortsetzen würde, eine Nachhaltigkeitslücke von 5 – 20 % des Zielwertes;
- Wolken: wie „Sonne mit Wolken“, aber die Nachhaltigkeitslücke wäre im Zieljahr größer als 20 % des Zielwertes;
- Gewitter: Indikator entwickelt sich in die falsche Richtung.

Aufgrund der Tatsache, dass einige der 21 Ziele des Indikatorensystems der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit mehr als einem Indikator repräsentiert werden, liegt die Gesamtzahl der Indikatoren mittlerweile bei 36; diese verteilen sich in der aktuellen Bewertung wie folgt:

- | | |
|---------------------|----|
| – Sonne: | 15 |
| – Sonne mit Wolken: | 5 |
| – Wolken: | 10 |
| – Gewitter: | 6 |

Die schlechteste Bewertung erhalten die sechs Indikatoren zu Artenvielfalt, Staatsverschuldung, Gütertransportintensität und Anteil der Binnenschifffahrt an der Gütertransportleistung, Anteil der Menschen mit Adipositas und zum Verdienstabstand zwischen Männer und Frauen.

Da das Bewertungssystem der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht dem hier vorgelegten Bewertungssystem entspricht, ist ein direkter Vergleich nicht möglich. Dennoch zeigt sich ein sehr unterschiedlicher Eindruck, wenn man bestehende Vergleichsmöglichkeiten auswertet:

- Die beste Bewertung – Sonne – erhalten 42 % der Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Selbst wenn man im vorliegenden Indikatorensystem alle grünen Ampeln und noch die gelben Ampeln, die einen nach oben gerichteten Pfeil aufweisen, addiert, erhält man nur 26 % positive Bewertungen.
- Nur 17 % der Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erhalten die schlechteste Bewertung – Gewitter. Addiert man im vorliegenden Indikatorensystem die gelben und roten Ampeln, die jeweils nach unten gerichtete Pfeile aufweisen, erhält man 20 % an Indikatoren, die weit vom Ziel entfernt sind und sich vom Ziel weiter weg bewegen – im Grunde ein sehr ähnliches Ergebnis. Würde man hier noch die Indikatoren mit roten Ampeln und waagrechten Pfeilen und rote Ampeln ohne eindeutigen Trend dazu addieren, erhielte man allerdings 32 % besonders negative Indikatoren – fast das Doppelte der besonders negativen Einstufungen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.
- Besonders auffallend ist die unterschiedliche Sichtweise bei einzelnen Indikatoren: Die Energieproduktivität wird in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit der zweitbesten, im vorliegenden Bericht mit der schletesten Wertung versehen; noch deutlicher ist der Unterschied der Bewertung bei den Treibhausgasen: in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie die besten, hier ebenfalls die schlechteste Bewertung. In beiden Fällen hängt dies an der unterschiedlichen Zeitspanne, in der Zielsetzungen formuliert werden.

¹ Bundesregierung (Hrsg.) (2011), op.cit., 119 – 122.

BEDINGUNGEN DER ÖKOLOGISCH-SOZIALEN TRANSFORMATION – EIN ANGEBOT ZUR DISKUSSION

1	DAS STEUERSYSTEM ÖKO-SOZIAL REFORMIEREN.....	163
2	EIN KONSISTENTES RESSOURCENMANAGEMENT UMSETZEN.....	165
3	EIN BEDINGUNGLOSES GRUNDEINKOMMEN EINFÜHREN.....	167
4	TEILHABE DURCH BILDUNG STEIGERN	169
5	REGIONALES UND LOKALES WIRTSCHAFTEN AUSBAUEN	170
6	GLOBALE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN	171
7	DIE WELTFINANZMÄRKTE BEGRENZEN	172
8	DAS GESELLSCHAFTLICHE BERICHTERSTATTUNGSSYSTEM VERÄNDERN	173
9	NEUE FORMEN DER DEMOKRATIE ETABLIEREN	174
	EPILOG	175

Was hat der Durchgang durch 64 Politikfelder, Ziele und Indikatoren gezeigt? Eines ist wohl sicher: Wenn der Weg einer Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit beschritten werden soll, ist es nicht möglich, nichts zu tun. Der Wirtschaftsprozess kann nicht einfach so weiter laufen. Es ist hinreichend oft gezeigt worden, dass eine Politik des „laissez faire“ dazu führt, dass die Naturgüter zu rasch verbraucht und die Umwelt zu stark belastet wird, da zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse an heutigen Märkten nicht artikulieren können. Außerdem scheint die Trennung der Finanzmärkte von der realen Ökonomie zu bewirken, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher wird, die Chancen innerhalb der heute lebenden Generation daher immer ungerechter verteilt sind.

Eine Politik der Nachhaltigkeit bedeutet ebenso sicher, den schwierigen Weg eines Interessenausgleichs zu suchen – jedoch nicht über den Primat des Marktes, sondern innerhalb von Rahmensetzungen, die nicht von der Ökonomie vorgegeben sind. Ein Interessenausgleich muss innerhalb der Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde stattfinden, und er sollte das Recht der Menschen auf Teilhabe verwirklichen. Ökologische, ökonomische oder soziale Ziele können im Rahmen einer solchen Politik nicht maximiert werden; es geht immer um ein „rechtes Maß“.

Im vorausgehenden Hauptteil der Studie wurden 64 Indikatoren beschrieben, die sich auf 64 gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen beziehen. Es wurde versucht zu zeigen, welche Instrumente und Maßnahmen zur Verbesserung des jeweiligen Indikators beitragen könnten. Dieser Versuch wurde in der hier vorgestellten zweiten Fortschreibung unseres indikatorengestützten Nachhaltigkeitsberichtes zum ersten Mal unternommen. Dabei zeigt sich, dass einige Empfehlungen für einzelne Indikatoren recht speziell sind, andere sich dagegen mehrfach finden – mit anderen Worten, bestimmte Instrumente und Maßnahmen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit Synergieeffekte auslösen. Gleichzeitig kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich einige Vorschläge gegenseitig behindern, dass also der Versuch, einen bestimmten Indikator mit einem bestimmten Instrument zu verbessern, zu einer Verschlechterung eines anderen Indikators führt. Die Abstimmung der Einzelinstrumente muss in weiterführenden Studien detailliert ausgearbeitet werden. Die vorliegende Arbeit sollte zunächst einen Beitrag leisten, die Komplexität und die Größenordnung der Aufgabe zu beschreiben, die eine Transformation der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit bedeutet.

Die nachfolgenden neun Punkte dürfen nun nicht als Quintessenz der Empfehlungen zu den einzelnen Politikfeldern verstanden werden. Vielmehr sind sie ein Angebot zum Gespräch: In der Gesamtschau der 64 Indikatoren erscheint es uns, als könne kein Weg zur Nachhaltigkeit entworfen werden, ohne diese neun Aspekte sorgfältig zu diskutieren. So verstanden, beschreiben sie mögliche Prioritäten einer Nachhaltigkeitspolitik, zu denen sich eine Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland verhalten muss – wie immer sie dann im Einzelnen konkret aussehen mag.

DAS STEUERSYSTEM ÖKO-SOZIAL REFORMIEREN

1

Eine konsequente ökologisch-soziale Finanzreform soll vor allem zwei Bereiche positiv beeinflussen.¹ In ökologischer Sicht trägt sie über die Internalisierung externer Kosten zu einem Rückgang des Ressourcenverbrauchs (siehe Indikatoren 6 und 10) bei und hilft gleichzeitig, den CO₂-Ausstoß (siehe Indikator 9) und den Biodiversitätsverlust (siehe Indikator 14) zu verringern. Wichtige Instrumente dafür sind:

- Abbau umweltschädlicher Subventionen. Das Umweltbundesamt bezifferte diese für das Jahr 2008 auf 48,3 Mrd. €.²
- Erhöhung der Umweltsteuern. Konkret bedeutet dies eine schrittweise, langfristig geplante Anhebung der Energiesteuern, der Mineralölsteuer und der Kfz-Steuer. Zusätzlich sollte eine Primärbaustoffsteuer eingeführt werden, wie sie etwa in Großbritannien besteht, und geprüft werden, inwieweit eine CO₂-Steuer umsetzbar ist.

- Kopplung der Umweltsteuern an geeignete Kennwerte, zum Beispiel an die Reallohnentwicklung, da sie ansonsten als Mengensteuern – etwa bei der Mineralölsteuer pro Liter – durch Inflation stetig abgewertet werden.
- Differenzierung des Mehrwertsteuersatzes bezüglich der Umweltverträglichkeit, also eine Absenkung für umweltschonende Produkte – zum Beispiel A++ oder Top-Runner-Produkte im Elektronik-Bereich – und eine Anhebung für umweltschädliche Produkte – zum Beispiel Pkw mit hohem CO₂-Ausstoß pro km. Die Bandbreite könnte dabei zwischen 0 und 25 % liegen.
- Einführung des Konzepts des Ökobonus. Dieser bezieht sein Aufkommen aus den bereits genannten Maßnahmen, die jedoch bei gleichzeitiger Einführung dieses Instruments stärker ausfallen und so eine größere, ökologische Lenkungswirkung entfalten könnten. Denn die aus der erhöhten Besteuerung erzielten Einnahmen fließen in Form eines Pro-Kopf-Einheitsbetrages, dem Ökobonus, direkt an die Bevölkerung zurück. Dies sorgt dafür, dass ein überdurchschnittlicher Ressourcenverbrauch, der meist an das Einkommensniveau gekoppelt ist, stärker belastet, ein unterdurchschnittlicher Ressourcenverbrauch hingegen belohnt wird.

In sozialer Perspektive ist das Ziel einer Verkleinerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede (siehe Indikator 33) maßgeblich. Dafür sind folgende Instrumente denkbar:

- Erhöhung des (Grenz-)Steuersatzes für hohe Einkommen – etwa über 100.000 € – in den Bereich von 50%. Die sogenannte „Reichensteuer“ – plus 3% ab 250.000€ – sollte beibehalten werden.
- Wiedererhebung der Vermögensteuer. Dabei sollten die Freibeträge so gesetzt werden, dass nur höhere Vermögen betroffen werden. Zudem muss bei der Ausgestaltung auf möglichst niedrige Erhebungskosten geachtet werden.
- Einführung einer Finanztransaktionsteuer, möglichst international.³ Durch sie könnte vor allem extrem kurzfristige Spekulation eingeschränkt werden, während langfristige Anlagen auf Grund des niedrigen Steuersatzes nur sehr gering belastet würden.

Bei allen Maßnahmen muss jeweils auf die Sozialverträglichkeit geachtet werden, also beispielsweise ein Heizkostenzuschuss für sozial Bedürftige gewährt werden. Ist dies der Fall, so kann eine ökologisch-soziale Finanzreform sowohl zu einer Umweltentlastung als auch zu einem Schließen der ansonsten weiter auseinanderstrebenden Schere zwischen Arm und Reich beitragen. Für die Wirtschaft können ebenfalls positive Effekte entstehen, vor allem im Bereich GreenTech, aber ebenso insgesamt durch eine rechtzeitige Weichenstellung hin zu einer höheren Ressourceneffizienz. Auch in anderen Bereichen – etwa Gesundheit, Sicherheit und Lebenszufriedenheit – könnten durch die Verringerung

der Einkommens- und Vermögensungleichheit Verbesserungen auftreten, statistische Zusammenhänge sind hier bereits in zahlreichen Arbeiten aufgezeigt worden.⁴

EIN KONSISTENTES RESSOURCENMANAGEMENT UMSETZEN

2

Die Verminderung des Ressourcenverbrauchs in den industrialisierten Ländern ist von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Zukunft. Der Indikator 6 zur „Rohstoffproduktivität“ zeigt in seiner hoch aggregierten Form für Deutschland zwar eine Steigerung von etwa 40 % seit 1991, der Rohstoffverbrauch ist absolut jedoch nur um gut 10 % gefallen und seit dem Jahr 2001 weitgehend konstant geblieben. Ein deutlicher Rückgang des Rohstoffverbrauchs ist aber gerade auch mit Blick auf den steigenden Konsum in den Schwellen- und Entwicklungsländern und das Bevölkerungswachstum unbedingt notwendig. Ansonsten könnten die schon heute teilweise überbelasteten Ökosysteme zusammenbrechen, mit katastrophalen Folgen vor allem für die Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Es muss also konsequent gehandelt und ein konsistentes Ressourcenmanagement aufgestellt werden.

In zunehmendem Maße muss überlegt werden, welche Ressourcen in einem Produkt verarbeitet werden, ob Produkte, Produktteile oder Komponenten weiter oder wieder verwendet beziehungsweise wieder oder weiter verarbeitet werden können und wie die Recyclingfähigkeit und die Reparaturfreundlichkeit optimiert werden kann. Umwelt- und produktbezogene Punkte lassen sich bei der Forschung, Entwicklung und Konstruktion von Produkten durch Unternehmen berücksichtigen: schadstoffarme Werkstoffauswahl, Vermeidung von bestimmten Beschichtungen, Werkstoffminimierung, Lebensdauererhöhung, Demontagefreiheitlichkeit, Bauteile- und Gerätekennzeichnung, Wiederverwendung einzelner Bauteile, Reduktion der Zahl und Größe der Bauteile, Werkstoffkennzeichnung, recyclingfreundliche Werkstoffe und Bauteile, Minderung der Werkstoffvielfalt, Vermeidung von Verpackungen.

Produktspezifische Veränderungen dieser Art haben sowohl ökologische als auch ökonomische Auswirkungen auf die Produktion, die es noch näher zu untersuchen gilt. Insgesamt macht der Materialeinsatz knapp 50 % der Gesamtkosten im verarbeitenden Gewerbe aus, demgegenüber liegen die Personalkosten nur bei circa 20 % der Gesamtkosten der Industrie.⁵ In der Produktgestaltung sind also noch erhebliche Kostenpotenziale, die bislang nicht ausgeschöpft werden. Überlegungen zur Produktinnovation werden letztlich darüber entscheiden, ob auch in Zukunft noch in Deutschland

produziert werden kann, denn nicht allein die Lohnkosten werden über den Standort bestimmen, sondern auch die Infrastruktur und der bei der Produktion notwendige Ressourcenverbrauch.⁶

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat in ihrem so genannten „Grünbuch zur integrierten Produktpolitik“ ihre Vorstellungen zur Stärkung und Neuorientierung produktbezogener umweltpolitischer Maßnahmen bereits vorgelegt. Darin heißt es unter anderem: „Die Herausforderung, Produkte umweltfreundlicher zu gestalten, muss in erster Linie von den Unternehmen und Verbrauchern angenommen werden, denn die wichtigsten Entscheidungen darüber, wie sich Produkte auf die Umwelt auswirken, werden am Designtisch und in den Läden getroffen. Befindet sich ein Produkt erst auf dem Markt, kann verhältnismäßig wenig getan werden, um seine umweltbezogenen Eigenschaften zu verbessern“.⁷ Um diese Vorstellungen umzusetzen, müssen geeignete, aktivierende Institutionen eingerichtet werden, die die Möglichkeiten von Steigerungen der Ressourceneffizienz in die Breite tragen. Zentrales Element ist die Schaffung einer „Agentur Ressourceneffizienz“ auf Bundesebene, die mit einem bundesweiten so genannten „Impuls- und Beratungsprogramm Ressourceneffizienz“ Unternehmen, vor allem Klein- und mittelständischen Unternehmen, dabei helfen soll, vorhandene Effizienzsteigerungspotentiale zu erkennen und auszuschöpfen.⁸

Daneben sollte die Produktpolitik auch in die Ökosteuerreform integriert werden. Ein erster Vorschlag wurde von Baumgartner/Rubik⁹ bereits 1993 vorgelegt. Eine ökologisch ausgerichtete Mehrwertsteuer beruht auf dem Prinzip, dass ökologisch verträglichere Produkte und Dienstleistungen fiskalisch weniger stark belastet werden sollen als Produkte und Dienstleistungen, die sich als weniger ökologisch verträglich erweisen. Die Einstufung von Produkten in die verschiedenen Belastungsstufen erfordert detaillierte Stoff- und Produktdatenbanken. Vorteilhaft wäre auch eine größere Verbreitung von Produktbilanzen, um etwa den Ressourceneinsatz, die CO₂-Emissionen, das Produktdesign und die Produktbeschaffenheit zu ermitteln.

Nicht zuletzt muss auch die Energieeffizienz der Produktion verbessert werden. Immer noch wird viel zu viel Energie bei der Produktion von Gütern eingesetzt. Hier ließen sich nach Schätzungen des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie bis zu zehn Kraftwerke einsparen, wenn das gesamte Energiepotenzial der hiesigen Industrie ausgeschöpft werden könnte. Doch hierfür wird nicht investiert, weil nach wie vor in den Unternehmen der kurzfristige Gewinn im Vordergrund steht. In dieser Situation müsste der Staat wesentlich mehr zur Durchsetzung einer energieeffizienten Wirtschaftspolitik beitragen, sei es durch gesetzliche Vorgaben, sei es durch eine gezielte Förderpolitik.

EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN EINFÜHREN

In allen industrialisierten Ländern hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten ein tief greifender Wandel in der Arbeitswelt der formellen Ökonomie¹⁰ ergeben. Diese Veränderung, die Deutschland mit zahlreichen anderen OECD-Ländern teilt, wird als „marginale Flexibilisierung“¹¹ beschrieben. Während der Kündigungsschutz für Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis nahezu stabil geblieben ist oder allenfalls geringfügig entschärft wurde, sorgen Veränderungen am Rande des Erwerbsmarktes für die von der Wirtschaft als notwendig angesehene Flexibilität. Auf der einen Seite gibt es eine abnehmende Zahl von Beschäftigten, die über einen stabilen Arbeitsplatz mit Einkommenssicherheit verfügen, der dann auch Phasen von Kurz- und Mehrarbeit mit einschließt. Andererseits steigt die Zahl der Erwerbspersonen, die in ihrem Erwerbsleben mehrfach zwischen Phasen von Voll- und Teilzeitarbeit, Erwerbslosigkeit, Nicht-Erwerbsarbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen wechseln (müssen).

Die noch in den 1960er und 1970er Jahren fast ausnahmslose Erwerbsbiographie eines „Normalarbeiternehmers“ gilt in der Bundesrepublik für immer weniger Beschäftigte. 1991 hatten 84,3 Prozent ein Normalarbeitsverhältnis; 2007 waren nur noch rund zwei Drittel als „Normalarbeiternehmer“ beschäftigt. Der Rückgang fiel dabei in Ostdeutschland wesentlich stärker aus als in Westdeutschland.¹² Stabile Vollzeit-Arbeitsplätze werden damit immer seltener; die unterbrochenen, diskontinuierlichen Erwerbsverläufe werden angesichts von Massenerwerbslosigkeit zur „Normalität“. Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei den Arbeitszeiten von Frauen und Männern wird größer. „Von Optionalität bei der Arbeitszeitgestaltung ist die betriebliche Wirklichkeit noch weit entfernt. Angesichts unerfüllter Zeitwünsche ist davon auszugehen, dass generell verlängerte Arbeitszeiten die zeitlichen Belastungen vieler Eltern und Pflegenden mit kaum absehbaren sozialen Konsequenzen weiter steigern werden“¹³.

Als Auswege aus den vorgenannten Problemen lassen sich folgende Lösungen vorsehen:

Erstens sollte die Erwerbsarbeit so gestaltet werden, dass formelle und informelle Ökonomie miteinander in Einklang gebracht werden können. Von einer Balance wäre dann auszugehen, wenn

- Arbeitszeiten in der formellen Ökonomie ausreichend Momente für informelle Aktivitäten zulassen,
- Frauen und Männer neben ihren informellen Aufgaben auch noch Optionen für Erholung und persönliche Entfaltung hätten,
- Arbeitszeiten nicht die traditionelle Geschlechterungleichheit zementieren.

Um diese Aspekte zu realisieren, hat Stahmer das Modell einer so genannten Halbtagsgesellschaft vorgeschlagen.¹⁴ Notwendig ist eine „zeitpolitische Umgestaltung der Arbeitswelt“¹⁵ mit dem Ziel, den individuellen Bedürfnissen aus der informellen Ökonomie durch eine bessere Abstimmung der Arbeitszeiten in der formellen Ökonomie zu entsprechen. „Im öffentlichen Diskurs müssen optimale Zeitgestaltungen zugunsten der Beschäftigten gleiche Legitimität genießen wie flexible Arbeitszeiten für die Unternehmen“.¹⁶

Um allerdings ein solches Zukunftsszenario verwirklichen zu können, ist es *zweitens* notwendig, informelles Arbeiten durch ein *garantiertes Grundeinkommen* zu unterstützen und auch attraktiver zu machen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass mit dem Begriff der informellen Ökonomie nur das verschönert wird, was schon vor mehr als hundert Jahren von Marx als industrielle Reservearmee umschrieben wurde. Das garantierte Grundeinkommen könnte das Hin- und Herpendeln zwischen formeller und informeller Ökonomie erleichtern. In der Literatur werden unterschiedliche Modelle eines garantierten Grundeinkommens diskutiert, die sich auch grundsätzlich in der Höhe des Grundeinkommens unterscheiden.¹⁷ Die vorgelegten Vorschläge reichen von 400 Euro bis 1.100 Euro pro Person. Aber die Modelle differieren nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Ausgestaltung:

- a) Der Ansatz einer bedarfsorientierten Mindestsicherung ist eine bedürftigkeitsabhängige Sockelung von Sozialversicherungsleistungen. Im Falle fehlender oder zu geringer Versicherungsansprüche werden die Zahlungen des betreffenden Leistungssystems (Arbeitslosen- und Rentenversicherung) automatisch auf die Höhe des Existenzminimums aufgestockt.
- b) Das Modell einer negativen Einkommensteuer oder eines Bürgergeldes sieht vor, das Steuer- und Transfersystem miteinander zu verknüpfen, indem jeder Steuerpflichtige, der zu wenig verdient, um Steuern zu zahlen, statt dessen negative Steuern, also staatliche Transferzahlungen, erhält. Die wissenschaftliche Diskussion um die negative Einkommensteuer hat sich vor allem als Folge der Massenarbeitslosigkeit verstärkt der Frage gewidmet, wie durch verschiedene Varianten der negativen Einkommensteuer die sozialen Probleme der Erwerbslosigkeit beseitigt werden können.

Daneben werden lebensphasenspezifische Finanzierungssysteme vorgeschlagen: So wird etwa für ein Erziehungsgehalt plädiert, mit der die Erziehung von Kindern aufgewertet werden soll. Die Grundidee liegt in einer monetären Anerkennung der Erziehungsleistung durch die Gesellschaft mittels eines Erziehungsgehalts, das den auf dem Erwerbsarbeitsmarkt erzielten Einkommen vergleichbar ist. Daneben werden zur Beseitigung der Altersarmut, vor allem von älteren Frauen, verschiedene Grundrentenmodelle diskutiert. Mit diesem Konzept soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass

Frauen aufgrund ihrer informellen Aktivitäten in Haushalt und Familie oftmals im Alter vor finanziellen Problemen stehen.

TEILHABE DURCH BILDUNG STEIGERN

4

Wie gebildet die Menschen in einer Gesellschaft sind und in welchem Maße sie Zugang zu Bildungseinrichtungen haben, ist für die wirtschaftliche, soziale und verstärkt auch für die ökologische Entwicklung in einem Land von zunehmender Bedeutung. Ein niedriger Ausbildungsstand führt zu einem signifikant höheren Risiko, arbeitslos, sozial auffällig, psychisch instabil oder straffällig zu werden.¹⁸ Nationale wie internationale Studien belegen, dass gerade in Deutschland damit häufig ein Teufelskreis über die Generationen hinweg verbunden ist. Die Bildungschancen von Kindern aus Geringverdienerhaushalten sind bedeutend niedriger als die aus wohlhabenden beziehungsweise höher qualifizierten Elternhäusern.¹⁹

Das Bildungssystem sollte deswegen auf vielfältige Weise ausgebaut werden: in Form eines besseren Betreuungsangebotes im Vorschulalter, durch Abbau von bereits im Grundschulalter erkennbaren Leistungsdifferenzen, durch längeres gemeinsames Lernen, durch die bundesweite Einführung von Ganztagschulen, mit Hilfe von Projekte zur Verbesserung der Eingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Eine Beteiligung sollte hier mit Anreizen für die Arbeitgeber und Ausbilder wie auch für die Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden verbunden sein. Da ein umfassendes Bildungssystem über die Schulbildung im Kindes- und Jugendalter hinaus geht, müssen auch berufliche Weiterbildungen, Förderungen von Maßnahmen, die Langzeitarbeitslose wieder integrieren und Orientierungsangebote für die hohe Zahl an Personen, die länger auf der Suche nach ihrer beruflichen Identität sind, geschaffen und ausgebaut werden.

Beim Ausbau des Aus- und Weiterbildungsangebotes und der strukturellen und inhaltlichen Verbesserung der schulischen Grundbildung muss auch auf besondere Herausforderungen geachtet und reagiert werden – zum Beispiel müssen in strukturschwachen Regionen besondere Maßnahmen getroffen werden. So ist etwa die Anzahl der Ausbildungsabbrüche in strukturschwächeren Bundesländern höher als in anderen Bundesländern,²⁰ und die meisten Personen ohne Schulabschluss sind Schulabrecher, die von Haupt- und Förderschulen kommen. Hier sollte gezielt angesetzt werden. Konzepte zur besseren Ermöglichung eines „life-long-learning“ sollten kontinuierlich gefördert werden. Eine solche Verbesserung des Bildungssystems ist nicht zum Nulltarif zu haben; ein gesellschaftlicher Konsens, dass Bildung Geld kosten darf, ist vonnöten, damit der Ausbau eines Bereiches nicht

zulasten eines anderen Bildungsbereiches fällt. In den nächsten Jahren werden Bildungsmaßnahmen zwar deutlich größere Finanzmittel benötigen; mittel- und langfristig lohnt sich allerdings jede sinnvolle Investition in Bildung, denn Gesellschaft und die Wirtschaft werden deutlich von einer solchen klaren und wichtigen Investition in die Zukunft profitieren.

5 REGIONALES UND LOKALES WIRTSCHAFTEN AUSBAUEN

Über Jahrhunderte konnte der Prozess der zunehmenden Verflechtung von Wirtschaftsregionen auch als Aufbau eines Sicherungssystems – etwa gegen Ernteausfälle und andere regionale Probleme der Produktion von Gütern und Dienstleistungen verstanden werden. In den letzten Jahrzehnten geht von den global vernetzten Finanzmärkten die stark steigende Gefahr aus, dass Krisen der monetären Ökonomie von einer Region in eine andere mit hoher Geschwindigkeit übertragen werden und dort auch die reale Ökonomie in schwere Krisen stürzen kann. Es erscheint daher angezeigt, als „zweites Sicherungssystem“, lokal und regional tragfähige Wirtschaftskreise aufzubauen und sie komplementär zur globalen Ökonomie zu organisieren. Folgende Punkte erscheinen dabei unverzichtbar:²¹

- (1) Jede ökonomische Aktivität, jeder Produktionszyklus sollte in einer bestimmten Region auch für künftige Generationen fortsetzbar sein, ohne ökologische Zerstörungen hervorzurufen oder die natürlichen Ressourcen der Region aufzuzeihen.
- (2) Die Wirtschaft der Region sollte – wenn überhaupt – nur langsam wachsen. Auf keinen Fall darf Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für Wohlstand oder Vollbeschäftigung sein.
- (3) In der Region sollten zumindest ausreichend Nahrungsmittel und Rohstoffe produziert werden, um ihren Bewohnern ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne die ökologische Tragfähigkeit der Region zu überschreiten und ohne andere Regionen der Erde auszubeuten.
- (4) Die Energie, die in der Region verbraucht wird, sollte so weit wie nur irgend möglich aus erneuerbaren Energieträgern dieser Region kommen.
- (5) Um Ausbeutung oder Störungen des ökonomischen Gleichgewichts durch Einflüsse von außerhalb der Region zu verhindern, sollte jede Region zusätzlich eine eigene Währung oder Verrechnungseinheit – unter Umständen auch mehrere – und ein regional eigenständiges Banken- und Kreditsystem haben.

Lokales und regionales Wirtschaften wird nicht von Großunternehmen beherrscht sein und sich nicht vorrangig an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren müssen. Es wird aus einem

Netzwerk kleiner Regionen und Gemeinden bestehen, die sehr viele Bedürfnisse der dort lebenden Menschen aus eigenen Ressourcen befriedigen können.

GLOBALE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN

6

Wo das eigene Handeln über Grenzen hinweg Auswirkungen auf andere hat, ist es notwendig, entsprechend grenzüberschreitende Verantwortung zu übernehmen. Diese Überzeugung spielt für viele der vorgestellten Indikatoren eine wichtige Rolle.²² Globale Verantwortung zeigt sich daher auch in politischen Maßnahmen wie der ökologisch-sozialen Steuerreform, einem konsistenten Ressourcenmanagement und dem Einsatz für stabile Finanzmärkte. Darüber hinaus werden hier die Entwicklungszusammenarbeit und die weltweite Klimapolitik in den Blick genommen.

Eine nachhaltige Entwicklungspolitik ist zwangsläufig facettenreich.²³ Die Bereitstellung finanzieller und personeller Mittel durch die Industrieländer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinn ist nur ein, aber dennoch ein wichtiger Beitrag. Deutschland sollte daher Mittel in Höhe des lange ausgerufenen Ziels von 0,7% des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen (siehe Indikator 47). Zur Finanzierung könnte unter anderem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer beitragen. Jeder Entwicklungspolitische Einsatz – materiell wie personell – muss jedoch auf seine Nachhaltigkeit und seinen Wert für die Hilfe zur Selbsthilfe analysiert werden: Entwicklungszusammenarbeit sollte das Ziel haben, die Empfänger zu befähigen, in Zukunft eine eigenständige, gemeinwesenorientierte Ökonomie zu organisieren. Nicht der Mangel an Einkommen allein macht Armut aus, auch Defizite an politischem Einfluss und gesicherten Rechten sind zentrale Hindernisse für Arme weltweit, ihr Leben selbst zu bestimmen. Der Handel mit Entwicklungsländern (siehe Indikator 48) sollte daher auch zu sozial und ökologisch gerechteren Strukturen beitragen. Einerseits muss der so genannte „Faire Handel“ (Indikatoren 31 und 32) massiv gefördert werden. Erste kommunale Vorbildprojekte wie z.B. Fair Trade Städte und die Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung an ökofairen Kriterien müssen intensiviert und ausgebaut werden. Andererseits sind verschärfte Regeln für die Verantwortungsübernahme entlang der globalen Wertschöpfungsketten konventioneller Produkte notwendig.

Im Hinblick auf den Klimawandel sind massive Anstrengungen für eine Energiewende im eigenen Land (siehe Indikatoren 9 und 10), aber auch internationales Engagement Deutschlands für eine sehr weit reichende und umfassende Klimapolitik weltweit gefordert. Mit dem Budgetansatz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) liegt hierfür ein

ambitioniertes und durchdachtes Konzept vor, für dessen Umsetzung sich Deutschland stark machen sollte.²⁴ Es sieht vor, einen Temperaturanstieg von maximal 2° als völkerrechtliches Ziel zu verankern und ein globales Emissionsbudget bis zum Jahr 2050 zu definieren, das die Einhaltung dieses Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit ermöglicht. Dieses globale Budget wird auf Basis der Einwohnerzahlen verbindlich auf die Nationalstaaten verteilt: Jedem Menschen steht demnach der gleiche CO₂-Ausstoß zu.²⁵ Um das 2°-Ziel zu erreichen, werden die Vorlage überprüfbarer Dekarbonisierungspläne durch alle Staaten, ein weltweiter Emissionshandel, Vereinbarungen über Finanz- und Technologie-transfers, die Gründung einer Weltklimabank sowie separate Vereinbarungen zu den CO₂-Emissionen aus Landnutzung und anderen klimawirksamen Gasen angestrebt. Dabei sollten für den Klimaschutz bereitgestellte Gelder zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern beitragen, nicht aber mit dem Ziel von 0,7% des BIP verrechnet werden (vgl. Empfehlungen zu Indikator 47).

7

DIE WELTFINANZMÄRKTE BEGRENZEN

In den letzten Jahren wurde zunehmend deutlich, dass auf den Weltfinanzmärkten vor allem durch deren Deregulierung und die gewaltige Ausdehnung rein spekulativer Transaktionen ein eigenständiges Krisenpotenzial entstanden ist, das nicht nur die virtuelle Ökonomie sondern auch die realen Lebensbedingungen der Menschen ganz erheblich beeinträchtigen können. Oben (vgl. Punkt 5) wurden bereits Empfehlungen zur Begrenzung des negativen Einflusses dieser virtuellen Ökonomie durch eine Art „lokales und regionales Sicherungssystem“ ausgesprochen; zusätzlich ist es jedoch unerlässlich, das Schadenspotenzial der globalen Finanzmärkte selbst zu begrenzen. Neben den weltweiten ökologischen Notwendigkeiten wie der Begrenzung der Treibhausgasemissionen verlangt kein anderer Bereich so stark nach einer „Weltinnenpolitik“ wie die Frage der Gestaltung der globalen Finanzmärkte. Dabei erscheinen folgende Punkte unverzichtbar:

- (1) Neue Finanzmarktprodukte sollten von nationalen und internationalen Institutionen auf ihre Unbedenklichkeit überprüft werden; bestimmte Finanzmarktprodukte, vor allem jene, deren inhärente Risiken nicht zutage treten, müssen verboten werden – die Aufhebung früher bestehender Verbote muss wieder rückgängig gemacht werden.
- (2) Eine Transaktionssteuer sollte eingeführt werden, um die Attraktivität bestimmter, äußerst kurzfristiger Formen spekulativer Aktivitäten einzuschränken. Das Aufkommen aus dieser Steuer könnte genutzt werden, um die Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele zu stützen.

- (3) Steueroasen sollten wirkungsvoll geschlossen werden, ebenso müssen Bilanzierungsregeln so geändert werden, dass alle Geschäfte auch tatsächlich in den Bilanzen der jeweils beteiligten Akteure auftauchen.
- (4) Konjunkturprogramme zur Wiederbelebung der durch die Finanzkrise geschädigten Wirtschaft müssen ausschließlich am Leitbild einer nachhaltigen Ökonomie ausgerichtet werden. Gefördert werden sollten neben dem Bildungswesen vor allem Maßnahmen zur Energie-Einsparung, zur Steigerung der Energie- und Ressourcen-Effizienz sowie zum Ausbau der Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern.
- (5) im Sinne der klassischen sozialen Marktwirtschaft muss der Staat wiedereffektiver seine Rolle als Regelsetzer und Schiedsrichter einer fairen Wettbewerbsordnung spielen. Dafür braucht es mehr Distanz zwischen Politik und Wirtschaft.

DAS GESELLSCHAFTLICHE BERICHTERSTATTUNGSSYSTEM VERÄNDERN

8

In den letzten Jahrzehnten haben sich Politik, Medien und Öffentlichkeit sehr stark an den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) orientiert, um Wohlstand und Wohlfahrt in der Gesellschaft einzuschätzen. Aber dies führt gerade in reichen Ländern zunehmend zu fragwürdigen politischen Entscheidungen. Nicht nur, dass die Zuwächse des BIP sich bei sehr vielen Menschen gar nicht mehr in einer Verbesserung ihrer Lebensqualität niederschlagen – Anstrengungen zur Steigerung des BIP gehen nach wie vor sehr oft zu Lasten der Umwelt und führen zu einer Zunahme des Ressourcenverbrauchs. Auch Strategien, die sich auf „Green Growth“ konzentrieren, sehen häufig nicht, dass ein ständiges „Mehr“ an Gütern und Dienstleistungen kein Ziel sein kann, weil Sättigungsgrenzen auf diese Weise bewusst ausgeblendet werden. Eine zukunftsfähige Gesellschaft könnte dagegen eine „Ökonomie der Genügsamkeit“ anstreben – und diese wiederum erfordert ein gesellschaftliches Berichterstattungssystem, das als Ergänzung der Volkswirtschaftlichen und Umweltökonomischen Gesamtrechnung Maßstäbe an die Hand gibt, die eine Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit dann auch als Erfolg ausweisen.

Mit dem Indikatorensystem der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wichtiger erster Schritt getan. Die hier vorliegende Veröffentlichung gibt detaillierte Empfehlungen zur Weiterentwicklung. Vor allem aber sollte der zentrale Leitindikator, das BIP, durch andere Maße für gesellschaftliche Wohlfahrt ergänzt werden, etwa durch den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI). Weitere, für die Be trachtung der gesellschaftlichen Wohlfahrt zentrale Bereiche könnten durch wenige zusätzliche Leitindikatoren abgebildet werden, etwa durch das „Wohlstandsquartett“ von Meinhard Miegel. Uner-

lässlich für die Steuerung der einzelnen Politiken ist ein Indikatorensystem für nachhaltige Entwicklung. Auf diese Weise ergäbe sich eine „erneuerte Pyramide“ der gesellschaftlichen Berichterstattung, die durch die differenzierten Systeme der Volkswirtschaftlichen und Umweltökonomischen Gesamtrechnung unterstützt würde.

Es ist notwendig, dass die Systeme der gesellschaftlichen Berichterstattung längerfristige Analysen ermöglichen und daher ein Mindestmaß an Kontinuität aufweisen. Es sind jedoch keine abgeschlossenen Systeme; in einer sich dynamisch verändernden Welt müssen die Indikatoren und Indices transparent gestaltet, immer wieder überprüft und, falls erforderlich, neu an veränderte Gegebenheiten angepasst werden.

9

NEUE FORMEN DER DEMOKRATIE ETABLIEREN

Um die vorgenannten Überlegungen und Visionen realisieren zu können, bedarf es eines prospektiven und kommunikativen Staates, der in der Lage ist, über die Planungszeiträume von einer Legislaturperiode hinaus zu planen und seine Vorstellungen von Rahmensetzungen der Bevölkerung zu kommunizieren. In Anbetracht der notwendigen wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Änderungen sind klare Zielvorgaben und deren regelmäßige Überprüfung erforderlich. Nur dann, wenn gesellschaftliche Akteure so frühzeitig wie möglich über Änderungen informiert werden, sind sie auch bereit, sich auf veränderte Strukturen und Prozesse einzulassen. Die bisherige Politik, die sich häufig in einer Strategie des „muddling through“ äußert, indem in dem einen oder anderen Bereich Ausgaben gekürzt oder Mittel ganz gestrichen werden, um sie an anderer Stelle wieder ausgeben zu können, wird auf Dauer von den Wählern politisch nicht gewollt. Die Menschen wollen vermehrt über partizipative Maßnahmen – wie Volksentscheide, Befragungen, Volksbegehren – an Entscheidungen teilhaben. Formen von demokratischer Beteiligung haben auch eine aktivierende Funktion.

Die staatlichen Organe müssen sich vor diesem Hintergrund darüber Gedanken machen, wie und auf welche Weise sie Maßnahmen kommunizieren und plausibel machen wollen. Mit Blick auf die zurückgehende Wahlbeteiligung (siehe Indikator 51), in der eine wachsende Verdrossenheit mit der heutigen Politik oder den heute agierenden Politikern zum Ausdruck kommt, erscheinen neue Muster der Partizipation der Bevölkerung dringend angeraten. Denn viele der hier betrachteten Veränderungen lassen sich nur umsetzen, wenn die Bevölkerung in diesen Prozess mit einbezogen wird. Nicht übersehen werden darf dabei, dass sich das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung für gesellschaftliche Aktivitäten nur unwesentlich verändert hat (siehe Indikator 49). Nach wie vor ist ein ho-

hes zivilgesellschaftliches Interesse vorhanden, das sich auch im politischen Handeln des Staates niederschlagen sollte. Die Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung sollte in die politischen Überlegungen zu den künftigen Entwürfen eines anderen Wirtschaftens mit einbezogen werden.

Dies könnte beispielsweise auf folgende Weise erfolgen: In einer Nachhaltigkeitsstrategie können mittelfristige Ziele – derzeit etwa bis zum Jahr 2020 – formuliert werden, die stetig anhand von Indikatoren evaluiert werden, um Fort- oder Rückschritte zu dokumentieren. Die aus den Zielen entstehenden Maßnahmen könnten mit Interessierten in regionalen Workshops erörtert werden. So könnte die demokratische Basis verstärkt werden, um über eine künftige Ausgestaltung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu entscheiden.

EPILOG

Die Diskussionen um die Strategie der Transformation unserer Gesellschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung haben eines mit Sicherheit gezeigt: Es wäre völlig vermessen, ein Programm aufzustellen zu wollen, das die Illusion zu erwecken sucht, es gäbe *die* eine, große, schöne Lösung aller Probleme. Ein Gesamtentwurf einer nachhaltigen oder zukunftsverträglichen Ökonomie kann allenfalls in Form einer konkreten Utopie vorgelegt werden. Ein Maßstab dafür ist noch immer die Arbeit von Nicolas Georgescu-Roegen, ehemaliger Ökonom an der Harvard-University, der einen oft zitierten, mittlerweile über 35 Jahre alten Acht-Punkte-Katalog vorgelegt hat, den er ein ökonomisches – wohlgerne, kein ökologisches – Minimalprogramm nannte:²⁶

- (1) Verbot der Produktion sämtlicher Kriegsgüter;
- (2) Konversion der frei werdenden Produktivkräfte für Hilfeleistungen an unterentwickelte Länder, damit in diesen annehmbare, nicht luxuriöse Lebensbedingungen entstehen;
- (3) langsame Reduktion der Bevölkerung auf ein Niveau, das dann in adäquater Weise durch ausschließlich ökologische Landwirtschaft ernährt werden kann;
- (4) Vermeidung jeder Energieverschwendungen, nötigenfalls durch Regulierung;
- (5) keine Nachfrage mehr nach Luxusgütern; das wird die Einstellung der Produktion derartiger Güter zur Folge haben;
- (6) Abschaffung der Mode; Gebrauchsgüter müssen solange verwendet werden, solange sie noch von spezifischem Nutzen sind;
- (7) dauerhafte Güter müssen durch Verbesserung der Reparierbarkeit noch dauerhafter gemacht werden;
- (8) der technische Fortschritt muss wieder zu einem menschlichen Maß finden.

Schon mit dieser Aufzählung wird deutlich, dass im „globalen Dorf“ lokale, nationale und internationale Entwicklungen unmittelbar miteinander verbunden sind – mit zum Teil überraschenden und im voraus kaum zu prognostizierenden Rückkopplungen. Behutsamkeit und sorgfältige Analysen einzelner Probleme sind erforderlich – nicht die Ausrichtung der Weltökonomie am Prinzip des globalen Marktes. Wenn diese These stimmt, dann müssen einige Grundannahmen über die Zielsetzungen des Wirtschaftens neu diskutiert werden: Wettbewerb, Konkurrenz und wirtschaftlicher „Erfolg“ können nicht mehr pauschal befürwortet, sondern müssen differenziert betrachtet werden. Globalisierung führt nicht nur zu schneller Entwicklung, sondern auch zu Zerstörung tragender Strukturen. Die Kriterien für die Gestaltung der nationalen Ökonomie wie auch der Wirtschafts- und Finanzordnung insgesamt müssen dann neu zu überdacht werden: ihre Ausrichtung an den Bedürfnissen der jetzt lebenden Menschen, der zukünftigen Generationen und der Bewahrung der Natur.

-
- ¹ Weitere Ausführungen zur ökologisch-sozialen Finanzreform z.B. in: Ludewig, Damian; Held, Benjamin; Küchler, Swantje (2010): Für eine neue ökologisch-soziale Finanzreform; FÖS; Berlin; http://www.foes.de/pdf/Oekologisch-Soziale_Finanzreform_2010.pdf.
- ² vgl. Umweltbundesamt (2010): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, Aktualisierte Ausgabe 2010; <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4048.pdf>.
- ³ vgl. auch Punkt „Weltfinanzmärkte“.
- ⁴ z.B. Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkmitt Verlag.
- ⁵ Eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt (2011): Statistisches Jahrbuch 2011. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 372.
- ⁶ Siehe hierzu auch den Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2011): Entwurf für ein Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) – Programm zum Schutz natürlicher Ressourcen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Berlin: BMU.
- ⁷ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2001): Grünbuch zur integrierten Produktpolitik, Brüssel: Selbstverlag, 3.
- ⁸ vgl. Hennicke, Peter/Kristof, Kora/Götz, Thomas (Hrsg.) (2011): Aus weniger mehr machen – Strategien für eine nachhaltige Ressourcenpolitik in Deutschland. München: Oekom Verlag.
- ⁹ vgl. Baumgartner, Thomas/Rubik, Frieder (1993): Mehrwertsteuer und ökologische Produktpolitik, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Heft 3, 304 – 315.
- ¹⁰ Zur formellen Ökonomie zählen all jene Bereiche, in denen die Subjekte durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft auf dem Erwerbsarbeitsmarkt eine monetäre Gegenleistung erhalten. Vgl. hierzu Teichert, Volker (1993): Das informelle Wirtschaftssystem. Analyse und Perspektiven von Erwerbs- und Eigenarbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag sowie ders. (2000): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.
- ¹¹ vgl. Eichhorst, Werner; Marx, Paul; Thode, Eric (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit. Benchmarking Deutschland: Befristete und geringfügige Tätigkeiten, Zeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 10.
- ¹² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2008): Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken. Jahresgutachten 2008/2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 420ff.
- ¹³ Seifert, Hartmut (2006): Konfliktfeld Arbeitszeitpolitik: Entwicklungslinien, Gestaltungsanforderungen und Perspektiven der Arbeitszeit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 34.
- ¹⁴ Stahmer, Carsten (2011): Das Gendermodell der Halbtagsgesellschaft, in: Pinter, Djordje; Sc hubert, Uwe (Hrsg.): Wirtschaft – Gesellschaft – Natur. Ansätze zu einem zukunftsfähigen Wirtschaften. Marburg: Metropolis, 337-366
- ¹⁵ Mückenberger, Ulrich (2006): Die zeitpolitische Wende in der Familienpolitik, in: Henry-Hutmacher, Christine (Hrsg.) Politik für Familien. Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft. Freiburg/Basel/Wien: Herder, 213-226
- ¹⁶ Mückenberger, Ulrich (2009): „Vereinbarkeit“ in der städtischen Erwerbsgesellschaft – was wird da eigentlich womit vereinbar gemacht?, in: Heitkötter, Martina; Jürzyk, Karin; Lange, Andreas; Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 367.
- ¹⁷ Blaschke, Ronald (2010): Denk'mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: ders.; Otto, Adeline; Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Berlin, 9-292; But-

terwegge, Christoph (2007): Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52 vom 17. Dezember, 25-30; Kumpmann, Ingmar (2010): Das Problem der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Franzmann, Manuel (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 369-391; Vobruba, Georg (2010): Zielgenauigkeit versus Akzeptanz. Das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee, in: Franzmann, Manuel (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 317-328.

¹⁸ vgl. u.a. Entorf, Horst; Sieger, Philip (2010): Unzureichende Bildung: Folgekosten durch Kriminalität. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung; Arens, Markus (2007): Bildung und soziale Herkunft – Die Vererbung der institutionellen Ungleichheit, in: Harring, Marius; Rohlfs, Carsten; Palentien, Christian (Hrsg.): Perspektiven der Bildung: Kinder und Jugendliche in formellen, nicht-formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden: VS-Verlag, 137-154.

¹⁹ vgl. Allmendinger, Jutta (2005): In Deutschland wird Bildung vererbt. In: Publik-Forum. Nr. 19, 10-12.

²⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien. Bonn: BMBF.

²¹ Vgl. dazu auch Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokale Wirtschaften. Mainz: Matthias-Grünewald-Verlag.

²² Beispielweise im Bereich Ökologie (Indikatoren 9-14), aber auch Ökonomie (Indikatoren 19, 29, 31, 32) und Gesellschaft und Soziales (insbesondere Indikatoren 47 und 48).

²³ vgl. die Ausführungen in BUND/Brot für die Welt/EED (Hrsg. 2008): Zukunftsähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

²⁴ vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2009): Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten. Berlin. www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf.

²⁵ Bei einer konstanten Weltbevölkerung von 6,9 Milliarden Menschen und einem Globalbudget von 750 Mrd. Tonnen wären dies ca. 2,7 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr. Trotz der Verteilung auf Pro-Kopf-Basis ergibt sich kein individuell einklagbares Recht auf einen CO₂-Ausstoß dieser Höhe, Rechte und Pflichten liegen vielmehr bei den Nationalstaaten.

²⁶ vgl. Georgescu-Roegen, N. (1976): *Energy and Economic Myths. Institutional and Analytical Economic Essays*, Oxford: Pergamon Press, 33f.

Literaturverzeichnis

Das nachfolgende Verzeichnis weist alle Titel nach, die auf den Textseiten der Veröffentlichung zitiert werden nicht aber die Quellen zu den einzelnen Indikatorenblättern.

- Adriaanse, Albert (1993): Environmental Policy Performance Indicators. Den Haag: Raad voor Milieu- en Natuuronderzoek, 29
- Allmendinger, Jutta (2005): „In Deutschland wird Bildung vererbt“, in: Publik-Forum, Nr. 19, 10 – 12
- Anderson, Victor (1991): Alternative Economic Indicators. London/New York: Routledge
- Arens, Markus (2007): „Bildung und soziale Herkunft – Die Vererbung der institutionellen Ungleichheit“, in: Harring, Marius/Rohlf, Carsten/Palentien, Christian (Hrsg.): Perspektiven der Bildung: Kinder und Jugendliche in formellen, nicht-formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden: VS, 137 – 154
- Baumgartner, Thomas (1985): „Wer was wie mißt“, in: Projektgruppe Ökologische Wirtschaft (Hrsg.): Arbeiten im Einklang mit der Natur. Freiburg: Dreisam-Verlag, 177 – 206
- Baumgartner, Thomas /Rubik, Frieder (1993): „Mehrwertsteuer und ökologische Produktpolitik“, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Heft 3, 304 – 315
- Blaschke, Ronald (2010): „Denk'mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee“, in: ders./Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Berlin: Dietz, 9 – 292
- BUND/Brot für die Welt/EED (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien. Bonn: BMBF
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2011): Entwurf für ein Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) – Programm zum Schutz natürlicher Ressourcen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Berlin: BMU
- Bundesregierung (Hrsg.) (2011): Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – Entwurf. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- Butterwegge, Christoph (2007): „Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52 vom 17. Dezember 2007, 25 – 30
- Denkwerk Zukunft (Hrsg.) (2010): Das Wohlstandsquartett – Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern. URL: <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/WQ-Memo-2010.pdf>
- Diefenbacher, Hans/Frank, Andreas/Leipner, Ingo/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2004): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie [Texte und Materialien, Reihe B, Nr. 30]. Heidelberg: FEST
- Diefenbacher, Hans/Frank, Andreas/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2008): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; Fortschreibung 2008 [Reihe FEST für die Praxis, Bd. 2]. Heidelberg: FEST
- Diefenbacher, Hans/Karcher, Holger/Stahmer, Carsten/Teichert, Volker (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Heidelberg: FEST.
- Diefenbacher, Hans/Ratsch, Ulrich (1995): „Zur Konstruktion von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung“, in: Diefenbacher, Hans/Sangmeister, Hartmut/Stahmer, Carsten (Hrsg.): Regionale Umweltberichterstattung – der Heidelberger Raum und seine Entwicklung 1960 – 1990. Heidelberg: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 11 – 24
- Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2009): Wohlfahrtsmessung in Deutschland – ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg/Berlin: FEST/FFU; URL: http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3902

- Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. München: oekom-Verlag.
- Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag
- Eichhorst, Werner/Marx, Paul/Thode, Eric (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit – Benchmarking Deutschland: Befristete und geringfügige Tätigkeiten, Zeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Entorf, Horst/Sieger, Philip (2010): Unzureichende Bildung: Folgekosten durch Kriminalität. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung; URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32620_33011_2.pdf
- Eurostat/Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (Hrsg.) (2002): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002. Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Georgescu-Roegen, Nicolas (1976): Energy and Economic Myths. Institutional and Analytical Economic Essays, Oxford: Pergamon Press
- Global Footprint Network (Hrsg.) (2011): Footprint Science – Introduction; URL: http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint_science_introduction/
- Groupe de Villemétrie (1986): „Les instruments de connaissance aujourd’hui disponibles permettent-ils d’avancer vers un monde intelligible?“, in: Markhoff, Gérard (Hrsg.): Vers une éthique politique – l’éthique face à l’ingouvernabilité du monde actuel. Paris: Edition de la maison des sciences de l’homme, 331 – 345
- Hennicke, Peter/Kristof, Kora/Götz, Thomas (Hrsg.) (2011): Aus weniger mehr machen – Strategien für eine nachhaltige Ressourcenpolitik in Deutschland. München: oekom Verlag
- Kay, James J. (1991): “The Concept of Ecological Integrity, Alternative Theories of Ecology, and Implications for Decision-Support Indicators”, in: Canadian Environmental Advisory Council (Hrsg.): Economic, Ecological, and Decision Theories: Indicators of Ecologically Sustainable Development. Ottawa: CEAC, 23 – 58
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2001): Grünbuch zur integrierten Produktpolitik. Brüssel: EU
- Kumpmann, Ingmar (2010): „Das Problem der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens“, in: Franzmann, Manuel (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 369 –391
- Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2003): Umweltdaten Baden-Württemberg. Karlsruhe: LfU
- Ludewig, Damian/Held, Benjamin/Küchler, Swantje (2010): Für eine neue ökologisch-soziale Finanzreform. Berlin: FÖS; URL: http://www.foes.de/pdf/Oekologisch-Soziale_Finanzreform_2010.pdf
- Lueder, August Ferdinand (1832): Kritische Geschichte der Statistik. Göttingen: Johann Friedrich Roewer
- Mückenberger, Ulrich (2006): „Die zeitpolitische Wende in der Familienpolitik,“ in: Henry-Hutmacher, Christine (Hrsg.) Politik für Familien. Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft. Freiburg/Basel/Wien: Herder, 213–226
- Mückenberger, Ulrich (2009): „'Vereinbarkeit' in der städtischen Erwerbsgesellschaft – was wird da eigentlich womit vereinbar gemacht?“, in: Heitkötter, Martina/Jurczyk, Karin/Lange, Andreas/Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 351-371
- New Economics Foundation (2011): The (Un-)Happy Planet Index 2.0; URL: www.happyplanetindex.org/
- O'Connor, James (1994): Towards Environmentally Sustainable Development. Measuring Progress. Paper presented to the 19th Session of the General Assembly of IUCN, Buenos Aires, Jan. 18-26, 1994
- OECD (Hrsg.) (2002): Main Economic Indicators. Paris: OECD
- Oettingen, Alexander von (1882): Die Moralstatistik in ihrer Bedeutung für eine Socialethik. Erlangen: Verlag Andreas Deichert

- Rapport, David/Friend, Anthony (1979): Towards a comprehensive framework for environmental statistics. Toronto: Statistics Canada; Friend, Anthony (2010): Nonlinear Accounting – Concepts and Methods. Oldenburg: ISEE Conference, 22.-25.8.2010
- Ruitenbeek, Jack (1991): "The Role of Indicators in the Decision Process", in: Canadian Environmental Advisory Council (CEAC) (Hrsg.): Economic, Ecological, and Decision Theories: Indicators of Ecologically Sustainable Development. Ottawa: CEAC, 60 – 91
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2008): Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken. Jahresgutachten 2008/2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Sarkozy, Nicholas (2009): Rede bei der Vorstellung des Berichts der Stiglitz-Kommission, im Internet unter <http://videos.tf1.fr/infos/2009/sarkozy-veut-sortir-de-la-religion-du-chiffre-4756602.html>
- Schnabel, Georg Robert (1832): General-Statistik der Europäischen Staaten nebst einer theoretischen Einleitung. Wien: Verlag J.G. Ritters v. Möslé sel. Witwe, 2. Bde
- Seifert, Hartmut (2006): Konfliktfeld Arbeitszeitpolitik: Entwicklungslinien, Gestaltungsanforderungen und Perspektiven der Arbeitszeit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Stahmer, Carsten (2000): Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem. URL: <http://www.carsten-stahmer.de/downloads/HP.2000-11.%20Verwehte%20Engel.pdf> Abdruck in Hardt, Susanne/Stahmer, Carsten/Hinterberger, Fritz (Hrsg.) (2001): Magische Dreiecke – Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft. Marburg: Metropolis, 57 – 90
- Stahmer, Carsten (2011): „Das Gendermodell der Halbtagsgesellschaft“, in: Pinter, Djordje/Schubert, Uwe (Hrsg.): Wirtschaft – Gesellschaft – Natur. Ansätze zu einem zukunftsfähigen Wirtschaften. Marburg: Metropolis, 337-366
- Statistisches Bundesamt (2011): Statistisches Jahrbuch 2011. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2010): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2010. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Teichert, Volker (1993): Das informelle Wirtschaftssystem. Analyse und Perspektiven von Erwerbs- und Eigenarbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Teichert, Volker (2000): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft – zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. Berlin: Wissenschaftszentrum
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2010): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, Aktualisierte Ausgabe Dessau: Selbstverlag; URL: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4048.pdf>
- United Nations (Hrsg.) (1975): Towards a System of Social and Demographic Statistics, Studies in Methods, Series F, No. 18, New York: UN Statistical Office
- United Nations Development Programme (Hrsg.) (2011): Human Development Reports 1990 – 2010; URL: <http://hdr.undp.org/en/>
- Vobruba, Georg (2010): „Zielgenauigkeit versus Akzeptanz. Das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee“, in: Franzmann, Manuel (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 317-328
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Hamburg: Tolkmitt
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2009): Kassensturz für den Weltklimavertrag – der Budgetansatz; Sondergutachten. Berlin: WBGU; URL: www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf

Bilderverzeichnis

Seite	Titelbild	Rechteinhaber		
U1		Bild: Jörg Trampert / pixelio.de; Design: Cinzia Fenoglio		
Ind.	Indikatorbild	Bild 1	Bild 2	Bild 3
1	Cinzia Fenoglio	knipseline / pixelio.de	Gerd Altmann / pixelio.de	privéé / pixelio.de
2	Paul-Georg Meister / pixelio.de	Paul-Georg Meister / pixelio.de	Paul-Georg Meister / pixelio.de	
3	gnubier / pixelio.de	Kurt Michel / pixelio.de	Michael Bührke / pixelio.de	
4	Kurt Michel / pixelio.de	I.Friedrich / pixelio.de	Paul-Georg Meister / pixelio.de	
5	Daniel Gast / pixelio.de	Jessica Lohmann / pixelio.de	Dieter Schütz / pixelio.de	
6	Camillo / pixelio.de	jurec / pixelio.de	Rainer Sturm / pixelio.de	
7	Kersten Schröder / pixelio.de	Thomas Max Müller / pixelio.de	Swen Gummich / pixelio.de	
8	RainerSturm / pixelio.de	Dirk Schmidt / pixelio.de	Cornerstone / pixelio.de	
9	Barbara Thomas / pixelio.de	Willfahrt / pixelio.de	Joachim Reisig / pixelio.de	C. Hautumm / pixelio.de
10	Kurt Michel / pixelio.de	Jeger / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	
11	Marc Tollas / pixelio.de	fritz zühlke / pixelio.de	Stephan Wengelinski / pixelio.de	
12	Dieter Schütz / pixelio.de	Thomas Siepmann / pixelio.de	Erich Westendarp / pixelio	
13	siepmannH / pixelio.de	zaubervogel / pixelio.de		
14	Frank Güllmeister / pixelio.de	Kurt F. Domnik / pixelio.de	Peashooter / pixelio.de	
15	Dieter Schütz / pixelio.de	knipseline / pixelio.de	Siegfried Baier / pixelio.de	
16	Thomas Max Müller / pixelio.de	Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de	Klicker / pixelio.de	Stihl024 / pixelio.de
17	Cinzia Fenoglio	RainerSturm / pixelio.de		
18	Rainer Sturm / pixelio.de	Paul-Georg Meister / pixelio.de		
19	Bernd Sterzl / pixelio.de	Marvin Siefke / pixelio.de	schneiderlein2808 / pixelio.de	
20	Bernd Sterzl / pixelio.de	tokamuwii / pixelio.de	Siegfried Springer / pixelio.de	
21	Bernd Sterzl / pixelio.de	Ilse Dunkel (ille) / pixelio.de	Webwebwebber / pixelio	
22	Paul-Georg Meister / pixelio.de	Rita Thielen / pixelio.de	Axel Droll / pixelio.de	
23	khv24 / pixelio.de	piu700 / pixelio.de	Henrik Gerold Vogel / pixelio.de	
24	Stephanie Hofschaeger / pixelio.de	S. Hofschaeger / pixelio.de		
25	Thorben Wengert / pixelio.de	rebel / pixelio.de		
26	Thorben Wengert / pixelio.de	Klicker / pixelio.de	Karl-Heinz Laube / pixelio.de	Gerd Altmann / pixelio.de
27	Offizielles EMAS-Zeichen	Dieter Schütz / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	
28	RainerSturm / pixelio.de	Peter Freitag / pixelio.de		
29	Stephanie Hofschaeger / pixelio.de	Michael Lorenzen / pixelio.de		
30	Joujou / pixelio.de	Kurt Bouda / pixelio.de	Birgit Weiss / pixelio.de	SueSchi / pixelio.de
31	S. Hofschaeger / pixelio.de	EU-Bio-Siegel	Transfair	
32	Rainer Sturm / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	Marco Barnebeck / pixelio.de	
33	Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de			
34	Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de			
35	Gerd Altmann / pixelio.de			
36	PÖ Landtagsklub / pixelio.de			
37	alph-Thomas Kühnle / pixelio.de	Erich Kasten / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	
38	www.Foto-Fine-Art.de / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de	
39	S. Hofschaeger / pixelio.de			
40	Angelina S..... / pixelio.de			
41	Lucie Kärcher / pixelio.de			
42	Paul-Georg Meister / pixelio.de	GerdaB. / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	
43	Paul-Georg Meister / pixelio.de			
44	Igor Myroshnichenko / pixelio.de			
45	S. Hofschaeger / pixelio.de			
46	Rolf Kühnast / pixelio.de			
47	Kunstzirkus / pixelio.de			
48	RainerSturm / pixelio.de	H-J Spengemann / pixelio.de		
49	S. Hofschaeger / pixelio.de			
50	M. Glathe / pixelio.de	RainerSturm / pixelio.de	N.Schmitz / pixelio.de	
51	Thomas Siepmann / pixelio.de	magicpen / pixelio.de		
52	Michael Werner Nickel / pixelio.de	S. Hofschaeger / pixelio.de	Logos der Parteien	
53	Hilde Vogtländer / pixelio.de	P.Schubert + K. Schmidt / pixelio.de	Logos LA21: Ulm, Köln, München, Darmstadt, Frankfurt a.M.	
54	Leitfaden, Schwabenflugbild, Dombühl	Marko Greitschus / pixelio.de	Gerd Altmann / pixelio.de	
55	S. Hofschaeger / pixelio.de	Siegfried Baier / pixelio.de	Baumeister Ing. Engelbert Hosner / pixelio.de	
56	RainerSturm / pixelio.de	Thorben Wengert / pixelio.de	Konstantin Gastmann / pixelio.de	
57	Alfredovic	Olaf Schneider / pixelio.de	Monika Albert / pixelio.de	
58	Dieter Schütz / pixelio.de	S. Hofschaeger / pixelio.de	S. Hofschaeger / pixelio.de	
59	Melanie Jedryas / pixelio.de	Dieter Schütz / pixelio.de	Gerd Altmann / pixelio.de	S. Hofschaeger / pixelio.de
60	Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de	Dieter Schütz / pixelio.de	Paul-Georg Meister / pixelio.de	memephoto / pixelio.de
61	Zeichen "Behindertengerecht"	Lisa Schwarz / pixelio.de	Sebastian Michalke / pixelio.de	
62	pauline / pixelio.de	Claudia Hautumm / pixelio.de	qay / pixelio.de	
63	Albrecht E. Arnold / pixelio.de	Karin Jung / pixelio.de	Gerd Altmann / pixelio.de	
64	Lucie Gerhardt / pixelio.de	Kreuznacher Zeitung / pixelio.de	Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de	

Die Autoren

Prof. Dr. Hans Diefenbacher, geb. 1954, stellv. Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), apl. Prof. für Wirtschaftswissenschaften am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg, Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Freiburg, Promotion und Habilitation an der Universität Kassel

Oliver Foltin, geb. 1981, Dipl.-Volkswirt, hat an den Universitäten Mannheim und Heidelberg studiert, arbeitet seit 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Frieden und Nachhaltige Entwicklung an der FEST, promoviert zurzeit an der Universität Heidelberg über Fragen des ethischen Investment

Benjamin Held, geb. 1985, Dipl.-Volkswirt, studierte an der Universität Heidelberg Volkswirtschaftslehre, seit Frühjahr 2011 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FEST tätig

Dorothee Rodenhäuser, geb. 1983, M. A., studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg und der Université de Lausanne, seit 2010 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FEST tätig

Rike Schweizer, geb. 1984, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, studierte an den Universitäten Mannheim und Tartu Sozialwissenschaften, seit Herbst 2010 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FEST tätig

Dr. Volker Teichert, geb. 1954, Diplom-Volkswirt und Diplom-Pädagoge, seit 1996 wissenschaftlicher Referent für Ökonomie im Arbeitsbereich Frieden und Nachhaltige Entwicklung der Forschungsstätte der Evangelischen Forschungsstätte Heidelberg (FEST), seit 2005 Vorsitzender der Jury Umweltzeichen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Marta Wachowiak, geb. 1981, Dipl. Volkswirtin, studierte an der Universität Heidelberg Volkswirtschaftslehre, seit Frühjahr 2007 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FEST, Geschäftsführerin des deutsch-polnischen Netzwerks Wissenschaftler für nachhaltige Entwicklung

